

Das ländliche Genossenschaftswesen und seine Fortentwicklung in
der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung Pakistans mit beson-
derer Berücksichtigung des genossenschaftlichen Kreditwesens

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der
Johann Wolfgang Goethe - Universität
zu Frankfurt am Main

Vorgelegt von Diplom - Volkswirt

Mahmood Ali Khan

aus Kapurthala

(Indien)

1962



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546412_0001

Das ländliche Genossenschaftswesen und seine Fortentwicklung in
der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung Pakistans mit beson-
derer Berücksichtigung des genossenschaftlichen Kreditwesens

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der
Johann Wolfgang Goethe - Universität
zu Frankfurt am Main

Vorgelegt von Diplom - Volkswirt
Mahmood Ali Khan
aus Kapurthala
(Indien)
1962

1. Gutachter: Professor Dr.Dr. Emil Wehrle
2. Gutachter: Professor Dr. K.F. Hagenmüller

Tag der mündlichen Prüfung: 6./7. November 1962

Tag der Promotion: 7. November 1962



Inhalt

Das ländliche Genossenschaftswesen und seine Fortentwicklung in der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung Pakistans mit beson- derer Berücksichtigung des genossenschaftlichen Kreditwesens

	Seite
Einleitung	6
Hauptteil	11
A Die Entstehung und die gegenwärtige Lage des länd- lichen Genossenschaftswesens in Pakistan	11
I. Das Gesamtbild der Genossenschaften in Pakistan	11
1. Die ländlichen Genossenschaften in West-Pakistan	23
a) Genossenschaftliche Provinz- und Zentralbanken	23
b) Ländliche Kreditgenossenschaften	26
c) Flurbereinigungsgenossenschaften	30
d) Produktionsgenossenschaften	33
e) Rohrbrunnengenossenschaften	38
f) Genossenschaftliche Versicherungen	39
g) Entwicklungsgenossenschaften	40
h) Absatzgenossenschaften	41
2. Die ländlichen Genossenschaften in Ost-Pakistan	44
a) Kredit- und Universalgenossenschaften	47
b) Absatzgenossenschaften	53
II. Beurteilung der bisherigen Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens in Pakistan	56
III. Die Gründe für das Scheitern des ländlichen Genossen- schaftswesens in Pakistan	61
1. Der Staat	63
2. Die Bevölkerung	67
3. Das "Cooperative Department"	70
B Die Erörterung der Grundsätze einer Fortentwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens innerhalb der Gesell- schafts- und Wirtschaftsordnung Pakistans mit besonderer Berücksichtigung der Kreditgenossenschaften	72

I.	Die mögliche Bedeutung des ländlichen Genossenschaftswesens für die Wirtschaft Pakistans und die Strukturdaten für seine Entwicklung	72
	1. Die mögliche Bedeutung des ländlichen Genossenschaftswesens für die Wirtschaft Pakistans	73
	2. Strukturdaten für die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens in Pakistan	76
II.	Grundlegende Erörterung der Entwicklung der ländlichen Genossenschaften in der Zukunft	85
	1. Die Notwendigkeit einer veränderten Einstellung gegenüber dem Genossenschaftswesen	85
	2. Genossenschaftliches Denken und Handeln	86
	3. Die Notwendigkeit der Koordination und Integration der einzelnen Zweige des Genossenschaftswesens	89
	4. Die Notwendigkeit der Trennung der ländlichen von den städtischen Genossenschaften	90
	5. Die Zweckmässigkeit eines föderativ-zentralistischen Systems als Organisationsform der Genossenschaften	92
	6. Der Gedanke der staatlichen Planung innerhalb des genossenschaftlichen Sektors	93
	7. Das Element des Zwanges innerhalb der pakistanischen Genossenschaften	96
	8. Eine elastische staatliche Förderungspolitik gegenüber den Genossenschaften	99
III.	Die Grundsätze in der Organisation der ländlichen Genossenschaften in der Zukunft	100
	1. Die Grösse der ländlichen Genossenschaften	100
	a) Die Mitgliederzahl als Kriterium der Grösse	101
	b) Das marktwirtschaftliche Motiv als Kriterium der Grösse	102
	c) Die Interessensphäre und die Kompetenzsphäre als Kriterium der Grösse	105
	2. Die Haftpflicht der Genossenschaften	107
	3. Die Spezial- oder Universalgenossenschaften	114
	4. Harmonische Zusammenarbeit der verschiedenen Spezialgenossenschaften. Praktische Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland und Ceylon	121
	5. Absatz- und Verarbeitungsgenossenschaften im Dienste der Kreditgenossenschaften	126

IV.	Die Grundsätze für den zukünftigen finanziellen Aufbau des Genossenschaftswesens	129
1.	Ein Experiment bei der Neugestaltung des genossenschaftlichen Kreditwesens	133
2.	Der Rahmen der Neugestaltung auf örtlicher, zentraler und höchster Ebene	136
a)	Die örtlichen Kreditgenossenschaften	136
b)	Die genossenschaftlichen Zentralbanken	138
c)	Die genossenschaftlichen Spitzenbanken	141
3.	Das Prinzip der Selbsthilfe oder Staatshilfe zur Selbsthilfe oder Staatspartnerschaft im Genossenschaftswesen	142
a)	Das Prinzip der Selbsthilfe	143
b)	Das Prinzip der Staatshilfe zur Selbsthilfe	144
c)	Die Staatspartnerschaft im Genossenschaftswesen	145
d)	Die Stellungnahme des Internationalen Genossen- schaftsbundes gegenüber den Genossenschaften mit Staatspartnerschaft	151
V.	Die Richtlinien einer zukünftigen genossenschaftlichen Kreditpolitik	155
1.	Die Unterscheidung zwischen produktivem und unproduk- tivem Kredit	155
2.	"Soft credit drives out good credit"	160
3.	Genossenschaftskredit und seine Sicherung	161
4.	Die Zusammenarbeit der ländlichen Kreditgenossenschaften mit anderen mittel- und langfristige Kredite gewährenden Institutionen	167
5.	Die genossenschaftliche Erziehung durch die Kreditgewährung	168
6.	Das Zusammenwirken des "Supervised Credit System" und des genossenschaftlichen Kreditsystems	171
	Schlussbetrachtung	179

Einleitung

Die Regierung Pakistans hat jetzt, nachdem schon viele Jahre seit Erlangung der Unabhängigkeit vergeudet worden sind, die Notwendigkeit einer Gesundung der Landwirtschaft als Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt erkannt. Diese Gesundung der Landwirtschaft bedeutet keine leichte Aufgabe für die Regierung, für den Wirtschaftspolitiker und für das Volk, da die pakistanische Landwirtschaft in ihrer Struktur und ihrer Wirtschaftsweise im wahrsten Sinne des Wortes althergebracht ist. Die Umwandlung in eine fortschrittliche Landwirtschaft ist gleichbedeutend mit einer entsprechenden Veränderung der gesamten Verhältnisse der Landwirtschaft und des einzelnen Bauern. Einige Staaten in Asien haben einen revolutionären Weg eingeschlagen, um diese Veränderungen herbeizuführen: Pakistan hat sich für den Weg der Demokratie entschieden. Die Regierung hat im ganzen Lande das "Village Agricultural Industrial Development Programme" eingeführt, daneben viele Reformen eingeleitet und Unterstützungsprojekte zu verwirklichen begonnen, wie den Bau von Bewässerungs- und Rohrbrunnenanlagen, die Verteilung von Düngemitteln, die Vergabe staatlicher Kredite, Bodenreformen und vieles andere, alles mit dem Ziel, die überkommene Form der Landwirtschaft in eine neuzeitliche zu verwandeln.

Die guten Absichten der Regierung sind nicht anzuzweifeln, aber ihre Verwirklichung ist sehr problematisch. Die Aufgabe des Wirtschaftlers ist es, die sozialen und wirtschaftlichen Faktoren zu untersuchen und ihre Entwicklung so zu beeinflussen, dass bei einem minimalen Mittelbestand grösstmögliche Ergebnisse erzielt werden. Die pakistanische Landwirtschaft stellt ihn auf eine schwere Bewährungsprobe, da die Ausgangsbedingungen extrem schlecht sind und die zu erzielenden Erfolge aus sozialen und politischen Erwägungen heraus maximal sein sollen.

Die neuzeitliche Form der Landwirtschaft erfordert, dass der Bauer, Agronom, Gartenbauer, Botaniker, Viehzüchter, Techniker, Schädlings-

bekämpfer, Betriebsleiter, Arbeiter, Händler und Geldgeber in einer Person ist.¹⁾ Der pakistanische Bauer ist nichts als Traditionalist. Er erwirbt die überlieferten Kenntnisse, arbeitet mit den althergebrachten Methoden und führt ein traditionsgebundenes Leben. Ebenso stehen die Bodenverhältnisse einer Modernisierung der Landwirtschaft entgegen. Rund 60 % der landwirtschaftlichen Betriebe umfassen weniger als fünf acres und selbst solche unter einem acre sind nicht selten. Die natürlichen Bedingungen sind ebenso ungünstig: die Erträge sind ausserst gering. Der Bevölkerungsdruck ist sehr gross, und das ist u.a. eine wesentliche Ursache der versteckten Arbeitslosigkeit auf dem Lande. Die bebaute Fläche beträgt pro Betrieb nur 0,8 acres.²⁾ Das Jahreseinkommen eines Bauern auf einem Drei-acre-Hof in Ost-Pakistan liegt zwischen 322,-- und 460,-- Rupien; das ist in West-Pakistan nicht wesentlich anders.

Die Erfordernisse einer fortschrittlichen Landwirtschaft sind nicht einmal in hochentwickelten Ländern vollständig gegeben. Viele Institutionen werden vom Staat oder durch private Initiative zur Durchführung derjenigen Aufgaben geschaffen, die die Fähigkeiten des einzelnen Bauern übersteigen. Sie übernehmen für ihn also etwa die Funktionen des Handels, der wissenschaftlichen Untersuchung und Unter- richtung, der Finanzierung, für die Landwirtschaft als Ganzes z.B. die Durchführung von Flurbereinigung, Be- und Entwässerung, Kanali- sation usw. Dieser Weg muss auch in Pakistan beschritten werden, d.h. der Staat, Institutionen der Selbsthilfe und der einzelne Bauer müssen sich die verschiedenen Aufgaben, die die moderne Landwirtschaft stellt, teilen. Wie diese Aufteilung im einzelnen aussieht, wird von der wirt- schaftspolitischen Richtung der jeweiligen Regierung, dem Stand der Entwicklung der Landwirtschaft und ihrer Träger, dem Mass an privater Initiative und einer Reihe anderer lokal bedingter Faktoren abhängen.

1) Vgl. Farooqui, Hameed, M.: More Money for the Farmers.
In: Agrifin, Karachi, Juni-Juli 1960, S. 13

2) Vgl. Malik, Shoukat, M.: Role of Credit in Agricultural
Development. In: Agrifin, Karachi, Januar 1961, S. 14

In jener Aufgabenteilung in der modernen Landwirtschaft spielt die ländliche Genossenschaft eine wesentliche Rolle.¹⁾ Sie darf jedoch nur solche Funktionen übernehmen, die sich ohne Verluste durchführen lassen, da sonst die Gefahr zu gross ist, dass sie sich entweder nicht auf die Dauer halten kann oder praktisch zu einer Agentur des Staates wird, weil sie von seiner finanziellen Unterstützung und seiner Politik abhängig ist. Die Genossenschaften Pakistans können sich sehr wohl am Beispiel genossenschaftlicher Organisationen West-Europas orientieren, welche Aufgaben sie durchführen können, ohne dabei ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu verlieren. Das heisst allerdings nicht, dass sie generell deren Prinzipien übernehmen sollen, sondern sie müssen im Gegenteil neue Wege suchen, wie sie durch ihre besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse bedingt sind.

Es ist jedoch nicht nur die Geringfügigkeit der privaten finanziellen Mittel der Bauern, ihre Unfähigkeit zu günstiger Vermarktung ihrer Produkte usw., was gerade die Form genossenschaftlicher Organisationen erfordert, sondern vor allem die Notwendigkeit, wirtschaftliche Einstellung und wirtschaftliches Denken sowie soziale Führereigenschaften in der breiten Masse des Volkes zu wecken. Bisher fallen diese - durch die Tradition bedingt - nur einigen wenigen zu. Erfolgreiche Genossenschaften erreichen es, mit dieser Tradition zu brechen und solche Fähigkeiten auch im einfachen Volk zu verbreiten.

Die Motive, aus denen heraus wir nach unserer Beurteilung der gegenwärtigen Lage in Pakistan die Entwicklung des dortigen Genossenschaftswesens befürworten, sind völlig andere, als die von Sir Frederic Nicholson, Sir Horace Plunkett und Henry W. Wolf, dem Wegbereiter der Genossenschaftsidee in Indien und Pakistan. Gesetzliche Rahmenbestimmungen sind zur Entwicklung der Genossenschaften erlassen worden, und es wurde das Amt des Kommissars eines Cooperative Department geschaffen mit der Aufgabe der Beratung, Förderung und Kontrolle. Es bestanden

1) Vgl. Weippert, Georg: Genossenschaftswesen und Marktwirtschaft.
In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen 1951,
S. 24
Siehe auch: Hatta, Mohammed: The Cooperative Movement in Indonesia,
New York 1957, S. 28

eine gewisse Zeit Hoffnungen, dass die Genossenschaften sich entwickeln und aufblühen würden, und zwar im wahren Sinne des Wortes "Selbethilfe". Ihre Bemühungen jedoch wurden bisher nicht von Erfolg gekrönt; heute umfassen sie nicht mehr als 7 % der ländlichen Bevölkerung in West- und 3 % in Ost-Pakistan. Der Anteil genossenschaftlichen Kredits am gesamten Kreditvolumen ist ebenfalls enttäuschend gering, obgleich gerade die Beseitigung der Verschuldung in der Landwirtschaft den Hauptgesichtspunkt bei der Einführung der Prinzipien Raiffeisens war. So beläuft sich der Anteil genossenschaftlichen Kredits nur auf 13 % in West- und 2 % in Ost-Pakistan. Etwa ebenso gering ist der Anteil der Einkaufs- und Absatzgenossenschaften am gesamten Einkauf und Absatz der Landwirtschaft.

Wie gering der Erfolg des Cooperative Department bei der Lösung der Aufgabe der Anleitung, Förderung und Kontrolle der Genossenschaften war, zeigt sich daran, dass sich am Jahresende 1957/58 in West-Pakistan 1670 Genossenschaften in Auflösung befanden und in Ost-Pakistan 3198 keine zufriedenstellende Liquidität aufwiesen, wobei eine ganze Reihe von ihnen praktisch bereits überhaupt nicht mehr funktionsfähig war.

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung, wie sie hier angedeutet wurde und noch eingehender darzustellen sein wird, soll in dieser Arbeit versucht werden, neue Grundsätze für Aufbau und Arbeit des pakistanischen Genossenschaftswesens in der Zukunft zu entwickeln.

Der Initiator der Genossenschaftsidee in Pakistan ist und bleibt der Staat. Die Entwicklung des Genossenschaftswesens wird als ein Teil der wirtschaftspolitischen Entwicklungsaufgaben des Staates angesehen. Die Genossenschaften werden für die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige verantwortlich gemacht, nicht für den Schutz des jeweiligen Wirtschaftszweiges gegenüber anderen. Ihre Führung liegt in Händen staatlicher Beamter und nicht in denen von Persönlichkeiten, die aus ihnen selbst hervorgegangen sind. Es ist also die ganze Einstellung den Genossenschaften gegenüber eine völlig andere als in West-Europa zu Zeiten Raiffeisens. Daher muss die zukünftige Entwick-

lung auch nach völlig anderen Grundsätzen betrieben werden, als sie ursprünglich bei der Entstehung der Genossenschaften in West-Europa konzipiert waren.

Diese Arbeit beschränkt sich dabei auf das ländliche Genossenschaftswesen, was gleichbedeutend mit dem gesamten pakistanischen Genossenschaftswesen ist, da auf dem gewerblichen Sektor die Anzahl der genossenschaftlichen Organisationen äusserst gering ist. Eine der Aufgaben der ländlichen Genossenschaften ist die Kreditversorgung der Landwirtschaft, die meiner Ansicht nach die bei weitem wichtigste Voraussetzung für den landwirtschaftlichen Fortschritt darstellt. Daher wird in meiner Arbeit die Behandlung des genossenschaftlichen Kredits im Vordergrund stehen.

Hauptteil

A Die Entstehung und die gegenwärtige Lage des ländlichen Genossenschaftswesens in Pakistan

I. Das Gesamtbild der Genossenschaften in Pakistan

Der Erlass des Cooperative Societies Act von 1904 war der Entstehungszeitpunkt der Genossenschaften für den Subkontinent Indien und Pakistan. Dieses Gesetz war die erste gesetzliche Verfügung auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens und somit das erste Bemühen, das Genossenschaftswesen der westlichen Lebensart, insbesondere nach dem Raiffeisengeist, in den Dörfern Indiens und Pakistans einzuführen. Es fanden sich dort die folgenden wichtigen Bestimmungen: ¹⁾

1. Jede Vereinigung von 10 Mitgliedern konnte eine "Cooperative Society" bilden;
2. Die Kreditgenossenschaften wurden unterschieden in ländliche und städtische, je nachdem, ob wenigstens 4 - 5 ihrer Mitglieder Landwirte waren oder nicht;
3. Bei den ländlichen Genossenschaften, die ausschliesslich Kreditgenossenschaften waren, war die unbeschränkte Haftung die Regel. Für die städtischen Kreditgenossenschaften blieb die Haftpflichtfrage der Wahl der betreffenden Genossenschaften selbst überlassen;
4. Der Regierung selbst verblieben umfangreiche Befugnisse unter der Aufsicht des Kommissars des Cooperative Department:

1) Vgl. Jather, J.B. und Jather, K.G.: Indian Economics, London, 1957, S. 123

- I. Beaufsichtigungs- und Revisionspflicht;
- II. Zwangsauflösung der Genossenschaft durch den Kommissar¹⁾
des Cooperative Department, gegebenenfalls unter Anrufung der betreffenden Provinz-Regierung;
- III. Umfassende Befugnis zur Handhabung der Satzungen der Genossenschaften.

Aus dem Cooperative Societies Act von 1904 wird ersichtlich, dass dieses Gesetz sich nur mit den Kreditgenossenschaften befasst. Der Grund dafür ist aus den herrschenden wirtschaftlichen Umständen auf dem Subkontinent Indien und Pakistan verständlich. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts waren dort Hungersnöte nicht selten. Die Verschuldung der Landbevölkerung war außerordentlich hoch und von stetiger Natur. In Bengalen belief sich der Zinssatz auf 37,5 %, ehe die Kreditgenossenschaften ins Leben gerufen wurden.²⁾ Hamilton erklärte, dass die Macht, die einer Entwicklung Indiens entgegenstehe, die Macht des "evil finance" sei das Fehlen eines Banksystems für sein Volk; im Volk seien zwar viele Bankiers, aber keine Bankinstitute.³⁾ Wir brauchen uns daher nicht zu wundern, dass das genannte Gesetz von 1904 unter diesen Ansichten und den herrschenden Umständen nur den Kreditaspekt des Genossenschaftswesens betraf. Infolgedessen schuf man ausschliesslich Kredit- und Darlehnskassen.

-
- 1) Der "Kommissar" (auch Registrar) ist als Beamter der Regierung beauftragt, als Leiter des Cooperative Department die Genossenschaftsbewegung zu leiten und zu lenken, ihr Leiter zu beschaffen, die Eintragungsanträge der Genossenschaften anzunehmen und zu prüfen, die Satzungen gut zu heissen, ihre Buchführung treuhänderisch zu prüfen und ihre Arbeit zu beaufsichtigen. Diese Aufgaben kann er auch delegieren. Er kann Genossenschaften auflösen oder löschen und ihre Liquidierung betreiben. Kurz gefasst: der Kommissar ist verpflichtet sicherzustellen, dass die gesetzlichen Vorschriften und die Satzungen der Genossenschaften befolgt werden.
 - 2) Vgl. Hough, E.M.: The Cooperative Movement in India, London-Bombay, 1959, S. 34
 - 3) Vgl. Wolf, H.W.: Cooperation in India, London, 1955, S. 114

1912 wurde eine Ergänzung dieses Gesetzes vorgenommen, da seine Mängel in vielen Beziehungen ersichtlich geworden waren. So fehlten zum Beispiel Vorschriften über Eintragung und Kontrolle von Nicht-Kreditgenossenschaften.

Die Hauptmerkmale der Ergänzung des Gesetzes von 1912 waren die folgenden: ¹⁾

1. Die Nicht-Kreditgenossenschaften, die sich mit Einkauf, Verkauf, Produktion, Versicherung, Wohnungsbau usw. beschäftigten, wurden anerkannt.
2. Während vorher nur Primärgenossenschaften anerkannt wurden, gründete man nun drei Arten von Zentralen Genossenschaften:
 - a) Verbände, die sich mit genossenschaftlicher Erziehung und Schulung befassen sollten;
 - b) Genossenschaftliche Zentralbanken, deren Mitglieder sowohl Genossenschaften als auch Einzelpersonen sein konnten;
 - c) Genossenschaftliche Provinzbanken als Spitzeninstitute der genossenschaftlichen Finanzierung in den einzelnen Provinzen.
3. Das Gesetz ordnete weiterhin an, dass die Haftpflicht einer Genossenschaft, deren Mitglieder eingetragene Genossenschaften waren, beschränkt sei. Mitglieder derjenigen Genossenschaften, die ihren Mitgliedern Kredite geben und deren Mitglieder sich überwiegend aus Landwirten zusammensetzten, sollen unbeschränkt haften; In allen anderen Fällen bleibt die Wahl der Haftpflicht frei.

1) Vgl. Government of India, : The Cooperative Societies Act, Lahore, 1955

Zusammenfassung der landwirtschaftlichen genossenschaftlichen
Einrichtungen in Pakistan für das Jahr 1957/58 ¹⁾

Klassifizierung	Zahl der Genossen- schaften	Mitglieder (Zahl)	Grundkapital (in 1000)	Rücklagen (in 1000)
Genossenschaftliche Provinz-Banken	5	17356	8764	726
Genossenschaftliche Zentralbanken	99	29370	6106	19118
Andere Zentralkredit- genossenschaften	80	15151	1996	14234
Andere Zentral-Nicht- Kreditgenossenschaften	100	33514	9040	3652
Gesamt	284	95391	25906	31467
Landwirtschaftliche Kredit-Genossenschaften	16452	1025921	15799	20577
Landwirtschaftliche Nicht-Kreditgenossen- schaften	3750	230819	3665	4885
Gesamt	20292	1256740	19464	25462

1) Vgl. Statement, No. Coop. 58(3)/59 vom 22.3.1961 des Cooperative and Marketing Adviser, Government of Pakistan, Karachi.

Es muss beachtet werden, dass die genossenschaftlichen Zentral- und Provinzbanken als das Ergebnis des Genossenschaftsgesetzes von 1912 in Erscheinung traten. Diese Zentralbanken haben sowohl den ländlichen wie auch den städtischen Genossenschaften zu dienen. Da nun die Anzahl der ländlichen die der städtischen weit übersteigt (ländliche Genossenschaften 20.292, städtische 7850), so war anzunehmen, dass die genossenschaftlichen Zentral- und Provinzbanken mehr unter dem Einfluss der ländlichen Genossenschaften stehen und infolgedessen sich für deren Entwicklung mehr einsetzen würden.

Die genossenschaftlichen Provinzbanken vertreten die ihnen angeschlossenen Zentralbanken, und in ähnlicher Weise vertreten die genossenschaftlichen Zentralbanken die ihnen angeschlossenen Kreditgenossenschaften und einzelne Mitglieder.

Klassifizierung	Fremde Gelder	Betriebs- kapital (in 1000)	Gewinn Verlust (in 1000)	Personal- kosten (in 1000)	Vorschüsse an Einzel- personen (in 1000)
Genossenschaftliche Provinz-Banken	135774	151812	+ 790	1223	36660
Genossenschaftliche Zentralbanken	179234	204458	+ 473	2992	242870
Andere Zentralkredit- genossenschaften	16387	19806	+ 64	273	16432
Andere Zentral-Nicht- Kreditgenossenschaften	39490	52182	+ 2142	3809	905
Gesamt	370885	428258	+ 3469	8227	296867
Landwirtschaftliche Kredit-Genossenschaften	53390	89766	+ 1480	1464	35408
Landwirtschaftliche Nicht-Kreditgenossen- schaften	7376	15926	+ 1430	481	20195
Gesamt	60766	105692	+ 2910	1945	55603

Klassifizierung	Vorschüsse an Genossenschaften (in 1000)	Rückzahlungen von Einzelpersonen (in 1000)	Rückzahlungen von Genossenschaften (in 1000)
Genossenschaftliche Provinz-Banken	184222	34898	178313
Genossenschaftliche Zentralbanken	229267	232907	226775
Andere Zentralkredit- genossenschaften	17338	13024	17406
Andere Zentral-Nicht- Kreditgenossenschaften	17073	942	17732
Gesamt)	447900	281771	440226
Landwirtschaftliche Kredit-Genossenschaften	10586	29409	7694
Landwirtschaftliche Nicht-Kreditgenossen- schaften	11437	20327	10532
Gesamt	22023	49736	18226

Aus der statistischen Zusammenstellung lässt sich die Genossenschaftspolitik der Regierung, die diese bis heute verfolgt hat, erkennen. Die Förderung der Kreditgenossenschaften scheint überbetont worden zu sein, während die übrigen Genossenschaften vernachlässigt worden sind.

Der Nicholson-Report von 1895 führte aus: ¹⁾ "Die Lehre der universalen Agrargeschichte ist, dass der Kredit in der Landwirtschaft eine Notwendigkeit ist. Weder die Art des Landbesitzes, noch die Situation der Landwirtschaft wirkt auf die eine grosse Tatsache ein, dass der Landwirt einfach leihen muss , was auf der Tatsache beruht, dass das Kapital des Landwirtes gebunden ist in seinen Ländereien und seinen Vorräten Man kann daher nicht notwendigerweise Einwände gegen die Kredithergabe erheben, noch ist das Entleihen ein wesentliches Zeichen für eine bestehende Schwäche." Die Verfolgung dieser Politik ergab, ein ständiges Anwachsen der Zahl der dörflichen Kreditgenossenschaften (1957/58: 16 452) im Vergleich zu den Nicht-Kreditgenossenschaften (1957/58: 3 750).

Ein Blick auf die gegenwärtige Lage der ländlichen Genossenschaften in der Bundesrepublik Deutschlands erscheint uns lehrreich, um die Entwicklung in Pakistan zu beurteilen. Der ländliche Genossenschaftsverband in Frankfurt am Main umfasst 1 866 Genossenschaften; davon sind 959 Kreditgenossenschaften. ²⁾ Im gesamten Bundesgebiet ergibt sich folgende Situation: ³⁾

Zentralgeschäftsanstalten	74
Spar- und Darlehenskassen	10762
Übrige Genossenschaften	11871

Im Vergleich dazu wird die unorganische Entwicklung der ländlichen Genossenschaften in Pakistan besonders deutlich. Blind wurde geglaubt,

1) Vgl. Hough, E.M.: The Cooperative Movement in India, London-Bombay, 1959, S. 32

2) Vgl. Ländlicher Genossenschaftsverband: Jahresbericht, Frankfurt am Main, 1960, S. 80

3) Vgl. Deutscher Raiffeisenverband e.V.: Statistischer Bericht, Folge 8, Bonn, 1958, S. 12

dass Kreditnehmen ein Belebungsfaktor für die Agrarproduktion wäre. Den Förderern fehlt die Erkenntnis, dass es sich bei der Kreditaufnahme nicht nur um die Gewährung der Kredite handelt. Sie hätten ausserdem dafür sorgen müssen, dass die Kredite tatsächlich produktiven Zwecken zugeführt wurden und nicht - wie es meist der Fall war - für den Konsum verwandt wurden.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umstände waren die Hauptursache der defizitären Einkommen in der Landwirtschaft. Sämtliche Kredite wurden dazu benutzt, diese Defizite auszugleichen. Wie hoch auch immer das Kreditvolumen sein würde, oder welche Verbesserungen in der Landbearbeitung auch erreichbar wären, so könnten diese Defizite nicht beseitigt werden; hierzu gehört notwendigerweise auch eine gerechte Regelung der Pachtverhältnisse und eine Bodenreform. Weiter könnte der bessere Verkaufsertrag der Agrarprodukte einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Notstände bedeuten. Das schliesst aber das Problem der Preisstabilität ein, die Errichtung von Verkaufszusammenschlüssen auf genossenschaftlicher Grundlage, eine Regulierung der Märkte und Preisgarantien für einige der Erzeugnisse der Landwirtschaft.

Die folgende Tabelle zeigt den Anteil des Verbrauchskredits an den Krediten insgesamt: ¹⁾

Bezahlung alter Schulden	28,25 %
Vieh	19,25 %
Steuern	9,25 %
Handel	9,25 %
Religiöser Aufwand	7,50 %
Landkäufe	5,75 %
Bauten	4,50 %
Saatgut	3,25 %
Landauslösung	2,00 %
Getreidekauf	2,00 %
Haushaltung	1,50 %
Brunnenbau	1,25 %
Hypotheken	1,00 %
Meliorationen	1,00 %
Viehfutter	1,00 %
Maschinen, Werkzeuge usw.	3,25 %

¹⁾ Vgl. Peterson, Günter: Genossenschaften in Britishh-Indien und Tropisch-Afrika, Hamburg 1934, (Diss.) S. 41

Ein hoher Prozentsatz (28,25 %) des genossenschaftlichen Kredits, ist für die Bezahlung alter Schulden ausgegeben worden. Diese alten Schulden beruhen auf Krediten der Geldverleiher. Obwohl durch die Beseitigung dieser Schulden der Zweck des Cooperative Societies Act von 1904 erreicht wurde, so war dies doch der Anfang vom Verfall der kooperativen Bewegung. Der genossenschaftliche Kredit sollte in der Regel ein kurzfristiger sein; insbesondere in einem frühen Stadium der kreditgenossenschaftlichen Entwicklung. Die Übernahme alter Schulden dagegen bedeutete nichts anderes als die Gewährung lang- und mittelfristiger Kredite. Dadurch ergab sich eine Kreditpolitik entgegen den Interessen der Genossenschaften. Mit anderen Worten: die Kredit-Genossenschaften übernahmen praktisch die Aufgabe von Hypothekenbanken.

Die Kreditgenossenschaften haben nicht nur die Funktion von Geldgebern, sondern sie haben als wesentliche Aufgaben die Förderung des Spar- und Wirtschaftlichkeitsgedankens. Um beurteilen zu können, ob die genossenschaftlichen Kreditinstitute in der Lage waren, den Sparwillen zu fördern, wollen wir uns die Zusammensetzung ihres Betriebskapitals betrachten. Für die Jahre 1934/1935 kommt man dabei zu folgendem Ergebnis: ¹⁾

Eingezahlte Geschäftsanteile	13,9 %
Darlehen und Depositen von Mitgliedern	8,7 %
Darlehen und Depositen von anderen Genossenschaften	4,1 %
Darlehen und Depositen von Genossenschafts-, Provinz- und Zentralbanken	25,6 %
Darlehen und Depositen vom Staat	1,3 %
Rücklagen (Reservefonds)	16,3 %

Diese Zusammenstellung des genossenschaftlichen Arbeitskapitals zeigt, dass die Ersparnisse seitens der Mitglieder nur unbedeutend sind, wodurch die vornehmliche Aufgabe kreditgebender Genossenschaftsinstitute unerledigt geblieben ist. Bis zu einer Höhe von 25,6 % haben Provinz- und Zentralgenossenschaftsbanken zu ihrem Betriebskapital beigetragen.

1) Vgl. Peterson, Günter: a.a.O., S. 38

Die heutige Situation in Pakistan ist nicht anders als diejenige von 1934/35. Die Statistiken der ländlichen Genossenschaften in Ost-Pakistan unterstützen diese Meinung. Über die Zusammensetzung des genossenschaftlichen Arbeitskapitals in Ost-Pakistan wird uns wie folgt berichtet: ¹⁾

	<u>1956/57</u>	<u>1957/58</u>
	(in 1000 Rupien)	
Eingezahlte Geschäftsanteile	38,66	39,11
Depositen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern	7,53	10,85
Depositen von anderen Genossenschaften	2,28	5,86
Darlehen von Genossenschafts-, Provinz- und Zentralbanken	80,01	77,45
Darlehen vom Staat	12,61	4,15
Rücklagen	33,35	35,63

Obwohl wir hier keine Zahlen haben, die die Depositen der Mitglieder getrennt von denen der Nichtmitglieder zeigen, ergibt sich für uns doch deutlich der geringe Anteil des Mitglieder-Sparens. Ein Hauptteil des Betriebskapital wird von den Provinz- und Zentralgenossenschaftsbanken sowie vom Staat zur Verfügung gestellt.

Bis hierher haben wir die beiden Funktionen der Kreditgenossenschaften beurteilt: nämlich die Kreditgewährung und die Förderung des Sparens. Beide von uns gefundenen Aspekte zeigen, dass man hinter dem erstrebten Niveau zurückblieb.

Es würde aber der Eindruck der Unvollständigkeit entstehen, wenn wir ohne die Beurteilung der Situation der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften innerhalb der gesamten landwirtschaftlichen Kreditstruktur abschliessen würden. Allerdings können wir hier keine Beziehung feststellen zwischen dem landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Kredit und demjenigen der Kreditinstitute, die nicht auf genossenschaftlicher Basis arbeiten, da es uns an Unterlagen gefehlt hat.

1) Vgl. Government of East Pakistan, Cooperative Directorate: Annual Report and Statements on the Working of Cooperative Societies in East Pakistan for the year 1957-58, Dacca, 1960, S. 14

Jedoch geben uns einzelne Untersuchungen, die in kleinerem Masstab in einigen Bezirken der beiden Teile Pakistans gemacht wurden, einen klaren Hinweis auf den Platz, den die landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft im Lande inne hat: ¹⁾ (Pussnote s. nächste Seite)

Einteilung der ländlichen Kreditquellen

len	Board of Socio- Economic Enquiry, Punjab ¹⁾	Socio- Economic Research Project. Punjab- University ²⁾	Socio-Economic Board, Dacca-University ³⁾			All-India Rural-Credit- Survey ⁴⁾	
	%	%	Narayan- gang	Rangpur	Rajbari	Feni	%
Verwandte und Freunde	63,2	62,8	59,52	58,64	53,87	41,27	14,2
Wohlhabende Landbevölkerung wie Gutsherr usw.	16,9	0,2	17,85	23,26	13,73	31,58	1,5
Genossenschaften	13,2	14,3	0,39	---	1,41	0,42	3,1
Regierung	2,9	13,4	0,32	5,99	5,28	5,68	3,3
Händler	2,5	0,4	12,75	4,49	17,26	10,25	5,5
Boopari, Faria usw.	--	4,7	2,19	5,17	2,11	0,97	--
(Geschäftsleute)	--	4,7	2,19	5,17	2,11	0,97	--
Geld-Verleiher	1,3	1,1	3,92	1,36	2,82	8,86	69,7
Sonstige Quellen	--	3,1	3,06	1,09	3,52	0,97	2,7
	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

1) Publication No. 101, Lahore, 1951. Die Untersuchung wurde im Jahre 1949 gemacht.

2) Diese Untersuchung wurde in sechs Dörfern im Kreis Lahore gemacht.

3) Diese Untersuchung wurde im Jahre 1956 in den genannten Kreisen gemacht.

4) Report of Committee of Direction, All-India Rural Credit Survey, Vol. II, 1954

Dieser niedrige Anteil des genossenschaftlichen Kredits zeigt uns die unbefriedigende Entwicklung des Genossenschaftswesens in Pakistan und den Mangel an Vertrauen der Bevölkerung zu den genossenschaftlichen Einrichtungen. Die Genossenschaften erhielten lediglich geringe Depositen von der Bevölkerung und daher stand ihnen nicht genügend Betriebskapital zur Verfügung. Wenn wir es anders sagen wollen: auch hier zeigt sich das Versagen des genossenschaftlichen Kreditwesens.

Es ergibt sich allerdings, dass der Anteil der Geldverleiher ebenfalls sehr gering ist. Es soll jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass dies ein Erfolg der Kreditgenossenschaften gewesen sei. Der einzige Grund hierfür ist die Tatsache, dass die Geldausleiher, als Klasse gesehen, meist der Hindu-Gemeinschaft angehörten, die nach der Gründung von Pakistan nach Indien flüchteten.

Wir erfahren auf diese Weise, dass das Bild des Kreditgenossenschaftswesens keinesfalls prosperierend ist. 1954/55 lag der Durchschnittskredit je Genossenschaft bei Rs. 1271/-, oder Rs. 45/- je Mitglied. Die Gesamtsumme der gegebenen Darlehen belief sich auf 28,4 Millionen Rupien.²⁾

Das bedeutendste Problem des institutionellen Kredits im allgemeinen, wie hier auch bei den Kreditgenossenschaften, liegt in der Tatsache, dass der Kredit immer in den Händen der Vermögenden bleibt. Dies geschieht aus dem einfachen Grund, dass von dort Sicherheiten geboten werden könnten. Und dies bedeutet die Verweigerung von Krediten für denjenigen, der wenig oder gar keine Sicherheiten in Form von Grund und Boden zur Verfügung stellen kann. Auf diese Weise konnte der genossenschaftliche Kredit nicht den "kleinen Mann" erreichen. Dies jedoch war die Zielsetzung bei Einführung des Genossenschaftswesens.

1) (der vorhergehenden Seite):

Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 9

2) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of the Center on Agricultural Financing and Credit for Asia and Far-East, Lahore, 1956, S. 176/177

Ein weiteres Problem der genossenschaftlichen Kreditgabe liegt darin, dass die Zentral- und Provinzbanken ihrer Verantwortung gegenüber den dörflichen Kreditgenossenschaften nicht gerecht wurden, so dass diese an vielen Stellen mehr oder weniger stagnierten.¹⁾ Da der Banksektor insgesamt von Hindus geleitet wurde, kam es mit der Flucht der hinduistischen Bevölkerung zu einer Lähmung des Bankwesens. So entstand unmittelbar nach der Gründung Pakistans ein kreditwirtschaftliches Vakuum. Gewerbe und Handel litten unter dem Fehlen der Handelsbanken. In diesen Zeiten wurden die genossenschaftlichen Zentralbanken seitens des Kommissars des Cooperative Department und der städtischen Mitgliedschaft der Zentralbanken veranlasst, das Bankwesen zu übernehmen. Die genossenschaftlichen Zentralbanken begannen diese Geschäfte mit höheren Vergütungssätzen, schnelleren Rückzahlungen und geringerer Risikoübernahme. Dadurch wurden die dörflichen Kreditgenossenschaften und die Finanzierung der Landwirtschaft vernachlässigt.

An dieser Stelle scheint es angebracht, über die Zinssätze der genossenschaftlichen Kreditinstitute zu berichten. Die Zinsen für kurzfristige Darlehen schwanken zwischen 5 % und 6 %; für langfristige betrugen sie jedoch 9 % bis 12,5 %.²⁾ Man stellt also fest, dass die langfristigen Kredite mit sehr hohen Zinssätzen verbunden sind, obwohl sie den Kreditnehmern nicht zu hohen Erträgen verhelfen, sondern vielmehr der Bodenverbesserung und ähnlichen Zwecken dienen sollten. Man hat geschätzt, dass der Höchstsatz, den die Landwirtschaft bei dem Stande ihrer derzeitigen Ertragsfähigkeit bezahlen könnte, ein Prozentsatz von 6 1/4 wäre.³⁾ Gewöhnlich betrug die Belastung in der Praxis der Genossenschaften 9 %, in manchen Fällen erreichte sie die Höhe von 15 %.⁴⁾ Es gelang der Genossenschaftsbewegung demnach nicht, den Mitgliedern billige Darlehen zu beschaffen.

1) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 5

2) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of the Center on Agricultural Finance and Credit for Asia and Far-East, Lahore, 1956, S. 184

3) Vgl. Government of India: Report of the Agricultural Finance Subcommittee, New Delhi, 1945, S. 51

4) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of the Center on Agricultural Finance and Credit for Asia and Far-East, Lahore, 1956, S. 185

Die Entwicklung der kooperativen Bewegung unterscheidet sich in beiden Teilen Pakistans in verschiedener Beziehung. Es wird daher für uns wichtig, die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung in Ost- und West-Pakistan zu analysieren, um zu einem Urteil über die jetzige Position zu gelangen.

1. Die ländlichen Genossenschaften in West-Pakistan

a) Genossenschaftliche Provinz- und Zentralbanken

Die genossenschaftlichen Provinz- und Zentralbanken bilden - theoretisch betrachtet - das finanzielle Rückgrat des gesamten Genossenschaftswesens in Westpakistan. Sie stehen in unmittelbarer Verbindung mit der Zentralbank sowie zum Geld- und Kapitalmarkt des Landes. Es ist für uns interessant, ihre Haltung gegenüber den ländlichen Genossenschaften zu prüfen.

Gesamtbild des Genossenschaftswesens in West-Pakistan im Jahr 1957/58

1)2)

(s. nächste Seite)

	Anzahl	Mitglieder		Betriebskapital (in 1000)
		natürliche Personen	Genossen- schaften	
Genossenschaftliche Provinz-Banken	3	4603	12620	Rs. 112,640
Genossenschaftliche Zentralbanken	64	5978	13058	Rs. 142,112
Dörfliche Kreditgenossensch.	12056	447859	--	Rs. 68,500
Flurbereinigungsgenossensch.	763	100212	--	Rs. 47,000
Viehsuchtgenossenschaften	544	15212	--	Rs. 19,000
Absatzgenossenschaften aller Art	286	20019	--	Rs. 148,290
Rohrbrunnengenosensschaften	137	2234	--	Rs. 1794
Produktionsgenossenschaften	193	13164	--	Rs. 4673

Die Zusammensetzung der Mitglieder der Provinz- und Zentralbanken wird sofort unsere Aufmerksamkeit wecken; auf der provinziellen wie auch auf der zentralen Ebene haben sie sowohl natürliche Personen wie auch die Genossenschaften als Mitglieder, wobei die Einzelmitgliedschaft zahlenmässig einen relativ hohen Anteil hat. Es ergibt sich die Frage, wie es geschehen konnte, dass Einzelpersonen in so hohem Masse zu einer Mitgliedschaft in diesen genossenschaftlichen Provinz- und Zentralbanken kommen konnten.

Verständlich wird es aber wenn man bedenkt, dass die dörflichen Kreditgenossenschaften, die in diesen Banken vertreten waren, nicht über genügende finanzielle Mittel verfügten und ihre Vertreter nicht genügende Erfahrungen besaßen. So gestattete man einzelnen Personen, Anteilseigner dieser Banken zu werden. Auf diese Weise gelangten diese zu leitenden Verwaltungsstellen innerhalb der Boards of Directors und Managing Committees.³⁾ Es muss bemerkt werden, dass diese Einzelpersonen auf Grund ihrer geschäftlichen Interessen ihr Geld in Aktien der genossenschaftlichen Zentralbanken angelegt haben. Da diese Aktieninhaber aus dem gewerblichen Sektor der Städte gekommen waren, dachte man, dass die Genossenschaftsbanken erfahrungsreiche und urteilsfähige Mitglieder erhalten hätten. Wie es zu erwarten war, vertrat die hohe Zahl der einzelnen Mitglieder innerhalb der Bankleitung überwiegend individuelle Interessen, was selbstverständlich auf Kosten der genossenschaftlichen Aufgabenstellung geschah. Dies ergibt sich aus der

1) (der vorhergehenden Seite):

Vgl. Shah, M.H.: Development Through Cooperatives, Lahore, O.J., S.6 Cooperative Department, West-Pakistan; West-Pakistan und Cooperation, Lahore, 1959, S. 15
Government of West-Pakistan, Statistics of West-Pakistan Cooperative Societies, Lahore, 1960, S. 7

2) (der vorhergehenden Seite):

Zusätzlich zu den genannten Genossenschaften gibt es eine grosse Anzahl anderer, wie z.B. die der Bienenzüchter, Obst- und Gemüseplanzer, tierärztlicher Hilfe, dörflicher Wohlfahrts-Genossenschaften, gleichfalls auf genossenschaftlicher Grundlage.

3) Wehrle ist der Meinung, dass das für den genossenschaftlichen Betrieb aufzubringende Kapital aus eigenen Kräften geschaffen werden soll. Sollte aber die Inanspruchnahme von fremdem Kapital notwendig sein, dann soll es so geschehen, dass dieses keinen Einfluss auf die genossenschaftlichen Geschäfte hat.

Vgl. Wehrle, Emil: Deutsches Genossenschaftswesen, Hamburg 1937, S.13

Tatsache, dass die an Personen gegebenen Kredite durch die genossenschaftlichen Zentralbanken am 31. Januar 1959 71 % betrugen, die an die Genossenschaften aber nur 29 %.¹⁾

Der Bericht der Credit Enquiry Commission charakterisiert diese Entwicklung als Misserfolg der genossenschaftlichen Zentralbanken dahingehend, dass diese sich ihrer primären Verantwortung unter dem Einfluss individueller Interessen entzogen hätten.²⁾

Diese genossenschaftlichen Banken haben besonders nach der Gründung Pakistans den gewerblichen Interessen zu dienen begonnen, als auf Grund der Flucht der Hindubevölkerung - wie schon erwähnt - ein Vakuum entstand. 1954 gab jedoch der Kommissar des Cooperative Department Verordnungen an die Genossenschaftsbanken, nach welchen sie gewerbliche Kredite einschränken sollten. Damit anerkennt man, dass auf diese Weise den Interessen der Genossenschaften nicht gedient war.

Diese Richtlinie wurde hintergangen, indem man auch diejenigen Kreditnehmer zu Genossenschaftsmitgliedern machte, die bis zu diesem Zeitpunkt Kredite erhalten hatten.

1957/58 hatten die genossenschaftlichen Provinzbanken Kredite an einzelne Kreditnehmer in Höhe von Rs. 36,6 Mill. gegeben und Rs. 178,2 Mill. an die genossenschaftlichen Einrichtungen.³⁾ Betrachtet man die genossenschaftlichen Banken individuell, so ergibt sich ein durchaus enttäuschendes Bild. Im Falle einer Provinzbank wurden an Einzelpersonen 48 % der gesamten Kredite ausgeliehen, bei einer anderen waren es 2-3 %.⁴⁾

1) Die Prozentsätze sind dem "Consolidated Balance Sheet" der Genossenschaftlichen Banken entnommen. Siehe S.

2) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 45

3) Vgl. Government of West-Pakistan: Report on the Working of the Cooperative Societies in West-Pakistan for the Year 1957-58, Lahore, 1960, S. 10

4) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 46

b) Ländliche Kreditgenossenschaften

Nach der Diskussion über die Provinz- und Zentralbanken kommen wir zur Besprechung der ländlichen (dörflichen) Kreditgenossenschaften in West-Pakistan. Die folgende Tabelle zeigt ihre Entwicklung vom Jahr 1947/48 bis 1957/58. ¹⁾

Jahr	Genossenschaften		Mitglieder		Eingezahltes Stammkapital		Betriebskapital	
	m.b.H.	m.u.H.	m.b.H.	m.u.H.	m.b.H.	m.u.H.	m.b.H.	m.u.H.
1947/48	50	9021	14183	231811	863	3884	5447	24331
1948/49	53	8994	18910	232400	998	3800	6163	23423
1949/50	58	9003	20426	232271	1300	3768	7543	24018
1950/51	55	9006	23222	238325	1446	3776	9000	24017
1951/52	55	9157	23314	246089	1595	3820	10838	25100
1952/53	55	9349	24003	257740	1675	3941	11050	26583
1953/54	56	9504	25756	268077	1868	4114	13620	26423
1954/55	58	9672	26748	278539	2075	4301	15992	27661
1955/56	63	10534	28573	310113	2295	4807	18558	31468
1956/57	64	10922	28369	327244	2418	5235	18712	33014
1957/58	90	11154	32008	343268	2944	5622	27165	35588

¹⁾ Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 21

Jahr	Einklagen und sonstige Reserven		Einlagen am Jahresende		Fremdgelder		Jährliche Kredite an Einzelpersonen	
	m.b.H.	m.u.H.	m.b.H.	m.u.H.	m.b.H.	m.u.H.	m.b.H.	m.u.H.
1947/48	1250	11144	2010	2852	1324	6451	442	2652
1948/49	1449	10417	2520	2745	1196	6461	1190	3467
1949/50	1617	10925	2860	2639	1766	6686	2393	4366
1950/51	1772	9953	3120	2605	2662	7683	4157	5465
1951/52	2027	11007	3928	2464	3288	7809	5443	6602
1952/53	2242	11279	4374	2492	2759	8871	6182	7826
1953/54	2424	10745	5698	2463	3630	9101	8332	8620
1954/55	3483	11319	6298	2540	4136	9501	10793	9803
1955/56	3777	13022	7387	2794	5099	10845	13343	12956
1956/57	2903	11841	8409	2942	4982	12996	4617	17500
1957/58	4802	12152	12211	3011	7208	14803	14182	17387

Jahr	Kredite insgesamt an Einzelpersonen		Davon Überfällig		Gewinn und Verlust (in 1000 Rup.)	
	m.b.H.	m.u.H.	m.b.H.	m.u.H.	m.b.H.	m.u.H.
1947/48	3883	15806	2148	4394	+ 115	- 144
1948/49	3724	15825	2125	4512	+ 115	+ 035
1949/50	4936	16359	2490	3989	+ 090	+ 053
1950/51	6171	17318	2231	4391	+ 184	+ 108
1951/52	7022	18296	1893	4889	+ 205	+ 237
1952/53	7559	19784	2261	6334	+ 204	+ 280
1953/54	8797	20511	2346	6531	+ 334	+ 317
1954/55	10000	21522	1616	6838	+ 452	+ 382
1955/56	12297	24196	3310	6497	+ 481	+ 060
1956/57	12555	27129	3651	9605	+ 134	+ 652
1957/58	14745	29891	2445	10053	+ 443	+ 851

Aus der Tabelle ergibt sich der Anschein einer positiven Entwicklung. Dieser Eindruck ist jedoch irreführend, da diese Zahlen offenbare Schwächen verbergen.

Ein Vergleich der Entwicklung der Genossenschaften mit beschränkter oder unbeschränkter Haftung lässt uns glauben, dass das Vertrauen den Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht zugewendet wird. Tatsächlich ist dies aber ein Ergebnis der Fassung des "Cooperative Societies Act" von 1912, der die Errichtung ländlicher Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht nur als Ausnahme zuließ.

Allerdings fragt es sich, ob die "unbeschränkte Haftpflicht" den Genossenschaften nicht in ihrer Entwicklung hinderlich gewesen ist. In vielen europäischen Ländern mit einer Genossenschaftsbewegung erfolgte eine allgemeine Umwandlung von der "unbeschränkten in die beschränkte Haftpflicht. Dies wird aus einem Beispiel mit den Angaben einiger west-deutscher Genossenschaftsverbände ersichtlich.¹⁾

	1938		1947		1954		1956		1958	
	u.H.	b.H.	u.H.	b.H.	u.H.	b.H.	u.H.	b.H.	u.H.	b.H.
Hannover	1154	1457	278	1662	60	1775	33	1955	30	2064
Frankfurt	615	2149	368	1702	146	1830	67	1863	23	1864
München	4938	1493	4711	1399	4521	1435	4364	1483	4163	1543
Ludwigshafen	775	915	469	723	405	737	381	737	344	751

Die Tabelle der ländlichen Kreditgenossenschaften in West-Pakistan weist 375,276 Gesamtmitglieder aus; nehmen wir an, jedes Mitglied stehe für eine Familie von 5 Personen, so bedeutet dies, dass die ländlichen Kreditgenossenschaften eine Bevölkerung von 1.876,380 erfassen, und zwar nur auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Westpakiistans

1) Vgl. Deutscher Raiffeisenverband, e.V.: Statistischer Bericht, Folge 8, Bonn, 1958, S. 14

Bevölkerung insgesamt erreicht die Zahl von 34,08 Millionen Menschen, von denen 75 %, d.h. 26,64 Millionen in der Landwirtschaft beschäftigt sind. Somit erfassen die Kreditgenossenschaften nur etwa 7 % der Landbevölkerung.

Ausserdem wird ersichtlich, dass bei den Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung im Jahresdurchschnitt 1947/48 bis 1957/58 von den herausgegebenen Krediten 30 % überfällig waren. Das ist wiederum ein Hinweis auf den Misserfolg der Genossenschaften.

Bisher haben wir die Kreditgenossenschaften insgesamt betrachtet. Wenn wir jedoch das Kreditgenossenschaftswesen analysieren, so ergibt sich nur an manchen (allerdings seltenen) Stellen eine gesunde Entwicklung, aber an anderen (und dies erreichen eine weit höher liegende Ziffer) enttäuscht uns das erhaltene Bild. In dieser Beziehung ist der Rechnungsprüfungsbericht des Kommissars des Cooperative Department aufschlussreich. Dort sehen wir, dass von 10985 Genossenschaften in West-Pakistan 2421 der Klasse D ¹⁾ zugeteilt sind, während 2194 zur Klasse C 11 gehörten. In der Klasse A sind 245 und in der Klasse B 1942 Genossenschaften. ²⁾ Fassen wir die unter D und C 11 klassifizierten Genossenschaften zusammen, so kommen wir auf 40 % der Gesamtzahl der Genossenschaften, die nicht arbeitsfähige Genossenschaften darstellen.

Der Kommissar des Cooperative Department wäre als ihr Revisor, Ausbilder und Führer der Bewegung verpflichtet gewesen, nach den ihm erteilten Vollmachten eine erhebliche Anzahl der nicht mehr lebensfähigen Genossenschaften aufzulösen.

Der Kommissar handelte jedoch nicht. Campbell erklärt uns dessen "Tatenlosigkeit", wenn er sagt: ³⁾ "Eine Liquidierung ist eine lange, schwierige

1) Genossenschaften der Klasse A und B werden als aktive Zusammenschlüsse in ziemlich gutem Zustand angesehen; sie erfordern geringe oder gar keine Überwachung; zur Klasse C 11 gehören nahezu funktionsunfähige Genossenschaften, während zur Klasse D Kooperationen fast in Liquidation zählen.

2) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 26

3) Vgl. Campbell, W.K.H.: Practical Cooperation in Asia and Afrika, Cambridge, 1951, S. 33

rige und unbefriedigende Operation; gleich wie ein Leichenbegräbnis mehr beachtet wird als eine Geburt liquidieren heisst oft, die Bewegung in einen unverdienten Misskredit zu bringen."

In den Provinzen West-Pakistans ist aber das Hinsterben von genossenschaftlichen Einrichtungen keine Neuheit mehr. Die folgenden Zahlen geben die schon in Liquidation befindlichen Genossenschaften an. ¹⁾

	Kredit- genossen- schaften	Nicht- Kredit- genossen- schaften	Kredit- genossen- schaften	Nicht- Kredit- genossen- schaften
	1956/57		1957/58	
Genossenschaften im Auflösungsprozess am Beginn des Jahres	1262	303	1223	327
Genossenschaften im Auflösungsprozess am Jahresende	1223	327	1316	354

Obwohl die Anzahl der liquidierten Genossenschaften ziemlich hoch ist, sollte doch der Kommissar nicht davor zurückschrecken, einzuschreiten. Man darf nicht vergessen, dass eine Operation - so schmerzvoll sie auch sein mag - absolut notwendig ist, um den übrigen Teil des Körpers gesunden zu lassen. Nur dadurch ist dem Interesse des Genossenschaftswesens auf lange Sicht gedient.

c) Flurbereinigungsgenossenschaften

Die Agrarverfassung Pakistans verhindert nicht eine übermässige Zersplitterung des Bodenbesitzes in Pakistan. Die Erbschaftsgesetze und die steigende Anzahl der Erben bei jeder nachfolgenden Generation

1) Vgl. Government of West-Pakistan: Report on the Working of the Cooperative Societies in West-Pakistan for the Year 1957/58, Lahore, 1960, S. 5

ergeben eine immer weitergehende Unterteilung und Zersplitterung des Bodeneigentums. Die Untersuchung des Tenancy Laws Enquiry Committee of Punjab ergab, dass die durchschnittliche Betriebsgrösse in bezug auf den "Peasant-Proprietor" 3,9 acres war, Ebenfalls zeigte der Bengal Land Revenue Commission Report, dass 42 % der Landwirte unter 2 acres und 21 % zwischen 2 und 4 acres besaßen.¹⁾

Dazu kommt noch, dass als Folge auf Grund der Verteilung der Boden zerstreut liegt. Zum Beispiel in Attock, West-Pakistan, liegen die zersplitterten Bodenflächen etwa zwei Meilen vom Dorf entfernt.²⁾

Jeder genossenschaftliche Versuch, diese Fläche mit ihrer unterschiedlichen Fruchtbarkeit, den andersartigen Bewässerungsbedingungen und verschiedenen Geldanlagen zusammenzufassen, bedarf der Bewältigung schwieriger Hindernisse. In diesem Zusammenhang ist auch die gefühlsmässige Abhänglichkeit an den geerbten Bodenflächen nicht zu unterschätzen. Zu diesen Hindernissen gehört das Problem der Vermessung, der Abgrenzung, der Anlegung neuer Wege, der Entschädigung; schliesslich, aber keinesfalls unwichtig, ist das Problem der Finanzierung solcher Flurbereinigungen.

Das Flurbereinigungsverfahren beginnt mit der Errichtung einer Genossenschaft zu diesem Zwecke. Nach Gründung der betreffenden Genossenschaft legt ein Unterinspektor, ein Angestellter des Cooperative Department, als erstes einen Flurbereinigungsplan fest, wobei er die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Mitglieder und der Dorfgemeinschaft als Ganzes im Auge haben soll. Dieser Plan wird der Genossenschaft zur Genehmigung unterbreitet. Das Gesetz über die Konsolidierung von Gütern im Pandschab des Jahres 1936 bestimmt, dass eine Flurbereinigung durchgeführt werden darf, wenn sie von der Mehrzahl der Betroffenen gewünscht wird. Die Praxis zeigt aber, dass die Flurbereinigungspläne gewöhnlich nicht vollstreckt worden sind, es sei

1) Vgl. Akhtar, S.M.: Economics of Pakistan, Lahore, Bd. I, 1956 S. 1962/1963

2) Vgl. Nanavati, Manilal. B-Anjaria, J.J.: Indian Rural Problems, Bombay, 1947, S. 30

denn, alle Mitglieder hätten zugestimmt.¹⁾ Dies wird vom Cooperative Enquiry Committee bestätigt: "In den Dörfern, wo die Konsolidierung der Pachtgüter auf genossenschaftlicher Basis stattgefunden hat, liegt eine hundertprozentige Zustimmung vor."²⁾

Die Genossenschaften haben für die Konsolidierung von landwirtschaftlichen Flächen in Pakistan wertvolle Dienste geleistet. Durch genossenschaftliche Bemühungen wurde ein Gebiet von 700 000 acres konsolidiert, das in 525 000 Teile aufgeteilt war, so dass es nach erfolgter Konsolidierung nur noch aus 75 000 Teilen bestand.³⁾

Die Anzahl solcher Genossenschaften stieg von 1956/57 von 36 auf 846 im folgenden Jahre; die Mitgliederzahl betrug in diesen beiden Jahren 110 229 bzw. 118 250.⁴⁾ In West-Pakistan befinden sich Genossenschaften zur Flurbereinigung Überwiegend im früheren Pandschab. Über ihre Tätigkeit werden wir durch die folgende Aufstellung orientiert: ⁵⁾

	<u>1956/57</u> acres (in 1000)	<u>1957/58</u> acres (in 1000)
Gesamtes konsolidiertes Gebiet	8,86	9,30
Konsolidierungsvorhaben	1,69	1,58
Anzahl der Teile vor der Konsolidierung	0,37	0,34
Anzahl der Teile nach der Konsolidierung	0,04	0,07

Gemeinsam mit den Flurbereinigungsverfahren wurden viele andere Massnahmen durchgeführt, z.B. die Reservierung von Landflächen für den Schulbau und gemeinsame Spielplätze, die Erstellung und Nivellierung von Wegen, Instandsetzung von Brunnen etc.

-
- 1) Vgl. United Nations: Rural Progress through Cooperation- The Place of Cooperatives in Agricultural Development, New York, 1954, S. 25
 - 2) Vgl. The Government of West-Pakistan: The Cooperative Inquiry Committee Report, Lahore, 1956, S. 57
 - 3) Vgl. Cooperative Department, West-Pakistan: West-Pakistan and Cooperation, Lahore, 1959, S. 54
 - 4) Vgl. Government of West-Pakistan: Report on the Working of Cooperative Societies in West-Pakistan for the Year 1957/58, Lahore 1960, S. 52
 - 5) ebd., S. 53/54

Leistungen solcher Grössenordnung erforderten die t tliche Unterstützung und finanzielle Hilfe seitens der Regierung, ohne die auch der bisher erreichte Fortschritt unmöglich gewesen wäre. Die Regierung stellt Spezialkräfte aus dem "Land Revenue Department" zur Verfügung, die die Genossenschaften bei der Vorbereitung der Flurbereinigung unterstützen. Ein Teil der Kosten wird durch die Genossenschaft selbst getragen, einen anderen übernimmt der Staat. Die staatlichen Ausgaben hierfür belaufen sich 1957/58 auf Rs. 244.000, während die Genossenschaften für diese Ausgaben 400.000/- Rupien aufbrachten. Auf diese Weise kosteten die Konsolidierungsmassnahmen je acre  /14/1 Rupien.¹⁾

Wenn wir uns nach der Ursache des Erfolges dieser Genossenschaften umsehen, so können wir feststellen, dass die Genossenschaften im wesentlichen durch die Initiative der Gutsherren (Zamindars) entstanden. Nur von Fall zu Fall konnten die kleinen Landbesitzer an dem Nutzen teilhaben, soweit ihre verstreuten Landflecken in den Konsolidierungsplan hineinreichten.

Die Flurbereinigungsgenossenschaften werden aufgelöst, sobald sie ihr Ziel erreicht haben. Auch gehört dies zu der Tatsache, dass das Interesse der Gutsherren mit dem Objekt verbunden blieb, nicht aber mit genossenschaftlichen Diensten im Sinne einer sozialen und wirtschaftlichen Wohlfahrt, da sie ihre Initiative und Führung nicht andersartigen Genossenschaften zur Verfügung stellten.

d) Produktionsgenossenschaften

Die Wichtigkeit der Produktionsgenossenschaften wird offenbar bei der Betrachtung der Betriebsgrösse. Die Durchschnittsgrösse der Betriebe beträgt ungefähr 3,94 acres,²⁾ was weit unter dem Betriebsminimum liegt.

1) Vgl. Government of Pakistan: Report on the Working of Cooperative Societies in Pakistan for the Year 1957/58, Lahore, 1960, S. 55

2) Vgl. Wengen, G.D.: Sozial Aspects of the Cooperative Movement in Ceylon and Southern India, Amsterdam, 1957, S. 15

47 % des Besitzes sind kleiner als zwei acres, 11 % haben zwischen 2 und 3, 9 % zwischen 3 und 4, und 7 % zwischen 4 und 9 acres. ¹⁾
Daraus ergibt sich, dass 67 % der Pachtgüter unwirtschaftlich sind.

Dadurch wird die Wichtigkeit der Produktionsgenossenschaft hervorgehoben, die in der Steigerung der Produktion und damit der Rückzahlungsfähigkeit besonders derjenigen liegt, die von der Kreditgenossenschaft Kredite erhielten. Bis vor einigen Jahren waren die Produktionsgenossenschaften nicht nur in Pakistan, sondern auch in vielen anderen asiatischen Ländern unbekannt. Eine Ausnahme macht Japan, wo schon 1938 mehrere hundert Produktionsgenossenschaften für die Landwirtschaft bestanden. ²⁾

Die Versuche der Produktionsgenossenschaften in Pakistan erfolgten nicht bei kleinen und unwirtschaftlichen Gütern, sondern an Staatsbesitz in geschlossenen Blöcken. Wie viele andere Regierungen, wandte sich die von Pakistan auch den Produktionsgenossenschaften zu, um die Ansiedlung von "Arbeitern ohne Land" (Flüchtlingen aus Indien) und die Lösung bestimmter sozialer Probleme zu ermöglichen, die sich aus dem Kriege ergeben hatten; wir denken hier auch an die Beschäftigung demobilisierter Soldaten. ³⁾ Den Flüchtlingen, demobilisierten Soldaten und anderen wurden Kultivierungsrechte auf Regierungsbesitz zugeteilt unter der Bedingung, dass sie Mitgliedern der Produktionsgenossenschaften wurden. Die Kultivierung der betreffenden Ländereien erfolgte nach den Statuten dieser Produktionsgenossenschaften. In ihnen sind auch Pächter vertreten, die früher Land von der Regierung bewirtschaftet hatten.

1) Vgl. Wengen, G.D.: Social Aspects of the Cooperative Movement in Ceylon and Southern India, Amsterdam, 1957, S. 15
(Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf Indien, sie dürfen aber nicht wesentlich von denen für Pakistan abweichen.)

2) Vgl. International Labour Office: The Development of Cooperative Movement in Asia, London-Geneva, 1954, S. 8

3) Vgl. ebd.: S. 10

In der folgenden Zusammenstellung über die Produktionsgenossenschaften zeichnet sich auch die Zusammensetzung der Dorfbewohner ab.¹⁾

	<u>1957/58</u>
1. Flüchtlinge	4977
2. Soldaten, Angehörige und Vertreter von Soldaten	3286
3. Bauern des Ortes	2217
4. Moeens	83
5. Sonstige	993
	11556

Seit Beginn dieser Kooperationen sind 56 069 acres unbebauten Landes kultiviert worden.²⁾ Durch diese Zusammenschlüsse wurde es möglich, den Durchschnittsertrag an Weizen je acre von 9 Maunds 9 Seers (etwa 830 lbs) 1956 auf 12 Maunds 15 Seers (etwa 1 114 lbs) 1957 zu steigern.^{3) 4)} Dadurch wurde das Einkommen je Landbebauer mit einem Betrieb von 12 1/2 acres von 519/6/- Rs. erhöht auf 744/6/- Rs.⁵⁾ Die Rechte am Grund und Boden blieben bei den Genossenschaften, während die Mitglieder nur das Kultivierungsrecht haben. Die Bodenbearbeitung hat gemäss dem allgemeinen Bebauungsplan zu erfolgen. Dieser wird von der Genossenschaft aufgestellt und vom Kommissar des Department of Cooperative Societies genehmigt. Früher war das Produkt zwischen den Produktionsgenossenschaften und ihren Mitgliedern in einem Verhältnis von 50 : 50 aufzuteilen, später aber wurde es abgeändert in 40 % für die Produktionsgenossenschaft und 60 % für die Mitglieder. In den Statuten befindet sich eine Klausel bezüglich der Vererbung von Kultivierungsrechten, nach der nur ein vom Verstorbenen vorgeschlagenes Mitglied die Rechte erwerben kann.

1) Vgl. Government of West-Pakistan: Report on the Working of Cooperative Societies in West-Pakistan for the Year 1957/58, Lahore, 1960, S. 56

2) Vgl. Public Relations Department: Cooperative Farming in West-Pakistan, Lahore, o.J., S. 6

3) Maund = 40 Seers = 90 lbs

4) Vgl. Muslim, Sh. Mohammed: Basic Democracies and Cooperative Movement, Lahore, 1960, S. 49

5) Vgl. Department of Cooperation, West-Pakistan: West-Pakistan and Cooperative Movement, Lahore, 1959, S. 41

Die genossenschaftlichen Produktionsgenossenschaften geben kurzfristige Darlehen bis zu Rs. 500/- je Mitglied, ohne Sicherheitsleistung und zinslos. Am Ende des Jahres 1955 betrug die Finanzierung auf kurzfristiger Basis Rs. 4.171,201. ¹⁾ Ein weiteres Merkmal dieser Genossenschaften ist darin zu sehen, dass die Mitglieder ihre Erzeugnisse nicht selbst an den Markt bringen dürfen; das Produkt aller Mitglieder wird von der Genossenschaft verkauft. Durch diese Massnahme wird die Solidarität der Genossenschaftsmitglieder gewährleistet - vielleicht ist darin die Ursache ihres betriebswirtschaftlichen Erfolges zu finden.

Es wurde schon ausgeführt, dass die Eigentumsrechte am Grund und Boden bei den Produktionsgenossenschaften liegen, während die Mitglieder nur die Kultivierungsrechte haben und daher die Erzeugnisse mit den Genossenschaften zu teilen haben. Weil diese Produktionsgenossenschaften die Stelle des Grundbesitzers eingenommen haben, sehen die Bauern die genossenschaftliche Einrichtung nicht als die ihre an; somit fehlt es an einer wahrhaften Loyalität den Produktionsgenossenschaften gegenüber. Sie glauben, dass letzten Endes ihre Leistungen entweder an die Regierung oder an eine auswärtige Agentur ginge.

Wie dem auch sei - der Erfolg der Produktionsgenossenschaften ist offensichtlich: sie haben die Produktion steigern können, sie erzielen zu Gunsten ihrer Mitglieder bessere Preise, sie sorgen für bessere Wohnverhältnisse, Anbau von Schulgebäuden und Krankenhäuser, und nicht zuletzt die Anwendung besserer Bodenbearbeitungsmethoden. Diese Genossenschaften waren ebenfalls erfolgreich in ihrem Bemühen, ihre Mitglieder zu wirtschaftlichem Denken und zum Sparen anzuleiten - erfolgreicher jedenfalls als die Kreditgenossenschaften in West-Pakistan.

¹⁾ Vgl. Government of West-Pakistan: The Cooperative Inquiry Committee Report, Lahore, 1956, S. 25

Mit den folgenden Zahlen wird die vorstehende Beobachtung unter-
stützt: 1)

Einlagen bei den Produktionsgenossenschaften

1948/49	Rs. 20 992
1949/50	Rs. 858 806
1950/51	Rs. 709 913
1951/52	Rs. 576 567
1952/53	Rs. 508 366
1953/54	Rs. 316 244
1954/55	Rs. 862 873
1955/56	Rs. 659 793

Was das Kreditgeschäft, besonders die kurzfristigen Kreditbedürfnisse, anbelangt, so können sich die Produktionsgenossenschaften fast völlig auf eigene Mittel stützen. 2)

Unterzieht man diese Produktionsgenossenschaften einer Kritik, so fällt es schwer, die Methoden und Praktiken, die sie betreiben, mit den genossenschaftlichen Grundsätzen in Einklang zu bringen. Der erste Einwand, sie als wahre Genossenschaften anzuerkennen, liegt darin, dass der Status der Mitglieder gegenüber den Genossenschaften nicht derjenigen eines Mitglieds (im üblichen Sinne) ist, sondern vielmehr derjenige eines "Arbeiters ohne Land", der zu seinem Vorteil in einer Produktionsgenossenschaft organisiert ist.

Ein weiterer Einwand resultiert aus der Tatsache, dass man eine derartige Methode der Landbewirtschaftung, wie sie hier praktiziert wird, nicht als genossenschaftlich bezeichnen darf. Denn hier wird lediglich eine grossräumige Form mit Hilfe von Landarbeitern betrieben. Man kann dies kaum als Produktionsgenossenschaft, die Lohnarbeiter kaum als Genossenschafter bezeichnen. Schiller nennt diese Form der landwirt-

1) Vgl. Department of Cooperation, West-Pakistan: West-Pakistan and Cooperative Movement, Lahore, 1959, S. 40

2) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of the Center on Agricultural Financing and Credit for Asia and Far-East, Lahore, 1956, S. 73

schaftlichen Erzeugung "better farming societies". Er bemerkt:
"Soweit ich sehen kann, handelt es sich hier nicht um einen Fall des
wahren genossenschaftlichen Landbebauers, dem wir in Pakistan gegen-
über stehen".¹⁾

Der Staat hat hier die genossenschaftliche Organisation als ein Mittel
der Siedlungspolitik mit dem Ergebnis benutzt, dass die traditionellen
genossenschaftlichen Grundsätze weitgehend vernachlässigt worden sind.
Der Tätigkeitsbereich dieser Genossenschaften schliesst nicht nur
"cooperative farming" ein, sondern eine Reihe anderer Tätigkeiten so-
zialer und wirtschaftlicher Art. Daher wäre es richtiger, sie als
"Wohlfahrtsgenossenschaften" zu bezeichnen anstatt als "cooperative
farming societies" oder gar "better farming societies",

e) Rohrbrunnengenossenschaften

Mangel an ausreichender Wasserversorgung ist eine der alltäglichen Nöte
der Landwirtschaft West-Pakistans. In Gebieten wie Nilli Bar, Gangi Bar
und den Hakali-Projekten beträgt die Wasserversorgung nur 60 bis 76 %,
was nötig ist, so dass man durchschnittlich nur 9 acres Land von ins-
gesamt 12 1/2 acres bebauen kann.²⁾

Mittels des maschinellen Verfahrens eines Rohrbrunnens gelingt es ein-
mal, die Wasserversorgung wesentlich zu verbessern. Ausserdem fällt der
Aufwand an tierischer Kraft weg, wie ihn der Betrieb von persischen
Brunnen nötig macht; hinzu kommt, dass dadurch den Bedarf an tierischem
Futtermittel geringer wird und die landwirtschaftliche Nutzfläche für
Nahrungsmittel- und landwirtschaftliche Rohstoffproduktion frei werden.

Die Errichtung und der Betrieb eines Rohrbrunnens geht jedoch über die
finanzielle Kraft des kleinen Landwirtes hinaus. Er schliesst sich also

1) Schiller, Otto: Cooperative Farming, Lahore, 1953, S. 2

2) Vgl. Public Relations Department: Cooperative Farming in
West-Pakistan, Lahore, o.J., S. 10

in Rohrbrunnengenossenschaften zusammen. Im Jahre 1957/58 bestanden 179 solcher Zusammenschlüsse, die ein Gebiet von 45,404 acres umschlossen, im Gegensatz zu 147 Genossenschaften im Jahre 1956/57 mit einem Gebiet von 35,553 acres.¹⁾ Im Jahre 1957/58 verfügten die Rohrbrunnengenossenschaften über folgende finanzielle Mittel: ²⁾

Eingezahltes Stammkapital	Rs. (in 1000)	11 65
Rücklagen	Rs. "	0 18
Einlagen	Rs. "	3 90
Vorschüsse	Rs. "	9 02
	Rs. "	24 75

Aus der Anwendung maschineller Verfahren für die Produktion innerhalb der landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen, wie hier auch bei Rohrbrunnengenossenschaften, ergibt sich das äusserst schwierige Problem von Reparatur und Ersatzleistungen. Abhilfe liegt in der Organisation dieser Genossenschaften in Verbänden, bei denen Stäbe von Technikern bereitstehen sollen.

f) Genossenschaftliche Versicherungen

"The Pakistan Cooperative Insurance Co. Limited" mit ihren 14 Filialbüros in beiden Teilen des Landes gibt sich schon durch ihre Firmierung als "auf genossenschaftlichen Prinzipien aufbauend" zu erkennen. Ausserdem bestehen 21 andere inländische und 74 ausländische Versicherungsgesellschaften im Lande.³⁾ Die vorbezeichnete Versicherungsgesellschaft wurde 1949 mit einem genehmigten Kapital von Rs. 10 000 000 gegründet. Zu Ihren Mitgliedern zählen sowohl Einzelpersonen wie auch Genossenschaften. 1956/57 waren 112 Einzelpersonen und 264 genossenschaftliche Institutionen Mitglieder.⁴⁾

1) Vgl. Government of West Pakistan: Report on the Working of Cooperative Societies in West Pakistan for the Year 1957/58, Lahore 1960, S. 60

2) Vgl. ebd.: S. 60

3) Vgl. Muslim, Sh. Mohammed: Basic Democracies and Cooperative Movement, Lahore, 1960, S. 62

4) Vgl. Government of West Pakistan: Report on the Working of Cooperative Societies in West Pakistan for the Year 1957/58, Lahore 1960, S. 33

Der Tätigkeitsbereich der Gesellschaft erstreckt sich u.a. auf Lebens-, Feuer-, See- und Maschinenversicherungen. Aus dem Geschäftsbericht der Versicherungsgenossenschaft ergibt sich, dass die Interessen allerdings weniger auf dem Gebiete des ländlichen Genossenschaftswesens liegen, sondern vielmehr im Bereich von Handel und Gewerbe. Vielleicht beruht dies aber auch auf der geringeren Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens, wodurch die Einträglichkeit derartiger Geschäfte geringer ist.

g) Entwicklungsgenossenschaften

Eine neue Art des genossenschaftlichen Zusammenschlusses unter staatlicher Teilhaberschaft hat sich in Pakistan entwickelt; diese Art wird als "Entwicklungsgenossenschaften" (Development Societies) bezeichnet. Ihre Tätigkeit ist den Universalgenossenschaften gleichzusetzen, obwohl das Schwergewicht dabei auf den Absatzgeschäften liegt. Sie werden Entwicklungsgenossenschaften genannt, weil sie sich in einem unterentwickelten genossenschaftlichen Stadium befinden und für deren Entwicklung staatliche Mitwirkung unerlässlich erscheint. Ein besonderes Merkmal dieser Genossenschaften ist, dass sie ausschliesslich auf dem Prinzip der beschränkten Haftpflicht arbeiten.

Der Staat leistet zu dem eingezahlten Gesellschaftskapital einen gleich hohen Betrag, allerdings je Gesellschaft nicht mehr als Rs.10 000/-.

1)

Das Betriebskapital soll durch Darlehen seitens der genossenschaftlichen Zentralbanken erhöht werden, um zu einem ausreichenden Umsatz und damit zu einer gewinnbringenden Geschäftsführung zu gelangen. In Anlehnung an dieses Vorbild sind neuerdings 26 Genossenschaften errichtet worden, und 33 Kreditgenossenschaften wurden in Entwicklungsgenossenschaften umgewandelt.²⁾ Als Beweis ihrer erfolgreichen Entwicklung bietet sich uns die Tatsache an, dass 1957/58 nur 36 Zahler säumig waren aus einer Gesamtzahl von 2350 Schuldnern im gleichen Zeitraum.³⁾

1) Vgl. Cooperative Department of West-Pakistan: Programme for Development of Service Cooperatives in West-Pakistan (Manuskript), Lahore, 1960, S. 5

2) Vgl. Government of West-Pakistan: Report on the Working of the Cooperative Societies in West-Pakistan for the Year 1957/58, Lahore, 1960,

3) Vgl. ebd., S. 63

b) Absatzgenossenschaften

In der Vergangenheit sind sehr unzulässige Aussagen gemacht worden, um solche Genossenschaften zu ertöchten. Es wurde verkündet, die Entwicklung von Absatzgenossenschaften in ausserordentlichem Verhältnis zur kreditgenossenschaftlichen Entwicklung voranzutreiben.

Die "Cooperative Marketing Societies" erscheinen unter verschiedenartigen Bezeichnungen in West-Pakistan; ¹⁾

Absatzgenossenschaften in Pakistan im Jahre 1956/57

Zielsetzung der Absatzgenossenschaften	Zahl	Mitglieder	Arbeitskapital (in 1000 Rupien)	Einkaufswert (in 1000 Rupien)	Verkaufswert (in 1000 Rupien)
Zuckerrohrgenossenschaften	441	17 995	1 49	---	---
Zuckerassoziationen	6	341	1 11	0 87	0 84
Genossenschaften zur Schur und zum Absatz von Wolle	24	294	1 53	0 01	0 1
Verkaufsgenossenschaften und Kommissionsläden	79	5749	58 46	67 56	67 60
Universalgenossenschaften	155	8550	66 25	23 54	26 70
Gesamt	705	31473	128 84	91 98	95 17

Die erste der grössten Kategorien zeigt die Rohrzucker-Verkaufsgenossenschaft mit dem Tätigkeitsgebiet in den Bezirken von Mardan und Peshawar, wo sie zwei Zuckerraffinerien dieses Gebietes beliefern; dabei handelt es sich auf der einen Seite um 18,336 solcher Absatzgenossenschaften, denen nur zwei Einkäufer gegenüberstehen. Daraus ergibt sich klar genug, dass die Stellung der beiden Zuckerraffinerien gegenüber den Genossenschaften ¹⁾ über der grossen Zahl sehr stark ist. Die Zuckerverkaufspreise werden in jedem Jahr von den Fabriken festgesetzt. ²⁾ Dieser Nachteil der

1) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 90

2) Vgl. ebd., S. 90

Zuckersaatzgenossenschaften beruht auf der Tatsache, dass man die Verfahrens- und Herstellweisen monopolisiert hat. Aus diesen Gründen haben die Absatzgenossenschaften nicht die Bedeutung für ihre Mitglieder, die Zuckererzeuger, wie es der Fall wäre, wenn man die Zuckerverarbeitung ebenfalls genossenschaftlich organisiert hätte.

Die nächste grosse Kategorie zeigt uns die "Sale Societies and Commission Shops". Die Sale Societies wie die Commission Shops sind auf genossenschaftlicher Basis organisiert. Die Verkaufsgenossenschaften kaufen die Ernte direkt vom Erzeuger ein, um sie später an die Händler weiter zu verkaufen. Die kommissionellen Genossenschaften verkaufen im Gegensatz zur Verkaufsgenossenschaft an die Händler nur im Auftrag des Erzeugers, wofür sie Kommissionsgebühren berechnen. Auf diese Weise gehen sie kein Handelsrisiko ein.

Die kommissionellen Genossenschaften sind auf Grund ihrer Statuten ermächtigt, dem Erzeuger bis zum Abschluss der Geschäfte einen bestimmten Prozentsatz des Verkaufspreises vorzuschliessen. Das führt diese Genossenschaften dazu, das Produkt schnellstens zu verkaufen, damit sie die Vorauszahlungen wieder ausgleichen können. Ausserdem verfügen sie nur über geringe Lagerungsmöglichkeiten. Die Konkurrenten dagegen verfügen über grosse Lagerkapazitäten; sie sind finanziell besser gestellt. Deshalb zahlen sie dem Erzeuger im voraus einen höheren Prozentsatz der künftigen Verkaufserlöse und für eine längere Periode. Da die Verkaufs- und kommissionellen Genossenschaften die Erzeugnisse ihrer Mitglieder an die Händler weiterverkaufen, können sie keine höheren Preise erzielen als der Bauer selbst, wenn er direkt an die Händler der Stadt verkauft. Aus diesen Gründen ging das Interesse der Bauern an diesen Genossenschaften verloren.

Weitere Absatzgenossenschaften stellen die "multi-purpose Cooperative Societies" (Mehr-Zweck-Genossenschaften) dar. Diese wurden in Eile kurz nach der Teilung von Indien in Pakistan organisiert; sie sollten die Lücke füllen, die durch die Flucht der Nicht-Moslems aus West-Pakistan entstanden war, in deren Händen fast der gesamte Handel und das Bankwesen konzentriert gewesen waren.¹⁾

Diese Genossenschaften spielten bis 1951/52 eine bedeutende Rolle beim Absatz von Reis in Hülsen, Baumwolle und Futtersamen. Ab 1951/52 sank ihr Umsatz von Rs. 33.500.000/- auf Rs. 23.500.000/- im Jahre 1957/58.²⁾ Die Ursachen ihrer ungünstigen Entwicklung kommen in den Worten eines FAO-Berichtes zum Ausdruck: "In West-Pakistan wurden Baumwoll-Verkaufsgenossenschaften organisiert, um gewisse Lücken in den Kanälen des Handels zu füllen; in vielen Fällen jedoch waren diese Einrichtungen weder entsprechend ausgestattet worden noch verfügten sie über ausreichendes fachliches und technisches Können. Die Geschäftsführungskosten lagen im allgemeinen hoch."³⁾

Zahl und Umsatz der Wollschur- und Verkaufsgenossenschaften ist verhältnismässig gering. Die Ein- und Verkäufe für 1956/57 und 1957/58 betrugen Rs. 1000/- je Jahr.

-
- 1) Vgl. International Labour Office: The Development of Cooperative Movement in Asia, London-Geneva, 1954, S. 10
 - 2) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 91
 - 3) Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of the Center on Agricultural Finance and Credit for Asia and Far-East, Lahore, 1956, S. 46

2. Die ländlichen Genossenschaften in Ost-Pakistan

Bei der Darstellung der Genossenschaften in Ost-Pakistan, das nur 1/10 der Fläche ganz Pakistans einnimmt, aber dabei mit 41,9 Millionen mehr als 50 % der gesamten Bevölkerung beherbergt,¹⁾ wollen wir nach denselben Gesichtspunkten vorgehen, wie wir es bereits im Falle West-Pakistans getan haben.

Dazu sei hier eine zusammenfassende Tabelle²⁾ wiedergegeben, die die verschiedenen Formen innerhalb des Genossenschaftswesens und ihre zahlenmäßige Bedeutung betrachtet.

Genossenschaften	Zahl	Mitglieder		Arbeitskapital (in 1000 Rupien)
		Einzelpersonen	Genossenschaften	
Genossenschaftliche Sitzeninstituten	8	2083	1143	30 786
Genossenschaftliche Zentralbanken	68	2906	9395	25 890
Zentralen der Uni- versalgenossenschaf- ten	79	11890	1884	7 948
Kreditgenossen- schaften	1658	42216	--	2 959
Universalgenos- senschaften	3436	567044	--	11 370
Ein- und Verkaufs- genossenschaften	6	20124	--	1 494
Genossenschaften für Zuckerrohr- zeuger	1	1739	--	0 14
Genossenschaften d. Kleinfabrikanten	1	5084	--	0 817
Cooperative Living Genossenschaften	14	828	--	0 70
Anti-Malaria-Genoss.	25	464	--	0 12
Lepra-Genoss.	1	85	--	0 23

1) Vgl. Bundesstelle für Aussenhandelsinformation: Weltwirtschaft am Jahreswechsel 1961/62, Köln, 1962, S. 125

2) Vgl. Government of East Pakistan, Cooperative Directorate: Annual Report and Statements on the Working of Cooperative Societies in East Pakistan for the Year 1957/58, Dacca, 1960, S. 12

Ausserdem gibt es noch weitere Genossenschaftsformen mit einer ganzen Reihe anderer Aufgaben, wie zum Beispiel Viehzucht-, Bodenmelioration-, Lakt- und Molkereigenossenschaften. Ihre Anzahl ist jedoch sehr gering und ihr Anteil an den Leistungen der ländlichen Genossenschaften minimal. Die grössten sind die Kredit- und die gemischten Genossenschaften, und sie erfreuen sich einer grossen Bedeutung innerhalb des ländlichen Genossenschaftswesens. Eine besonders wichtige Rolle spielen die Zentralgenossenschaftsbanken und die obersten Spitzenorganisationen, denn von ihnen wird Anleitung, geistige Führung und Finanzierung der gesamten ländlichen Genossenschaftsbewegung erwartet.

Die einzige Spitzen-Kreditorganisation in der Provinz Ost-Pakistan ist die East-Pakistan Provincial Cooperative Bank Ltd. Infolge von korrupter Geschäftsführung verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Bank derartig, dass die Leitung schliesslich vom Cooperative Department übernommen werden musste. An die Regierung wurde die Bitte herangetragen, auf die fällige Rückzahlung eines Darlehens von Rs. 4500/- (in 1000) zu verzichten. Sie erklärte sich bereit, es in Eigenkapital der Bank¹⁾ umzuwandeln, und so den Staat an der East-Pakistan Provincial Cooperative Bank Ltd. zu beteiligen.

Wie auch in West-Pakistan setzen sich die Mitglieder der Zentral- und Spitzengenossenschaften Ost-Pakistans aus einzelnen Personen und Primär-Genossenschaften zusammen. Und in gleicher Weise wie in West-Pakistan hat es sich ausgewirkt, dass es in den Dachorganisationen der Genossenschaften noch Einzelmitglieder gibt. Der grösste Teil der gewährten Kredite wurde, direkt oder indirekt, für Handelszwecke an natürliche Personen vergeben.²⁾ Solche Geschäftsmethoden laufen jedoch den Interessen ländlicher Genossenschaften zuwider und wirken zersetzend auf die Grundideen der Bewegung.

Die folgende Darstellung gibt ein deutliches Bild von den schlechten Zuständen, die in den Zentralgenossenschaftsbanken der Provinz herrschen: ³⁾ "Die Zahl der Zentralgenossenschaftsbanken war vom Zeitpunkt

1) Vgl. Government of East Pakistan, Cooperative Directorate, a.a.O., S. 3

2) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 46

3) ebd., S. 42

der Teilung im Jahre 1954 bis zum März 1958 von 82 auf 63 gesunken. Sie wurden von dem Bankierer in zwei Gruppen eingeteilt:

- a) 24 "gute" Banken mit einem Betriebskapital von insgesamt Rs. 1,8400 (in 1000). Sie waren gesichert, aber nicht liquide.
- b) 13 "tragbare" Banken mit einem Betriebskapital von Rs. 52,66 (in 1000). Sie waren nicht gesichert, konnten aber durch finanzielle Unterstützung saniert werden.
- c) 26 "schlechte" Banken mit einem Betriebskapital von Rs. 1,6800 (in 1000), die als so gut wie zahlungsunfähig angesehen werden mussten. A.M. der Wert ihres realisierten Aktiva war allgemein geringer als ihre verbleibenden gegenüber Sparern und anderen Gläubigern. Von den 13 in b) genannten von Rs. 3,900 (in 1000), die die genossenschaftlichen Zentralbanken ausgegeben hatten, waren Rs. 1,3000 (in 1000) dubiose Forderungen (da sie an britische Genossenschaften ausgegeben waren, die kurzlich in Konkurs gezwungen waren), und noch auf zahlungslos und baldigen Erlös der Restsumme bestand keine Aussicht.¹⁾

Ein anderer Untersuchungsbericht, der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegeben wurde, gab das gleiche Bild von den Verhältnissen, die sich allmählich bis zu offener Zahlungsunfähigkeit verschlechtert haben. Diesem Bericht zufolge wurden niemals ausreichende Massnahmen ergriffen, weder von den Vorständen der Genossenschaften noch vom Co-operative Department, um eine Katastrophe zu vermeiden. Es heisst ferner: "Zahlreiche Fälle hat die Untersuchungskommission aufgedeckt, in denen genossenschaftliche Banken und andere gebildete Organisationen seit Jahren keine Zinsen auf die Einlagen mehr gezahlt haben; ja, vielfach hatten sie sogar aufgehört, die Tilgung überhaupt zu berechnen, da sie das als reine Zeitverschwendung ansahen. Fast ebenso zahlreich sind die Fälle, in denen sie nicht mehr in der Lage sind, die Einlagen zurückzuschicken."¹⁾

¹⁾ Sankaradas, A.M.-Harper, R.K.: A Survey of the Co-operative Movement in East Pakistan, Dacca, 1959, S. 1

Diese Zustände haben das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Genossenschaften sehr verringert. Die Einsätze, um die es im Bereich des Genossenschaftswesens geht, sind die Ersparnisse, zum größten Teil die sehr armer Leute. Sie haben diese Ersparnisse mit viel Mühe zusammengetragen und sich nur ungern bewegen lassen, das Risiko einer Einlage bei der Genossenschaft einzugehen. Wenn sie es taten, so verliessen sie sich weitgehend auf den Kommissar und seine Verantwortung für die Sicherheit der Einlagen.¹⁾ Wenn solche Einsätze verloren gehen, sagt Campbell, so ist die Wirkung auf die Betroffenen und der daraus resultierende Rückschlag in den Aussichten der Genossenschaftsbewegung noch weitaus stärker und ernster, als es dem Umfang der tatsächlichen Verluste entspräche.²⁾

a) Kredit- und Universalgenossenschaften

Innerhalb der Gesamtheit der Genossenschaften in Ost-Pakistan überwiegen bei weitem die Kredit- und die gemischten Genossenschaften. Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in dem Jahrzehnt zwischen 1947 und 1957 hat offensichtlich nicht nur eine Umstrukturierung, sondern auch eine ganz wesentliche Änderung im Charakter der ländlichen Genossenschaften mit sich gebracht. Die folgende Tabelle zeigt in gekürzter Form die zahlenmäßige Entwicklung der Kredit- und gemischten Genossenschaften: 3) :

1) Vgl. Campbell, W.K.H.: Practical Cooperation in Asia and Africa, Cambridge, 1951, S. 32

2) Vgl. ebd., S. 32

3) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 23/24

<u>Jahr</u>	<u>Zahl der Genossenschaften</u>		<u>Mitglieder</u>		<u>Grundkapital</u>
	<u>Gemischte Genossen- schaften</u>	<u>Dörfliche Genossen- schaften</u>	<u>Gemischte Genossen- schaften</u>	<u>Dörfliche Genossen- schaften</u>	<u>Gemischte Genossen- schaften</u>
1947/48	---	26664	---	658125	---
1948/49	---	25824	---	633436	---
1949/50	2570	22897	285960	410940	13.49
1950/51	3146	18471	316351	449267	15.24
1951/52	3740	14238	318010	351328	19.85
1952/53	3864	12643	495207	322414	27.88
1953/54	3898	12132	525123	294268	28.--
1954/55	3744	8085	524094	188378	29.90
1955/56	3238	3438	527985	87240	30.90
1956/57	3197	1989	529827	48226	30.71

<u>Jahr</u>	<u>Dörfliche Genossen- schaften</u>	<u>Betriebskapital</u>		<u>Rücklagen</u>		<u>Depositen am Jahresende</u>	
		<u>Gemischte Genossen- schaften</u>	<u>Dörfliche Genossen- schaften</u>	<u>Gemischte Genossen- schaften</u>	<u>Dörfliche Genossen- schaften</u>	<u>Gemischte Genossen- schaften</u>	<u>Dörfliche Genossen- schaften</u>
1947/48	41.42	---	381.00	---	153.79	---	16.88
1948/49	41.43	---	367.41	---	145.54	---	15.81
1949/50	39.02	26.24	329.02	4.13	125.04	2.57	14.64
1950/51	34.73	34.88	289.31	4.24	108.50	3.21	21.89
1951/52	26.46	72.21	214.68	6.22	77.62	10.53	11.86
1952/53	24.11	143.90	186.17	9.93	60.58	7.69	9.83
1953/54	22.23	120.04	168.09	7.44	52.46	10.10	8.81
1954/55	13.25	113.70	106.76	8.85	36.96	6.63	5.57
1955/56	8.44	112.82	57.26	12.16	19.91	7.09	3.49
1956/57	5.67	107.71	36.83	11.55	12.08	4.28	3.21

(in 1000 Rupien)

Jr	<u>Geliehenes Geld</u> <u>am Jahresende</u>		<u>Ausgegebene Kredite</u> <u>während d. Jahresz.</u>		<u>Gesamtsumme der Vor-</u> <u>schüsse a. Jahresende</u>	
	Gemischte Genossen- schaften (in 1000 Rupien)	Dörfliche Genossen- schaften	Gemischte Genossen- schaften (in 1000 Rupien)	Dörfliche Genossen- schaften	Gemischte Genossen- schaften (in 1000 Rupien)	Dörfliche Genossen- schaften
17/48	---	168.92	---	19.73	---	188.15
18/49	---	164.62	---	15.45	---	177.13
19/50	6.05	150.32	7.31	9.37	4.88	162.66
20/51	12.19	129.19	10.19	3.29	11.31	141.53
21/52	35.62	98.74	30.13	8.31	31.51	92.51
22/53	98.39	91.65	66.31	7.26	94.04	96.71
23/54	74.51	84.60	7.92	2.31	68.81	88.48
24/55	69.10	48.98	6.36	1.63	60.60	56.--
25/56	62.66	25.41	7.77	1.75	56.94	32.12
26/57	61.17	15.87	15.63	2.16	62.--	20.44

Jr	<u>Überfällige Kredite</u>		<u>Gewinn und Verlust</u>	
	Gemischte Genossen- schaften (in 1000 Rupien)	Dörfliche Genossen- schaften	Gemischte Genossen- schaften (in 1000 Rupien)	Dörfliche Genossen- schaften
17/48	---	152.10	---	- 16.80
18/49	---	143.86	---	- 8.08
19/50	1.60	135.07	+ 1.57	- 9.95
20/51	3.37	118.05	+ 0.92	- 11.99
21/52	5.85	78.38	+ 3.12	- 4.72
22/53	27.95	78.80	+ 2.12	- 6.55
23/54	52.39	78.63	+ 2.39	- 0.25
24/55	47.30	49.25	+ 0.14	- 0.83
25/56	44.17	28.40	+ 0.49	- 0.25
26/57	43.04	14.24	+ 1.11	- Rs. 30/-

Im Jahre 1947/48 gab es in Pakistan 36 664 örtliche Kreditgenossenschaften, von denen jedoch der grösste Teil an der Grenze der Auflösung stand.¹⁾ Die Krise der dreissiger Jahre hatte sie sehr geschwächt. Die Möglichkeiten einer Rückzahlung der Darlehen waren sehr gering, und soweit sie tatsächlich gezahlt wurden, waren die Gelder nur unter grossen Schwierigkeiten aufgebracht worden, und zwar auf Grund eines starken Preissturzes auf dem Agrarmarkt. Auf diese Verhältnisse hin wurden durch einen Regierungsbeschluss, bekannt unter der Bezeichnung "Bengal Agricultural Debtors' Act", sogenannte Debt Reconciliation Boards gebildet, um den schweren Druck der Verschuldung für die Bauern zu erleichtern. Die Rückzahlung der von Genossenschaften und auch von anderen Institutionen aufgenommenen Kredite wurde den Schuldnern zu einem erheblichen Teil erlassen. Die restlichen, also weitgehend gekürzten, Summen waren im Laufe von zehn bis zwanzig Jahren zu tilgen, was für die Genossenschaften praktisch den Verlust des gesamten Grundkapitals bedeutete.²⁾

Aus der oben wiedergegebenen Tabelle geht hervor, dass gemischte Genossenschaften erst vom Jahre 1949/50 an auftauchen. In dieser Zeit wurde nämlich ein Reorganisationsprogramm angenommen, durch das der Charakter der Genossenschaften Ost-Pakistans eine neue Gestalt erhalten sollte. Es wurde beschlossen, dass gemischte Genossenschaften an die Stelle der Spezialgenossenschaften treten sollten, und zwar sollte es in jedem Kreis eine derartige Genossenschaft geben.³⁾ Wie die Statistik zeigt, ging die Entwicklung der gemischten Genossenschaften, von den letzten drei Jahren abgesehen, sehr schnell vor sich. Augenscheinlich wurden sie in den ersten fünf Jahren so massenweise gebildet, wie dies auf gesunden Grundlagen nicht möglich war. Das beweist auch die Tatsache, dass man im Jahre 1955 beschloss, 1 107 solcher Genossenschafter aus dem Genossenschaftsregister zu streichen, da sie mehr als ein Jahr nach ihrer Eintragung ihre Geschäftstätigkeit überhaupt noch nicht aufgenommen hatten.⁴⁾

1) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 20

2) Vgl. Plunkett Foundation: Year Book of Agricultural Cooperation, London, 1953, S. 226

3) Vgl. ebd., S. 131

4) Vgl. Government of Pakistan: a.a.O., S. 25

Im Gegensatz zu der oben geschilderten Entwicklung ist die Zahl der örtlichen Kreditgenossenschaften sehr stark zurückgegangen. Das ist darauf zurückzuführen, dass einmal die Zahl von 24 675 von ihnen aufgelöst wurde, und dass sie zweitens zum grossen Teil durch gemischte Genossenschaften auf der Kreisebene ersetzt wurde.¹⁾

Die gemischten Genossenschaften zeigen also in jeder Hinsicht einen zahlenmässigen Anstieg, die örtlichen Kreditgenossenschaften dagegen einen erheblichen Rückgang. Das Anwachsen der ersteren dürfte auf Kosten der letzteren gehen auf Grund des Reorganisationsprogramms, d.h. infolge der Einsetzung der einen anstelle der anderen. Das Ergebnis des Reorganisationsplans zeigt sich bei einem Vergleich der Zahlen für das Jahr 1947/48 mit denen für 1956/57 wie folgt:

	<u>1947/48</u>	<u>1956/57</u>
	(in 1000 Rupien)	
Mitgliederzahl	658 125	577 053
Grundkapital	41,42	36,38
Gesamtkapital	381,01	114,54
Rücklagen	153,79	23,63
Einlagen	16,88	7,49
Gewinn und Verlust	- 16,99	+ 0,81

Aus der Tatsache, dass, abgesehen von Gewinn und Verlust, sämtliche in diesen Vergleich einbezogenen Grössen ein Absinken zeigen, folgt, dass der Reorganisationsplan im Hinblick auf die Ziele, die man damit erreichen wollte, versagt hat. Insbesondere der Rückgang der Mitgliederzahlen und der Spareinlagen ist ein Grund zur Besorgnis, da jede Reorganisation des ländlichen Genossenschaftswesens es sich gerade zum Ziele setzen sollte, die Bewegung auszudehnen und unter den Mitgliedern den Sinn für das Sparen zu verbreiten. Wenn man dem Reorganisationsplan überhaupt einen Erfolg zuschreiben kann, so lediglich den, dass nach seiner Durchführung ein Gewinn erzielt wurde. Ein Gesamtkapital von Rs. 381,01 (in 1000) brachte im Jahre 1947/48 einen Verlust

1) Vgl. Government of Pakistan, a.a.O., S. 25

von Rs. 16,99 (in 1000), hingegen 1956/57 ein Gesamtkapital in Höhe von Rs. 114,54 (in 1000), später einen Nominalgewinn von Rs. 1,01 (in 1000).

Nach meiner Ansicht treten die grössten Schwierigkeiten offensichtlich im Bereich der Kontrolle und Geschäftsführung auf, und sie sind nicht durch eine Reform der Grundzüge der Genossenschaftsbewegung zu Überwinden. Die Regierungsstellen der Genossenschaftsbewegung hätten einen grösseren Dienst erwiesen, wenn sie sich um die Fragen der praktischen Geschäftsführung gekümmert hätten statt um die Reorganisation ihrer Grundstruktur.

Die ländlichen Kredit- und gemischten Genossenschaften stehen augenscheinlich nicht auf einer gesunden finanziellen Basis. Ihr Gesamtkapital belief sich im Jahre 1956/57 auf Rs. 107,71 (in 1000) bzw. Rs. 36,83 (in 1000), davon waren Rs. 61,17 (in 1000) bzw. Rs. 15,87 (in 1000) Fremdkapital. Auch die audit-classification (Klassifikation auf Grund der Rechnungsprüfung) der ländlichen Kreditgenossenschaften gibt ein keineswegs befriedigendes Bild. Die folgenden Angaben mögen genügen, um sich ein Urteil zu bilden: ¹⁾

Gruppe A (in jeder Hinsicht zufriedenstellende Geschäftslage)	6 Genossenschaften
Gruppe B (weitgehend zufriedenstellende Geschäftslage mit eindeutigen Zeichen einer Aufwärtsbewegung)	133 Genossenschaften
Gruppe C (durchschnittlich, mit einigen Rückständen bei Darlehen, allgemeiner Geschäftsgang nicht sehr zufriedenstellend)	2289 Genossenschaften
Gruppe D (nicht zufriedenstellend, aber Aufwärtsentwicklung möglich, wenn Sanierung erfolgt)	685 Genossenschaften
Gruppe E (sehr schlechter Stand, Auflösung nötig, wenn keine Sanierung erfolgt)	424 Genossenschaften

Eine gleichartige Klassifikation für die gemischten Genossenschaften liegt nicht vor.

1) Vgl. Government of East Pakistan, Cooperative Directorate: Annual Report and Statements on the Working of Cooperative Societies in East Pakistan for the Year 1957/58, Dacca, 1960, S. 15

b) Absatzgenossenschaften

Die Haupterzeugnisse der Landwirtschaft Ost-Pakistans sind Reis und Jute. Der Reis dient weitgehend dem Eigenverbrauch der Erzeuger, nur ein sehr geringer Anteil bleibt für den Markt. Jute hingegen wird lediglich für den Markt produziert. Daher ist es nicht erstaunlich, wenn sich die Bemühungen im wesentlichen auf den genossenschaftlichen Absatz von Jute konzentrieren.

Die Einrichtung von Jute-Absatzgenossenschaften begann im Jahre 1949/1950.¹⁾ Bis 1950 betrug ihre Anzahl nur elf, stieg dann bis zum Jahre 1957 auf 76.²⁾ Der organisatorische Aufbau ist dreistufig:

- a) örtliche gemischte Genossenschaften, jeweils für einen Kreis zuständig;
- b) gemischte Zentralgenossenschaften, jeweils zuständig für 10 bis 15 Kreise;
- c) als Spitzenorganisation der Provinz Ost-Pakistan die East-Pakistan Provincial Cooperative Jute Marketing Society Ltd.

Die örtlichen Genossenschaften dienen als Sammelstellen. Sie kaufen die Jute von den Mitgliedern zum jeweiligen Marktpreis auf. Bei den Zentralgenossenschaften, die zum grossen Teil mit Lagerhäusern und Ballenpressen ausgestattet sind, erfolgt die Sortierung und Verpackung, und sie liefern dann weiter an die Spitzenorganisation. Diese übernimmt den Verkauf und sorgt auch für Transport und Versicherung. Zum Teil führt sie auch selbst die Verpackung durch, da sie modernste Ballenpressen entwickelt hat. Kurz, die örtlichen Genossenschaften fungieren als Einkaufsstellen ihrer Spitzenorganisation, der East-Pakistan Provincial Cooperative Jute Marketing Society Ltd.

Ein klareres Bild von der Tätigkeit der Jute-Absatzgenossenschaften gibt ein Blick in den Bericht über die Geschäftslage der Spitzenorganisation für die Jahre 1956/57 und 1957/58:³⁾

-
- 1) Vgl. Plunkett Foundation: a.a.O., S. 133
 - 2) Vgl. Government of Pakistan: a.a.O., S. 91
 - 3) Vgl. Government of East Pakistan, Cooperative Directorate: a.a.O., S. 20

East-Pakistan Provincial Cooperative Jute Marketing Society Ltd.

	<u>1955/56</u>	<u>1957/58</u>
Zahl der Mitglieder (Genossenschaften)	73	76
Grundkapital	Rs.35900/-	Rs.36200/-
Fremde Gelder und Depositen am Ende des Jahres:		
a) Genossenschaften	Rs. ---	Rs.1420847/-
b) Staat	Rs.15000,000/-	Rs.12075,809/-
c) Einzelpersonen	Rs. 2849,909/-	Rs. 1814,224/-
Rücklagen	Rs. ---	Rs. ---
Gesamt-Betriebskapital	Rs.17885,809/-	Rs.15347,080/-
Verlust	- Rs. 743,770/-	- Rs. 290,151/-

Der Augenschein ergibt, dass die Tätigkeit in den beiden Geschäftsjahren mit Verlust endete; damit ist es der Genossenschaft nicht gelungen, ihre Aufgaben zu bewältigen. Unter diesen Umständen scheint es sehr zweifelhaft, ob sie imstande war, bessere Preise für die Jute-Anbauer zu ermöglichen. Aus den obigen Angaben geht auch hervor, dass sie zu grösseren Teilen durch Darlehen der Regierung finanziert wurde. Die fälligen Zinszahlungen dürften daher eine starke Belastung für die Geschäftsführung der Genossenschaft bedeuten. Auch weist die Bilanz keinerlei Rücklagen auf, was ein Zeichen für die beklagenswerte finanzielle Lage ist.

Die Erklärung für die ständige Abwärtsentwicklung des Geschäftsganges bei einer einzelnen Spitzengenossenschaft wie dieser, die zudem Schutz und Unterstützung durch den Staat geniesst, liegt möglicherweise in den folgenden Tatsachen:

Das Jute-Geschäft liegt im grossen Ganzen in der Hand privater Händler. Sie bilden eine so eng begrenzte Gruppe, dass jeder neue Wettbewerber sich einem geschlossenen und sehr heftigen Widerstand gegenüberstellt. Darüberhinaus ist der Jute-Handel so sehr mit Korruption durchsetzt,

dass keiner, der nicht bereit ist, sich darin anzupassen, eine Rolle spielen kann.¹⁾

Die Genossenschaft arbeitet ohnehin schon hauptsächlich mit Fremdkapital. Um jedoch einen Einfluss auf den Markt zu gewinnen, benötigte sie dartüberhinaus noch mehr finanziellen Rückhalt, so dass sie in der Lage wäre, den Anbauern der Jute höhere Preise zu ermöglichen. Eine Lenkung des Jute-Marktes wäre erst dann möglich, wenn sie ihre Position so weit verbessern könnte, dass sie 20 % der auf den Markt kommenden Erzeugung der ganzen Provinz aufzunehmen in der Lage wäre.²⁾ Demgegenüber kaufte sie im Jahre 1954/55 nur 732 954 Mounds Jute an, was nur wenige Prozent des Jute-Umsatzes der Provinz ausmacht.

1) Vgl. Government of East Pakistan, Cooperative Directorate: a.a.O., S. 4

2) Vgl. Ballendux, A.M-Harper, R.K.: a.a.O., S. 38

II. Beurteilung der bisherigen Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens in Pakistan

Die Einführung des Genossenschaftskreditsystems in Pakistan erfolgte aus dem Gedanken heraus, eine Lösung des Problems der landwirtschaftlichen Verschuldung zu finden. Man hatte sich dazu durchgerungen, die landwirtschaftliche Verschuldung als ein Übel zu betrachten, ohne analytische Studien über den Charakter der Verschuldung anzustellen. Wird ein Kredit zu Gunsten einer fortschrittlichen Landwirtschaft benötigt - im Gegensatz zu 'Static Subsistence Farming' - so kann die Schuldenhöhe eines Bauern das Anzeichen dafür sein, dass es sich um Wohlstand handelt, nicht aber um Armut. Bei einem 'Static Subsistence Farming' werden die gegebenen Darlehen zu Dauerschulden. Daher muss also diese Art der Bewirtschaftung (Static Subsistence Farming) als ein Übel und die Ursache der Schulden angesehen werden. So kam es zu einer falschen Einstellung dem genossenschaftlichen Kreditproblem gegenüber, da es an Bemühungen fehlte, die 'Static Subsistence Farming' in eine fortschrittliche Agrikultur umzuwandeln. Ohne den Charakter der 'Static Subsistence Farming' zu ändern, erwartete man von den Kreditgenossenschaften einen Fortschritt.

Der Zweck der Kreditgenossenschaften ist es, in Pakistan wie auch anderswo, die kurzfristigen Kreditbedürfnisse der Landwirtschaft zu günstigen Bedingungen zu befriedigen. In Pakistan mussten sie Millionen von bedürftigen Bauern unterstützen, die keinerlei Sicherheit zu bieten haben, welche den üblichen Bedingungen einer Bank genügen könnten. Zudem waren diese Bauern Analphabeten, als solche nur allzu leicht Opfer von Betrug und Ausnutzung, und überhaupt unfähig, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Unter diesen Bedingungen, glaubte man, verspreche die goldene Regel "Einer für alle und Alle für Einen" die bei weitem beste Lösung.

Der Umfang an kurzfristigem Agrarkredit, den die Genossenschaften zur Verfügung stellen sollten, kann nach dem Wert der für den Markt bestimmten Agrarproduktion bestimmt werden. Das Cooperation and Marketing Department der pakistanischen Regierung hat die landwirtschaftliche

Produktion des Landes folgendermassen geschätzt: ¹⁾

- | | |
|--|-----------------|
| a) pflanzliche Hauptprodukte, und
zwar Reis, Weizen, Jute, Baum-
wolle, Hülsenfrüchte, Ölsamen,
Zuckerrohr, Tabak usw. im | |
| Werte von | Rs. 12 050 Mio. |
| b) sonstige pflanzliche Erzeugnisse,
und zwar Gemüse, Obst, Betelnis-
se usw. im Werte von | Rs. 2 520 Mio. |
| c) tierische Erzeugnisse, einschl.
Fisch im Werte von | Rs. 4 976 Mio. |
| Gesamtwert also: | Rs. 19 546 Mio. |

Der Anteil der Produktion, der auf den Markt kommt, ist in Pakistan sehr gering, da ein erheblicher Teil für den Eigenverbrauch der Erzeuger zurückbehalten wird. Der zum Verkauf kommende Überschuss kann nach den erforderlichen Abzügen für den Eigenverbrauch zwischen Rs. 12 000 und 13 000 Mio. angenommen werden. Da die Marktbeflieferung das ganze Jahr über erfolgt, sind Kreditmöglichkeiten in Höhe von einem Drittel bis zu einem Viertel dieses Betrages als ausreichend für den kurzfristigen Kreditbedarf der Landwirtschaft anzusehen. Das würde also einen Bedarf nach kurzfristigen Krediten in Höhe von insgesamt Rs. 3 000 bis 4 000 Mio. bedeuten.

Diese Berechnung wird auch auf anderem Wege bestätigt. Das Volkseinkommen zu Festpreisen belief sich im Jahre 1958/59 auf Rs. 20 800 Mio. Der Anteil der Landwirtschaft daran betrug Rs. 12 100 Mio. ²⁾ Nimmt man das Bedürfnis nach kurzfristigem Kredit mit etwa einem Viertel dieses Betrages an, ergibt sich ein Betrag von Rs. 3 000 Mio. Im Vergleich dazu gewährten die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften im Jahre 1957/58 ³⁾ Kredite im Gesamtwert von Rs. 52,88 Mio., und die Zahl für 1958/59 dürfte nicht wesentlich davon abweichen.

1) Vgl. The Horace Plunkett Foundation, a.a.O. S. 233/234

2) Vgl. Peach, W.N.-Uzair, M-Rucker, G.W.: Basic Data of the Economy of Pakistan, Karachi, 1959, S. 35

3) Vgl. Government of Pakistan, Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960, S. 22/24

Dieser Vergleich zeigt einerseits, in welchem Masse das Genossenschaftswesen die Kreditbedürfnisse der Landwirtschaft unbefriedigt gelassen hat, und auf der anderen Seite den Umfang des Kreditbedürfnisses im Lande. Es ist eine anerkannte Tatsache, dass die zahllosen Kreditsuchenden bereit sind, Darlehen in jeder Form und zu beliebigen Bedingungen anzunehmen. Auf Grund dieser Situation haben die Coöperative Departments die Landwirt angeregt, Kredit- oder auch gemischte Genossenschaften zu bilden. Damit die Einzahlung des Geschäftsanteils keine allzu grosse Belastung bildete, konnte dieser von der Summe des gewährten Kredits abgezogen werden. Daher bestand das Eigenkapital neu gegründeter Genossenschaften häufig lediglich auf dem Papier und war real erst dann vorhanden, wenn die Kredite voll zurückgezahlt waren. Nach dem gleichen Prinzip verfährt man allgemein von der zentralen Landesgenossenschaftsbank bis hinunter zu den einzelnen örtlichen Kreditgenossenschaften. Diese Methoden zeigen deutlich, dass ein grosser Teil der Kreditgenossenschaften sich nicht über die eigentliche Bedeutung genossenschaftlicher Zusammenarbeit im klaren ist.

Eine wesentliche Bedingung für Entwicklung und Gedeihen der Kreditgenossenschaften ist ein Zusammenhang zwischen Sparen und Sparsamkeit einerseits und Kredit andererseits; genauer gesagt: die Ersparnisse müssen die Grundlage für den Kredit bilden. In Pakistan ist zwar sehr viel von genossenschaftlichem Kreditwesen die Rede gewesen, aber die Bedeutung des Sparens wurde wenig betont, und zwar bei allen Stellen und in allen Untersuchungen, die sich mit dem Genossenschaftswesen befassten. Die Ursache für diesen falschen Weg zur Lösung des Problems genossenschaftlichen Kreditwesens liegt in der Kreditpolitik F. Nicholsons (die als offizielle Peglerungspolitik angesehen wurde), wie sie aus einem Bericht von 1895 hervorgeht. Darin heisst es, die Aufnahme von Kredit und das Bemühen darum solle ein Erziehungsmittel zu disziplinierterem Wirtschaften sein, ferner müsse die Art und Weise der Vergabe des Kredits darauf ausgerichtet sein, Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung zu fördern.¹⁾ Hierin wird der bedauerliche Irrtum ersichtlich, der darin liegt, dass der Kredit zur Grundlage für das Sparen

1) Vgl. Haugh, E.M.: The Coöperativ Movement in India, London-Bombay, 1959, S. 75

und für gegenseitige Hilfe gemacht wurde und nicht gegenseitige Hilfe einerseits und Sparen andererseits das Fundament des Kredits bildeten.

Das Internationale Arbeitsamt beleuchtete das Problem von derselben Seite. In seinem Bericht heisst es: "Soweit während der Untersuchung festgestellt werden konnte, wurden nirgendwo ernsthafte und systematische Anstrengungen gemacht, die Spartätigkeit anzuregen und die Mitglieder zu veranlassen, ihre Ersparnisse bei ihren Genossenschaften zu hinterlegen. Das Ergebnis ist natürlich, dass die Ersparnisse und die Spareinlagen gering sind. Aber damit noch nicht genug, sondern die Vorstände haben auch noch mit dem Geld des kleinen Mannes Schindluder getrieben und haben damit nicht nur sein Geschäftsguthaben, sondern auch seine Ersparnisse verschleudert." ¹⁾

Es wurde nie erkannt, dass die harmonische Entwicklung anderer Formen, vor allem von Absatzgenossenschaften, eine wesentliche Bedingung für die Entwicklung von Kreditgenossenschaften ist, und es wurde daher nie ein Versuch in dieser Richtung unternommen.

Hier seien noch einmal die beiden wesentlichen Voraussetzungen genannt, die zu einer Lösung des Problems führen können: ²⁾

1. Genossenschaftlicher Kredit muss auf einer regelmässigen Spartätigkeit der Genossenschaftsmitglieder beruhen;
2. Es ist für das Genossenschaftswesen von lebenswichtiger Bedeutung, dass Genossenschaften mit verschiedener Zielsetzung eng zusammenarbeiten, insbesondere Kredit-, Absatz- und Versicherungsgenossenschaften.

Die Genossenschaften wollen auf der Grundlage ethischer und moralischer Werte wirtschaftliche und soziale Probleme lösen. Wie wenige Menschen im pakistanischen Volk diesen Grundgedanken einsehen und inwieweit sie darauf vertrauen, zeigt die Tatsache, dass im Jahre 1959 nur 4,5 % der

1) Ballendux, A.H.-Harper, R.K.: Survey of Cooperative Movement in East Pakistan, Dacca, 1959, S. 1

2) Vorwort zu: Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Cooperative Thrift, Credit and Marketing in Economically Underdeveloped Countries, Rome, 1953

Agrarbevölkerung Pakistans die Mitgliedschaft bei den Genossenschaften erworben hatte.¹⁾ Über das Vertrauen zu den Genossenschaften schreibt die ILO Commission²⁾: "Um es kurz zu sagen, sie stehen in ausgesprochen schlechtem Ruf, und die Mitglieder der Kommission begegneten selten einem Menschen, der Vertrauen zur Geschäftsführung der Genossenschaften hatte."

Sir Horace Plunkett nennt als Ziele der Kooperation "better farming", "better business" und "better living".³⁾

"Better farming" umfasst den ganzen Komplex der Durchführung von Agrarreformen, der Auseinandersetzung mit den Pachtverhältnissen und der Dauer der Pachtverhältnisse, der Schaffung von optimalen Betriebsgrößen, der Entwicklung der Bewässerungspläne, der Verbesserung der Anbaumethoden und der benutzten Anbaugeräte. Ebenso sind die Probleme der Vollbeschäftigung der Landbevölkerung mit dem Ziel einer Erhöhung ihrer Einkommen und damit die Notwendigkeit von Möglichkeiten für eine Nebenbeschäftigung miteingeschlossen.

"Better business" steht im Zusammenhang mit der Frage des Kredits und der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt; mit anderen Worten: Übernahme von Kredit-, Absatz- und Lagerungsfunktionen durch die Genossenschaften.

"Better living" ist das Ergebnis erfolgreicher Tätigkeit auf den beiden anderen Gebieten.

Keines dieser Ziele haben die Genossenschaften in Pakistan erreicht. Sie haben versagt in der Frage des Kredits wie auch auf anderen Gebieten, nirgends haben sie Leistungen aufzuweisen, die fortbestehen werden, und die alten Verhältnisse nachhaltig verbessern können.

1) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of the Center on the Agricultural Finance and Credit for Asia and Far-East, Lahore, 1956, S. 188

2) Ballendux, A.H.-Harper, R.K.: a.a.O., S. 1

3) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Cooperative Thrift, Credit and Marketing in Economically Underdeveloped Countries, Rome, 1953, S. 1

Neben allem anderen wird den Genossenschaften auch noch eine weitere Bedeutung beigemessen: sie werden als eine Schule der Demokratie angesehen. Es ist das Wesen der Demokratie, dass sie das Zusammenwirken aller erfordert und allen das Bewusstsein gibt, an der Arbeit für das gemeinsame Wohl teilzuhaben.¹⁾ Aus den hier wiedergegebenen Verhältnissen in den Genossenschaften Pakistans ist zu schliessen, dass es zu viele Genossenschaften gibt und zu wenige Mitglieder, die aktiv mitarbeiten. Infolgedessen konnte das Genossenschaftswesen in Pakistan seine erzieherische Aufgabe nicht erfüllen und musste auch als demokratische Institution versagen.

Der Slogan "Find Raiffeisen" ist zwar schon nahezu sprichwörtlich geworden,²⁾ doch seine Realisierung liegt noch fern, obgleich er allein die Lösung der Probleme der Landbevölkerung Pakistans in sich birgt.

III. Die Gründe für das Scheitern des ländlichen Genossenschaftswesens in Pakistan

Die Darlegung der gegenwärtigen Lage des Genossenschaftswesens in Pakistan in seinen verschiedenen Aspekten hat uns sein Versagen wirtschaftlicher und sozialer Beziehung aufgezeigt. Um auf die Ursachen der Stagnation und Entartung des ländlichen Genossenschaftswesens einzugehen, müssen wir uns die eigenartige Kombination der folgenden Merkmale im dörflichen Leben Pakistans vor Auge führen.

1. Eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur, die weitgehend auf der Religion, der Kaste, dem Beruf und der Familienzusammengehörigkeit im Dorfe selbst beruht.
2. Die Verbindung der oberen Klassen des dörflichen Gefüges mit Landwirtschaft und städtischem Leben und eine in den Städten zentralisierte Verwaltung.

1) Vgl. International Labour Office: The Development of Cooperative in Asia, London-Geneva, 1954, S. 55

2) Vgl. Digby, Margaret: Agricultural Cooperation in the Commonwealth, Oxford, 1956, S. 77

Das Diagramm zeigt die Zusammenhänge, welche die im Punkt 2 angeführte Verbindung das Ergebnis folgender Prozesse darstellt:

- a) Koloniale Herrschaft und Verwaltung,
- b) Kommerzialisierung der Landwirtschaft,
- c) Verstärkung der Industrie.

Die wesentlichen Komponenten der soziologisch-ökonomischen Verhältnisse sind Analphabetentum, Mangel an wirtschaftlicher Gesinnung, Armut, Apathie als Folge mangelnder Ernährung und Erkrankungen. Diese Merkmale sind u.a. darauf zurückzuführen, dass die breite Volksschicht nicht über ausreichende Bildung verfügt.

Die unvollkommene landwirtschaftliche Gesetzgebung und das Ausbleiben von Landreform trugen wesentlich zu ungünstigen Bedingungen auf sozialem-ökonomischem Gebiete bei. Wir wollen hier nicht in Einzelheiten eingehen, da diese ausserhalb des Rahmens dieser Arbeit liegen. Hier sollen nur diejenigen Faktoren aufgezeigt werden, die im Besonderen auf die nachteilige Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens hingewirkt haben.

1. Der Staat

Förderung des Genossenschaftswesens in Indien bzw. Pakistan ist eine Politik der Regierung geblieben, ohne dass es zu einer Volksbewegung gekommen wäre, weil die Regierung bei Einführung des Genossenschaftswesens nur ein sehr eng begrenztes Ziel anstrebte, nämlich die Lösung des Problems der Landverschuldung und nicht die Regenerierung der Massen im allgemeinen auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet, um auf diese Weise den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen.¹⁾

Dies wurde der falsche Weg zur Entwicklung der ländlichen Genossenschaften, weil keine organische Entwicklung dieser ländlichen Genossenschaften nach allen Seiten erstrebt wurde; an dessen Statt wurde die Entwicklung von Kreditgenossenschaften zu sehr betont unter Ausschluss anderer Erfordernisse der Dorfwirtschaft.²⁾ Sogar der Kredit-

1) Vgl. Kulkarni, K.R.: Theory and Practice of Cooperation in India and Abroad, Bd. 1, Bombay, 1958, S. 188

2) Vgl. Government of Pakistan: First Five Year Plan, n.a.O., S. 283

aspekt wurde nicht gründlich genug durchdacht. Die Kreditgenossenschaften konnten sich nur kurzfristige Kredite sichern. Ohne die Möglichkeit der Gewährung mittel- oder langfristiger Kredite kam es naturgemäß zu einem Missbrauch des kurzfristigen Genossenschaftskredits für mittel- und langfristige Zwecke der Landwirtschaft. Dies geschah zweifellos auf Kosten der Entwicklung der Genossenschaften. Die Regierung beschaffte allerdings nur einen Bruchteil der mittel- und langfristigen Kredite unter dem "Agricultural Loan Act 1884" und dem "Land Improvement Act 1885". Dadurch wurden jedoch nur Rs. 4,93 Mio. in ¹ n 1951/52 zur Verfügung gestellt.¹⁾

Die Regierung war auch verantwortlich sowohl für eine genossenschaftliche als auch für die allgemeine Erziehung. Sie hätte Genossenschaftswesen als Lehrfach in den Grund- und höheren Schulen einführen müssen. Auf diese Weise hätte die heranwachsende Generation in Pakistan die Genossenschaftsprinzipien auch gründlicher verstehen können, so dass die Genossenschaften Wurzel gefasst hätten. Die Eltern wären dabei zweifellos auch mit genossenschaftlichen Gedanken in Berührung gekommen. Die genossenschaftliche Erziehungspolitik hätte ausgedehnt werden können auf Gymnasien und Universitäten, wo man das Genossenschaftswesen ^{als} Zweig der Sozialwissenschaft hätte anerkennen können.

Da es nun keine Einrichtung für Genossenschaftskunde an den Grundschulen, den höheren Schulen und Universitäten gegeben hat, endete dies in der Anstellung von Regierungsbeamten der Cooperative Departments Pakistans, ohne irgendwelche vorausgegangene theoretische Ausbildung. CAMPBELL schreibt im Zusammenhang mit den Eigenschaften der Regierungsbeamten: "Der durchschnittliche koloniale Verwalter ist wahrscheinlich niemals Mitglied einer Genossenschaft in seinem Leben gewesen; er hat nur eine vage Vorstellung von dem, was diese irgendwo bedeuten kann und ist ohne diese leiseste Ahnung, welche Stellung die Genossenschaft einnehmen kann für die Regelung der Angelegenheiten seiner eigenen Gemeindemitglieder".²⁾ Unter diesen Umständen hätte

1) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of Center on Agricultural Finance and Credit for Asia and the Far East, a.a.O., S. 167

2) Campbell, a.a.O., S. 1

schon viel früher erkannt werden müssen, dass die genossenschaftliche Erziehung an Schulen und Universitäten unerlässlich ist, wenn das Genossenschaftswesen künftig aufgebaut und zum Blühen gebracht werden sollte. Ein weiteres Versagen des Wesens ist der "Laissez-faire Politik der Regierung zuzuschreiben. Die Regierung erkannte nicht die weitgehende Bedeutung der Genossenschaften und für das soziale Leben des Landes; es wurde daher unterlassen, diese durch direkte oder indirekte finanzpolitische Massnahmen zu fördern. Die Verkennung der möglichen Bedeutung der Genossenschaften geht deutlich aus der Tatsache hervor, dass das Cooperative Department nicht einem Minister auf provinzieller oder zentraler Ebene unterstellt wurde. Der Bericht des First Technical Meeting on Cooperation in Lucknow (Indien) empfahl, dass die Länder, in denen ein Cooperative Department besteht, einen Minister zu bestellen hätten, der das Genossenschaftswesen als einziges oder Hauptportefeuille haben sollte.¹⁾

Das Interesse des Staates an der Förderung des Genossenschaftswesens lässt daraus ersehen, indem man die finanzielle Unterstützung des Genossenschaftswesens mit der Unterstützung des "Village Agricultural Industrial Development Programme" vergleicht.²⁾ Das Budget, das für den Ausbau der Genossenschaften zur Verfügung steht, war für Westpakistan 1958/59 mit Rs. 4400/- (in 1000) sehr niedrig, während sich die geplanten Aufwendungen für das "Village Agricultural Industrial Development Programme" auf Rs. 23,100/- (in 1000) beliefen.³⁾ Es soll dabei beachtet werden, dass das Village Agricultural Industrial Development Programme das gleiche Ziel anstrebt wie das Genossenschaftswesen. Der Unterschied liegt allein darin, dass der Träger des Programmes ausschliesslich der Staat ist, während man der Auffassung ist, dass das Genossenschaftswesen von dem Volk getragen werden muss. Der Staat

1) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of the First Technical Meeting on Cooperatives in Lucknow, Washington, 1949, S. 10

2) Das Village Agricultural Industrial Development Programme bezweckt in Pakistan den ländlichen Aufbau. Es wurde auf Empfehlungen der Technical Cooperation Administration der Vereinigten Staaten eingeführt. In seinem Charakter ist es dem "Community Development Programme" in Indien und Ceylon ähnlich.

3) Vgl. Shah, M.H.: a.a.O., S. 24

soll jedoch das Genossenschaftswesen bis zu dem Zeitpunkt unterstützen, bis es vom Volk getragen werden kann. Eine Unterlassung solcher Politik seitens des Staates legt uns sein geringes Interesse am Genossenschaftswesen dar.

Der Staat hält sich zu sehr zurück, um die Förderung des Genossenschaftswesens durch seine Schutzherrschaft zu begünstigen. Das wäre dann geschehen, wenn z.B. der Staat den ländlichen Genossenschaften das Recht gewähren würde, die Staatsgelder wie Steuern und Gebühren einzuziehen. Ferner konnte der Staat die genossenschaftlichen Einrichtungen für die Finanzierung der Landwirtschaft in Form einer Bevorschussung durch Darlehen nach Massgabe mehrerer Gesetze benutzen.¹⁾

Eine andere Art der genossenschaftlichen Förderung z.B. in Form von Zinszuschüssen zu den genossenschaftlichen Krediten erfolgte ebenfalls nicht. Es erweckt den Anschein, dass der Staat seine Hilfsmassnahme wesentlich an den Erlass eines Genossenschaftsgesetzes beschränkte und allein dadurch erwartete, die Genossenschaftsbewegung zu entwickeln. Der All India Rural Credit Survey Report bemerkt dazu in sarkastischer Weise, dass die praktizierte Art der Staatshilfe eine Überverwaltung und Unterfinanzierung der Genossenschaften darstelle.²⁾ Diese Aussage gilt gleicherweise für Pakistan. Aus allem wird ersichtlich, dass die Bereitstellung des ausreichenden Betriebskapitals und die Gewährung anderer finanzieller Begünstigungen an die Genossenschaften wenig Beachtung fanden. Mehr Bedeutung wurde der Schilderung der fehlerhaften Geschäftsführung beigemessen, die einer stärkeren Staatskontrolle bedurfte. Das Ergebnis war grössere Vollmachten für die Beamten des Cooperative Department. Es wurde dem zuständigen Registrar erlaubt, nach seinem Belieben die Eintragung einer Genossenschaft zu verweigern; er war auch berechtigt, eine von den Genossenschaftsorganen beschlossene Satzungsänderung abzulehnen. Der Registrar hatte das Recht, Vorstand, Aufsichtsrat, Geschäftsführer und jeden einzelnen Angestellten einer Genossenschaft zu entlassen.³⁾

1) Vgl. Food and Agriculture Organisation of the United Nations: Report of the First Technical Meeting on Cooperatives in Lucknow, a.a.O. S. 13

2) Vgl. Reserve Bank Of India Ltd.: All-India Rural Credit Survey Report, Bd. 2, Bombay, 1954, S. 376

3) Vgl. Hasselman, Erwin: Partnerschaft von Staat und Genossenschaft in den Entwicklungsländern, Hamburg, 1960, S. 11

Obwohl der Erlass des Genossenschaftsgesetzes für die Genossenschaftsbewegung einen Anfang ermöglichte, wirkte es jedoch auf Grund seiner Mängel hindernd auf die Entwicklung der Genossenschaften. Das Genossenschaftsgesetz erlaubt z.B. nicht die Bildung der ländlichen Kreditgenossenschaften mit beschränkter Haftung. Ferner darf eine Kreditgenossenschaft mit unbeschränkter Haftung keine Kredite ausser Realkrediten gewähren und keine Gewinne an ihre Mitglieder ohne Sondergenehmigung der Regierung verteilen. Das Gesetz ermächtigt den Kommissar (Registrierer), in dem geschäftsmässigen Ablauf einer Kreditgenossenschaft sehr weitgehend einzugreifen. Er legt z.B. die Kreditlaufzeit und die Kredithöhe an Einzelpersonen fest. In solcher Weise haben die Genossenschaften keine innere Autonomie. Sie sind vielmehr vom Gesetz her dem Bürokratismus des Cooperative Department untergeordnet.

Das Genossenschaftsgesetz regelt die Angelegenheiten der Genossenschaften nicht ausführlich. Es bestehen z.B. keine Bestimmungen über den Ausgleich der Verluste, über die maximale Höhe der Verluste, die eine Genossenschaft vortragen kann, über Aufstellung von Bilanz und Bewertung von Bilanzposten. Das Gesetz überlässt es dem Kommissar, sich über derartige Angelegenheiten ein Urteil zu bilden und eine Entscheidung zu treffen. Der Staat hätte die Regelung dieser Angelegenheiten im Gesetz verankern sollen, damit eine willkürliche Handhabung des Kommissars hätte vermieden werden können.

Das Fehlen einer Bestimmung über garantierte Preise für landwirtschaftliche Produkte seitens des Staates war eine der Hauptursachen des Versagens des Genossenschaftswesens. Die koloniale Herrschaft führte zu einem neuen Bezahlungssystem für die Landpacht; sie sah die Barzahlung anstatt die Abgeltung in Sachwerten vor. So kam man zum Geldleihen, weil die Pachtzahlungstermine gewöhnlich vor der Erntezeit lagen. Vom geldwirtschaftlichen Standpunkt aus konnten die Schulden aus den Verkaufserlösen beglichen werden. Jedoch wurden auf Grund des grösseren Angebots zur Erntezeit niedrigere Preise erzielt. Die niedrigen Preise der Agrarprodukte setzten die Rückzahlungsfähigkeit der Schuldner herab. Das gleich ereignete sich in stärkerem Masse während der Weltwirtschaftskrise in den Jahren um 1930. Diese Entwicklung führte zur

Zahlungsunfähigkeit sehr vieler Schuldner, sowie zur Liquidierung von vielen Kreditgenossenschaften. Eine Preisgarantie für bestimmte Erzeugnisse seitens des Staates hätte dem landwirtschaftlichen Sektor ein wenig Einkommenssicherheit gegeben.

Die Regierung Pakistans hat bis heute keinen diesbezüglichen Schritt unternommen, obwohl andere Länder, wie beispielsweise Indonesien, ein Preis-Stützungs-System vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges eingeführt hatten.¹⁾

2. Die Bevölkerung

Anlässlich der Einführung der Genossenschaften im Subkontinent Indien und Pakistan bestanden Hoffnungen, dass der Genossenschaftsgedanke in der Öffentlichkeit würde Wurzel fassen können; man meinte, die Leute würden von selbst die Initiative ergreifen, um die Bewegung zu der ihren zu machen.

Man erwartete, eine ausreichende Anzahl genossenschaftlicher Führer aus der Intelligenz zu finden, die die wachsende Verantwortung auf sich nähmen durch Organisation, Verwaltung und Weiterentwicklung der Bewegung. Tatsächlich konnte man diese Bevölkerungskreise nicht für das Genossenschaftswesen ausreichend begeistern, da sie ihre Energie mehr darauf richteten, die Unabhängigkeit des Landes zu erreichen, als die Masse zu ihrer sozialen und wirtschaftlichen Regeneration hinzuführen. Auf höherer Organisationsstufe stehende Körperschaften wie der Indische National Kongress und die All-India Muslim League liessen nicht viel Interesse erkennen bezüglich einer Förderung der Sache der Genossenschaftsbewegung. Bis jetzt haben die intelligenten Schichten in Pakistan ihre Kraft nicht für soziale Dienste eingesetzt; im Gegenteil, sie streben nach politischer Führung, die sie für ihre eigenen Interessen ausnutzen, oder sie bemühen sich, eine Existenz auf hohem Niveau aufzubauen angesichts einer "Ökonomie des Mangels". Ausserdem ziehen die Annehmlichkeiten und das bequeme Leben der Städte die Intelligenz aus den ländlichen Bezirken ab.

1) Vgl. Ballendux, A.H-Harper, R.K., a.a.O., S. 21

Die Bewegung blieb ganz in den Händen der Allgemeinheit; es ist nur selbstverständlich, dass sie aus Mangel an Erfahrungen und zuverlässigen Führern versagte. Die erforderlichen Impulse erfolgten nicht, obwohl seitens der Intellektuellen wie auch besonders seitens der paternalistischen Aristokratie.

In den Vereinigten Staaten sind die Angehörigen freier Berufe vorangekommen; sie schufen auch genossenschaftliche Organisationen, aber nicht so sehr für ihre eigenen Erfordernisse, sondern vielmehr als Vorbild für andere.¹⁾ In Kanada, hauptsächlich in den katholischen Provinzen, strebt die genossenschaftliche Bewegung mehr zur Initiative und zu einer aufmerksamen Zusammenarbeit mit der Geistlichkeit.²⁾

In Westdeutschland und in den Niederlanden liegen die Dinge nicht anders; wo die Geistlichkeit während des 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts der Sache der Genossenschaftsbewegung gedient hat.³⁾ Die Aussage scheint also gerechtfertigt, dass die Intelligenz Pakistans verantwortlicher ist für das Versagen der ländlichen Genossenschaften als die des Lesens und Schreibens unkundiger Massen.

Will man die Situation überschauen, so findet man die Bestätigung im Falle Pakistans dafür, dass das Versagen der Genossenschaften das direkte Ergebnis eines Mangels an Einsicht seitens der eigenen Mitglieder für die Arbeitsmethoden ihrer Genossenschaften und eines gleichzeitigen Mangels an Loyalität ist. Die mangelnde Einsicht beruht auf Unwissenheit und dem Fehlen einer genossenschaftlichen Erziehung, während die Loyalität sich nicht gegen andere Kräfte durchsetzen konnte. Besitzverhältnisse und gesellschaftlicher Rang werden zur Ursache, dass die Mitglieder der Genossenschaft keinen Überblick über die geschäftlichen Angelegenheiten haben. Sind reiche Grundbesitzer in der Verwaltung der Genossenschaft tätig, die anderen Mitglieder aber nur Pächter oder unbedeutende Landeigentümer, so funktioniert die Genossenschaft in der

1) Vgl. International Labour Office: The Development of Cooperative Movement in Asia, London-Geneva, 1954, S. 60

2) ebenda, S. 61

3) Auf Grund eigener Studienfahrten in der Bundesrepublik Deutschland und Holland

Weise, dass die Mitglieder keine Fragen riskieren und gegen die falsche Geschäftsführung der Gesellschaft angehen. Ebenso ist es, wenn die Geschäftsführung in den Händen von Leuten verbleibt, die gesellschaftliches Ansehen besitzen auf Grund ihrer Kastenzugehörigkeit, ihres Berufes, ihrer Erziehung oder ihrer politischen Beteiligung im dörflichen Leben des Landes.

Wo die Einsicht in die Geschäfte der Genossenschaft seitens der Mitglieder vernachlässigt wird, wird auch die Loyalität zur Genossenschaft wegen der gesellschaftlichen Ordnung betroffen. Beim Einkauf, beim Verkauf der Erzeugnisse, bei Kreditgewährung oder günstigen Verkaufspreisen tritt die Bevorzugung der Kaste deutlich hervor. Auf diese Weise entsteht zwischen den Kasten eine Affinität, welche die kooperative Loyalität verschneidet.¹⁾

Innerhalb dieses Gesamtkomplexes darf die bestehende soziale Schichtung in Pakistan nicht vergessen werden; sie ist das Ergebnis der Hinduisierung. Die soziale Schichtung findet ihren Ausdruck in unbiegsamen Überzeugungen, Überlegenheitskomplexen, alten Sitten und Gebräuchen und geringerer Empfänglichkeit für neue Ideen. Der "All-India Rural Credit Survey Report" sagt: "Die Direktoren bestimmter Genossenschaften sind Kammas, Reddis, Brahmins (Hochangesehene in Dörfern), die nicht einmal in ihren Stab Mitglieder anderer Gemeinden aufnehmen. Wenn ein Reddi Präsident einer Genossenschaft ist, so sind alle Mitglieder des Stabes Reddis. Wenn der Präsident ein Brahmane ist, so sind alle Stabsmitglieder Brahmanen."²⁾ In Pakistan wird das Element der Kammas, Reddis und Brahmanen ersetzt durch Radjputs, Maliks, Scheichs usw.

Das ökonomische Bewusstsein unter der grossen Masse des Volkes lässt den Verbrauch dauernd dem jeweiligen Einkommen vorauslaufen. Auf diese Weise kommt es zu keinen Ersparnissen. In diesem Sinne ist für die genossenschaftliche Entwicklung keine Grundlage gegeben.

1) Vgl. Reserve Bank of India Ltd., a.a.O., S. 55

2) Reserve Bank of India Ltd., a.a.O., S. 55

3. Das "Cooperative Department"

Die Hauptfunktionen des Cooperative Department sind Revision und Inspektion der Genossenschaften. Es ist ihm nicht gelungen, dieser doppelten Aufgabe gerecht zu werden.

Im Jahre 1957/58 waren in Westpakistan im Bezirk von Hyderabad 308 Revisionen von insgesamt 404 im Rückstand; ebenso in Quetta 65 von 80. Ganz ähnlich sieht es mit der Inspektion aus. 1935 Genossenschaften waren in 1957/58 inspektionsfähig, aber die erforderlichen Inspektionen wurden nicht vorgenommen.¹⁾

Das mangelhafte Funktionieren des Cooperative Department ist in der Tatsache zu sehen, dass die Kommissare des Cooperative Department oft keine genossenschaftliche Ausbildung mitbrachten. Sie werden von anderen Verwaltungsposten in das Cooperative Department versetzt. Da der Einsatz innerhalb des Cooperative Department als Strafversetzung angesehen wurde, hatten diese Beamten kein lebhaftes Interesse an ihrem neuen Posten.

Hinzu kommt noch, dass das Cooperative Department nicht über genügend Personal verfügte. Die Zahl der Genossenschaften erhöhte sich rascher als die Zahl der Mitarbeiter im Cooperative Department. Dadurch stiegen die Anforderungen an die Leistungen des Personals.²⁾ Ein Unterinspektor hat z.B. etwa 50 Genossenschaften zu überwachen und muss oft - auf Grund des ländlichen Analphabetismus - als Buchhalter in den in seinem Bezirk liegenden Genossenschaften fungieren. Der Unterinspektor, der gewöhnlich ein Städter ist, ist mit seiner Tätigkeit, die mit dem ländlichen Leben verbunden ist, nicht sehr glücklich. Er bekommt ein niedriges Gehalt, das ihm nur ein Existenzminimum gewährleistet. Aus diesem Grund ist seine Arbeitsmoral nicht gut.

1) Vgl. Digby, Margaret: Agricultural Cooperation in the Commonwealth, Oxford, 1951, S. 24

2) Vgl. Wengen, G.D.: Social Aspects of the Cooperative Movement in Ceylon and southern India, Amsterdam, 1957, S. 23

Ein anderer Mangel war es, die genossenschaftliche Führung, Ausrichtung und Lenkung einzig und allein in die Hände eines Kommissars des Cooperative Department zu legen. Andere Institutionen, wie die genossenschaftlichen Zentralbanken und die Genossenschaftsverbände, wären auf Grund ihrer institutionellen Funktionen bestimmt in der Lage, die Führung und Lenkung der Genossenschaften gemeinsam mit dem Kommissar zu übernehmen; es wird ihnen aber bis heute verweigert, ihre Führungs- und Lenkungenfunktionen mit dem Kommissar des Cooperative Department zu teilen. Statt dessen würden diese Genossenschaftsverbände und Zentralbanken der Aufsicht und Kontrolle des Kommissars des Cooperative Department unterstellt.

Die genossenschaftlichen Zentralbanken sind besonders an der finanziellen Gesundheit und den Leistungen der ihnen angeschlossenen Genossenschaften interessiert, die mit den ihnen gegebenen Geldern arbeiten. Nun erhalten aber die genossenschaftlichen Zentralbanken keine Exemplare des Prüfungsberichtes, den der Kommissar erstattet hat; dies wäre sicherlich sehr nützlich, um in die Arbeitsweise der Kreditgenossenschaft Einblick zu erhalten. Die genossenschaftliche Zentralbank erfreut sich keiner gesetzlichen Vollmacht, die Geschäfte der ihr angeschlossenen Genossenschaften zu überprüfen. Der Kommissar wird auch seinerseits nicht ersucht, eine Prüfung durchzuführen und über bestimmte betriebliche Aussichten zu berichten (z.B. über eine zweifelhafte Verschuldung der Kunden der Genossenschaft, was aus den Rechenschaftsberichten allein nicht zu ersehen ist), da die genossenschaftliche Zentralbank keinen Status hat, der dem des Kommissars des Cooperative Department gleichkäme. Hinzu kommt, dass die Auswertung der genossenschaftlichen Zentralbanken über die Arbeitsweise der angeschlossenen Genossenschaften - die sich auf Grund der laufenden Geschäfte darbietet - dem Cooperative Department Hinweise für eingehende Prüfung der Ortsgenossenschaften geben werden. Daraus ersieht man die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organen der genossenschaftlichen Organisationen als Ergebnis eines falschen organisatorischen Aufbaues.

B Die Erörterung der Grundsätze einer Fortentwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens innerhalb der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung Pakistans mit besonderer Berücksichtigung der Kreditgenossenschaften

I. Die mögliche Bedeutung des ländlichen Genossenschaftswesens für die Wirtschaft Pakistans und die Strukturdaten für seine Entwicklung

1. Die mögliche Bedeutung des ländlichen Genossenschaftswesens für die Wirtschaft Pakistans

Eine ins Einzelne gehende Untersuchung über den gegenwärtigen Stand der Genossenschaften in Pakistan legte uns ihr offensichtliches Versagen dar. Der Misserfolg des Genossenschaftswesens hat mich jedoch nicht zu dem Ergebnis geführt, dass es vergeblich sei, neue Versuche zur Wiederbelebung zu unternehmen. Die vorangegangene Analyse hat hier und da einzelne Fälle genossenschaftlichen Erfolges gezeigt, und das beweist, dass - trotz allem - unentfaltetes Wirkungsvermögen des Genossenschaftswesens vorhanden ist. Welcher Weg beschritten werden soll, das Genossenschaftswesen zum Erfolg zu führen, wird im folgenden Teil dieser Arbeit behandelt. Hier jedoch soll kurz gezeigt werden, aus welchen Gründen das ländliche Genossenschaftswesen für die Wirtschaftsordnung Pakistans unerlässlich ist.

Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass eine Entwicklung der Dorfwirtschaft innerhalb der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung Pakistans nur dann möglich ist, wenn der Staat einerseits und die ländliche Bevölkerung andererseits ihre Bemühungen und Mittel ernsthaft einsetzen werden. Der Staat, der einzige Träger der Agrarpolitik, ist nicht in der Lage, auf die Dorfwirtschaft effektiv Einfluss zu nehmen, da es keine autonome oder halbautonome Institution auf dem Lande gibt, wodurch der Staat Förderungs- und Lenkungsmaßnahmen ergreifen könnte. Die ländlichen Genossenschaften können in Pakistan ein bedeutender Träger der Agrarpolitik neben dem Staat bilden. Ausserdem können sie bei der Verwirklichung wirtschaftspolitischer Massnahmen des Staates mitwirken. So sehen wir, dass hier eine Wechselbeziehung zwischen Staat und Genossenschaft

entstehen kann. Mit einer wirksamen Agrarpolitik des Staates sind die besten Voraussetzungen für eine Entwicklung der Genossenschaften gegeben.

Die Entstehung der Genossenschaften neben den Einzelunternehmungen, die in Pakistan die häufigste Unternehmungsform sind, können dazu beitragen, dass Korruption und schlechte Geschäftsmoral im Wirtschaftsleben weitgehend beseitigt werden. Es werden bei ihnen Gesetze und Verordnungen, die die wirtschaftliche Tätigkeit regeln, mehr respektiert werden.¹⁾ Die Leiter der Genossenschaften sowie der sonstigen Körperschaften vertreten keine persönlichen Interessen, sondern lediglich die Interessen ihrer Mitglieder bzw. Aktionäre. Deswegen werden die Genossenschaften bzw. Körperschaften die Interessen ihrer Mitglieder bzw. Aktionäre im Rahmen der Gesetze und der Verordnungen fördern. Der Einzelunternehmer ist aber aus egoistischen Gründen leicht versucht, sich nicht im Rahmen der Gesetze und Verordnungen zu verhalten. Aus diesem Gesichtspunkt heraus ist die Organisationsform der Genossenschaften ausserordentlich wichtig. Die Genossenschaften bilden ausserdem eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Das wachsende Proletariat bedeutet für die Gesellschaftsordnung eine Gefahr, da es weder geistiges noch materielles Vermögen besitzt. Aus diesem Grund neigt es leicht zum Kommunismus, denn es besitzt nichts und kann daher nichts verlieren. In dieser Hinsicht ist das Genossenschaftswesen ein bedeutender stabilisierender Faktor, da die Mitglieder der Genossenschaften einerseits am Vermögen der Genossenschaften beteiligt sind und andererseits auf Grund ihrer Mitgliedschaft Vorteile geniessen. Deshalb werden die Genossenschaftsmitglieder das "property-less system" ablehnen.

Das Ziel der ländlichen Genossenschaften ist nicht allein die Behauptung der landwirtschaftlichen Zweige gegenüber den kommerziellen und industriellen Zweigen durch die Anwendung des Selbsthilfeprinzips, sondern darüber hinaus die Verwirklichung einer dynamischen Entwicklung der Landwirtschaft durch die Genossenschaften mit der Staatspartner-

1) Hier ist z.B. auf die Steuer- Mass- und Gewichtsgesetze sowie auf die Verordnung über die Reinheit der Waren hinzuweisen.

schaft. Eine solche Entwicklung könnte vielleicht durch einen staatlichen Apparat zustande kommen. Es hätte aber dabei an der freiwilligen Mitarbeit der ländlichen Bevölkerung gefehlt und als Folge zum Staatszwang geführt. Das Selbstvertrauen und die Eigeninitiative wären gelähmt. Die typische Erscheinung nach der Unabhängigkeit Pakistans, nämlich die Erwartung der Bevölkerung, dass der Staat allein die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben hat, wurde verstärkt. Das Fehlen des Selbstvertrauens und der Eigeninitiative einerseits und das Aufgeben des Selbsthilfeprinzips andererseits können nicht zu der Heranbildung einer demokratischen Gesellschaft führen. Da alle diese Werte einem Genossenschaftswesen mit Staatspartnerschaft innewohnen, stellen die Genossenschaften eine Notwendigkeit für Pakistan dar.

Die Notwendigkeit der Genossenschaften ergibt sich auch aus einem anderen Blickwinkel. Pakistan bedarf einer Unternehmungsform, die auf dem Bedarfsdeckungsprinzip beruht. Die neue Unternehmungswirtschaft im Gegensatz zu der Genossenschaftsform bringt eine Erscheinung mit sich: die Mode.¹⁾²⁾ Der Unternehmer erweckt neue Bedürfnisse dadurch, dass er die neue Mode am Markt einführt.

Die wirtschaftlichen Zusammenhänge eines Modewechsels mögen in einer entwickelten Gesellschaft dem Wirtschaftsprozess dienen. Einer derartigen Entwicklung in Pakistan ist aber nicht ohne weiteres zuzustimmen, da die Bevölkerung in diesem Fall ihr geringes Einkommen für unproduktive Zwecke verwenden würde.³⁾ Das Ideal des pakistanischen Lebens besteht in "simple living and simple thinking". Deswegen steht auch der Modewechsel der pakistanischen Lebensform entgegen. Es ist

1) Vgl. Nell-Breuning, Oswald von: Dienst am bedürftenden Menschen, Hamburg, 1958, S. 11

2) In diesem Zusammenhang ist die Mode als ein irrationaler Konsum zu bezeichnen.

3) Der Modewechsel bei Damenbekleidung und Goldschmuck verhindert beispielsweise z.T. eine Vermögens- und Ersparnisbildung in Pakistan. Der Modewechsel ist eine ständige Verkürzung für die Einkommensverwendung, wie es ebenfalls von Tautscher bestätigt wird. Vgl. Tautscher, Anton: Einkommen und Genossenschaftswesen, Wiener Studien des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen. Band 3, Göttingen, 1955, S. 62

gerade das Ziel der Genossenschaften, den Bedarf zu decken und nicht den Bedarf zu wecken.¹⁾

Pakistan wird in seiner Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zwei wesentliche Gesichtspunkte zu Grunde legen, und zwar soll einerseits der Mensch im Vordergrund stehen, und andererseits Religionsneutralität gegeben sein. Nölting sagt über die Stellung des Menschen innerhalb der Genossenschaftsbewegung, dass in den solidarischen Genossenschaften die wirtschaftliche Schwachen, die sich in jedem Volk in der Mehrzahl befinden, und die durch ihr Übergewicht die politische Demokratie zu beeinflussen vermögen, aufgerufen werden, sich an dem wirtschaftlichen Geschehen zu beteiligen. So rückt der Mensch in den Mittelpunkt der Wirtschaft als die "bestimmende Zentralsonne", um die alle Gestirne kreisen.²⁾

Die Religionsneutralität im Genossenschaftswesen ist von King klar dargestellt worden. Er sagt wörtlich: "Wenn jemals ein System erfunden worden ist, das seinem ganzen Wesen nach nicht antireligiös und satanisch ist, wenn es ein System gibt, das die Tendenz besitzt, im höchsten Grade der Religion und der Moralität zu dienen und den Himmel auf die Erde niederzuziehen, wenn ein System von seinen Bekennern eine reine und unbefleckte Religiosität, ein feines Gewissen, ein treues Herz, eine fleissige Hand, einen klaren Kopf, brüderliche Gesinnung und Mitleid verlangt, so ist es das genossenschaftliche System".³⁾

Diese Überlegungen vermitteln uns die Erkenntnis, dass das Genossenschaftswesen für Pakistan eine Notwendigkeit darstellt. Die Planungskommission legt in diesem Zusammenhang ihre Auffassung in folgenden Worten dar:

- 1) Man ist unterschiedlicher Meinung darüber, welcher Bedarf als Wertrecht anzusehen ist. Wir stimmen mit der Auffassung von Nell-Breuning überein, der den wertrechtlichen Bedarf als den Dienst am Menschen betrachtet. Daher ist der durch Modewechsel bedingte Bedarf als nicht wertrechtlicher Bedarf zu bezeichnen. Vgl. Nell-Breuning, Oswald von: Dienst an bedürftenden Menschen. Hamburg, 1958, S. 25
- 2) Vgl. Nölting, Erich: Wirtschaftsformen gestern, heute und morgen, Hamburg, 1949, S. 18
- 3) Zitiert bei Totomianz, V.: Die Weltanschauung William Kings, in: "Konsumgenossenschaftliche Rundschau. 24. Jahrgang, Hamburg, 1927, S. 698

"Wir bezweifeln nicht, trotz der Schwächen und Versäumnisse der Genossenschaften, dass es die richtige Politik ist, sie fortzuentwickeln zu der entscheidenden Institution für die Bereitstellung ländlicher Kredite und die Schaffung von Absatzmöglichkeiten. Obgleich man einwenden könnte, dass das Genossenschaftswesen versagt hat, so muss es doch unser unverrückbares Ziel bleiben, das Genossenschaftswesen zum Erfolge zu führen. Wie schon sehr richtig gesagt wurde, wäre durch das Scheitern des Genossenschaftswesens die erfolgversprechende Möglichkeit des ländlichen Aufbaues und der ländlichen Entwicklung vertan." ¹⁾

Diese Auffassung zeigt uns, dass die Lösung aller Probleme der Landwirtschaft und des dörflichen Lebens überhaupt von dem Erfolg des Genossenschaftswesens abhängig ist. Wir sehen einerseits, dass das Genossenschaftswesen in Pakistan versagte; andererseits liegt aber für uns die Lösung der Probleme bei dem Genossenschaftswesen. Diese scheinbar widerspruchsvolle Behauptung können wir besser verstehen, wenn wir sagen: Das Genossenschaftswesen hat in der Vergangenheit versagt, aber es muss in der Zukunft glücken. Damit zeigen wir sowohl unser Vertrauen als auch unseren Glauben an die Genossenschaftsgrundsätze und unseren Vorsatz, ihn für Pakistan zum Erfolge zu führen.

2. Strukturdaten für die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens in Pakistan

Wehrle stellt in seinem Erfahrungsbericht über die Entwicklungsländer fest, dass die genossenschaftliche Entwicklung in erster Linie von der gesamtwirtschaftlichen Struktur abhängig ist. ²⁾ Das traditionelle ländliche Feudalsystem in Entwicklungsländern - wie auch in Pakistan - bietet uns hierfür ein Beispiel. Diese Agrarstruktur hemmt die Ent-

1) Government of Pakistan: "First Five-Year-Plan, a.a.O., S. 291

2) Vgl. Wehrle, Emil: Das Genossenschaftswesen in Entwicklungsländern in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1960, S. 182

wicklung des ländlichen Genossenschaftswesens. Eine Strukturänderung, wie etwa eine Agrarreform, muss, um Erfolg zu haben, mit der Errichtung von Genossenschaften zur gemeinsamen Bewirtschaftung des Landes, zum gemeinsamen Verkauf der Produkte und zum gemeinsamen Einkauf von Bedarfsartikeln verbunden sein.¹⁾ Nach Schiller ist der Aufbau eines modernen Agrarkreditsystems - dazu gehören die Kreditgenossenschaften - ein notwendiger Bestandteil einer sinnvollen Agrarreform.²⁾

Andererseits hat die Tätigkeit von Absatz-Bezugs- und Kreditgenossenschaften wiederum Auswirkungen auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Struktur auf dem Lande, wie später in der Arbeit aufgezeigt wird. Das heisst, dass die ländliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Struktur einerseits und die Genossenschaften andererseits in Wechselbeziehungen stehen.

Die Genossenschaften und ihre Mitglieder stehen ebenfalls in Wechselbeziehungen. Die Genossenschaften stellen ihren Mitgliedern ihre wirtschaftliche Kraft zur Verfügung, die wiederum aus der wirtschaftlichen Kraft der einzelnen Mitglieder entsteht. Das heisst einmal, dass die Entwicklung der Genossenschaften sowie die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder von der wirtschaftlichen Kraft der beiden Partner abhängt, und zum anderen, dass sich beide durch ihre wirtschaftliche Kraft ergänzen. Das sind zwei ganz verschiedene Gesichtspunkte innerhalb der genossenschaftlichen Entwicklung. Wo sich die Genossenschaften und ihre Mitglieder in dem Entwicklungsstadium der Abhängigkeit voneinander befinden und noch nicht die wirtschaftliche Kraft besitzen, um sich einander zu ergänzen, befinden sie sich in einem *circulus vitiosus*. Erst wenn beide sich einander wirtschaftlich ergänzen, beginnt die genossenschaftliche Entwicklung.

1) Vgl. Wehrle, Emil: Das Genossenschaftswesen in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1960, S. 182

2) Vgl. Schiller, Otto: Probleme der Landwirtschaft und Agrarstruktur in: Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder UND Wir, Stuttgart, 1961, S. 206
Belshaw gelangt zu dem gleichen Ergebnis, wenn er die Bodenreform als die wichtigste Voraussetzung für ein erfolgreiches Agrarkreditprogramm bezeichnet. - Belshaw, H.: Agricultural Credit in Economically Underdeveloped Countries, Rome, 1959, S. 2

Die Angehörigen des bäuerlichen Mittelstandes (wenn man überhaupt die Schicht der kleinen Landwirte und Pächter, die über 3 Arbeitskräfte und zwei Paar Ochsen verfügen, als Mittelschicht bezeichnen kann) sind als Genossenschaftsmitglieder nicht in der Lage, mit Hilfe ihrer einzelnen wirtschaftlichen Kraft die wirtschaftliche Kraft der Genossenschaft zu ergänzen. Deshalb erscheint es notwendig, um die allgemeine Entwicklung der Genossenschaften voranzutreiben, die wirtschaftliche Kraft des bäuerlichen Mittelstandes durch geeignete wirtschaftspolitische Massnahmen des Staates zu steigern.

So ist die Einkommensverteilung ein wesentlicher Faktor der Steigerung der wirtschaftlichen Kraft des bäuerlichen Mittelstandes. Gemeint ist hier die Verteilung des Gesamteinkommens auf die einzelnen Haushalte, wie Schneider in seiner Analyse über die Gesamtnachfragefunktion ausführt.¹⁾ Diese verbesserungsbedürftige Einkommensverteilung innerhalb der Volkswirtschaft wird nicht die Entwicklung der Genossenschaften fördern. Auch wird meiner Ansicht nach dieser Mangel nicht durch die staatlichen Subventionen aufgehoben. Die Bildung eines gesunden Mittelstandes wird dadurch verhindert, dass die Grossgrundbesitzer in Pakistan, die weniger als 5 % der Landwirte darstellen, nach Abzug ihrer Grundsteuern und Betriebsausgaben mit 25 % am gesamten Sozialprodukt beteiligt sind. Insgesamt erstellt die Landwirtschaft 60 % des Sozialproduktes, d.h. die Grossgrundbesitzer sind mit rd. 42 % am landwirtschaftlichen Produkt beteiligt.²⁾

Die Ersparnisse der Grundbesitzer finden ihren Weg nicht als Einlagen in den Genossenschaftsbanken, sondern werden oft für Luxusgegenstände ausgegeben.³⁾ Kuznets bemerkt mit Recht, "Granted the special position and large income of Indian landlords, money lenders, and marketers, what have they done with their income? One part of the answer is, they

1) Vgl. Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, 11. Teil, 7. Auflage, Tübingen, 1961, S. 45

2) Vgl. Government of Pakistan, First Five Year Plan, Karachi, 1956, S. 213

3) Vgl. Buchanan, N.S.-Ellis, H.S.: Approaches to Economic Development, New York, 1955, S. 302

have not made investments in agricultural production".¹⁾ Unter dieser Einkommensverteilung leidet die landwirtschaftliche Produktion. Der bäuerliche Mittelstand teilt diese Produktion mit den Grundbesitzern. Mit niedriger Produktion fällt sein Anteil und dadurch seine wirtschaftliche Kraft. Mit dieser wirtschaftlichen Kraft ist der Bauer nicht in der Lage, zu sparen. Diese aus Einkommensverteilung resultierenden Verhältnisse sind keine günstigen Voraussetzungen für die Einrichtung von Kredit- Absatz- und sonstigen Genossenschaften.

Wenn überhaupt von der bäuerlichen Mittelschicht unter Konsumverzicht gespart wird, erfolgt dieses Sparen in Form der unproduktiven Thesaurierung, um damit die gesellschaftlichen und religiösen Pflichten standesgemäss erfüllen zu können.²⁾

Die Schwäche des bäuerlichen Mittelstandes ist auf die Bodenverteilung in Pakistan zurückzuführen. In der ehemaligen Panjab-Provinz besaßen 0,5 % der Grundbesitzer 1/5 der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 78,7 % der Grundbesitzer besaßen 31,8 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. In der Sind-Provinz gehörten 3 % der Grundbesitzer 45,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Aus diesen Zahlen wird der grosse Anteil der landlosen Bauern vorstellbar. Der "Absentee-Landlordism" wird noch deutlicher daraus ersichtlich, dass in Punjab 56 %, in Sind 80 % und in NWFP-Provinz über 50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche von den landlosen Bauern bewirtschaftet wurde.³⁾

Über die Einkommensverhältnisse dieses landlosen bäuerlichen Standes vermitteln uns zwei Untersuchungen ein Bild. Eine Untersuchung, die allerdings nur sieben Bauernfamilien in drei Bezirken West-Pakistans umfasste, kam zu folgendem Ergebnis: Der durchschnittliche Lohn einer

-
- 1) Kuznets, Simon: Economic Growth, Brazil, India and Japan, Durham, 1955, S. 127
 - 2) Vgl. Winkler, Hans-Joachim: Die Entwicklungsländer, Berlin, 1961, S. 14
Marshall, Alfred, Principles of Economics, London, 1956, S. 225
 - 3) Vgl. Government of Pakistan, First Five Year Plan, Karachi, 1956, S. 117/118

Familie, von der Mitglieder noch nebenerwerblich als landwirtschaftliche Arbeiter beschäftigt sind, betrug nicht mehr als Rs. 34-13-6 pro Monat.¹⁾ Eine andere Untersuchung, die ebenfalls sieben landwirtschaftliche Familien umfasste, ergab ein durchschnittliches Einkommen unter Rs. 30-0-0 pro Monat.²⁾

Um diese Verhältnisse zu ändern und einen günstigeren Boden für die Entwicklung der ländlichen Genossenschaften vorzubereiten, ist in erster Linie eine Bodenreform unerlässlich. Diese längst überfällige Bodenreform in Pakistan wurde durch das Bodenreformgesetz vom Februar 1959 begonnen. Allerdings wurde dabei auf die Wünsche der Grossgrundbesitzer weitgehend Rücksicht genommen, so dass das Bodenreformgesetz bisher keine grossen praktischen Auswirkungen hatte.³⁾

Beidieser Agrarstruktur sind die Voraussetzungen für eine fruchtbare Entwicklung der ländlichen Genossenschaften aus eigener Kraft nicht gegeben. Daher ist der Meinung Wehrles beizupflichten, dass sich die Genossenschaften in allen diesen Ländern nur mit Staatshilfe entwickeln können.⁴⁾

Die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens ist ausser von der Agrarstruktur auch von der gesellschaftlichen Struktur abhängig. In der ländlichen Gesellschaft Pakistans spielt das Kastenwesen eine bedeutende Rolle. Dieses Kastenwesen wirkt auf die Wirtschaft traditionalistisch und antirational.⁵⁾ Die intensive oder extensive Bewirtschaftung, der Familienbetrieb oder der Betrieb mit fremden Arbeits-

1) Vgl. Khan, M.A-Rasul, K: Farm Accounts and Family Budgets of cultivators in the Punjab, Board of Economic Enquiry, Nr. 108, Lahore, 1954

2) Vgl. Darling, P.L.: Report on Labour Conditions in Agriculture in Pakistan, Karachi, 1955, S. 156

3) Vgl. Schiller, Otto: a.a.O., S. 205

4) Vgl. Wehrle, E.: a.a.O., S. 190

5) Vgl. Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, IX. Band, Hinduismus und Buddhismus, Tübingen, 1921, S. 109

kräften, Prestige- oder Rationalkonsum, Verschuldung für produktive oder unproduktive Zwecke, starke Verbundenheit mit dem Familienberuf und vieles andere sind auf das ländliche Kastenwesen zurückzuführen. Die Aufklärung der ländlichen Gesellschaft und deren Gewinnung für neue Ideen bietet besondere Schwierigkeiten. Aus Gründen der herrschenden Sitte und der finanziellen Abhängigkeit hat es die heranwachsende Generation schwer, die herrschende Meinung der Älteren Generation zu durchbrechen und neue Ideen zu verwirklichen. Auf dem Land glaubt man, dass die Produktion durch Einsatz von mehr Arbeitskräften erhöht wird. Deshalb bedeutet für den Bauern eine grosse Kinderzahl eine Möglichkeit, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Ausserdem sichert eine Vielzahl von Kindern seinen Unterhalt im Alter.¹⁾ Das erklärt uns zum Teil das Wachstum der Bevölkerung.

Die traditionelle Führerschaft ist in der ländlichen Gesellschaft ein weiteres Hindernis für die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens.²⁾ Sie liegt in den Händen von Grundbesitzern, Geldleihern, Händlern, Dorfpolitikern und Dorfpriestern.

Das wesentliche Merkmal der Dorfführung ist, dass Dorfpolitiker und Grundbesitzer in einer Person vereinigt sind; auch Händler und Geldverleiher sind identisch. Beide sind keine Gegner, sondern sie ergänzen sich sogar in der Führerschaft. Der Grundbesitzer bzw. Dorfpolitiker besitzt kaum eine abgeschlossene Schulbildung. Seine gesamten Bemünungen gehen darauf hinaus, seine Stellung in der Dorfgemeinschaft, in der Dorfführerschaft und als Dorfvertreter nach aussen mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. An der Leitung seines Grossgutes ist er

1) Vgl. Winkler, Hans-Joachim: Die Entwicklungsländer, Berlin 1961, S. 14

2) Die traditionelle Führerschaft entsteht aus traditioneller Herrschaft. Nach Max Weber soll eine Herrschaft traditional genannt werden, wenn ihre Legitimität sich stützt und geglaubt wird auf Grund der Heiligkeit alt überkommener Ordnungen und Machtstellungen. Geherrschaft wird durch die Kraft, die die Tradition zuweist. Die Befehle der traditionellen Führung finden ihre Legitimität durch die Tradition.

Vgl. Weber, Max: Grundrisse der Sozialökonomie-III. Abt. Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen, 1925, S. 130

wenig interessiert.¹⁾ Damit ist meist ein ~~Alphabet~~ ^{Schreibkundiger} beauftragt. Die Ausgaben des Grossgrundbesitzers übersteigen häufig seine Einnahmen, und deshalb gerät er oft in Schulden.²⁾ So ist er dem Dorfhändler oder dessen counter-part in der Stadt verschuldet. Aus diesem Grunde sind die Grossgrundbesitzer auf eine Zusammenarbeit mit dem Dorfhändler bzw. Geldverleiher angewiesen. Gegenüber dem Grossgrundbesitzer ist der Dorfhändler viel mehr an einem wirtschaftlichen Erfolg interessiert. Seine gesamten Bemühungen gehen dahin, die Entstehung einer Konkurrenz, wie sie z.B. eine Genossenschaft darstellt, zu beseitigen, durch wirtschaftliche Massnahmen oder indem er den Grundbesitzer veranlasst, seine Macht zu missbrauchen. Er hat oft keine kaufmännische Lehre. Er erbt seinen Beruf und lernt ihn durch die Mitarbeit in seines Vaters Geschäft. Er handelt in der Überzeugung, dass der Reichtum der anderen seine Armut und die Armut der anderen seinen Reichtum bedeuten.

Die Priesterschaft kann dem Interesse der ländlichen Genossenschaften sehr weitgehend dienen.³⁾ Sie ist aber in den Dörfern der politischen Macht der Grundbesitzer untergeordnet. Ihr fehlt auch die Aufklärung, das Wissen und die Kenntnisse der Gesellschaftsprobleme.

Die geschilderte Gesellschaftsstruktur ist nicht das geeignete für die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens. Das Genossenschaftswesen erfordert eine Gesellschaftsstruktur, in der an die Stelle von traditionellem Handeln und erbter Führerschaft rationales Handeln und errungene Führerschaft tritt.

-
- 1) Das Verhalten des Grundbesitzers ist etwa mit dem ritterlichen Lehnsmann um die Jahrtausendwende in Deutschland vergleichbar, als der ritterliche Lehnsmann der Jagd und ähnlichen Vergnügen nachging und an der Bewirtschaftung des eigenen Landes nur geringes Interesse hatte. - Vgl. Abel, Wilhelm: Agrarpolitik, Göttingen, 1958, S. 16
 - 2) Es gibt leider keine statistischen Zahlen über diese Aussage. Sie stützt sich auf persönliche Beobachtungen in Pakistan.
 - 3) Über die Priester in der Türkei sagt Kamal: "And whatever an Iman says, the congregation says too". Die von Kamal geschilderten Verhältnisse in der ländlichen Gesellschaft eines türkischen Dorfes sind denen in Pakistan sehr ähnlich. Vgl. Kamal, Mahmud: A Village in Anatolia, London, 1954, S. 1

Die Entwicklung der Gesellschaftsstruktur wird wesentlich durch die Entwicklung der Landwirtschaft beeinflusst. Dazu gehört vor allem auch die Schulung der ländlichen Bevölkerung.¹⁾ 1951 konnten in Pakistan 18,9 % der Bevölkerung lesen und schreiben. Davon entfielen auf die männliche Bevölkerung 25,3 % und auf die weibliche 11,7 % - auf die Moslems 18 % und auf die Hindus 36,8 %. Da die Dorffrauen kaum eine Schule besuchen, lebt also der Grossteil der schreibkundigen Frauen in den Städten. Hinzu kommt, dass die hinduistische Bevölkerung in West-Pakistan nicht mehr, in Ost-Pakistan zu einem sehr geringen Teil auf dem Lande lebt.

Wenn wir von diesen Tatsachen ausgehen, kann man annehmen, dass fast alle, die eine Schule besucht haben, in den Städten leben, und nur etwa 5 % bis 7 % der dörflichen Bevölkerung lesen und schreiben kann. Das ist kein günstiger Ausgangspunkt für die Entwicklung des Genossenschaftswesens. Es zeigt erneut, welche Schwierigkeiten sich in der Organisation, Leitung und Führung der ländlichen Selbsthilfe-Einrichtungen ergeben.

Hier sei noch kurz auf das Wesen der Dorfwirtschaft hingewiesen. Diese Dorfökonomie ist dadurch gekennzeichnet, dass sie weitgehend auf Selbstversorgung eingerichtet ist. Ferner ergänzt der Naturaltausch die Selbstversorgungswirtschaft. Die Landwirte produzieren in erster Linie für den eigenen Bedarf. Was darüber hinaus erzeugt wird, wird an den Dorfhändler zum Teil in Tausch für Bedarfsartikel und zum Teil für Geld verkauft. Es wurde geschätzt, dass in Bengalen 54 % der gesamten Reisproduktion von den Landwirten selbst verbraucht wird.²⁾ Hussain rechnet, dass in Punjab etwa 60 % des Weizens, 35 % der Baumwolle und 70 % des Ölsaatzgutes verkauft werden.³⁾ In Lyallpur (West-Pakistan) stellte man fest, dass 23,9 % überhaupt nicht verkaufen.⁴⁾

1) Die günstigen Agrarverhältnisse in Japan sind im Vergleich zu anderen ostasiatischen Ländern im Wesentlichen auf Bildung und Schulung der ländlichen Bevölkerung zurückzuführen.

Vgl. Schiller, Otto: Die Agrarfrage in den Ländern Süd- und Ostasiens, in: Studien zur Entwicklung in Südost- und Ostasien, Band 11, Frankfurt/M-Berlin, 1958, S. 23

2) Akhtar, S.M.: Economics of Pakistan, Vol. 1, Lahore, 1956, S. 239

3) Hussain, M.: Marketing of Agricultural Produce in Northern India, London, 1937, S. 96

4) Mukerjee, Radhakamal: Economic Problems of Modern India, Vol. 1, London, 1939, S. 96

In der pakistanischen Dorfwirtschaft sind nur Teilmärkte vorhanden. Dadurch kommt die Interdependenz der Märkte nicht zustande. Es ergeben sich starke Preisschwankungen zum Nachteil der Landwirte. Die Bengal Agricultural Commission bemerkt, dass der Landwirt viel bessere Preise am Markt erzielt als in seinem Dorf, auch wenn der Markt schlecht organisiert ist.¹⁾²⁾ Aus der Tatsache heraus, dass der grösste Teil der Bauern diesen Vorteil nicht nutzt, ersieht man die geringe Marktorientierung der ländlichen Erzeuger. Damit ist eine weitere Aufgabe für die Genossenschaften innerhalb der Dorfwirtschaft angedeutet.

Aus diesen Betrachtungen geht hervor, dass die in der Agrar- und Gesellschaftsstruktur vorhandene Vielzahl von Faktoren nicht allein die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens hemmen, sondern geradezu verhindern. Die Entwicklung des ländlichen Genossenschaftswesens kann vorangetrieben werden - trotz aller Hindernisse - wenn die genossenschaftlichen Ideale dem pakistanischen Volk vertraut gemacht werden könnten. Calvert sagt: "The wealth of a nation lies not in the material resources at its command, but in the energy, initiative and moral fitness of its people with them no unfavourable circumstances can long prove an insuperable obstacle".³⁾

-
- 1) Unter Markt soll hier nur der Ortsmarkt verstanden werden, die in den Städten liegen. Dort trifft nur ein Bruchteil der gesamten räumlichen Angebote und Nachfragen zusammen.
 - 2) Vgl. Government of India; Report of the Royal Agricultural Commission, Delhi, 1928, S. 45
 - 3) Calvert, Hubert , Wealth and Welfare in the Punjab, Lahore, 1922, S. 47

II. Grundlegende Erörterung der Entwicklung der ländlichen Genossenschaften in der Zukunft

1. Die Notwendigkeit einer veränderten Einstellung gegenüber dem Genossenschaftswesen

Die Misserfolge in der Entwicklung, die das Genossenschaftswesen in Pakistan in den 57 Jahren seines Bestehens durchlief, legen uns eine kritische Beurteilung der bisher angewandten genossenschaftlichen Grundsätze nahe: Jede Neukonzipierung dieser Grundsätze muss die Lehren aus der Vergangenheit und die Anforderungen der Zukunft berücksichtigen. Das führt uns zur Erörterung der veränderten Einstellung gegenüber dem Genossenschaftswesen. Der "All-India-Rural Survey Report" sagt dazu: ¹⁾ "There is no real alternative to some form of cooperative association at the all-important rural base of agricultural credit." Das ist einerseits eine Bekräftigung der Überzeugung von der Notwendigkeit des Genossenschaftswesens, andererseits aber nicht in seiner alten, sondern in seiner neuen Form. Was beinhaltet diese neue Form? Sie wird durch die Nöte und Erfordernisse des Landes Pakistan auf der einen, des Stadiums der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung auf der anderen Seite gegeben.

In den alten europäischen Ländern, wo die Genossenschaftsidee geboren wurde, erhielt sie ihre Gestalt durch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse um das Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Historische Ereignisse prägten die Genossenschaftsbewegung und bestimmen ihre Möglichkeiten und Grenzen auch heute mit. Ohne Zweifel würde die Genossenschaftsbewegung eine ganz andere Gestalt angenommen haben, läge ihr Ursprung erst in der gegenwärtigen Situation Deutschlands, Grossbritanniens oder Frankreichs.

Gleicherweise werden die Länder mit einer andersartigen ökonomischen und sozialen Struktur als der Westeuropas beeinflusst durch andere historische Ereignisse, auch die Idee der Genossenschaften in anderer Gestalt annehmen.

1) Reserve Bank of India, All India Rural Credit Survey, Band 2, Bombay, 1954, S. 245

Unser Plan einer Wiederbelebung des Genossenschaftswesens in Pakistan entsteht nicht aus doktrinhären Überlegungen heraus; vielmehr sind wir der Mannigfaltigkeit der Probleme bewusst, deren Lösung von ihm erwartet wird. Allerdings werden die Grundsätze des Genossenschaftswesens auch weiter unsere Richtschnur sein, wenn wir die Richtung unseres neuen Weges der Genossenschaften festlegen. Was wir brauchen bei diesem unserem Vorhaben, diesen neuen Weg zu finden, kommt zum Ausdruck in folgenden Worten: genossenschaftliches Denken und Handeln müsse aufbauen auf der Grundlage einer hohen Bildung, vertiefter Einsicht und geistiger Freiheit.¹⁾

2. Genossenschaftliches Denken und Handeln

Das genossenschaftliche Denken musste verschiedenen Menschengruppen nahegebracht werden: der erwachsenen Generation und der jetzt erst heranwachsenden. In der Vergangenheit wollte man für das genossenschaftliche Denken nur die Erwachsenen gewinnen. Die Aufgabe gebietet aber, besonderen Nachdruck gerade auf die Einführung genossenschaftlichen Denkens bei der künftigen Generation zu legen. Den Jugendlichen muss klar werden, dass der Genossenschaftsgedanke ein Lebensprogramm ist und dass er von ihnen fair-play, guten Charakter, Höflichkeit und Rücksichtnahme den Mitmenschen gegenüber verlangt. Die Grundschulen und die höheren Bildungsstätten sollen die besten Möglichkeiten bieten, die Grundsteine für ein genossenschaftliches Denken und Handeln in der heranwachsenden Jugend Pakistans zu legen. Hier muss betont werden, dass besonders auf die Anwendung des Genossenschaftsgedankens in der Praxis Wert zu legen ist, weniger auf die Übermittlung theoretischer Erkenntnisse. Dies würde das Ergebnis haben, dass die Schüler die Teilnahme an der Genossenschaftsbewegung nicht als Last empfinden, sondern als einen Akt sozialen Handelns und eine sinnvolle Lebensgestaltung ansehen. Gelegenheiten dazu wären ihnen zu bieten durch die Gründung von Einrichtungen genossenschaftlicher Art, die sparsames Wirtschaften

1) Vgl. Schlaw, W., in: Das Hessenland, Frankfurt/Main, 1961, S. 137

lehren.¹⁾ Auch Preise sollten ausgesetzt werden als Belohnung für Aufsätze auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens. Bei Ausflugsplanungen wäre der Besuch der bekannten Genossenschaften einzubeziehen. So haben einige Mitglieder des "Asian Regional Cooperative Seminar" in Rangoon bei einer Tagung 1958 die dringende Empfehlung ausgesprochen, die wirtschaftliche Seite des Genossenschaftswesens nicht Überzubetonen. Vielmehr sollten die Schüler in das Genossenschaftswesen eingeführt werden, einzig und allein in einfacher Form in schulischem Rahmen, in dem sie zum Beispiel beim Sauberhalten der Schulräume helfen und den ordentlichen Ablauf der Unterrichtsstunden unterstützen usw.²⁾

Allgemein gehaltene Erziehung dieser Art bereitet allerdings nur den Boden für das Wirksamwerden des Genossenschaftsgedankens, dessen Erfolg liegt aber in einem speziellen Training zum Genossenschaftswesen an den Gymnasien und Universitäten. Wird ein hoher Standard in der theoretischen Ausbildung auf Universitätsebene erreicht, so würde das Genossenschaftswesen dadurch einen dynamischen Charakter erhalten, der einen dauerhaften Erfolg in der praktischen Genossenschaftsarbeit zu schaffen verspricht. Besondere Aufmerksamkeit gebührt der Tatsache, dass das Studium des Genossenschaftswesens nicht als "brotlose Kunst" angesehen werden darf.

Dies wäre allerdings nur erreichbar, wenn die Beschäftigung für die Graduierten im Genossenschaftswesen sichergestellt wäre; sonst würden nur nationale geistige Kräfte vertan. Überdies würden die Akademiker entmutigt, eine Tätigkeit in der Genossenschaftsbewegung als Berufsziel anzustreben.

-
- 1) Students-Cooperative Store in Hailey College of Commerce, Lahore; Pakistan bietet uns ein Beispiel, wo jeder Student bei seinem Eintritt/einen Geschäftsanteil erwirbt. So beteiligt er sich an der Studentenverwaltung, -leitung und -kontrolle dieses Cooperative Store. Dieser Cooperative Store bietet den Studenten billige Bücher und andere Artikel des Studentenbedarfs bis zur Seife und Zahnpasta.
 - 2) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report on the Asian Regional Seminar of Cooperation, Rangoon, 1958, S. 17

Das Genossenschaftsdenken und -handeln unter der neuen Generation Pakistans allein ebnet aber nicht den Weg zum Erfolg für das Genossenschaftswesen. Auch die Erwachsenen müssen für die Ideale des Genossenschaftswesens begeistert werden. Ihnen müsste das Genossenschaftswesen als Ideologie, als eine Philosophie und gleichzeitig als etwas tatsächlich Erreichbares nahegebracht werden. Der normale Dorfbewohner in Pakistan ist einfach und arbeitet schwer; er besitzt nur geringe Kenntnisse und ist von primitiver Art. Eine primitive Gesellschaft ist geneigt, das Symbol einer Bewegung in einer Persönlichkeit, einem Führer oder Helden zu sehen; ihre Mitglieder sind bereit, für dieses Symbol zu kämpfen.¹⁾ Angesichts dieser Auffassung ist es sehr wichtig, die Persönlichkeit Raiffeisens der "Rural Cooperative Movement" als Symbol vor Augen zu stellen. Darling sagt:²⁾ "What is in a name, some may say with Juliet, but what slips out of speech, soon slips out of thought." Daher ist es erforderlich, die Dorfbewohner in Pakistan mit der Lebensgeschichte und den Leistungen Raiffeisens vertraut zu machen, ihnen Lösungsmöglichkeiten ihrer Probleme zu zeigen und in ihnen die Gedanken Raiffeisens zu wecken. In den Niederlanden ist dieser Weg mit Erfolg begangen worden,³⁾ dort wird sein Geburtstat in allen Genossenschaften besonders gefeiert. Überall werden Broschüren ausgelegt, die die Dorfbewohner an ihren Führer Raiffeisen erinnern; sie werden aufgefordert, für seine Ideale zu wirken.

Noch viel wichtiger ist jedoch, dass die Mitarbeiter in dem Genossenschaftswesen genossenschaftlich denken und handeln. Demnach können in Zukunft die Privat- und Handelsinteressen in den Genossenschaften keinen Platz finden, wie es bis jetzt der Fall war.⁴⁾ Wichtig ist auch,

1) In allen Entwicklungsländern, die in den letzten 15 Jahren ihre politische Freiheit erhalten haben, ist es festzustellen, dass der Gedanke der Freiheit an sich die Masse wenig begeistert hat, vielmehr aber die Persönlichkeit der Führer und nationalen Helden. Indien und Pakistan bieten uns ein typisches Beispiel, wo die Persönlichkeit Gandhi, Nehru und Jinnah für die Masse mehr bedeutete als der Begriff der Freiheit.

2) Darling, A.L.: Report on Certain Aspects of Cooperative Movement in India, Delhi, 1957, S. 13

3) Es wurde auf eigener augenscheinlicher Erfahrung des Genossenschaftswesens anlässlich eines Studienaufenthaltes in Holland festgestellt.

4) Vgl. S. 24/25

dass die Mitarbeiter von dem Erfolg der genossenschaftlichen Arbeit, trotz aller Anfangsschwierigkeiten, fest überzeugt sein müssen.

Erweisen sich diese Bemühungen als erfolgreich und hat die ländliche Bevölkerung das genossenschaftliche Denken zur Richtschnur ihres Lebens gemacht, so würde dies zur Entwicklung der Dorfwirtschaft führen.¹⁾

3. Die Notwendigkeit der Koordination und Integration der einzelnen Zweige des Genossenschaftswesens

In der Gegenwart hat sich in Pakistan die Erkenntnis durchgesetzt, dass nur eine harmonische Entwicklung aller Zweige des Genossenschaftswesens die beste Garantie für einen Erfolg bieten kann. Der Vorzug des einen Zweiges gegenüber einem anderen oder die Entwicklung einer Genossenschaft auf Kosten einer anderen sollte weitgehend vermieden werden. Ferner erscheint eine Koordination der Geschäftspolitik der einzelnen Genossenschaftsgruppen unerlässlich.

Die Geschichte der Kooperation in Pakistan zeigt uns, dass grosses Gewicht auf die Entwicklung der Kreditgenossenschaften gelegt wurde. Das Versagen des Genossenschaftswesens führte später zu der Erkenntnis, dass man mit den Kreditgenossenschaften hätte Bezugs- und Absatzgenossenschaften verbinden sollen. Die Wichtigkeit der Absatzgenossenschaften liess Yezna Noroyan Aiyer gemeinsamen Ein- und Verkauf fordern, was die wichtigste Waffe in den Händen des kleinen Farmers sei. Weiter bemerkt er: "Kann er (der Farmer; d.V.) diese Waffe nicht schwingen, so fährt er fort, eine verlorene Schlacht zu schlagen".²⁾

Es kommt aber nicht allein darauf an, dass sich Kredit- und Absatzgenossenschaften gegenseitig unterstützen. Erst wenn darüberhinaus auch alle anderen wichtigen Genossenschaftsarten wie z.B. Be- und

1) Pandit Nehru sagte am 14. November 1960 in Neu-Dehli, es handle sich bei dem Genossenschaftswesen nicht nur um eine bestimmte Art und Weise von Kredit- und Absatzgeschäft, das Genossenschaftswesen sei vielmehr eine Lebensform. -

Vgl. Deutsche Raiffeisenverband: Raiffeisen-Rundschau, Bonn, 1961, S. 112

2) Zitiert bei Hough, E.M.: The Cooperative Movement in India, London-Bombay, 1959, S. 133

Verarbeitungsgenossenschaften oder Versicherungsgenossenschaften koordiniert werden, kann ein lebens- und konkurrenzfähiges Genossenschaftswesen entstehen. Welche Möglichkeiten sich bei einer Integration des Genossenschaftswesens ergeben können, zeigt uns die Tatsache, dass in dem Bezirk Tirkut in der Provinz BiHar 1 Seer Weizen vom Erzeuger über einen Händler für Rs. 0/1/3 eingekauft wurde, an den Konsumenten aber nach dem Verarbeitungsprozess als Mehl zu Rs.0/3/3 verkauft wurde.¹⁾ Trotz dieses relativ einfachen Verarbeitungsprozesses beträgt in diesem typischen Beispiel der Verkaufspreis 250 % des Einkaufspreises.

Die Integration des Genossenschaftswesens erbringt den zusätzlichen Vorteil, dass die finanziellen Mittel der Genossenschaften innerhalb des eigenen Systems bleiben. Dies ist heute noch wichtiger, da dem Genossenschaftswesen Kapital fehlt. Somit hängt der Erfolg des Genossenschaftswesens von der dargestellten Koordination und Integration der einzelnen Zweige des Genossenschaftswesens ab.

4. Die Notwendigkeit der Trennung der ländlichen von den städtischen Genossenschaften

Ein anderer, gleichfalls zu wenig erkannter Faktor in Pakistan, ist die Trennung des ländlichen Genossenschaftswesens von dem städtischen. Beide Genossenschaftssektoren besitzen einen völlig verschiedenen Charakter und lassen sich deshalb nicht in einer Organisation zusammenfassen. Die dörfliche Bevölkerung unterscheidet sich stark von der städtischen. Ausbildungs- und Erziehungsniveau, politisches und soziales Bewusstsein sind in Stadt und Land ganz verschieden. Das wirtschaftliche Denken ist z.B. bei der städtischen Bevölkerung sehr viel stärker entwickelt als bei der ländlichen.

Dorfbewohner dagegen besitzen ein sehr viel ausgeprägteres Gemeinschaftsgefühl als Städter. Dazu kommt die bekannte Feindseligkeit der

¹⁾ Vgl. Mukherjee, B.B.: Cooperation and Rural Welfare, Calcutta-Simala, 1929, S. 87

Stadtbevölkerung gegenüber der des Dorfes. Sie läßt den Versuch als falsch erscheinen, beide Genossenschaftssektoren unter einem organisatorischen Dach zusammenzuführen. Diese Gegensätze zeigen sich nicht nur im pakistanischen Leben. Wir finden sie auch in der Gründungszeit des deutschen Genossenschaftswesens. Auch hier ist es nicht zu einer einzigen Organisation gekommen. Raiffeisen und Schulze-Delitzsch sind aus der Erkenntnis der geschilderten Gegensätze heraus verschiedene Wege gegangen.

Die genossenschaftlichen Departments, Zentralbanken und Verbände in Pakistan - das sind die Dachorganisationen - sind zuständig sowohl für den ländlichen als auch städtischen Genossenschaftssektor. Das macht es schwer, wenn nicht überhaupt unmöglich, Erfolg oder Misserfolg der beiden Sektoren richtig zu beurteilen, besonders für die breite Öffentlichkeit. Nur Fachleute vermögen wohl nach eingehender Analyse ein zutreffendes Urteil über den Leistungsstand der beiden Sektoren zu fällen. So erhält die Öffentlichkeit auch kaum Kenntnis von Missständen im ländlichen Genossenschaftssektor. Sie kann deshalb keine demokratische Kontrolle ausüben und für Abhilfe sorgen.

Die gemeinsame Organisation für beide genossenschaftliche Sektoren hat dem ländlichen Sektor grossen Schaden zugefügt, und zwar infolge der Personalpolitik der Dachorganisationen. Die Mehrzahl der Angestellten, die in den genossenschaftlichen Organisationen tätig sind, kommt aus den Städten. Es fällt ihnen schwer, sich dem ungeschulten Denken der Dörfler anzupassen. In den meisten Fällen haben die Angestellten aus der Stadt kein Verständnis für die Sitten und Gebräuche derjenigen, mit denen sie zu tun haben.

Ganz anders lagen die Dinge in Holland und Deutschland.¹⁾ In beiden Ländern waren ursprünglich ländliche und städtische Genossenschaftssektoren voneinander getrennt. Die Angestellten der ländlichen

1) Diese Feststellung beruht auf persönlichen Beobachtungen während eines Studienaufenthaltes bei der "Central Raiffeisen Bank" in Utrecht in den Niederlanden und der "Raiffeisen-Zentralbank" in Ludwigshafen am Rhein, Deutschland

Genossenschaftsorganisationen in den genannten Ländern verfügen auch heute über einen viel engeren Kontakt zu dem dörflichen Leben, auch dann, wenn sie nicht selbst vom Dorfe stammen.

Aus den oben genannten Gründen scheint es äusserst wünschenswert, beide Genossenschaftssektoren voneinander zu trennen und für jeden Sektor eine eigene Zentrale zu schaffen.

5. Die Zweckmässigkeit eines föderativ-zentralistischen Systems als neue Organisationsform der Genossenschaften

Von nicht geringerer Bedeutung ist die Frage, ob das Genossenschaftssystem der Zukunft für Pakistan föderativ oder zentralisiert sein soll. Zur Zeit ist die genossenschaftliche Organisationsform föderativ. Es erweist sich als äusserst schwierig, das eine oder andere System ohne Vorbehalte zu befürworten. Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass eine völlige Übernahme des föderativen Systems unter den gegenwärtigen sozial-ökonomischen Bedingungen nicht ratsam erscheint. Aber ein ausschliesslich zentrales System kann auch nicht das richtige sein, da es auf die Entwicklung zur Demokratie, auf die Selbstverwaltung und die persönliche Initiative, Faktoren, die die Grundlage jeder Art von genossenschaftlichem Arbeiten sein sollten, negativ einwirkt. Demnach sollten wir beides vereinen, föderatives und zentrales System.

Am besten wäre es wohl, den Unterbau des Genossenschaftssystems föderativ zu gestalten, das System andererseits aber mit vom Unterbau weitgehend unabhängigen Zentralen auszustatten. Zwar scheint die gegenwärtige Lage die Übernahme eines ausschliesslich zentralen Systems nahezulegen, auf lange Sicht jedoch dürfte der vorgeschlagene Kompromiss den Interessen des Landes besser gerecht werden. Eine schrittweise Verstärkung der föderativen Elemente sollte gefördert werden, damit auch die pakistanische Genossenschaftsbewegung eine echte Genossenschaftsbewegung im Sinne des Pioniers Raiffeisen wird. Welche konkrete Gestalt die von uns befürwortete Lösung finden sollte, werden wir weiter unten in unserer Diskussion über das genossenschaftliche Finanzsystem behandeln.

6. Der Gedanke der staatlichen Planung innerhalb des genossenschaftlichen Sektors

Die Idee der Genossenschafts-Planung ist ganz neuen Datums. Sie hat in letzter Zeit einen wichtigen Platz in dem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem bestimmter Länder eingenommen, deren Wirtschaft noch nicht voll entwickelt ist.

In dieser Beziehung bietet sich uns Indien als typisches Beispiel an, wo die staatliche Gründung von Genossenschaften ein wesentlicher Teil der Wirtschaftspolitik geworden ist.

Der Gedanke der Genossenschafts-Planung entspringt wohlfahrts-staatlichem Denken, auf dem einige asiatische Staaten ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik aufbauen. Das Gewicht, das die einzelnen Staaten dem Genossenschaftsgedanken bei dem Aufbau ihrer Volkswirtschaften beilegen, ist allerdings unterschiedlich. Diese neue Sicht im asiatischen Genossenschaftswesen hat zu einer Kontroverse zwischen den massgeblichen Vertretern der Genossenschaftsbewegung geführt. Die eine Gruppe lehnt den Gedanken der Genossenschafts-Planung ab, weil er die Basis des Genossenschaftswesens, das Prinzip der Selbsthilfe, zu zerstören droht. Sie fürchtet, für die freie Initiative werde kein Raum mehr bleiben, die Genossenschaften könnten ihre Autonomie, die immer ihre Stärke war, verlieren.¹⁾ Die staatliche Gründung von Genossenschaften könne dazu führen, dass die Genossenschaften Institutionen werden, über die die staatlichen Mittel verteilt werden ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Zweckmässigkeit.²⁾

Darling, ein namhafter britischer Genossenschafter, scheint die Idee der Genossenschafts-Planung abzulehnen, da ihm ein zahlenmässiges Soll im Zusammenhang mit dem Genossenschaftswesen unangebracht erscheint. Er sagt nämlich im Zusammenhang mit der indischen Genossenschafts-

1) Vgl. International Labour Office: Cooperative Management and Administration, Geneva, 1960, S. 218

2) Vgl. ebd., S. 218

Planung: "Es wäre beinahe so, als ob die Bauern für das Soll da wären und nicht das Soll für den Bauern".¹⁾

Er führt als Begründung für seinen Sarkasmus die Antwort an, die ihm ein indischer Cooperative Extension Officer auf seine Frage gab, warum er - von Darling nicht näher beschriebene, gegen den genossenschaftlichen Geist verstossende - Massnahmen ergriffen habe: Damit das "Soll" erreicht wird.²⁾ Die Verurteilung des Solls in der Genossenschafts-Planung ist durchaus gerechtfertigt, wenn man das Soll um jeden Preis formal erfüllen will; so gründet z.B. der indische Staat Genossenschaften mit einem grossen Arbeitsgebiet und mit einer Vielzahl von Mitgliedern, die jedoch nicht in der Lage sind, gute genossenschaftliche Arbeit zu leisten, weil es nicht gelingt, alle Mitglieder für den Genossenschaftsgedanken zu gewinnen. So kann z.B. nach aussen hin scheinen, als sei ein grosses Gebiet von der Genossenschafts-Planung voll erfasst, in Wirklichkeit sind jedoch nicht mehr als Ansätze für das Genossenschaftswesen vorhanden. Die Vorgabe von derartigen Solls ("target") braucht aber nicht unbedingt etwas negatives zu sein. Stellt man erreichbare "targets" auf, so bieten sie den Verantwortlichen eine Richtschnur für ihr Handeln, spornen sie an und schaffen die Möglichkeit, sie für schlechte Leistung zur Rechenschaft zu ziehen. So sollen "targets" respektiert, nicht aber zu einem Befehl gemacht werden.

Janpath, der indische Genossenschaftler, bezeichnet sich als Gegner des Planungs-Gedankens. Er lehnt es ab, die Anzahl der aufzubauenden Genossenschaften einschliesslich ihrer Mitglieder im Voraus festzulegen. Er befürwortet hingegen die Ausbildung der Volontäre, die beim weiteren Aufbau des Genossenschaftswesens eingesetzt werden sollen.³⁾ Folgt man seinen Gedanken, so würde sich die Genossenschafts-Planung auf die Ausbildung von Volontären beschränken. Diese könnten allerdings die treibende Kraft für die Genossenschaftsbewegung von morgen

1) Darling, M.L.: Report on Certain Aspects of Cooperative Movement in India, Delhi, 1957, S. 8

2) ebenda, S. 8

3) Vgl. The Indian Cooperative Union Ltd.: Seminar on Cooperation, New Delhi, 1959, S. 22

sein. Es fragt sich aber, ob diese Volontäre allein fähig wären, die erstarrte Genossenschaftsbewegung wieder zu beleben. Es werden sich vielleicht eine beachtliche Anzahl von Volontären gewinnen lassen, aber der schon für die Vergangenheit von All-India Rural Survey Committee festgestellte Kapitalmangel wird nicht leicht zu überwinden sein. Deshalb muss genau darauf geachtet werden, dass ein harmonisches Verhältnis zwischen den ausgebildeten Volontären und den zum Aufbau von Genossenschaften zur Verfügung stehenden Kapitalien besteht.

Dieses harmonische Verhältnis, das unerlässlich ist, kann einerseits durch staatliche Lenkung des bestehenden Genossenschaftswesens erreicht werden, andererseits durch die staatliche Planung der neuen Genossenschaften. Deshalb ergibt sich für uns nun die Frage, ob staatliche Lenkung oder Planung im genossenschaftlichen Raum den Bedürfnissen Pakistans im Hinblick auf seine sozial-ökonomischen Verhältnisse besser entspricht.

Eine staatliche Lenkung setzt voraus, dass die materiellen und ideellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche genossenschaftliche Arbeit gegeben sind, der Staat also nur fördernd eingreift. Die staatliche Planung dagegen muss die Voraussetzungen erst schaffen. Die Voraussetzungen in Pakistan für die Lenkung des Genossenschaftswesens sind, wie sich aus der geschichtlichen Darstellung ergeben hat, nicht vorhanden. Man muss einen neuen Weg einschlagen, wenn man sich auch in gewisser Beziehung der bestehenden Organisation bedienen können. Deswegen ist der pakistanische Staat gezwungen, Genossenschaften aus eigener Initiative zu gründen und Genossenschaftsarbeit zu treiben. Die staatliche Planung ist eine zwingende Notwendigkeit, die jedoch keine dauerhafte Erscheinung werden und den Staat nicht zum Unternehmer machen soll. Die Genossenschafts-Planung darf nur ein Stadium der Entwicklung im Genossenschaftswesen bilden. Danach muss der Staat dem Genossenschaftswesen seine traditionelle Autonomie gewähren. Diese Art der Genossenschafts-Planung würde sich in den Rahmen der bisherigen Wirtschaftspolitik Pakistans zwanglos einfügen. So z.B. hat der Staat die auf industriellem Gebiet fehlenden materiellen und ideellen Voraussetzungen geschaffen, indem er die Pakistan Industrial Development

Corporation gründete, eine Gesellschaft, deren Aktienkapital zu 51 % in staatlicher Hand liegt. Die PIDC ihrerseits baute Industrieunternehmungen auf. Arbeiteten diese eine zeitlang in der Gewinnzone, so verkaufte sie die PIDC an Privatunternehmer.

7. Das Element des Zwanges innerhalb der pakistanischen Genossenschaften

Das Fundament jedes echten Genossenschaftswesens ist der Grundsatz der Freiheit. Die Genossenschaftsidee lässt sich nur verwirklichen, wenn die Genossen freiwillig bereit sind, sich Beschränkungen aufzuerlegen. Infolgedessen hat die Verpflichtungsübernahme auf freiwilliger Grundlage seit langem einen festen Platz im Genossenschaftswesen. Die Verpflichtungsübernahme wird von den Genossenschaftsmitgliedern verlangt, damit sie ihrer Genossenschaft die Treue halten. Ohne diese Treue kann nämlich keine Genossenschaft bestehen. Die Verpflichtungsübernahme hat im Laufe der Entwicklung des Genossenschaftswesens verschiedene Formen angenommen. In der Gegenwart lässt sich eine Tendenz zu stärkerer Bindung der Genossenschaften in West-Europa feststellen. Als Beispiel mag die Form der Verpflichtungsübernahme dienen, die von Fyens Andels Foderstofvretning A.m.b.A., Svendborg-Denmark, angewandt wird. Ihre Mitglieder sind laut Paragraph 25 der Satzung verpflichtet, ihren Verbrauch an Futtermitteln bis zu dem Betrag von 400 Kr. je Kuh jährlich bei ihrer Genossenschaft abzunehmen. Kaufen sie bei anderen Stellen unter Verstoss gegen diese Bestimmung, müssen sie eine Busse von 1 Kr. pro 50 kg der Menge, die sie anderweitig eingekauft haben, zahlen, jedoch mindestens 20 Kr. für jeden Verstoss. Auch in Deutschland finden sich hierfür ähnliche Beispiele. Die Mitglieder der Spar- und Darlehnskasse eGmbH., Kirchbrombach (Hessen), unterliegen der Verpflichtung, eine gewisse Anzahl Eier wöchentlich durch ihre Genossenschaft abzusetzen. Das gleiche trifft auch auf viele andere Genossenschaften in Dänemark, Westdeutschland, Holland und der Schweiz zu.

Der Zwang ist seinem Wesen nach anders als die Verpflichtungsübernahme. Zwang ist etwas, was von aussen auf das Handeln der Mitglieder einwirkt.

Verpflichtungsübernahme ist etwas, was von innen heraus das Verhalten der Mitglieder bestimmt. Die Anwendung von Zwang findet sich bereits seit einiger Zeit im genossenschaftlichen Raum. Dafür lassen sich folgende Beispiele anführen: Die Regierung von Süd-Afrika wurde durch das Ergänzungs-Gesetz zum Genossenschaftsgesetz von 1935 ermächtigt, ein Gebiet zu bestimmen, in dem ein Erzeugnis nur durch die Genossenschaften unter gewissen Bedingungen verkauft werden darf.¹⁾

In bestimmten belgischen Provinzen ist eine Zwangsversicherung des Grossviehs durch die zuständige Regierung geschaffen worden.²⁾ In Tunesien sind alle einheimischen Landwirte verpflichtet, sich den Schargenossenschaften anzuschliessen.³⁾

Man könnte geneigt sein, die Anwendung von Zwang im Genossenschaftswesen generell zu verurteilen. Es ist jedoch zu bedenken, dass die wirtschaftlichen Interessen der Gesamtheit der Genossenschaftsmitglieder nur dann gewahrt werden können, wenn das einzelne Genossenschaftsmitglied zu einer Beschränkung seiner wirtschaftlichen Handlungsfreiheit bereit ist,⁴⁾ oder, falls diese Bereitschaft fehlt, zu der Aufgabe eines Teiles dieser Freiheit gezwungen wird. So wie in dem politischen Pendant der Genossenschaft, einem demokratischen Staatswesen, die Minderheit sich der Mehrheit beugen muss, damit die Erreichung des Gemeinwohles gesichert ist, so auch in einer Genossenschaft. Ein gewisser Unterschied liegt allerdings darin, dass der Zwang in den angeführten Beispielen nicht von der Mehrheit der Genossenschaftsmitglieder, sondern vom Staat ausgeübt wird. Aber dieser Unterschied ist nur scheinbar vorhanden. Man darf wohl annehmen, dass der Staat eine Lösung erzwingt, die den Interessen der Gesamtheit der Genossenschaftsmitglieder entspricht. Oft werden die Genossen nur nicht die Kraft besitzen, ohne

1) Vgl. Lala, M.D.: Cooperation and Cooperative Law in Pakistan, Hyderabad, 1951, S. 11/12

2) Vgl. Lala, M.D.: a.a.O., S. 11/12

3) ebd., S. 11/12

4) In einer Genossenschaft findet die wirtschaftliche Handlungsfreiheit der Genossen ihren Ausdruck in der wirtschaftlichen Freiheit der Genossenschaft. Das heisst, dass die Genossen ihrer Genossenschaft treu bleiben und ihre wirtschaftlichen Wünsche durch die Genossenschaft befriedigen.

staatliche Hilfe zu einer solchen Lösung zu kommen, weil einige Gruppen freiwillig diese nicht akzeptieren wollen.

Besondere deutlich wird die Notwendigkeit, einen gewissen Zwang auszuüben, z.B. bei einer Bewässerung und Flurbereinigung auf genossenschaftlicher Basis. Es wird wohl immer einige Gruppen geben, die rücksichtslos auf ihrem Egoismus beharren und nicht für ein die wirtschaftliche Lage der Gesamtheit entscheidend verbesserndes Projekt zu gewinnen sind. Es scheint berechtigt, sich in einem solchen Fall über ein egoistisches Verhalten dieser Gruppen hinwegzusetzen. Eine ähnliche Auffassung findet sich bei Calvert. Er sagt, es gibt für die Förderung der Genossenschaftsarbeit auf Zwangsbasis in den unterentwickelten Ländern die gleiche Berechtigung, wie für die Einführung der Schulpflicht. Das Ziel erscheint so wichtig, dass die Mittel unwesentlich werden. Wenn man bei der Genossenschaftsarbeit auf Zwangsbasis geschickt vorgeht, so stellt sie nur eine zwangsmässige wirtschaftliche Ausbildung von Erwachsenen dar.¹⁾

Uns erscheint jedoch ein dritter Weg, eine Bindung zwischen der Genossenschaft und ihren Mitgliedern zu schaffen, als der beste, weil er ein hohes Mass an wirtschaftlichem Erfolg und gleichzeitig an wirtschaftlicher Handlungsfreiheit für das einzelne Mitglied in der Genossenschaft gewährleistet. Er besteht darin, dass der Staat die Pflichten der Genossenschaftsmitglieder festlegt, den Eintritt in eine Genossenschaft aber jedem einzelnen überlässt. Dieser dritte Weg ist in Indonesien beschritten worden. Jedes Mitglied einer Genossenschaft in Indonesien ist z.B. verpflichtet, einen bestimmten Betrag zu sparen.²⁾ Das zwingt es zu dem ihm vorher fremden wirtschaftlichen Denken. Damit ist die wichtigste Voraussetzung für ein erfolgreiches genossenschaftliches Arbeiten gegeben.

Die indonesische Form empfiehlt sich auch für das Genossenschaftswesen in Pakistan, weil sie eine ausreichende starke Bindung zwischen der

1) Vgl. Lala, M.D.: a.a.O., S. 12

2) Vgl. Ballendux, A.H.-Harper, R.K.: a.a.O., S. 2

Genossenschaft und ihren Mitgliedern schafft, die besonders in Pakistan nötig erscheint, und doch sich einfügt in die freiheitliche wirtschaftliche Grundordnung dieses Landes.

8. Eine elastische staatliche Förderungspolitik gegenüber den Genossenschaften

Alle von uns entwickelten Gedanken zur Neugestaltung des pakistanischen Genossenschaftswesens lassen sich nicht ohne weiteres auf das ganze Land anwenden; denn die einzelnen Teile Pakistans weisen starke Unterschiede auf. So finden wir beispielsweise bei den Bewohnern des nördlichen Teiles West-Pakistans eine feste Verwurzelung in der Tradition. Der Bildungsstand ist relativ niedrig, die Bereitschaft zu denken deshalb gering. Im Süden dagegen ist die Aufgeschlossenheit der Bewohner für neue Ideen, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, gross. Die Genossenschaftspolitik braucht deshalb im Süden nicht derart vorsichtig vorzugehen wie im Norden. Hier wird man ganz neue Lösungen anstreben können, ohne fürchten zu müssen, dass sie an der Mentalität der Bevölkerung scheitern. Im Norden dürfte der Erfolg der Genossenschaftspolitik massgeblich davon abhängen, ob es gelingt, möglichst viele traditionelle Elemente in die neuen Genossenschaftsformen einzuschmelzen und damit die konservativ eingestellte Bevölkerung für das Genossenschaftswesen zu gewinnen. Pakistan braucht also eine elastische Genossenschaftspolitik.

III. Die Grundsätze in der Organisation der ländlichen Genossenschaften in der Zukunft

1. Die Grösse der ländlichen Genossenschaften

Das Problem der Grösse der Genossenschaft liegt in der doppelten Natur der Genossenschaft. Sie ist einmal eine Personenvereinigung im Sinne der Soziologie und der Sozialpsychologie. Sie ist aber auch ein Gemeinschaftsbetrieb im wirtschaftlichen Sinne.¹⁾ Deswegen ist die Grösse sowohl mit der Interessensphäre als auch mit der Kompetenzphäre der Genossenschaften verhaftet.²⁾ Ferner ist die Verwirklichung der "Demokratie der Verwaltung" mit dem Grössenproblem eng verbunden. Von dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt ausgegangen, ist die Grösse der Genossenschaft mit der optimal konkurrenzfähigen und leistungsbringenden Grösse verknüpft. Hier handelt sie mit der wirtschaftlichen Vernunft und geht langsam zur Rationalisierung über.

Die Grösse der Genossenschaft kann demnach nicht von einem Faktor allein bestimmt sein, sondern von einer Vielzahl von Faktoren, die der doppelten Natur der Genossenschaft entspringen. In diesem Zusammenhang kann man beispielsweise auf die Kapitalbeschaffung, die Beschaffung und Verwaltung von Rohstoffen, die Krisenfestigkeit, die bestmögliche Behandlung der Mitglieder, die Dienstleistungen und den persönlichen Kontakt usw. hinweisen. Man bedenke aber dabei, ob der Erfolg bzw. die Stärke und Schwäche einer Genossenschaft allein von der Grösse abhängt. Es sind zahlreiche andere Faktoren, wie z.B. Struktur der Mitgliederwirtschaften, Marktsituation, Loyalität der Mitglieder, leistungsfähige Geschäftsführung, Konkurrenz nach innen und aussen, die den Genossenschaftserfolg bestimmen können. Daraus ergibt sich, dass es sich bei dem Problem der Grösse der Genossenschaft um eine optimale Kombination der verschiedenen Faktoren handelt.

1) Vgl. Draheim, Georg: Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen, 1952, S. 16
Thomas, Albert: Le Movement Cooperatif et les Problèmes actuels, Montreal, 1945, S. 5/6

2) Vgl. S. 105/106

a) Die Mitgliederzahl als Kriterium der Grösse

Ein einwandfreies Kriterium für die Grösse der Genossenschaften festzulegen, ist im Hinblick auf die Verschiedenartigkeit der Genossenschaften Musserst schwer.

Draheim bezeichnet die Mitgliedschaft als das beste Kriterium, da sie sowohl nach der genossenschaftlichen Gruppe (im Sinne der Soziologie) als auch nach der Unternehmenseite hin brauchbar ist.¹⁾ Über die Festlegung der Mitgliederzahl gibt es keine einheitliche Meinung zwischen Theoretikern und Praktikern. Der Direktor der Schweizerischen Raiffeisenbewegung äusserte einmal Darling gegenüber, er sähe 50 bis 100 als die ideale Mitgliederzahl einer Genossenschaft an, andererseits gab ein italienischer Experte 100 bis 200 an.²⁾ Campbell fordert, eine Genossenschaft vom Raiffeisentyp soll nur ein kleines Gebiet umfassen. Nach seiner Meinung sind 15 bis 25 Mitglieder eine angemessene Zahl. Er empfiehlt die Aufteilung der Genossenschaft, sobald die Mitgliederzahl auf 50 steigt.³⁾ Man ist der Auffassung, dass in einer kleinen Genossenschaft jederzeit und bei allen Problemen sehr viel mehr durch Zusammenarbeit, gegenseitige Befragung und gemeinsame Beratung der Mitglieder geleistet wird als in einer grossen, wo die Leistung, die Verantwortung und Initiative in der Hand einer kleinen gewählten Gruppe liegt. In einer grossen Genossenschaft nehmen die Entscheidungen von oben nach unten ihren Weg, also von der gewählten leitenden Gruppe hinunter zu den einzelnen Mitgliedern. In einer kleinen Genossenschaft hat jedes Mitglied an der Erarbeitung und Verwirklichung der Politik der Genossenschaft teil. Die Aufgaben des Genossenschaftswesens, d.h. die Erziehung zur Demokratie, zur verantwortungsvollen Führung der Geschäfte, können erfüllt werden, wenn jedes einzelne Mitglied in der Politik eine Rolle spielt. Das ist jedoch lediglich in einer Genossenschaft kleinen Umfanges möglich.

1) Vgl. Draheim, Georg: a.a.O., S. 108

2) Vgl. Darling, M.L.: a.a.O., S. 10

3) Vgl. Belshaw, Horace: Agricultural Credit in Economically Underdeveloped Countries, Rome, 1959, S. 172

Das Gegenteil wurde im All-India Rural Credit Survey Report vertreten, wo die Bildung grosser Genossenschaften mit einer Mitgliederzahl von rd. 500 empfohlen wurde.¹⁾ Dieser Ansicht liegt der Gedanke eines grossen räumlichen Arbeitsbereiches zugrunde. Das habe in Indien zur Gründung von Genossenschaften geführt, in denen bis zu 20 oder 30 Dörfer zusammengeschlossen sind.²⁾

Eine solche Genossenschaft in Utter-Pardesch Provinz umfasst z.B. 30 Dörfer in einem Umkreis von fast 4 Kilometern, eine andere in der Rajistan-Provinz sogar in einem Umkreis von 6,5 Kilometern.³⁾ Draheim meinte, dass, wenn sich die Zahl der Mitglieder vergrössert, zumindest auch innerhalb gewisser Grenzen der Kooperativeffekt gesteigert wird.⁴⁾ Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt her befürwortet er Grossgenossenschaften.⁵⁾

b) Das marktwirtschaftliche Motiv als Kriterium der Grösse

Nach Seraphim kann die Mitgliederzahl als das Kriterium der Grösse nur mit Einschränkung gelten, da die Mitglieder einer Genossenschaft verschieden vermögend sein können.⁶⁾ Eine andere Eigenart der genossenschaftlichen Unternehmung ist darin begründet, dass der Umfang ihrer wirtschaftlichen Betätigung in der persönlichen Mitgliedschaft liegt und nicht etwa in dem Vorhandensein eines festen Betriebskapitals oder in der räumlichen Grösse des Arbeitsgebietes, so behauptete Deumer.⁷⁾

1) Vgl. Darling, M.L.: a.a.O., S. 8

2) Vgl. Karve, Dattatreya, G.: Genossenschaften in einer sich entwickelnden Volkswirtschaft in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1961, S. 155

3) Vgl. Darling, M.L.: a.a.O., S. 9

4) Vgl. Draheim, Georg: a.a.O., S. 108

5) ebd., S. 109

6) Vgl. Seraphim, Hans-Jürgen: "ber einige wirtschaftliche und soziologische Probleme, in: Aktuelle Probleme des Genossenschaftswesens, Wiener Studien des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen, Bd. 4, Göttingen, 1957, S. 55

7) Vgl. Deumer, Robert: Das deutsche Genossenschaftswesen, Teil 1, Leipzig-Berlin, 1919, S. 8/9

Deshalb ist für die Genossenschaft die Person und die damit verknüpfte Kraft wirtschaftlicher und ethischer Art von ausserordentlicher Bedeutung. Die Ansicht Deumers erkennt man aus dem folgenden Zitat:¹⁾

"Bei der Genossenschaft ist auch die kleinste und bescheidenste Kraft willkommen, weil die genossenschaftliche Beteiligung sich nicht in der Leistung des Kapitalanteils erschöpft, sondern weil mit dem Beitritt von Mitgliedern der Genossenschaft eine neue Wirtschaftskraft zugeführt wird, die ein Kundschaftsverhältnis zur Folge hat."

Hier ist deutlich, dass sich der Trend zu einer grösseren Anzahl von Mitgliedern und so zur Grossgenossenschaft aus dem marktwirtschaftlichen Motiv ergibt. Es ist oft der Fall, dass die Grossgenossenschaft aus der Sicht der Konsumgenossenschaften befürwortet wird.²⁾ Die Feststellung einer Mitgliederzahl für die Grossgenossenschaft ist jedoch äusserst schwer, wie oben Seraphim sagte.

Bei der Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland liegt es nahe, dass die Genossenschaften ihre Struktur nach wirtschaftlichen Motiven umwandeln. Die Mitgliederzahl bildet hier wieder kein Kriterium für die Feststellung der Grösse der Genossenschaften. 97 % der gesamten Mitgliedschaft der Konsumgenossenschaften ist in Konsumgenossenschaften mit 1000 und mehr Mitgliedern vertreten.³⁾ 80 % der gesamten ländlichen Kreditgenossenschaften haben Mitglieder von 50 bis 250 Personen. Ähnlich liegt der Fall bei Bezugs- und Absatzgenossenschaften, wo 86 % der Genossenschaften zwischen 50 und 250 Mitglieder haben.⁴⁾

1) Vgl. Deumer, Robert: a.a.O., S. 11

2) Vgl. Nell-Breuning, Oswald von: Zum Grössenmass der Genossenschaften; Stilwandel oder Wesenentfremdung in: Archiv für Öffentliche und Gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Band 2, Göttingen, 1955/1956, S. 11
ferner: Schumacher, Carl: Das Problem der Grossgenossenschaften in praktischer Sicht in: ZfdGw, Band V, Göttingen, 1955, S. 16-21
ferner: Reinhard, Rudolf: Ordnungsprobleme im heutigen Genossenschaftsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Grossgenossenschaften in: ZfdGw, Band V, Göttingen, 1955, S. 30-47

3) Vgl. Der Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften: Jahresbuch, Jahrgang 1951, Hamburg, 1952, S. 268-286

4) Vgl. Der Deutsche Raiffeisenverband e.V.: Jahrgang XIII, Jahrbuch, Bonn, 1960, S. 22

Aus wirtschaftlichen Motiven wird man die Grösse der Konsumgenossenschaften nach Mitgliederzahl, die der Kreditgenossenschaften nach der Bilanzsumme und die der Absatzgenossenschaften nach der Absatzmenge bestimmen. Danach versucht man ein Betriebsoptimum zu erreichen, nämlich welche Mitgliederzahl einer Konsumgenossenschaft, welche Umsatzhöhe einer Absatzgenossenschaft und welche Bilanzsumme einer Kreditgenossenschaft optimal ist. In einer dynamischen sind diese Grössen nicht eindeutig festzustellen, da sie von einer Vielzahl von betriebs- und volkswirtschaftlichen Faktoren abhängig sind.

Die Entstehung von Grossgenossenschaften lässt sich in einer organischen Entwicklung der Genossenschaften in einer wachsenden Volkswirtschaft nicht verhindern. Wie Seraphim sagte, ist im Regelfall die Entstehung von Grossgenossenschaften auf den organisch-ökonomischen Wachstumsprozess zurückzuführen.¹⁾ Der wirtschaftliche Erfolg der Genossenschaften zieht neue Mitglieder an. Als Folge erhöht sich die Bilanzsumme, bzw. die Umsatzmenge. In einer dynamischen Entwicklung geht der Trend zur Rationalisierung. Das heisst, dass die kleinen Genossenschaften aus ökonomischen Gründen (Leistungssteigerung oder Kostenverminderung) sich zusammenschliessen.

Wir können in Pakistan das Problem der Grossgenossenschaften aus wirtschaftlichen Motiven nicht in der Weise betrachten wie in der Bundesrepublik Deutschland. In Pakistan sind nur Teilmärkte auf dem Lande

1) Vgl. Seraphim, Hans-Jürgen: a.a.O., S. 64

vorhanden. Es besteht auch keine Konkurrenzwirtschaft in dem Sinne wie in der Bundesrepublik Deutschland. Ausserdem sind die Grossgenossenschaften in Pakistan nicht das Ergebnis einer wachsenden organischen Entwicklung der Genossenschaften, da es eine solche Entwicklung nicht gibt. Dort geht es um die Entwicklung der neu gegründeten oder schon bestehenden Genossenschaften.

Die Genossenschaften in Pakistan dürfen sehr wohl nach dem betrieblichen Optimum streben. Das betriebliche Optimum braucht aber keineswegs immer zu Grossgenossenschaften führen. Das betriebliche Optimum ist aus ökonomischen Betrachtungen allein zu bestimmen und ist mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verhaftet. Geht es beim Problem der Grossgenossenschaften allein um das Betriebsoptimum? Meiner Ansicht nach handelt es sich darüber hinaus um die optimale Entwicklung der demokratischen und sittlichen Werte des Genossenschaftswesens in Pakistan.

c) Interessensphäre und Kompetenzsphäre als Kriterium der Grösse

Ein Optimum der betriebswirtschaftlichen Vorteile, gleichzeitig auch ein Optimum der genossenschaftlichen Werte, lässt sich nach unserer Ansicht erreichen, wenn wir eine Harmonisierung der Interessensphäre und Kompetenzsphäre als Kriterium der Grösse nehmen. Kompetenzsphäre stellt den räumlichen Arbeitsbereich dar, während Interessensphäre den Bereich umfasst, innerhalb dessen die Mitglieder tatsächlich an der genossenschaftlichen Arbeit interessiert sind. Wenn eine Genossenschaft ein Gebiet von 5 Kilometern Radius umfasst, dann bildet sie eine Kompetenzsphäre bzw. Operationsbereich. Es ist aber möglich, dass die eigentlich interessierten Mitglieder sich alle innerhalb eines Radius von 3 Kilometern befinden, das wäre eine Interessensphäre.

Kompetenzsphäre und Interessensphäre können durch eine Vielzahl der Faktoren nicht miteinander Übereinstimmen. Dies sind beispielsweise Standortsbedingungen, Stand des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, Entfernung zwischen dem Standort der Mitgliederwirtschaften und der Genossenschaft, persönlicher Kontakt zwischen Genossenschaft und entfernt

angesiedelten Mitgliedern usw.¹⁾ Daraus ist ersichtlich, dass die Grösse einer Genossenschaft einfach physisch beschränkt ist. Die bestmögliche Grösse einer Genossenschaft ergibt sich dann, wenn die Kompetenzsphäre und die Interessenssphäre zusammenfallen. Seraphim vertritt denselben Standpunkt, indem er einen Zusammenhang zwischen der Mitgliederzahl einerseits und der räumlichen Grösse der Einzugsgebiete andererseits feststellt.²⁾

Welche Einheit würde im Hinblick auf die historischen, soziologischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Pakistan die Interessenssphäre und die Kompetenzsphäre im ländlichen Bereich miteinander vereinbaren? Hier stellt zweifellos das Dorf die angemessene Einheit dar. Seit undenklichen Zeiten ist in Pakistan das Dorf eine strenge abgegrenzte Einheit gewesen, fest in sich geschlossen und verbunden durch starke gemeinsame soziale und wirtschaftliche Bande. Die Dorfgemeinschaft hat sich natürlich mit den wirtschaftlichen und politischen Umschwüngen der Gegenwart gelockert, aber immer noch findet man hier die Atmosphäre, auf die das Genossenschaftswesen in seinen Grundgedanken aufbaut und in der allein es seine Ziele erreichen kann. Daher ist das "Dorf" die Antwort auf die Frage nach der Grösse einer Genossenschaft in Pakistan.

Die 100 000 Dörfer in Pakistan sind aber hinsichtlich der Bevölkerung und der Anzahl der bäuerlichen Betriebe nicht gleich. Daher ist folgendes zu empfehlen: sollte ein Dorf zu gross sein, könnte auch mehr als eine Genossenschaft gebildet werden, wäre es aber zu klein, könnten sich mehrere Dörfer zusammenschliessen. In jedem Fall soll aber der Gesichtspunkt der Gleichheit der Interessen- und Kompetenzsphäre Beachtung finden.

1) Vgl. Draheim, Georg: a.a.O., S. 110

2) Vgl. Seraphim, Hans-Jürgen: a.a.O., S. 40

2. Die Haftpflicht der Genossenschaften

Die unbeschränkte Haftung in den ländlichen Genossenschaften Pakistans, die heute noch als die einzige zulässige Haftung nach dem Genossenschaftsgesetz von 1904 gilt, bedarf einer gesetzlichen Reform. Es sollte auch die beschränkte Haftung für die ländlichen Genossenschaften zugelassen sein. Über eine Reform der Haftungsfrage empfiehlt der Credit Enquiry Commission Report, dass bei künftiger Gründung von Genossenschaften die Entscheidung über die Haftung den Mitgliedern selbst überlassen bleiben soll. Ferner empfiehlt die Kommission für die bereits bestehenden Genossenschaften, soweit sie auf der Basis unbeschränkter Haftung erfolgreich arbeiten, dass sie nicht ohne die Zustimmung der Mitglieder umgewandelt oder mit neu gegründeten Genossenschaften mit beschränkter Haftung verschmolzen werden sollten.¹⁾ Dieser Vorschlag der Credit Enquiry Commission respektiert den demokratischen Charakter des Genossenschaftswesens.

Wenn wir den geistigen und sozialen Entwicklungsstand der ländlichen Bevölkerung ins Auge fassen, muss man bezweifeln, ob die Entscheidung über beschränkte oder unbeschränkte Haftung von den Genossenschaftsmitgliedern nach rationalen Gesichtspunkten getroffen werden kann. Daher muss man zu der Auffassung kommen, dass der pakistanische Staat oder ein staatliches Organ die Genossenschaften lenken soll. Welche Form der Haftung und wie die staatliche Lenkung sein soll, betrachten wir im folgenden:

Die Art der Haftung ist nicht allein nach demokratischen (wie es eben die Kommission tat), sondern auch nach juristischen, wirtschaftlichen und soziologischen Gesichtspunkten zu bestimmen.²⁾ Es geht dabei um

1) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, a.a.O., S. 32

2) Antoine bezeichnet die Haftfrage als einen Komplex aus vielseitig miteinander verflochtenen Teilproblemen wirtschaftlichen, juristischen und soziologischen Gehaltes.

Vgl. Antoine, Kurt: Die genossenschaftliche Haftpflicht, Heidelberg, 1957, S. 7

Fragen des Gläubigerschutzes, der Finanzierung, der Mitgliederbewegung, der räumlichen Grösse der Genossenschaften und um die Beziehung der Mitglieder untereinander. Bei der generellen Einführung der unbeschränkten Haftung im ländlichen Genossenschaftswesen in Pakistan wurden diese Gesichtspunkte nicht berücksichtigt. Daher führt der erste Fünfjahresplan Pakistans das Versagen der ländlichen Genossenschaften u.a. auf die generelle Einführung der unbeschränkten Haftung zurück.¹⁾

Die unbeschränkte Haftung wird oft aus einem einzigen Gesichtspunkt, nämlich aus Finanzierungsgründen, befürwortet. Scherer meint, dass man in der Praxis nur dort die beschränkte Haftpflicht wählen sollte, wo die unbeschränkte Haftung auf keinen Fall zumutbar erscheint. Wenn aber, fährt er fort, in ländlichen Genossenschaften die beschränkte Haftpflicht angenommen wird, dann nur, wenn die Genossenschaft kapitalintensiv ist.²⁾ Das Agricultural Credit Department der Reserve Bank of India geht ebenfalls von Finanzierungsüberlegungen aus. An einer Stelle heisst es, dass die unbeschränkte Haftung eine Notwendigkeit sei und nicht nur eine Möglichkeit unter mehreren, zwischen denen man die Wahl habe.³⁾ Das Godgil Committee beging den gleichen Fehler, indem es ebenfalls die unbeschränkte Haftung empfahl, denn ihm schwebte der Schutz der Gläubiger (im Sinne der Fremdfinanzierung) vor. Er liess aber gleichzeitig die Möglichkeit der beschränkten Haftung in seinen Empfehlungen offen, weil man glaubte, dass in gewissen Fällen die vermögenden Kreise nur wegen der unbeschränkten Haftung keine Geschäftsanteile erwerben.

Man glaubte so die genossenschaftliche Organisation durch die beschränkte Haftung für diese Kreise attraktiver machen zu können.⁴⁾

1) Vgl. Government of Pakistan: The First Five Year Plan, a.a.O., S. 288

2) Vgl. Scherer, Adolf: Genossenschaftliche Haftung in: Zur Reform des Genossenschaftsrechtes, Band 1, Bonn, 1956, S. 430

3) Vgl. Kulkarni, K.R.: Theory and Practice of Cooperation in India and Abroad, Vol. III, Bombay, 1958, S. 37

4) Vgl. Kulkarni, K.R.: a.a.O., S. 262

Hier sehen wir ganz deutlich, dass die unbeschränkte Haftung aus Gründen der Fremdfinanzierung befürwortet wird. Demgegenüber wird durch die beschränkte Haftung die eigene Finanzierung bzw. Finanzierung durch Geschäftsanteile der Mitglieder erleichtert. (Das ist aus der Empfehlung Godgil Komitee ersichtlich). Das Argument, dass die unbeschränkte Haftung das Vertrauen erweckt und Einlagen anlockt, die dann der eigenen Finanzierung dienen, gilt nicht für pakistanische Verhältnisse, da dort die Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung kein Vertrauen besitzen.

Für Pakistan ist die beschränkte Haftung zu empfehlen, da die eigene Finanzierung sich viel stärker mit dem genossenschaftlichen Geist vereinbart als die Fremdfinanzierung. Wir erkennen aber die Notwendigkeit der Finanzierung der ländlichen Bevölkerung trotz voller Mobilisierung nicht ausreichen, den Kreditbedarf der Landwirtschaft zu decken. Dass die Fremdfinanzierung durch die unbeschränkte Haftung stärker gesichert ist als durch die beschränkte Haftung, ist für Pakistan nicht anzunehmen. Das Vermögen der Genossenschaftsmitglieder stellt die Grundlage der unbeschränkten Haftung der ländlichen Genossenschaften. Die Landwirte Pakistans besitzen aber praktisch kein Vermögen, deshalb ist die unbeschränkte Haftung sinnlos. Demgegenüber ist die Haftung mit einer bestimmten Summe wirksamer. Da die Haftungssumme in einem bestimmten Verhältnis zu dem vorhandenen Vermögen steht, ist sich das haftende Mitglied stärker der Tatsache bewusst, dass es die haftende Summe im Liquidationsfalle zu erbringen hat. Es kann von der Haftung jedoch erst dann Gebrauch gemacht werden, wenn der Liquidationsfall eintritt. Dann wird das unbeschränkt haftende Mitglied sein ganzes Vermögen verlieren. Das wird diejenigen Mitglieder, die ehrlich, sparsam und fleissig sind, hart treffen. Sie müssen für die Zahlungsunfähigkeit der anderen aufkommen. Die Geschichte des Genossenschaftswesens in Pakistan zeigt uns deutlich, dass es manchen schlaunen Mitgliedern gelang, den gesetzlichen Bestimmungen auszuweichen und sich ihrer Verantwortung auf Kosten der anderen zu entziehen.¹⁾

1) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, a.s.o., S. 29

Es liegt ein weiterer Denkfehler bei den Befürwortern der unbeschränkten Haftung vor. Sie ziehen die Kreditsicherung auf Grund der unbeschränkten Haftung in Betracht, während die Kreditsicherung auf Grund der Betriebsvermögen der Genossenschaften gesehen werden soll.

Diese Ausführungen mögen genügen, um zu zeigen, dass die Fremdfinanzierung keineswegs die unbeschränkte Haftung der Genossenschaftsmitglieder erfordert. Es ist auch gezeigt worden, dass für die eigene Finanzierung sowie für die Finanzierung von aussen in Pakistan die beschränkte Haftung der Genossenschaftsmitglieder erstrebenswert ist. In diesem Fall werden die Geldgeber vielmehr auf die Leistungen der Genossenschaft und fassbare Sicherheiten bedacht sein.

Wir betrachten nun die Haftungsfrage nach ethischen Gesichtspunkten. Aus ihnen erwächst ebenfalls die Forderung nach der unbeschränkten Haftung, und diese führt zu richtigem Verhalten in einer Gemeinschaft. Für das richtige Verhalten der Gemeinschaft sind die Treue der Mitglieder zur Genossenschaft und deren Interesse an der Selbstverwaltung wesentlich. Bei Raiffeisen war die christliche Gewinnung Grundlage des ländlichen Genossenschaftswesens: Solidarhaft soll zum Bewusstsein bringen, dass Einer für Alle und Alle für Einen einzustehen haben.¹⁾

Wir müssen hier das soziale Leben im pakistanischen Dorf in Betracht ziehen. Wie steht es dort mit der Solidarhaft und der Selbstverwaltung? Im Dorfleben ist es der Adel oder der Priester oder ein Mitglied der angesehenen Bevölkerungsschicht, auf dessen Wort alle hören. Deshalb stellt der Adel, der Priester oder ein Mitglied der angesehenen Bevölkerungsschicht im Dorf auf Grund ihrer sozialen Stellung die solidarische Kraft dar. In der Selbstverwaltung lässt diese Schicht keinen anderen aufkommen. Deshalb kann man im pakistanischen Dorf von Solidarhaft und Selbstverwaltung im Sinne Raiffeisens nicht sprechen. Die Dorfführung in Pakistan handelt nicht nach dem Grundsatz "Einer

1) Vgl. Raiffeisen, F.W.: Vorwort zu : Die Darlehnskassen-Vereine als Mittel zur Abhilfe der Not der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Handwerker und Arbeiter, Neuwied, 1951

für Alle, Alle für Einen", sondern "Alle für ihn und Er für sich".

Auch die Konferenz von Beirut sei hier erwähnt, die aus soziologischen Gründen die unbeschränkte Haftung empfiehlt.¹⁾ Sie befürwortet die unbeschränkte Haftung, weil durch sie

1. eine gewisse Sicherung gegen anfängliche Fehlschläge gewährleistet ist,
2. die Versuchung zur Unehrllichkeit und Unterschlagung für diejenigen Mitglieder, die Angestellte der Genossenschaften sind, oder sogar verantwortliche Posten darin bekleiden, erheblich vermindert wird,
3. der Prozess für die Aufnahme als Mitglied zu einer selbstverständlichen und wirkungsvollen Methode wird und nur kreditwürdige Bewerber in der Genossenschaft aufgenommen werden,
4. die Möglichkeit gegeben wird, Druck auf die Mitglieder auszuüben, die Kredite zurückzuzahlen.

Die Geschichte des pakistanischen Genossenschaftswesens leugnet alle genannten Vorteile der unbeschränkten Haftung. Wir haben das Gefühl, dass das soziale und geistige Potential im ländlichen Leben in den Entwicklungsländern häufig überschätzt wird, wie die Empfehlung der Konferenz von Beirut zeigt. Wir schliessen uns hier der Meinung Koestners an, die realistisch und überzeugend ist. Koestner sagt:²⁾ "Eine Kreditgenossenschaft nach dem Raiffeisen-Prinzip, also mit unbeschränkter Haftung der Mitglieder, ist kaum zu empfehlen, wenn sie das Bestreben hat, sich zu einer umfassenden Organisation für alle wirtschaftlichen Vorgänge und Ziele eines Dorfes zu erweitern. Denn sie bedeutet im Prinzip gemeinsame Verantwortung aller Mitglieder, gleich, ob sie tüchtig oder nicht tüchtig sind, ein Prinzip, das im Fall einer Notlage nicht durchgesetzt werden kann; und gerade die Farmer, denen es gut geht, sperren sich dagegen, wenn sie wissen, dass sie mit der Mitgliedschaft ihren gesamten Besitz aufs Spiel setzen. Infolgedessen wird eine solche Genossenschaft häufig zu einer Organisation armer und unfähiger Bauern herabsinken, deren Aktivität

1) Vgl. Belshaw, Horace: a.a.O., S. 173

2) Zitiert bei Qureshi, Inwar Iqbal: The Future of Cooperative Movement in India, Madras, 1947, S. 22

auf unsere Hilfsquellen (hier sind staatliche Hilfsquellen gemeint, der Verfasser) angewiesen ist. So wird in den Augen der Allgemeinheit ein verzerrtes Bild gerade in bezug auf die Grundbegriffe des Genossenschaftswesens hervorgerufen."

Entgegen unserem Eintreten für die beschränkte Haftung kann man für eine Genossenschaft ohne Haftpflicht plädieren. Es könnte argumentiert werden, dass weder die unbeschränkte noch die beschränkte Haftung die Genossenschaft vor dem Zusammenbruch retten. Ferner kann die Wahl der unbeschränkten oder beschränkten Haftung den analphabetischen Teil der Bevölkerung nur mit Misstrauen gegen die Genossenschaften erfüllen. Ein weiteres Argument kann darauf begründet werden, dass die Landwirte im allgemeinen keinen Besitz haben, der eine Basis für die Haftung bilden könnte. Als Beispiel für die Genossenschaften ohne Haftung seien England, U.S.A., Frankreich und die Schweiz angeführt.¹⁾

Die Befürworter der Genossenschaften ohne Haftpflicht sehen ein, dass eine Genossenschaft eine Vereinigung mit offener Mitgliederzahl ist. Deshalb können die Mitglieder jederzeit aus der Genossenschaft austreten. Demzufolge hat das Stammkapital einer Genossenschaft einen schwankenden Charakter.²⁾ Dabei ist die Furcht der Gläubiger vor einer Mitgliederflucht völlig anerkannt. Die Befürworter der Genossenschaften ohne Haftung sind deshalb der Auffassung, dass man diese Gefahren durch gesetzliche Bestimmungen beseitigen kann, z.B. durch Verlängerung der Kündigungsfristen und Festlegung eines Geschäftsguthabens, das immer vorhanden sein muss.³⁾

-
- 1) Siehe Petzold, Eduard: Haftpflicht-Zeitgemäss, in: Blätter für das Genossenschaftswesen, Wiesbaden, 1954, S. 202
Petzold ist der Gründer dieser Schule, und seine Gedanken haben von vielen ihren Beifall gefunden, zum Beispiel:
Müller, o.Vorname: Die Frage der genossenschaftlichen Haftung, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1955, S. 86
Henzler, Reinhold: Genossenschaften als Unternehmungstyp, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1953, S. 112
Reinhardt, Rudolf: Ordnungsprobleme im heutigen Genossenschaftsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Grossgenossenschaften, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1955, S. 30
- 2) Schulze-Delitzsch betrachtet die Haftung als Ersatz für festes Kapital. Vgl. Hallermann, Hermann: Zur genossenschaftlichen Haftung, in: Zur Reform des Genossenschaftsrechtes, a.a.O., S. 417
- 3) Vgl. Petzold, Eduard: Haftsumme-Zeitgemäss, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1955, S. 64

Diesen Gegenvorschlag lehnen wir aber ab.¹⁾ Wie oben zu erschen ist, setzen die Genossenschaften ohne Haftpflicht voraus, dass die Geschäftsanteile recht hoch sind und dass auch hohe Einlagen der Mitglieder bestehen. Das bedeutet, dass die wirtschaftlich Schwachen sich nicht daran beteiligen können. Auch werden die Mitglieder je nach ihrer Beteiligung nach einem entsprechenden Stimmrecht streben. Sie werden auch eine Beteiligung an den Reserven wünschen, wenn sie ausscheiden. Auf diese Art stellen sich kapitalistische Tendenzen ein, die zu einem genossenschaftsfremden Wesen führen. Da die Landwirte in Pakistan keine hohen Geschäftsanteile aufbringen können, werden die Genossenschaften ohne Haftpflicht auch wenig Verbreitung finden.

Die Beispiele der Länder mit Genossenschaften ohne Haftpflicht können für Pakistan kein Vorbild sein, da die Verhältnisse sehr unterschiedlich sind. Die Genossenschaften ohne Haftpflicht sind in diesen Ländern mit besonderer Gesetzgebung verknüpft. Eine solche Gesetzgebung wird für den einfachen pakistanischen Bauer ungünstig wirken. Ein Beispiel ist hierfür in der Schweizerischen Gesetzgebung zu finden. Es ist dort den Genossenschaften freigestellt, in ihren Statuten vorzuschreiben, dass ein Mitglied bei Austritt aus der Genossenschaft zur Zahlung einer angemessenen Auslösungssumme verpflichtet ist, wenn der Genossenschaft durch den Austritt ein erheblicher Schaden erwächst.²⁾

-
- 1) Die Einführung der Genossenschaften ohne Haftpflicht wird von vielen bestritten, vor allem von:
Letschert, Reinhold: Haftsumme-Zeitgemäss, in: Blätter, für das Genossenschaftswesen, 1954, S. 349
Badung, Arnold: Die Mitgliedschaft bei Kreditgenossenschaften, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1954, S. 215
Lang, Johann: Die Frage der genossenschaftlichen Haftung, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1955, S. 81
Hartmann, Rudolf: Die Frage der genossenschaftlichen Haftung, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1955, S. 81
Schulze-Delitzsch nannte Genossenschaften ohne Haftpflicht "eine Karikatur, eine Kapitalhaft ohne Haftkapital".
Vgl. Thorwart, Friedrich: Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, Band 1, Berlin, 1909, S. 458
- 2) Vgl. Artikel 842, Abs. 2 des Schweizer Bundesgesetzes über die Revision der Title I bis III (Dritte Abteilung: Die Handelsgesellschaft und die Genossenschaft) des Obligationenrechtes (OR) vom 18.12.1936, Bern, Schweiz

Zusammenfassend kann man die Genossenschaft mit beschränkter Haftung als den besten Kompromiss zwischen Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung und Genossenschaften ohne Haftung bezeichnen. Für unseren Vorschlag, nämlich den der beschränkten Haftung, ist die Tendenz der zukünftigen Entwicklung Pakistans ausschlaggebend. Im Vordergrund stehen hierbei wirtschaftliche Überlegungen. Es zeigt sich nämlich ein Zug zu Grossgenossenschaften, und einer solchen genossenschaftlichen Entwicklung trägt nur die beschränkte Haftung Rechnung.¹⁾

Eine Befürwortung der beschränkten Haftung heisst nun aber nicht, dass diejenigen Genossenschaften, die mit unbeschränkter Haftung arbeiten wollen, ebenfalls die beschränkte Haftung annehmen müssten. Unserer Ansicht nach soll die künftige Entwicklungspolitik des Cooperative Department darauf gerichtet sein, die Mitglieder der Genossenschaften über Haftungsfragen aufzuklären und dabei auf die Genossenschaft mit beschränkter Haftung hinzuwirken. Die letzte Entscheidung über die Form der Haftung muss jedoch bei den Genossenschaftsmitgliedern selbst liegen.

3. Spezial- oder Universalgenossenschaften

Die verschiedenen Meinungen zu der Frage, ob Spezial- oder Universalgenossenschaften, sind sehr zahlreich und gegensätzlich. In dem gekürzten Bericht der Royal Commission on Agriculture in India (1928) heisst es: "As a matter of principle, the single purpose societies seem the best line of development. One thing at a time should be the policy".²⁾ Calvert bezeichnet die Absatzgenossenschaft als die schwierigste aller Genossenschaftsformen und zugleich als die, von der im allgemeinen am wenigsten verstanden wird.³⁾ Damit ist die Entwicklung von Spezialgenossenschaften in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern

1) Diese Tendenz ist in Indien ganz deutlich zu erkennen. Die Forderung, dass die Fachleute die Genossenschaften leiten sollen, führt zu Grossordnungen, die sich aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten befürworten lassen.

2) Zitiert bei: Reserve Bank of India: All-India Rural Credit Survey, a.a.O., S. 137

3) Vgl. Wengen, G.D.Van: a.a.O., S. 45

gemeint. Auch der Credit Enquiry Commission Report spricht zu Gunsten der Spezialgenossenschaften. Sie seien die Voraussetzung dafür, dass klare und durchsichtige Beziehungen zu den Finanz-Institutionen der Genossenschaftsbewegung erreicht werden können. Er kussert sich zugleich sehr pessimistisch über die Erfolgsaussichten der Universalgenossenschaften in Ost-Pakistan.¹⁾

Der All-India Rural Credit Survey Report dagegen vertritt den Gedanken der Universalgenossenschaft.²⁾ Dort heisst es sinngemäss: "Das universale Ziel der Genossenschaftsbewegung kann zusammengefasst werden in den Worten Sir Horace Plunketts: 'Better farming, better business and better living'. Da 'farming' in Indien eine ganze Lebensweise charakterisiert, schliesst diese Formel alles ein, was das Leben auf dem Lande verbessern könnte."³⁾ Ebenso hatte die Reserve Bank of India empfohlen, dass, um den Bauern auf die Dauer wirklichen Nutzen zu sichern, die bereits bestehenden Genossenschaften in Universalgenossenschaften umgewandelt werden sollten. Auf diese Weise sollten sie dann Ausgangs- und Mittelpunkt des gesamten Dorflebens bilden.⁴⁾

Ein Argument, das häufig zu Gunsten der Universalgenossenschaften gebracht wird, ist, dass der Dorfbewohner in Pakistan seit Generationen daran gewöhnt ist, alle seine Geschäfte mit ein und demselben Mann abzuschliessen, dem Geldverleiher, der zugleich Kaufmann, Kleinhändler, Ratgeber und Bankier in einer Person ist. Der Augenschein rechtfertigt zwar dieses Argument, aber eine nähere Untersuchung mit dem Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Pakistan widerlegt es. Weite Entfernungen zwischen den eigentlichen Markttorten zeigten, wie wenig die Infrastruktur entwickelt ist. Daraus zieht der berufsmässige Geldverleiher seinen Vorteil, der auf dem Mangel an Marktinformation und Kenntnis der Geschäftsmethoden bei dem einfachen Dorfbewohner beruht. Ein gewisser Mangel an Unternehmungsgeist im Volke

1) Vgl. Government of Pakistan: a.a.O., S. 32/33

2) Vgl. Reserve Bank of India, a.a.O., S. 362

3) Vgl. ebenda, S. 137

4) Vgl. Kulkarni, K.R.: Vol. 1., a.a.O., S. 107

ist ein weiterer Faktor, der es dem Geldverleiher ermöglicht, eine Monopol- oder doch nahezu eine Monopolstellung im Dorf einzunehmen. Der Dorfbewohner weiss nichts und bemerkt nichts von all diesen wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen. Er selbst lebt in den Fesseln der Gewohnheiten von Familie und Dorfgemeinschaft, ist ungebildet und arglos und so immer geneigt, der allgemeinen Handlungsweise zu folgen, statt sich eine eigene Meinung zu bilden und seinen eigenen Entscheidungen zu folgen. Daher ist er auch bereit, sich von einem skrupellosen Anführer beeinflussen, erziehen und umgewöhnen zu lassen, der sich ihm scheinbar als Kamerad nähert. Für diese "Kameradschaft" hat der Geldverleiher als Ratgeber, Führer, Finanzberater, Händler und vieles andere zugleich gesorgt. Die Methoden und Ziele des Geldverleihers sind jedoch völlig andere als die der Genossenschaft. Der Geldverleiher macht seine Geschäfte völlig privat für seine eigene Tasche, die Genossenschaft dagegen ist eine Institution, die den Mitgliedern und dem ganzen Volk verantwortlich ist. Der Geldverleiher folgt seinem persönlichen Interesse, die Genossenschaft muss sich in den Dienst ihrer Mitglieder und des Volkes stellen. Darin zeigt sich die Verschiedenheit der Zwecke und Ziele der beiden Seiten und damit dürfte das Argument entkräftet sein, dass, da der Geldverleiher universale Funktionen ausübt, notwendigerweise die Genossenschaften dasselbe tun müssten.

Zudem kann man sich durch allgemeine Beobachtungen davon überzeugen, dass der Dorfbewohner Pakistans durchaus fähig ist, sich zu ändern. Es bleibt jedoch vorerst zu untersuchen, ob er sich überhaupt ändern muss, um der Grundidee der Genossenschaft näher kommen zu können. Die Genossenschaft als Institution hat auch die Aufgabe, den Dorfbewohner zum Bürger einer Demokratie zu machen. Daher muss die Gemeinschaftsarbeit in der Genossenschaft ihn demokratisches und wirtschaftliches Denken lehren, ihn zugleich in sozialen Werten denken lehren. Der Geldverleiher auf dem Dorf richtete sich in seinem eigenen Interesse nach dem Dorfbewohner, die Genossenschaft muss den Bauern ändern, um die Ziele und Zwecke der Genossenschaft zu erreichen. Es ist jedoch nicht nur der Bauer, der sich ändern muss, sondern die Genossenschaft ebenso;

man sollte besser sagen, eine neue Angleichung beider, des Bauern und der Genossenschaft, ist nötig, die jedoch den unveränderlichen Kern beider respektiert. Dieses Zusammenfinden ist von den verschiedensten Faktoren abhängig; und Universalgenossenschaften nach dem Beispiel des Geldverleihers können dabei zumindestens nicht als die Regel angesehen werden.

Das Problem Spezial- oder Universalgenossenschaften liegt in Pakistan in erster Linie in der Kombination von Kredit- und Absatzgenossenschaft. Diese Kombination der beiden Funktionen stösst sowohl auf niederer wie auch auf höherer Ebene auf Schwierigkeiten in der praktischen Durchführung, die in dem Analphabetentum der Bauern liegen. Die Probleme, die die Arbeit einer Universalgenossenschaft mit sich bringt, sind sehr komplex. Die drastischen Massnahmen eines Vorstandes im Interesse der Geschäftsführung der Universalgenossenschaften, stossen leicht auf Widerstand, und zwar lediglich deshalb, weil die einfachen Leute den universalen Charakter der Genossenschaft nicht begreifen, und das schwächt die ganze Organisation von innen her. Darüberhinaus liegen bei dem augenblicklichen Stande der Entwicklung gewisse Gefahren in der Verbindung von Geldgeschäft und genossenschaftlichem Absatz. Das Risiko im Geldverleih ist ein anderes als das im Warenhandel, die Methoden in Rechnungswesen und Kontrolle sind verschieden. Und da es auf dem Dorf an entsprechend qualifizierten kaufmännischen Kräften fehlt, würden die verschiedenen Funktionen der Organisation, des Handels, des Rechnungswesens, der Kontrolle nicht hinreichend ausgeübt werden können. Bei der Kombination von Kreditgeschäft und Handel besteht die Gefahr des "over-trading" in einer Genossenschaft. Ein Verlust im Geldgeschäft kann durch einen Gewinn im Warengeschäft ausgeglichen werden und umgekehrt, eine Seite kann auf Kosten der anderen zu sehr in den Vordergrund rücken und so die gesunde und stetige Entwicklung beider gefährden. Auf diese Weise wird es nicht möglich sein, ein klares Bild von der Entwicklung des Genossenschaftswesens zu bekommen, und infolgedessen werden die verantwortlichen Leute am wenigsten nicht veranlasst werden, sich um eine solche gesunde, harmonische, stetige Entwicklung zu kümmern.

Die Kreditgenossenschaft ist die einfachste aller Formen, und die Erfahrung zeigt, dass sie sogar unter Analphabeten funktionieren kann.¹⁾ M.L. Darling berichtet, dass er in Punjab (Pakistan) Kreditgenossenschaften erlebt hat, die ausgezeichnet arbeiteten, obwohl kein einziges Mitglied auch nur eine einzige Sprache lesen oder schreiben konnte. Wie man es häufig bei ungebildeten Menschen findet, hatten sie ein ausgezeichnetes Gedächtnis. So behielten die Dorfbewohner sämtliche Transaktionen, bis zum jeweils nächsten Besuch eines herumreisenden schreibkundigen Sekretärs, im Gedächtnis. Wenn er kam, berichteten sie alles, was seit seinem letzten Besuch vorgefallen war, und er besorgte daraufhin die nötigen Eintragungen in die Bücher.²⁾ Es ist offensichtlich, dass derartige Kreditgenossenschaften mit den regelmässigen Besuchen und der absoluten Ehrlichkeit des Sekretärs und dem Gedächtnis der Bauern stehen und fallen. Daraus geht hervor, welche Schwierigkeiten schon in der Kreditgenossenschaft einer korrekten Buchführung gegenüberstehen und wieviel grössere der komplizierten Rechnungslegung einer Universalgenossenschaft.

Ein weiterer Gesichtspunkt für die Entscheidung zwischen Spezial- und Universalgenossenschaft ist die Geschäftsleitung. Es kann das Argument gebracht werden, dass ein System von Spezialgenossenschaften eine grössere Anzahl von Männern in leitender Stellung erfordert als eine Universalgenossenschaft. Da es in Pakistan nicht genügend dafür qualifizierte Leute gibt, mag die Waagschale zu Gunsten der Universalgenossenschaften sinken. Andererseits sollte man aber die Gefahr nicht ausser acht lassen, dass infolge der geringen Zahl an Führungskräften deren einflussreiche Stellung im Rahmen des Dorflebens zu einer völligen Abhängigkeit der jeweiligen Universalgenossenschaft von einer einzelnen Person oder einer sehr kleinen Gruppe führen kann. Wäre eine Anzahl einzelner Spezialgenossenschaften vorhanden, wäre es einfach eine Notwendigkeit, allmählich mehr Führungskräfte heranzubilden, aber eine einzige Universalgenossenschaft würde das verhindern.

1) Vgl. International Labour Organisation: The Development of the Cooperative Movement in Asia, London-Geneva, 1954, S. 15

2) Vgl. Campbell, W.K.H.: a.a.O., S. 7

Wenn das ländliche Genossenschaftswesen in Pakistan Früchte tragen soll, ist es eine dringende Notwendigkeit, dass eine Umwandlung von "Ascribed Leadership" zu einer "Achieved Leadership" auf dem Lande geschieht. Der Weg zu diesem Ziel ist wohl der, dem Dorfbewohner nicht allein einen höheren Lebensstandard zu ermöglichen, sondern auch ein gewisses soziales Bewusstsein in ihm wachzurufen. Wie letzteres erreicht werden kann, zeigt das Folgende: Im Prinzip sollte die Kreditgenossenschaft nur ein kleines Gebiet umfassen, eine Absatzgenossenschaft jedoch ein grösseres. Diese sollte ausserdem ihren Sitz in einer Stadt haben, die ein gewisses Marktzentrum ist, sie wird also für eine ganze Anzahl von Dörfern der Umgebung zuständig sein. Im Falle einer Universalgenossenschaft kann der Bauer alles Nötige am Ort erledigen, bei einer Spezialgenossenschaft wird er selbst in die Stadt kommen müssen, in der die Absatzgenossenschaft ihren Sitz hat. Die Universalgenossenschaft beschränkt ihn, der aus seiner ganzen Erziehung und Tradition heraus sein Dorf nie zu verlassen geneigt ist, weiterhin auf das Dorf,¹⁾ die Spezialgenossenschaft bringt ihn in Berührung mit dem Leben und Treiben der Stadt, und diese Erfahrung muss seinen Horizont erweitern. Sie wird in ihm das Bedürfnis nach bisher unbekannten Erleichterungen und bequemerem Leben erwecken, und sein Denken und sein ganzes Verhalten wird dadurch bewusster und zielstrebig. So kann allmählich eine allgemeine Wachheit und Offenheit gegenüber den politischen und sozialen Geschehnissen erreicht werden. Der engere Kontakt zwischen Stadt und Land, wie oben geschildert, wird zur Folge haben, dass der Landbewohner sich bis zu einem gewissen Grade

1) Das grösste Problem der ländlichen Wirtschaft ist, nach meiner Auffassung, die Entwicklung der Geldwirtschaft, die aber mit Schulung und Marktdenken und -handeln verbunden ist. Deshalb sollen alle Massnahmen darauf gerichtet sein, dem Selbstversorger Charakter der Dorfwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Die Errichtung der Universalgenossenschaften passt in Erreichung des genannten Zieles nicht. Egner sagt über die Selbstversorgung, dass sie die Marktversorgung verengt und je geringer die Auflösung der Selbstversorgung ist, um so geringer ist die Arbeitsteilung ausgebaut, um so geringer ist die Spezialisierung unter den erwerbstätigen Menschen entwickelt und um so geringer ist die Produktivität. Deshalb soll dieser Gesichtspunkt in der Entwicklung der gesamten Wirtschaft Pakistans und ebenso in der Entwicklung des Genossenschaftswesens berücksichtigt werden.

Vgl. Enger, E., Wirtschaftliches Wachstum in Peru und seine Widerstände, in: Untersuchungen einzelner Entwicklungsländer. Peru-Tunesien-Ägypten und Syrien, Berlin, 1960, S. 14/15

von den Fesseln der Tradition befreit und von der strengen Autorität der Älteren Generation loskommt. So wird es möglich, allmählich eine neue Denkweise entsprechend der neuen wirtschaftlichen Struktur zu verbreiten; die Spezialgenossenschaft durchbricht also diejenige wirtschaftliche Abgeschlossenheit des Dorfes alten Stiles. Die bisherigen Dorfkätesten, die ihre Stellung im wesentlichen ihrer Herkunft aus angesehenen Familie und der Abgeschlossenheit des Dorfes verdanken, werden ihre Führerstellung langsam an solche Leute abtreten müssen, die, vornehmlich durch ihre Handelsbeziehungen zur Aussenwelt vom Dorf aus gesehen, ein gewisses Ansehen und eine gewisse Geltung erworben haben. So gesehen, wird der Kontakt zwischen Stadt und Land ein Streben nach sozialem Prestige und nach Führungsaufgaben unter der Landbevölkerung mit sich bringen und einen Anspruch, der sich in der heutigen Zeit nicht mehr auf Besitz oder Kastenangehörigkeit, sondern auf Ansehen und Opferbereitschaft für die Allgemeinheit gründet. Das bedeutet, dass eine Umwandlung von der "ascribed leadership" zu Gunsten der "achieved leadership" erfolgt.

Aber man muss sich auch über die Gefahren im Klaren sein, die aus einer derartigen Annäherung von Stadt und Land bzw. aus der Errichtung von Spezial- anstelle von Universalgenossenschaften erwachsen. Einmal kann sie zu einem erheblichen Anwachsen der Bedürfnisse ohne entsprechendes Steigen des Einkommensniveaus führen, so dass der Dorfbewohner bei seinem niedrigen Lebensstandard beginnt, mehr auszugeben, als er einnimmt. In anderen Fällen mag das Einkommensniveau steigen, die Bedürfnisse jedoch im städtischen Bereich befriedigt werden. Das bedeutet, dass das erhöhte Einkommensniveau das Dorf gar nicht berührt und infolgedessen die Wahrscheinlichkeit erhöhter Einlagen bei der Genossenschaft abnimmt, wenn der Bauer sein Geld in der Stadt ausgibt. Diese Gefahren beweisen, was für eine dringende Aufgabe es ist, den Bauern zu einer bewussten "dürftlichen Gesinnung" zu erziehen und ihm zu ermöglichen, dass er seine Bedürfnisse, soweit es wirtschaftlich möglich ist, im Bereich des eigenen Dorfes befriedigen kann.¹⁾

1) In der Bundesrepublik Deutschland ist der Kontakt zwischen Stadt und Land seit 1945 immer enger geworden. Das Geldeinkommen auf dem landwirtschaftlichen Sektor ist gewachsen und gleichzeitig die Nachfrage der Dorfbevölkerung gemäss städtischem Vorbild. Da in diesem Falle die Dorfkäden imstande waren, diese neue Nachfrage zu befriedigen, ist das erhöhte Geldeinkommen der Landwirtschaft auf dem Lande geblieben und die Spareinlagen der Dorfbanken sind gestiegen.

4. Harmonische Zusammenarbeit der verschiedenen Spezialgenossenschaften

Entsprechend den in den vorhergehenden Abschnitten skizzierten Gedanken soll nunmehr ein Schema zur Koordinierung und harmonischen Zusammenarbeit der verschiedenartigen Spezialgenossenschaften entwickelt werden, das die Vorteile der Universalgenossenschaften aufweist, gleichzeitig aber eine diesen weit überlegene Lösung anbietet. Dieses Konzept sollte freilich nicht verallgemeinert werden, sondern immer aus dem Blickwinkel der herrschenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Pakistan heraus betrachtet werden. Um einen festen Rahmen für die Untersuchung abzustecken, soll lediglich das Verhältnis von Kredit- und Absatzgenossenschaften betrachtet werden, aber selbstverständlich könnten die anderen Genossenschaftsformen in gleicher Weise in dieses Koordinierungsschema einbezogen werden.

In Pakistan gibt es insgesamt 100 000 Dörfer¹⁾, teils sehr klein, teils von beachtlicher Grösse, manchmal sehr nah beieinander gelegen; in anderen Gegenden wieder sind die Entfernungen beträchtlich. Beim gegenwärtigen Entwicklungsstand der Infrastruktur liegen nur wenige Dörfer günstig in bezug auf die Absatzmärkte. Unter den gegebenen Umständen ist es wohl gerechtfertigt zu sagen, dass die Absatzgenossenschaften wesentlich grössere Gebiete und entsprechend grössere Mitgliederzahlen umfassen müssen als die Kreditgenossenschaften.²⁾

Der Erfolg einer Absatzgenossenschaft hängt davon ab, ob ihre Kapazität gross genug ist, um Spezialkräfte beschäftigen zu können. Das erfordert ein entsprechend grosses Geschäftsvolumen, das seinerseits nur durch Zusammenschluss eines verhältnismässig grossen Gebietes und einer entsprechend grossen Mitgliederzahl ermöglicht wird. Die Kreditgenossenschaften sollen sich dagegen auf den Rahmen eines einzelnen Dorfes beschränken. So mögen Absatz- und Kreditgenossenschaften sich in Grösse, Form der Haftung und der Art ihrer Beziehung zu ihren

1) Vgl. The Horace Plunkett Foundation: Year-Book of Agricultural Cooperation, London, 1953, S. 237

2) Aus diesem Grunde werden die Absatzgenossenschaften solche mit beschränkter Haftung sein. Da sie ja im Auftrag ihrer Mitglieder verkaufen, ist für sie das Geschäftsrisiko im Sinne der Handlungen mit den Mitgliedern geringer als für Kreditgenossenschaften. Vielmehr sind es hier die Mitglieder, die sich völlig auf die Korrektheit und Integrität der Genossenschaft verlassen müssen.

Mitgliedern unterscheiden. Es ist jedoch eine unabdingbare Notwendigkeit für die zukünftige Entwicklung des Genossenschaftswesens, dass die Arbeit beider wirkungsvoll koordiniert wird. Das könnte durch ein Abkommen erreicht werden, das dahingeht, dass jedes Mitglied einer Kreditgenossenschaft automatisch zugleich Mitglied einer Absatzgenossenschaft seiner eigenen Wahl wird.

Die Kreditgenossenschaften sollen es ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, ihre Erzeugnisse durch die jeweilige, mit ihnen verbundene Absatzgenossenschaft zu verkaufen.¹⁾ Man kann der Auffassung sein, dass die persönliche Freiheit der einzelnen Mitglieder eingeschränkt wird, und das kann dazu führen, dass die Mitgliedschaft der Kreditgenossenschaften zurückgeht. Obwohl diese Befürchtung gerechtfertigt ist, bin ich der Ansicht, dass das Genossenschaftswesen in Pakistan einmal durch die Erziehung und zum anderen durch eine gesetzliche Regelung des Verhaltens der Mitglieder zum Erfolg führen kann.

Zum Schutz der Mitglieder vor der Bezahlung von zu geringen Preisen von Seiten der Absatzgenossenschaften kann man die Bedingung stellen, dass der Verkaufszwang nur dann bestehen soll, wenn die Absatzgenossenschaften den Marktpreis zahlen. Diese Bedingung ist gleichzeitig

1) Der Verband Schweizerischer Konsumvereine (VSK) Basel hat in seinem Statut von 1935 'Bezugspflicht' eingeführt. In dem betreffenden Paragraphen 17b heisst es u.a.; dass die Verbandsvereine verpflichtet sind, den Bedarf an Waren ausschliesslich durch den Verband zu decken, wenn dieser die Waren in den entsprechenden Qualitäten zu gleichen Bedingungen wie die Konkurrenz zu liefern im Stande ist. In meinen Darlegungen ist dieser Grundsatz auf die einzelnen Mitglieder der Kreditgenossenschaften übertragen, da die pakistanischen Landwirte durch eine Zwangserziehung sich eher umschulen lassen. Dadurch wird die Gefahr gebannt, dass die Mitglieder in guten Zeiten ihren Genossenschaften fern bleiben und in schlechten Zeiten zu ihren Genossenschaften kommen mit der Erwartung, dass ihre Interessen besser wahrgenommen würden. In der Bundesrepublik ist dieser Erscheinung oft zu begegnen.

eine Kontrollmassnahme für die Leistungsfähigkeit der Absatzgenossenschaften. Die Absatzgenossenschaften mit Hilfe ihrer Dachorganisationen, Spezialkräften und staatlichen Mitteln müssen durchaus in der Lage sein, eine konkurrenzfähige Organisation zu werden. Darüberhinaus wird durch eine Dachorganisation der Absatzgenossenschaften ein annähernd vollkommener Markt entstehen, und damit werden die zahlreichen Teilmärkte aufgehoben. Hier kann ein weiteres Argument gebräutet werden, nämlich dass man durch den Verkaufszwang die Existenzbasis der zahlreichen Händler gefährdet ist. Dazu wäre zu sagen, dass erstens die Funktion der Händler nicht allein im Einkauf der Agrarprodukte besteht, zweitens werden doch nicht alle Bauern die Mitgliedschaft der Kreditgenossenschaften erwerben. Es wird immer einen gewissen Prozentsatz geben, der der Genossenschaftsidee fern bleibt.

Es ist ferner zu empfehlen, dass die Absatzgenossenschaften ihrerseits den Gegenwert der angekauften Produkte nicht direkt an die Mitglieder auszahlen, sondern auf dem Umweg über die Kreditgenossenschaften, die damit die Möglichkeit hätten, diese Zahlungen abkommengemäss gegen gewährte Darlehen aufzurechnen; ausserdem könnte die Kreditgenossenschaft die gesamte Leistung ihrer Mitglieder überwachen und sich ein Bild davon machen, was sie eventuell darüberhinaus noch zu leisten in der Lage wären, sei es im Hinblick auf den Ertrag, sei es auf die Spareinlagen. Weiterhin kann sie auf diese Weise ihre Darlehen besser sichern, da sie die Rückzahlungsfähigkeit jedes einzelnen beurteilen kann. Die Absatzgenossenschaft darf keine Kredite gegen die Sicherheit zum Verkauf lagernder Waren gewähren. Die Absatzgenossenschaften könnten aber Bescheinigungen ausgeben, die besagen, dass sie den Verkauf angelieferter Waren von dem jeweiligen Mitglied erwarten. Diese Bescheinigungen können dann den Kreditgenossenschaften zu Kreditzwecken vorgelegt werden. Auf diese Weise ist eine enge Verbindung zwischen beiden Genossenschaftstypen hergestellt, die im einzelnen je nach dem Stande der Entwicklung der Genossenschaften und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in der jeweiligen Gegend variiert werden kann.

Durch eben diese enge Verbindung ist gleichzeitig der Erfolg der Kreditgenossenschaften durch den der Absatzgenossenschaften garantiert und der Erfolg der Absatzgenossenschaften durch die Kreditgenossenschaften. E.M. Hough schlägt die gleiche Form der Zusammenarbeit beider Genossenschaftstypen vor, mit dem Unterschied, dass sie grundsätzlich die Form der unbeschränkten Haftung für die örtlichen Kreditgenossenschaften empfiehlt.¹⁾

Praktische Beispiele:

Zwei praktische Beispiele mögen hier wiedergegeben werden, um die oben dargestellt Form der Zusammenarbeit noch deutlicher zu erläutern, das eine aus Ceylon,²⁾ das andere aus der Bundesrepublik Deutschland.³⁾

Ceylon

In dem Dorfe Palugama im Distrikt Uva auf Ceylon wurde im Jahre 1949 ein Link-up-scheme eingeführt. Die damals bestehende "Gemüseabsatzgenossenschaft" wurde reorganisiert und in eine "Landwirtschaftliche Einkaufs- und Absatzgenossenschaft" umgewandelt. Der Mitgliederkreis schloss zwei verschiedene Typen ein; ein Teil war durch den Beitritt zu einer Kreditgenossenschaft in demselben Gebiet automatisch Mitglied geworden, die anderen waren direkt beigetreten, die nicht Mitglieder von Kreditgenossenschaften waren. Eine gesetzliche Bestimmung verpflichtete die Mitglieder, sämtliche Gartenerzeugnisse durch die Genossenschaft zu verkaufen. Durch diesen Schritt konnten die Kreditgrenzen der einzelnen Mitglieder erheblich erweitert werden,⁴⁾ und so hatten die ehrlichen, hart arbeitenden Mitglieder die Möglichkeit, diese Kredite für eine verbesserte Vorbereitung der neuen Ernteperiode auszunutzen. Wengen berichtet von dem grossen Erfolg dieses "lin-up-schemes" und einer ausgezeichneten Koordinierung beider Genossenschaften, aber nicht etwa einer Vermischung.

1) Vgl. Hough, E.M.: a.a.O., S. 66

2) Vgl. Wengen, G.D. Van.: a.a.O., S. 57-60

3) Eigene Erfahrungen aus meiner Arbeit bei der genossenschaftlichen Zentralbank, Frankfurt/Main, 1961

4) Bei diesem Verfahren laufen die Absatzerträge über die Kreditgenossenschaften, so dass hiermit die Rückzahlung gesichert wurde.

Bundesrepublik Deutschland

Ein anderes Beispiel stellt die "Starkenburger Obst- und Gemüse-Anbau- und Verwertungsgenossenschaft (Stoga) e.G.m.b.H., Bad-Nauheim, dar.¹⁾ Diese Genossenschaft umfasst einen Umkreis von 20 Kilometern, mit 33 Mitgliedsgenossenschaften (Spezial- sowohl als auch Universalgenossenschaften). Die einzelnen Mitglieder der Mitgliedsgenossenschaften treten automatisch zugleich der Stoga bei. Die Mitgliedsgenossenschaften arbeiten gegen Kommission als Sammelstelle für die Stoga. Von dort holen die drei Lastwagen täglich zur festgelegten Zeit die verkaufsfähigen Produkte ab. Die Zahlungen an die Mitglieder erfolgen durch deren jeweilige Ortsgenossenschaft. Die Stoga übernimmt auch gewisse Lenkungsfunktionen insofern, als sie z.B. an ihre Mitglieder ausgewählte Sorten Saatgut verkauft, um eine gewisse Standardqualität für den Markt zu erzielen. Gleichzeitig bemüht sie sich um Verbindungen zu möglichen Käufern dieser Standardprodukte und sichert so dem Käufer die Belieferung und sich selbst bzw. ihren Mitgliedern den Absatz. Diese Beispiele zeigen, dass die örtlichen Kreditgenossenschaften praktisch als Aussenstellen der Absatzgenossenschaften fungieren, ohne selbst viel vom Handel verstehen oder ein Risiko darin tragen zu müssen. Sie werden ganz einfach von den Absatzgenossenschaften für ihren Dienst bezahlt. Um diese Dienste zu leisten, sind keinerlei zusätzliche Investitionen und technische Ausrüstungen erforderlich. Die Absatzgenossenschaften stützen sich dabei auf die Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit der örtlichen Kreditgenossenschaften. Daraus darf wohl der Schluss gezogen werden, dass eine vernünftige Zusammenarbeit der einzelnen Spezialgenossenschaften jede Universalgenossenschaft überflüssig macht.

1) Selbstverständlich gibt es noch eine ganze Reihe ähnlicher Beispiele. Auch in Holland finden wir diese Organisationsform, der der Koppelung von Kredit- und Absatzgenossenschaften.

5. Absatz- und Verarbeitungsgenossenschaften im Dienste der Kreditgenossenschaften

Die Entwicklung von Absatz- und Verarbeitungsgenossenschaften ist für die Bewegung als Ganzes ebenso wesentlich, wie für die Kreditgenossenschaften Pakistans im besonderen. Es ist jedoch viel Zeit vergangen und viele z.T. fehlerhafte Versuche wurden gemacht, bis man gelernt hatte, dass man die Schwierigkeiten der Bauern von allen Seiten zugleich ansehen musste.¹⁾ Genossenschaftliches Sparen, genossenschaftlicher Absatz und genossenschaftliche Verarbeitung sind dabei die wesentlichen Mittel. A.K. Yegna Aiyer sagt: "Gemeinsamer Ein- und Verkauf ist die wichtigste Waffe in der Hand des kleinen Farmers , wenn er sie nicht benutzt, wird er weiter einen bereits verlorenen Kampf kämpfen".²⁾ H.L. Kaji erklärte im Jahre 1948, dass die Zukunft des Genossenschaftswesens mehr als alles andere in der Entwicklung der Absatzgenossenschaften liege.³⁾ Die für Ost-Pakistan eingesetzte Untersuchungskommission des Internationalen Arbeitsamtes betont besonders die Bedeutung der Verbindung zwischen Kredit- und Absatzgenossenschaften: "Wenn es den Kreditgenossenschaften nicht gelingt, die Vergabe von Krediten an den Bauern mit dem Verkauf seiner Erzeugnisse zu koppeln, wird die uralte Ausbeutung des kleinen Juteanbauers niemals ausgerottet werden".⁴⁾ Obwohl alle diese Feststellungen hauptsächlich die Bedeutung genossenschaftlicher Absatzorganisationen betonen, enthalten sie doch auch die unbestreitbare Tatsache, dass die Absatzgenossenschaften zusammen mit den Kreditgenossenschaften weitgehend den Erfolg der ganzen Bewegung bestimmen. Ebenso hängt es von den Verarbeitungsgenossenschaften ab, ob das Genossenschaftswesen in Zukunft in Pakistan eine gesunde und dauerhafte Institution werden kann.

Die Entwicklung der Kreditgenossenschaften wird davon bestimmt, ob die Bauern in Zukunft in den Stand gesetzt werden können, besser und leichter zurückzuzahlen. Keine noch so grossen Darlehen, keine Verbesserung

1) Vgl. Hough, E.M.: a.a.O., S. 39

2) ebenda, S. 127

3) Vgl. Wengen, G.D. van: a.a.O., S. 43

4) Ballendix, A.H.-Harper, R.K.: a.a.O., S. 36

der Anbaumethoden, keine Erhöhung der Erträge wird ihre Rückzahlungsfähigkeit verbessern, wenn nicht die folgenden drei Bedingungen erfüllt sind.

- (i) angemessene Preise für Agrarprodukte;
- (ii) Verkauf der Agrarprodukte durch die Absatzgenossenschaften, vor oder nach dem Be- oder Verarbeitungsprozess;
- (iii) Erhöhung des "Cash-Crop"¹⁾ Anteil in der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Preise für Agrarprodukte sind sehr veränderlich, vor allem vor und nach der Erntezeit. Weder die pakistanische Regierung noch irgend eine andere Institution garantiert bisher den Erzeugern einen Mindestpreis. Infolgedessen sind es einzig die Absatz- und Verarbeitungsgenossenschaften, die durch ihr starkes Gewicht den Markt beeinflussen und eine gewisse Stabilisierung erreichen können. Es ist sehr eindrucksvoll, sich einmal anzusehen, wie das Fehlen von Absatzgenossenschaften, d.h. also der Verkauf an private Händler, die Rückzahlungsfähigkeit des Bauern beeinträchtigen kann. Die untenstehende Tabelle enthält die Kosten des Verkäufers für den Verkauf von Erzeugnissen im Werte von 100 Rupien durch einen privaten Händler einerseits und durch eine Absatzgenossenschaft andererseits auf dem Markt in Lyallpur in Pakistan:²⁾

Verkaufskosten

	Privathändler	Genossenschaftl. Verkaufsladen
	Rupien	Rupien
1. Kommission	0-12-6	0-8-6
2. Be- und Entladekosten	0- 3-9	0-3-9
3. Wiegegebühr	0- 3-4	0-3-9
4. Trinkgeld an Mitarbeiter des Einkäufers	0- 1-3	0-1-3
5. Vermittlungsprovision	0- 1-3	0-1-3
6. Lehrlingsgeld	0- 1-3	---
7. Almosen	0- 1-3	---
8. Verschiedenes	<u>0-12-6</u>	<u>0-3-9</u>
	Rs.= 2- 5-6	Rs.= 1-6-3
	=====	=====

- 1) Der Anteil der an den Markt gelangenden und nicht zum Eigenverbrauch bestimmten Produktion
- 2) Hussain, M.: Agricultural Marketing in Northern India, London, 1937, S. 128

Eine ungefähre Schätzung für ganz Indien ergab, dass etwa 65 % der für den Markt bestimmten Erträge an den Händler des Dorfes verkauft werden.¹⁾ S.S. Talmih ist der Meinung, dass das Fehlen von landwirtschaftlichen Absatz- und Verkaufsgenossenschaften den wichtigsten Grund dafür bildet, dass der Bauer immer noch zum Geldverleiher (der ja auch ein Privathändler ist) geht.²⁾ Was dabei für Indien gilt, mag für Pakistan richtig sein.

Eine ebenso wichtige Position haben die Verarbeitungsgenossenschaften. Man braucht nur daran zu denken, wie weitgehend in West-Pakistan die Zuckerrohr-Absatzgenossenschaften von den wenigen zuckerrohrverarbeitenden Fabriken abhängig ist.³⁾ Ähnlich liegen die Dinge bei der Jute in Ost-Pakistan.⁴⁾ Auch in der Bundesrepublik Deutschland haben statistische Erhebungen ergeben, dass von den Verbrauchsausgaben für einheimische Nahrungsmittel nur 58 % auf den Erzeuger entfallen, 42 % auf Be- und Verarbeitung, Verteilung und Gewinnspanne.⁵⁾ Daraus geht die Bedeutung der Verarbeitungsgenossenschaften im Rahmen des Genossenschaftswesens als Ganzem hervor, und besonders in Pakistan, wo die Zwischenhändler Unternehmer sind, und damit in Zeiten ständiger Mangellwirtschaft lediglich Gewinnmaximierung zum Ziel haben.

Es wurde schon einmal gesagt, dass die Rückzahlungsfähigkeit des Bauern u.a. von einem vermehrten Anbau von "Cash Crops" abhängt. Die "peasant society" Pakistans hat sich mehr auf Selbstversorgung ausgerichtet. Der Bauer bemüht sich hauptsächlich und in erster Linie, genug für einen Eigenverbrauch zu erzeugen, und der Markt interessiert ihn weniger. Folglich ist der Anteil an der Gesamternte, der auf den Markt kommt und damit Bargeld einbringt, sehr gering. Will er wirtschaftlich vorankommen, muss der Bauer lernen, geschäftlich und marktpolitisch zu denken und zu handeln. Es ist von vordringlicher Bedeutung, dass

1) Vgl. Reserve Bank of India: a.a.O., S. 100/101

2) Vgl. Hough, E.M.: a.a.O., S. 127

3) Vgl. S. 41/42

4) Vgl. S. 54

5) Vgl. Landwirtschaftliche Korrespondenz, Nordheim, Nr. 23 vom 7.6.1961

sein Geldeinkommen und damit seine Rückzahlungsfähigkeit steigt. In Ghana hat man den Anbau von Erdnüssen als "Cash-Crop" eingeführt, um das Geldeinkommen im allgemeinen zu erhöhen, besonders aber, um die Möglichkeit zur Rückzahlung von Krediten zu schaffen. Zugleich aber musste der Markt geschaffen und der Verkauf auf breiter Basis organisiert werden, um die neuen Erzeugnisse absetzen zu können.¹⁾ So wird auch in Pakistan eine Erhöhung des Anteils auf den Markt kommender Produkte dem Bauern nur dann etwas nützen, wenn in Zukunft Absatz- und Verarbeitungsgenossenschaften in genügendem Masse vermehrt und aufgebaut werden können. Dadurch wären die Kreditgenossenschaften eher im Stande, ihre Funktion befriedigend zu erfüllen, denn dann wäre die Kreditrückzahlungsfähigkeit der Landwirte erhöht.

IV. Die Grundsätze für den zukünftigen finanziellen Aufbau des Genossenschaftswesens

Ein fundamentales Prinzip der genossenschaftlichen Finanzierung fordert, dass eine ausreichende Eigenkapitalbasis für die Gesamtheit der genossenschaftlichen Institutionen vorhanden sein muss, damit die Genossenschaftsbewegung nicht ihre Autonomie verliert. Aus diesem Grunde ist die wichtigste Voraussetzung für eine gesunde genossenschaftliche Finanzierung die strenge Beachtung des Wirtschaftsprinzips der Genossenschaftsmitglieder. Nur dann werden sie in der Lage sein zu sparen und damit ihren Beitrag zur Bildung des nötigen genossenschaftlichen Eigenkapitals zu leisten.

Die Abhängigkeit der Genossenschaften von genossenschaftsfremden Finanzierungsquellen kann eine Gefahr für die Autonomie der Genossenschaftsbewegung bedeuten. Als genossenschaftsfremde Finanziers können

1) Vgl. Belshaw, Horace: a.a.O., S. 23

der Staat¹⁾, Handelsbanken²⁾, bedeutende landwirtschaftliche Unternehmen, gelegentlich aber auch wohlhabende Einzelpersonen, die das Aktienkapital der genossenschaftlichen Banken erwerben und ausserdem durch ihre höheren Einlagen das Kapital der genossenschaftlichen Banken schaffen, auftreten. Diese Finanziers der Genossenschaften können sich direkt an deren Geschäftsführung beteiligen, auch in der Form, dass sie ihren Einfluss im Vorstand und Aufsichtsrat geltend machen. So können die genossenschaftlichen Interessen auf die eine oder andere Weise verletzt werden. Das Ideal der Genossenschaftsbewegung sind daher solche genossenschaftliche Kreditinstitutionen, die von einem derartigen genossenschaftsfremden Einfluss unabhängig sind.

Wie wir schon festgestellt haben, ist es den Kreditgenossenschaften in Pakistan nicht gelungen, sich von dem Einfluss der genossenschaftsfremden Finanziers freizumachen. Der genossenschaftliche Sektor beschafft sich sein Kapital weitgehend aus dem Kreis der städtischen Nichtmitglieder, indem er genossenschaftliche Zentralbanken in den Städten organisiert. Es geschah aber auf Kosten der wichtigsten Grundsätze des Genossenschaftswesens. Zum Beispiel ist der Grundsatz, dass jedes Genossenschaftsmitglied nur eine Stimme hat, ohne Rücksicht auf die Höhe seines Geschäftsanteils, dadurch verletzt worden, dass die Zahl der Stimmen von der Anzahl der Aktien (die genossenschaftlichen Zentralbanken sind in der Form von Aktiengesellschaften organisiert, unterliegen aber dem Genossenschaftsgesetz), die ein Genossenschaftsmitglied besitzt, abhängig gemacht worden ist. Die auf diese Weise erzielten finanziellen Mittel dienen deshalb nicht der Sache der Genossenschaftsbewegung, sondern den Interessen der jeweiligen Kreise, die die Macht in den genossenschaftlichen Zentralbanken und anderen genossenschaftlichen Spitzeninstitutionen in ihren Händen halten.

-
- 1) Staatliche Genossenschaftsfinanzierung finden wir in Pakistan, und zwar durchgeführt durch die betreffende Zentralbank. Die gegenwärtige Politik der Zentralbank ist allein die Finanzierung der Landwirtschaft durch die Genossenschaftsbanken, da die Genossenschaftsbanken nicht genügend Kapital zur Verfügung haben. Diese Finanzierung erfolgt ausschliesslich auf dem Weg der Lombard- und Wechselkredite und nicht etwa in Form der Beteiligung am Stammkapital der Genossenschaften. - Vgl. State Bank of Pakistan: Bulletin, Karachi, August 1955, S. 23
 - 2) Die Genossenschaftsbanken und die Grosshandelsgenossenschaften in Mauritius wurden weitgehend durch das bekannte Bankhaus Barclays Ltd. London finanziert. Vgl. Binns, Bernhardt, O.: Agricultural Credit for Small Farmers, Rome 1952, S. 3

Angesichts der herrschenden sozialen und wirtschaftlichen Umstände Pakistans war es ganz klar, dass die Ortsgenossenschaften nicht in der Lage sein konnten, die für eine ausreichende Kapitaldecke erforderlichen Einlagen zu beschaffen. Das führte nun seinerseits dazu, ein genossenschaftliches Kreditsystem auf förderativer Grundlage zu organisieren, das die Ersparnisse der Stadtbevölkerung für die Förderung der Genossenschaftsbewegung nutzbar machen sollte. Leider haben die Dinge eine unerfreuliche Wendung genommen. Das genossenschaftliche Kreditsystem auf förderativer Basis bekam im Laufe der Zeit genossenschaftsfremde Struktur. Es arbeitete sogar gegen die Interessen der Genossenschaftsbewegung.

Die Zusammensetzung der Aktiven in der konsolidierten Bilanz der genossenschaftlichen Banken West-Pakistans liefert uns einen zuverlässigen Beweis für unsere These.

Die Position "Kredite und Vorschüsse" bietet folgendes Bild:¹⁾

Gesamtkredite und Vorschüsse	(in 1000 Rupien)	22 40 12
Davon		
1. an ländliche Genossenschaften	3 47 67	
2. an nicht-ländliche "	<u>6 68 46</u>	10 36 13
3. an einzelne Mitglieder der genossenschaftl. Zentralbanken	5 82 44	
4. an Nicht-Mitglieder	<u>6 41 55</u>	12 23 99

Wie stark die genossenschaftlichen Zentralbanken für genossenschaftsfremde Wirtschaftszweige tätig sind, zeigt deutlich die Höhe der Ausleihungen an Nicht-Genossenschaften. Die Höhe der Kredite und Vorschüsse an die ländlichen Genossenschaften bilden nur einen Bruchteil des Gesamtvolumens. Auch im Verhältnis zu den Ausleihungen an die nicht-ländlichen Genossenschaften besitzt diese Position ein geringes Gewicht, zumal wenn man berücksichtigt, dass die nicht-ländlichen Genossenschaften nur etwa 28 % aller Genossenschaften ausmachen.²⁾

1) Vgl. Government of Pakistan, Credit Enquiry Commission Report, a.a.O., S. 41/42

2) Vgl. S. 14

Die Passivseite der erwähnten Bilanz der Genossenschaftsbanken zeigt folgende Zusammensetzung des Kapitals:

I. Eigenes Kapital		(in 1000 Rupien)
1)	a) Geschäftsguthaben	1 62 13
	b) Reserven	2 87 11
	c) Gewinn	<u>58 27</u> 5 07 51
2)	Einlagen von Mitgliedern	<u>6 03 93</u> 11 11 44
II. Genossenschaftsfremdes Kapital		
	a) aufgenommene Gelder	10 58 14
	b) Einlagen von Nicht-Mitgliedern	13 74 30
	c) Sonstige Verbindlichkeiten	<u>5 35 29</u> 29 67 83
		40 79 27

Diese Zahlen zeigen uns, wie stark die genossenschaftliche Finanzierung von den genossenschaftsfremden Geldquellen abhängt. Der Summe der Einlagen der Nichtmitglieder in Höhe von 13.74.30 (in 1000 Rupien) stehen Ausleihungen an Nichtmitglieder in Höhe von 12.23.99 (in 1000 Rupien) gegenüber. Zu den wichtigsten genossenschaftspolitischen Grundsätzen gehört das Prinzip, nur an Mitglieder Kredite zu gewähren. Die Verwirklichung dieses Grundsatzes stellt eine unerlässliche Forderung im Rahmen des Programmes zur Neugestaltung des Genossenschaftswesens in Pakistan dar. Man hat behauptet, eine Realisierung dieser Forderung werde nicht möglich sein, da die Einführung des Verbotes der Kreditgewährung an Nichtmitglieder der Abzug sämtlicher Einlagen von Nichtmitgliedern nach sich ziehen werde.¹⁾ Diese Auffassung teilen wir nicht, da die Gruppe der nicht-genossenschaftlichen Kreditnehmer und Einleger nicht identisch ist. Allerdings wird sich bei der Anwendung des Grundsatzes der ausschliesslichen Kreditgewährung an Mitglieder ein gewisser Verlust an Einlagen von Nichtmitgliedern nicht vermeiden lassen. Im Endeffekt dürfte sich diese Massnahme jedoch positiv auf die Kredit-

1) Dülfer sagt: "Wenn nun die praktische Entwicklung des Geldwesens aus den einfachen Spareinlagen von Nicht-Mitgliedern einen umfangreichen Depositen- und Zahlungsverkehr entstehen liess, so ändert dies am richtigen Prinzip nichts - d.h. allein die kreditmässige Forderung der Mitglieder." - Dülfer, Eberhard, Typencharakter und Grössenentwicklung der gewerblichen Kreditgenossenschaften, Marburg/Lahn 1957, S. 41

versorgung der Genossenschaften auswirken. Nach wie vor muss darauf geachtet werden, dass der Einfluss der nicht-genossenschaftlichen Einleger auf die Geschäftspolitik der genossenschaftlichen Kreditinstitutionen nicht den echten genossenschaftlichen Interessen entgegen wirkt.

1. Ein Experiment bei der Neugestaltung des genossenschaftlichen Kreditwesens

In Ost-Pakistan ist eine kleine Anzahl von "KHAIKHALASHI" Banken mit genossenschaftlicher Grundlage im landwirtschaftlichen Sektor ins Leben gerufen worden. Diese Banken geben Kredit in den Formen, die den Dorfbewohnern vertraut sind. Der Kreditnehmer erhält einen Kredit, der durch eine "Hypothek" auf seinen Landbesitz gesichert wird und in seiner Höhe maximal ungefähr dem Gesamtjahresertrag des beliebigen Bodens entspricht. Die Laufzeit dieses "Hypothekar-Kredits" beträgt im Höchstfall 15 Jahre. Die Besonderheit dieses neuen Experimentes ist darin zu sehen, dass der Kreditnehmer sein Land weiter bebaut, aber als "landloser Bauer". Die Hälfte seines Ertrages darf er behalten, die andere Hälfte hat er an die kreditgebende Bank abzuführen. Die Bank verrechnet diesen Anteil wie folgt:

I	a) Erstattung von personellen und sachlichen Kosten (establishment expenses)	12 1/2 %	
	b) Zinsen	6 1/4 %	18 3/4 %
II	Kreditrückzahlung		6 3/4 %
III	Sperrguthaben		24 1/2 %
	Gesamt	50	%

Die Gesamtbelastung für Kreditnehmer beträgt somit 18 3/4 % p.a., 31 1/4 % des Ernteertrages mindern die Verpflichtung des Kreditnehmers gegenüber seiner Bank. Eine Verfügung über das Guthaben auf dem Sperrkonto ist erst dann zulässig, wenn der Kredit völlig zurückgezahlt ist. Der Kreditnehmer kann allerdings von seiner Bank einen kurzfristigen Kredit erhalten. Als Sicherheit für diesen Kredit dient das Guthaben auf dem Sperrkonto. Zur sofortigen Tilgung des langfristigen Kredites

wird nur der unter II aufgeführte Betrag von $6 \frac{3}{4} \%$ verwandt, so dass der Kredit in etwa 15 Jahren zurückgezahlt ist. Bleibt der Ernteertrag während der Laufzeit des Kredites annähernd gleich, so erreicht das Guthaben auf dem Sperrkonto bereits nach 4 Jahren den ursprünglichen Kreditbetrag. Selbst wenn man annimmt, dass der Kreditnehmer neben dem langfristigen Kredit einen kurzfristigen Kredit in doppelter Höhe aufnimmt, bleibt ihm am Ende der Laufzeit des ursprünglichen Kredites ein Kapital in etwa doppelter Höhe der Ausgangskreditsumme. Eine vorzeitige Tilgung des langfristigen Kredites ist möglich. Der Kreditnehmer muss jedoch in diesem Fall über zusätzliche Mittel verfügen; das Guthaben auf seinem Sperrkonto kann er nicht zur Tilgung seiner Kreditschuld verwenden.

Gegen diese Art der genossenschaftlichen Kreditgewährung sind viele Einwände zu erheben. Auf diese Weise haben diese Banken die Rolle von Grundbesitzern übernommen, wenn auch in einer neuen Art. Bei der Überwachung der Teilung der Ernte des Kreditnehmers, die üblicherweise auf seinem Grund und Boden erfolgt, dürfte es zwangsläufig zu Bestechungen kommen. Zudem hat der Verkauf der an die Bank abgelieferten Ernteerträge seine eigenen Probleme. Diese Genossenschaftsbanken belasten sich überdies so mit der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Betriebsführung, die besonders dann, wenn der Kreditnehmer weit voneinander entfernte Felder besitzt, hohe Kosten verursacht. Das erklärt, wenigstens zum Teil, die Höhe der Gesamtbelastung von $18 \frac{3}{4} \%$ p.a. Trotzdem ist dieser Satz beunruhigend hoch, besonders wenn man bedenkt, dass bei normalen Ertragsverhältnissen ein landwirtschaftlicher Betrieb in Pakistan eine Belastung von etwa $6 \frac{1}{4} \%$ p.a. tragen kann.¹⁾

Der einzige Tatbestand, welcher die "Credit Enquiry Commission" veranlasst, diesem Experiment Chancen zu geben, ist in dem Element des Zwangssparens zu sehen.²⁾ Das Zwangssparen ist vom Standpunkt des Kreditnehmers und der kreditgebenden Bank aus zu beurteilen. Die Belastung für den Kreditnehmer ist zwar während der Laufzeit des Kredites

1) Vgl. S. 22

2) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, a.a.O., S. 82

sehr schwer, nach deren Ablauf besitzt er aber neben einem schuldenfreien Betrieb einen beachtlichen Kapitalbetrag. Wird die Belastung jedoch zu stark, weil z.B. in einem schlechten Jahr der dem Kreditnehmer verbleibende Anteil an seiner Ernte in Höhe von 50 % einfach zur Bestreitung seiner betrieblichen und privaten Ausgaben - hingewiesen sei nur auf die mit einer Verheiratung oder einem Todesfall verbundenen hohen Ausgaben - nicht ausreicht, und nimmt er deshalb bei einem privaten Geldgeber zu den üblicherweise besonders drückenden Konditionen einen Kredit auf, so treten vermutlich die geschilderten positiven Effekte der Schuldenfreiheit und der Bildung von Betriebskapital nicht ein.

Für die kreditgebende Bank bietet das Verfahren des Zwangssparens die Möglichkeit, ihr Kreditgeschäft beachtlich auszuweiten, da nur ein Teil der gesparten Mittel im Rahmen des kurzfristigen Kreditgeschäftes den Sperrkontoinhabern zur Verfügung gestellt wird. Der typische Charakter dieser Kreditpolitik ist darin zu sehen, dass der Zuwachs des Kreditvolumens zwangsläufig die Steigerung der finanziellen Mittel dieser Banken durch Zwangssparen zur Folge hat.

Das ost-pakistanische Experiment ist abzulehnen, da es gegen wichtige genossenschaftliche Grundsätze verstößt. Zwar wird die pakistanische Genossenschaftsbewegung auf das Element des Zwangssparens zumindest für eine gewisse Übergangszeit nicht ganz verzichten können; sie darf dieses Verfahren jedoch nur auf einer freiheitlichen Basis einführen, etwa in der Art, wie das in Indonesien geschehen ist.¹⁾ Die Verpflichtung zum Zwangssparen wird bei dem geschilderten Experiment von den Kreditnehmern jedoch nur übernommen, weil sie in grosser wirtschaftlicher Not sind und unbedingt einen Kredit aufnehmen müssen, trotz der drückenden Konditionen der KHAIKHALASHI Banken. Überdies werden die Kreditnehmer keine Glieder der Genossenschaftsgemeinschaft, das Verhältnis zwischen ihnen und der Genossenschaftsbank ist nicht anders als das zwischen einem Kreditgeber und einem Kreditnehmer. Die Tatsache, dass die KHAIKHALASHI Banken in den notleidenden Gebieten Ost-

1) Vgl. S. 98

Pakistan existieren können, weist auf den Mangel an anderen Kreditmöglichkeiten hin. Es fehlt eine freiwillige Mitarbeit aller Beteiligten und so die Genossenschaftsgesinnung. Da das Experiment nicht mit echtem genossenschaftlichem Denken vereinbar ist, trägt es den genossenschaftlichen Namen zu Unrecht und belastet die Genossenschaftsbewegung als ganzes.

2. Der Rahmen der Neugestaltung auf örtlicher, zentraler und höchster Ebene

Das genossenschaftliche Bankwesen nimmt eine zentrale Stellung im gesamten Genossenschaftswesen ein. Von seiner Neugestaltung wird deshalb der Erfolg der Gesamtreform des Genossenschaftswesens abhängen. Infolgedessen soll daher der Rahmen für diese Neugestaltung abgesteckt werden und zwar für jede der drei Ebenen des genossenschaftlichen Bankwesens gesondert.

a) Die örtlichen Kreditgenossenschaften

Die örtlichen Kreditgenossenschaften sollen auf dem Selbstverwaltungsprinzip aufgebaut werden, ihre Mitglieder haben die Aufgabe, sie mit Hilfe von Aufsichtsräten und Vorständen bzw. Geschäftsführern zu leiten und zu überwachen. Die Mitglieder wählen den Aufsichtsrat, der seinerseits den Vorstand oder einen Geschäftsführer bestellt. Die solidarische unbeschränkte Haftung des Aufsichtsrates und des Vorstandes bzw. des Geschäftsführers ist zu empfehlen, damit das Kreditgeschäft sorgfältig betrieben wird. Die anderen organisatorischen Probleme der örtlichen Genossenschaft, wie die Ausgestaltung der Haftpflicht, die Frage der Grösse und des Typs der Kredit- und Absatzgenossenschaften - Spezial- oder Universalgenossenschaften - sind bereits behandelt worden.¹⁾

Es genügt daher, hier zu wiederholen, dass für kleine örtliche Kreditgenossenschaften grundsätzlich das Prinzip der unbeschränkten Haftung gelten sollte, während sich für grosse örtliche Kreditgenossenschaften die Form der beschränkten Haftung empfiehlt. In allen diesen Fragen sollten sich die leitenden Stellen der Genossenschaftsbewegung darauf

1) Vgl. S. 100/129

beschränken, einen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen sich die örtlichen Genossenschaften frei entfalten können. Sie haben dabei darauf zu achten, dass es nicht zu Überschneidungen der Arbeitsbereiche der örtlichen Genossenschaften kommt, eine Gefahr, die besonders im Entwicklungsstadium gegeben ist.

Grundsätzlich bilden die örtlichen Kreditgenossenschaften die Grundlage des genossenschaftlichen Kreditwesens des ganzen Landes. Daher ist die Kreditpolitik von dieser Stufe ab an dem Spareinlagenvolumen und der Grösse des Absatzes eng auszurichten.¹⁾

Dieser Gesichtspunkt wird zu einer Richtschnur jeder Genossenschaft werden. Die Kreditfähigkeit des einzelnen Mitgliedes sollte nach der Höhe seiner Ersparnisse und der Grösse seines Absatzes beurteilt werden. Gewisse Ausnahmen von diesem Grundsatz erscheinen gerechtfertigt. Man sollte bei ihnen jedoch äusserst strenge Massstäbe zugrunde legen.

Das widerspricht der Auffassung, dass durch Kreditgewährung Fortschritte in der Landwirtschaft erzielt werden können, die die Sparfähigkeit der ländlichen Bevölkerung erhöhen und den Absatz vergrössern und deshalb der Kreditbedarf ausschlaggebend für die Kreditgewährung sein sollte. Handelte man nach dieser Auffassung, so werden die eigenen Kräfte des einzelnen Mitgliedes wie der Dorfgemeinschaft als ganzes nicht in vollem Umfange geweckt, die Frage des Wirtschaftlichkeitsprinzips ist nicht so zwingend, die Entwicklung der Sparfähigkeit nicht so günstig. Deshalb lehnen wir diese Auffassung ab, da wir der Ansicht sind, dass die Genossenschaftsbewegung in Pakistan auf lange Sicht nur dann erfolgreich sein wird, wenn es ihr gelingt, die Initiative ihrer Mitglieder voll zu entfalten. Das bedeutet, dass die Ersparnisse die Grundlage für die Kreditgewährung bilden müssen, nicht umgekehrt.

Will ein Mitglied also seine Kreditfähigkeit erhöhen, so muss es zunächst mehr sparen und seinen Absatz vergrössern. Das wird ihm nur

1) Wir haben schon hervorgehoben (s. Seite 119), dass jede Kreditgenossenschaft sich einer Absatzgenossenschaft anschliessen hat, damit die Kredit- und Absatzgeschäfte aufeinander abgestimmt werden können.

möglich sein, wenn es sich ständig zu wirtschaftlichem Denken zwingt, seine Ausgaben z.B. also streng auf ihre Notwendigkeit hin überprüft. Das wird ihn dazu fähig machen, planmässig und nicht nur sporadisch zu sparen. Damit gewinnen seine Ersparnisse für die Genossenschaft, der er angehört, einen erhöhten Wert; denn diese kann nun mit einem ständigen Zufluss von Mitteln rechnen und entsprechend disponieren.¹⁾

Die Vergrösserung seines Absatzes bedeutet ein Sinken des relativen Anteils des Eigenverbrauchs an der Gesamtproduktion. Die Marktleistung des Genossenschaftsmitgliedes wird immer grösser, sein Betrieb verliert in stärkerem Masse den Charakter einer geschlossenen Hauswirtschaft. Hat der Landwirt erst einmal mit dem Markt Berührung, so wird er leicht neue Gewinnchancen für seinen Betrieb entdecken. Überdies kann er als Marktpartner mit andersgearteten Menschen aus für ihn fremden Gegenden in Gedankenaustausch treten.

b) Die genossenschaftlichen Zentralbanken

Der "Credit Enquiry Commission Report" bemerkt, dass die genossenschaftlichen Zentralbanken Zentren geworden sind, die stark unter politischem Einfluss stehen und in denen persönliche Rivalitäten ausgetragen werden.²⁾ An einer anderen Stelle des gleichen Berichtes wird gesagt, dass in Ost-Pakistan die genossenschaftlichen Zentralbanken derzeit aufgehört haben, aktiv zu sein und zu wirkenden Institutionen zu gehören.³⁾ Einzelpersonen beeinflussen ihre Verwaltung und Lenkung, da sie in den Vorständen und Aufsichtsräten vertreten sind. Es handelt sich bei ihnen um Angehörige einer städtischen Oberschicht, vornehmlich aus den Kreisen der Händler, deren Interessen dem echten Anliegen der Genossenschaftsbewegung zuwiderlaufen.

Daneben besitzt das genossenschaftliche Zentralbankensystem zwei entscheidende Mängel: Es fehlt ihm an den erforderlichen finanziellen Mitteln und an qualifiziertem Personal. Der Mangel an finanziellen Mitteln ist vor allem auf die geringe Sparfähigkeit der Kreise zurück-

1) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Technical meeting on Cooperatives in The Caribbean, Washington, o.J., S. 3

2) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, a.a.O., S. 48

3) Vgl. ebenda, S. 42

rufführen, die dem Genossenschaftswesen nahestehen. Dies ist jedoch nicht die einzige Ursache. Dazu kommt, dass die genossenschaftlichen Zentralbanken nur ein sehr geringes Vertrauen bei den Sparern besitzen.¹⁾ Das wird u.a. dadurch deutlich, dass die genossenschaftlichen Zentralbanken höhere Habenzinsen als die Handelsbanken zahlen und trotzdem ein wesentlich kleineres Einlagevolumen besitzen als diese. Die genossenschaftlichen Zentralbanken arbeiten unrentabel, da ihr Geschäftsvolumen zu klein und ihre Geschäftspolitik schlecht ist, da die Leitung nicht in qualifizierten Händen liegt. Da nur von wenigen genossenschaftlichen Zentralbanken Gewinne erzielt werden, kann das System auch keine Selbstfinanzierung betreiben. Die Beseitigung aller dieser Mängel muss ein unerlässlicher Bestandteil der Neugestaltung des Genossenschaftswesens in Pakistan werden.

Weil die Genossenschaftsbewegung aus eigener Kraft diese Mängel nicht abstellen kann, muss ihre Beseitigung von aussen vorgenommen werden. Die beste Lösung besteht wohl darin, dass der Staat sich vorübergehend des Genossenschaftswesens annimmt.

Die erste organisatorische Veränderung, die nötig ist, ist der Übergang vom föderativen zum zentralen System beim genossenschaftlichen Zentralbankensystem, dem Bindeglied zwischen den Ortsgenossenschaften und genossenschaftlichen Spitzeninstitutionen. Derzeit sind die genossenschaftlichen Zentralbanken den genossenschaftlichen Spitzenbanken des betreffenden Teilgebietes angeschlossen. In dem vorgeschlagenen zentralistischen System sollten die genossenschaftlichen Zentralbanken umgewandelt werden in Filialen der genossenschaftlichen Spitzenbanken.

1) Qureshi befürwortete 1945 die Fusion der genossenschaftlichen Zentralbanken mit den genossenschaftlichen Spitzenbanken, bei der diese die genossenschaftlichen Zentralbanken aufnehmen sollten. Nach seinem Programm sollten die ehemaligen genossenschaftlichen Zentralbanken als Zweigstellen der genossenschaftlichen Spitzenbanken arbeiten. Sein Plan hat sich in einigen Gegenden als erfolgreich erwiesen, so in Bombay, wo genossenschaftliche Zentralbanken Zweigstellen der "Bombay Provincial Cooperative Bank Ltd." wurden. - Vgl. Qureshi, Inwar, Iqbal: The Future of Cooperative Movement in India, Madras, 1947, S. 25

Der "Credit Enquiry Report of 1959 in Pakistan" schlägt ebenfalls die Umwandlung der genossenschaftlichen Zentralbanken in Zweigstellen der genossenschaftlichen Spitzenbanken vor.

Ihre Selbständigkeit würden sie aufgeben müssen. Sie würden nicht länger von persönlichen Interessen abhängig sein und unter politischem Einfluss stehen. Weisungen könnten ihnen nur noch die genossenschaftlichen Spitzenbanken geben. Die dörflichen Genossenschaften müssten ihren Einfluss in den Kontrollorganen der genossenschaftlichen Zentralbanken aufgeben.

Nicht alle genossenschaftlichen Zentralbanken besitzen eine gesunde Struktur. Einige könnten illiquide werden, bei anderen ist zu befürchten, dass es zu starken Ausfällen im Kreditgeschäft kommt. In der vorgeschlagenen Fusion wird man nur diejenigen genossenschaftlichen Zentralbanken aufnehmen, deren Leistungen zufriedenstellend sind; denn man hat das Anliegen, gesunde und gut fundierte Genossenschaftsinstitute zu schaffen. Es muss daher eine gründliche Überprüfung derjenigen genossenschaftlichen Zentralbanken erfolgen, die übernommen werden sollen. Fiktive Aktiven sind auszuschneiden, Überbewertung richtig zu stellen. Nur ein derartig sorgfältiges und vorsichtiges Fusionsverfahren könnte zu den gewünschten Ergebnissen führen.

Diejenigen genossenschaftlichen Zentralbanken, die nicht über ausreichende Liquidität verfügen, sondern am Rande des Konkurses stehen, sollten kein Recht erhalten, weiterzubestehen; sie würden die Entwicklung des Genossenschaftswesens eher hemmen als fördern. Die genossenschaftlichen Spitzenbanken könnten an ihrer Stelle Zweigstellen eröffnen und Gebäude und Personal der liquidierten Banken übernehmen.

Es wäre zu empfehlen, die Liquidation dieser Banken den genossenschaftlichen Spitzenbanken zu übertragen. Auf diese Weise würde ein neues genossenschaftliches Finanzwesen entstehen, von dem aus starke Impulse für die Neugestaltung des gesamten Genossenschaftswesens ausgehen dürfte.

Die vorgeschlagene Fusion hatte die Konzentration aller finanziellen Mittel zur Folge. Eine Senkung der Kosten würde sich ergeben, die Dienstleistungen des genossenschaftlichen Bankwesens könnten billiger werden. Die Fusion ermöglichte auch die Anstellung von ausgebildeten und erfahrenen Kräften auf jeder Ebene.

Auch die genossenschaftlichen Spitzenbanken werden nach dieser Neugestaltung einen breiten funktionsfähigen Unterbau besitzen, der es ihnen ermöglicht, eine zielstrebige genossenschaftliche Arbeit zu treiben. Sie sind dann nicht mehr auf das Entgegenkommen der zahlreichen unabhängigen genossenschaftlichen Zentralbanken angewiesen. Es kann ebenso erwartet werden, dass die Zinsbelastung für die Endkreditnehmer sinken wird. Jetzt fließt das Kapital von den genossenschaftlichen Spitzenbanken zu $4\frac{1}{2}\%$ bis 5% zu den genossenschaftlichen Zentralbanken, die es ihrerseits an die dörflichen Kreditgenossenschaften zu 6% bis 7% ausleihen. Die dörflichen Kreditgenossenschaften geben dem Endkreditnehmer Kredite zu 8% bis $9\frac{1}{2}\%$. Die Herabsetzung dieser Zinsbelastung um 2% erscheint möglich, wenn man die genossenschaftlichen Zentralbanken ausschaltet, so dass der Endkreditnehmer für seinen Kredit nur etwa 6% zu bezahlen hätte.

c) Die genossenschaftlichen Spitzenbanken

Wie schon der Name sagt, bilden diese Banken die oberste Stufe innerhalb des genossenschaftlichen Finanzierungssystems. Die Neugestaltung dieser Stufe sollte folgende Form haben: Die genossenschaftlichen Spitzenbanken müssten ihr gegenwärtiges Grundkapital aus den Erträgen einer besonderen Grundsteuer aufstocken. Die dörflichen Genossenschaften könnten die Eigenkapitalbasis der Spitzeninstitute verbreitern, indem sie Anteile zeichnen. Weiteres Kapital müsste der Staat zur Verfügung stellen, entweder in der Form von Eigen- oder Fremdkapital. Um sicherzustellen, dass die Spitzenbanken nach den demokratischen Grundsätzen verwaltet werden, dürfen nur die örtlichen Genossenschaften Mitgliedsrechte an ihnen erwerben. Dem sollte ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden, da er über einen Stamm von fähigen Bankbeamten verfügt, der die Staatsbank bisher erfolgreich verwaltet und geleitet hat.

Ein Mitspracherecht scheint auch deshalb gerechtfertigt, weil der Staat einen Teil des Risikos trägt, da er den genossenschaftlichen Spitzenbanken Eigen- oder Fremdkapital zur Verfügung gestellt hat.

Der Credit Enquiry Commission Report empfiehlt ein Direktorium für die genossenschaftlichen Spitzenbanken mit nicht mehr als zwölf Mitgliedern und einem Vorsitzenden. Zwei Mitglieder sollen durch den Provinzgouverneur ernannt werden, zwei durch den Gouverneur der Notenbank (State Bank of Pakistan); die Übrigen wären durch die angeschlossenen örtlichen Genossenschaften zu wählen.¹⁾

3. Das Prinzip der Selbsthilfe oder Staatshilfe zur Selbsthilfe oder Staatspartnerschaft im Genossenschaftswesen

Ein Blick auf den finanziellen Aufbau des Genossenschaftswesens in vielen asiatischen Ländern zeigt uns, dass der Gedanke der Staatshilfe zur Selbsthilfe in vielerlei Formen Boden gewonnen hat, dass eine Staatspartnerschaft auf allen Ebenen hingegen erst in Indien vor kurzem verwirklicht worden ist, dass aber Selbsthilfe ohne Staatshilfe in keinem asiatischen Land zu finden ist.

In Pakistan ist die Notenbank (State Bank of Pakistan) durch Gesetz ermächtigt, an die Genossenschaftsbanken Kredite zu Vorzugssätzen zu gewähren. In Indonesien gewährt die Regierung Finanzhilfe in Form von Krediten und Garantien zu Gunsten der genossenschaftlichen Einrichtungen. Sie zeichnete auch einen Teil des Aktienkapitals der "Peoples Bank", nimmt an deren Geschäftsführung aber nicht teil.²⁾ In Taiwan sind 60 % des Stammkapitals der genossenschaftlichen Zentralbanken durch die Regierung aufgebracht worden; dieser Betrag soll aber zu gegebener Zeit abgelöst werden.³⁾

Im Gegensatz zu diesen wenigen Fällen der Staatshilfe, bietet uns die Republik Indien ein Beispiel, bei dem der Staat zur Planung, Finanzierung, Entwicklung und Lenkung der Genossenschaftsbewegung übergegangen ist und zwar auf verschiedenen Ebenen und in wechselndem Umfang. Das

1) Vgl. Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, a.a.O., S. 42

2) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of the Center on Agricultural Financing and Credit for Asia and The Far East, a.a.O., S. 76

3) Vgl. ebd., S. 76

geschieht im Rahmen der von Nehru eingeschlagenen Politik, die eine genossenschaftliche Gesellschaft (Socialist Cooperative Commonwealth) aufbauen will.¹⁾

a) Das Prinzip der Selbsthilfe

Die Diskussion darüber, ob Staatshilfe oder Staatspartnerschaft der richtige Weg für die asiatischen Länder mit ihren gegenwärtigen sozial-ökonomischen Verhältnissen ist, hat zu keinem einheitlichen Ergebnis geführt. Wir besitzen einige Stellungnahmen, die sowohl Staatshilfe als Staatspartnerschaft ablehnen. Sie fürchten, dass so die "easy going instincts" am Laufen bleiben, man ständig Anträge zu ähnlichen Dingen auf überhöhter Ebene einbringt.²⁾ So wird das Selbsthilfeprinzip nicht verwirklicht, und der Genossenschaftswesen wird seinen Grundstein fremd. Maraphis sagte Khulbees im Zusammenhang mit der Betonung der Genossenschaftsgesinnung. Er sagte wörtlich:³⁾

"Aus der Freiwilligkeit der Beteiligung der Mitglieder an ihrer Genossenschaft ergibt sich zunächst, dass sie eine echte wirtschaftliche Entscheidung treffen müssen. Sie müssen darüber klar sein, ob sie die Genossenschaft zum Instrument ihrer Existenzsicherung und optimalen Bedarfsdeckung machen wollen, oder nicht. Das impliziert aber nicht nur eine echte innere Entscheidung, die eine bestimmte Haltung und Gesinnung voraussetzt. Zunächst und vor allem ist damit eine Befähigung persönlicher Selbstverantwortung verbunden ... damit ist eine klare innere Frontstellung gegenüber der Mentalität des sich von anderer Seite "Helfen-Lassen-Wollen" gegeben ... Die besondere Haltung, die durch den Selbstverantwortungsgrundsatz geprägt ist, führt aber noch zu einer zweiten Frontstellung, nämlich zu der Ablehnung der Staatshilfe."

1) Vgl. South Pacific Commission: Technical Meeting on Cooperatives, Noumea, 1958, S. 11

2) Vgl. International Labour Office: The Development of Cooperative Movement in Asia, a.s.O., S. 56

3) Sraphis, Hans-Jürgen: Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen, Karlsruhe, 1956, S. 25/26

Seraphim hat diesen Aspekt nur vom Grundsätzlichen aus und nicht im Hinblick auf die sozial-ökonomischen Verhältnisse in Asien behandelt.

Die sozial-ethische Richtung der Genossenschaftsbewegung lehnt ebenfalls jede Staatshilfe ab. Hough, eine bekannte Vertreterin der erwähnten Richtung, sagt:¹⁾ "Worum geht es auf lange Sicht: dass die Genossenschaften vom Staat subventioniert werden und als einzige Kreditinstitutionen arbeiten, oder darum, dass die Genossenschaften ihren Grundsätzen treu bleiben und sich mit der Unmöglichkeit abfinden, sich auf gesunder genossenschaftlicher Basis mit ausreichender Schnelligkeit so zu entwickeln, dass sie in der Lage sind, den Kreditbedarf all derjenigen Personen zu befriedigen, die kreditwürdig sind und es einer anderen Institution überlassen, zu versuchen, das zu tun, wozu sie im Augenblick selbst nicht fähig sind, ohne ihr ureigenes Wesen aufzugeben." Die sozial-ethische Richtung sieht eine genossenschaftlich aufgebaute Gesellschaft als eine - *conditio sine qua non* - an. Nach ihrer Auffassung entsteht eine Genossenschaft aus dem selbstempfundenen Bedürfnis heraus, sich zu einer Gemeinschaft zusammenzuschließen.

b) Das Prinzip der Staatshilfe zur Selbsthilfe

Nun ist dies in den Ländern mit unterentwickelter Wirtschaft nur selten der Fall. Die Notwendigkeit der Gründung einer Genossenschaft mag zwar manchmal unbewusst empfunden werden, aber es wird selten der Fall sein, dass sich die Landwirte zusammenschließen, um eine Genossenschaft aufzubauen. Es fehlt in den unterentwickelten Ländern an Führungskräften, Initiative und ausdauerndem Streben. Angesichts dieser Tatsache ist eine gewisse Führung von aussen ein selbstverständliches Erfordernis in den unterentwickelten Ländern.²⁾ Belshaw stellt fest: tatsächlich gibt es nur wenige, wenn überhaupt einige solcher Länder, in denen die Genossenschaftsbewegung einen nennenswerten Erfolg ohne die aktive Hilfe durch ein Regierungsorgan oder eine ähnliche Institution erzielte.³⁾

In bezug auf die Staatshilfe ist in erster Linie Otto Friedrich von Gierke zu erwähnen. Er sagt: "Die Staatshilfe schliesst zwar die

1) Hough. E.M.: a.a.O., S. 316

2) Vgl. Belshaw, Horace: a.a.O., S. 146

3) Vgl. ebd., S. 158

Staatsinitiative und Staatsgestaltung aus. Sie ist aber sehr wohl vereinbar mit der mitwirkenden Staatshilfe".¹⁾ Eine mitwirkende Staatshilfe erblickt man in der Genossenschaftsgeschichte Deutschlands in der Gründung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse im Jahre 1895. Hildebrand bejaht auch die Staatshilfe überall dort, wo Selbsthilfe der Genossenschaften nicht ausreichen kann, wie z.B. in den osteuropäischen Staaten der damaligen Zeit.²⁾ Ebenfalls wurde dieser Grundsatz von der 'First Technical Meeting on Cooperation' in Lusknow richtig anerkannt.

Die Tagungsteilnehmer empfahlen den Regierungen, die Gründung von Genossenschaften zu fördern und diese zu lenken, ohne Zwang auszuüben und ohne die örtlich vorhandenen Initiative und den Willen, sich selbst zu helfen, auszuschalten. Die Regierungen sollten günstige Bedingungen für die Entwicklung des Genossenschaftswesens schaffen.³⁾ Folgende konkrete staatliche Förderungsmassnahmen wurden im Rahmen der aktiven Staatshilfe vorgeschlagen:⁴⁾

1. Bürgschaftübernahme für Obligationen und Schulverschreibungen der genossenschaftlichen Einrichtungen,
2. Einbeziehung der Genossenschaftsbanken in den Kreis der Institutionen, die Gelder der "Öffentlichen Hand" wie die Reserven der Regierung, Kautionen und die Mittel von Pensionsfonds entgegennehmen dürfen,
3. Bereitstellung geldlicher Hilfsmittel in Form von Krediten, Zuschüssen, Subventionen usw. im Anfangsstadium, in Zeiten besonderer Anspannung, bei Krisen oder für spezielle Entwicklungszwecke.

e) Die Staatspartnerschaft im Genossenschaftswesen

Die Staatshilfe, wie sie hier beschrieben wird, knüpft sehr dem Gedanken der Staatspartnerschaft. Alle Massnahmen des Staates, die er im Rahmen der Hilfe ergreifen soll, bilden auch einen wesentlichen Teil

-
- 1) Zitiert von Krebs, W.; Staatshilfe, Internationales Handwörterbuch des Genossenschaftswesens, Berlin, 1928, S. 858
 - 2) Vgl. Hildebrand, Karl: Die Finanzierung eingetragener Genossenschaften, Berlin-Leipzig, 1921, S. 53. - Siehe auch: Watkins, W.F.: Die Förderung des Genossenschaftswesens in den unterentwickelten Ländern, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. V, 1955, S. 337
 - 3) Vgl. Binns, Bernhard, O.: a.a.O., S. 5
 - 4) Vgl. United Nations: Rural Progress through Cooperation, New York, 1954, S. 104

der Staatspartnerschaft. Der Unterschied liegt darin, dass die Staatspartnerschaft ein Mitbestimmungsrecht beinhaltet, während die aktive Staatshilfe sich auf die Lenkung der Genossenschaften beschränkt.

Überlegt man, ob unter herrschenden sozialen und ökonomischen Verhältnissen in Pakistan - auch in Asien allgemein - die geschilderte aktive Staatshilfe zu einem entscheidenden Erfolg für die Genossenschaftsbewegung führen wird, so ist man pessimistisch. Selbst zu der versuchsweisen Einführung der Staatshilfe für die Genossenschaften ist man nicht bereit, eher akzeptiert man die Staatspartnerschaft. Aus geschichtlicher Sicht lässt sich die Staatshilfe nicht befürworten, weil sich gezeigt hat, dass die Genossenschaftsbewegung in Pakistan, zumindest für eine gewisse Übergangszeit, einer Führung bedarf, die wirtschaftliches Denken und Handeln durchsetzt und das bisher fehlende Vertrauen in die Kraft des Genossenschaftswesens herstellt. Nur wenn der Staat diese Führung übernimmt, indem er zum Partner der Genossenschaften wird, ist eine Gesundung des Genossenschaftswesens zu erwarten. Auch das folgende Zitat aus dem I. L. O. - Bericht zeigt uns, dass nur die Staatspartnerschaft und nicht die Staatshilfe das Gebot der Stunde ist: "Der Rat an die kleinen Landwirte, durch genossenschaftlichen Zusammenschluss ohne ständige, ausreichende und systematische staatliche finanzielle, organisatorische und technische Unterstützung den Versuch zu machen, das ländliche Genossenschaftswesen so zu stärken, dass es mit der kapitalstarken städtischen Wirtschaft konkurrieren kann, gleicht dem Vorschlag, den man einem Mann macht, der in einem Sumpf zu versinken droht, sich an seinen eigenen Haaren herauszuziehen."¹⁾ Der All-India-Credit Survey Report stellt ebenfalls fest, der Staat habe für die Genossenschaften einzutreten, indem er sich an ihnen beteiligt.²⁾

Der Gedanke der Staatspartnerschaft ist dem traditionellen genossenschaftlichen Denken fremd. Daher muss es, soll der Gedanke der Staatspartnerschaft verwirklicht werden, eine Wendung vollziehen, indem es

1) Ballendux, A.H.-Harper, R.K.: a.a.O., S. 20

2) Vgl. Reserve Bank of India Ltd.: a.a.O., S. 518

den Staat als vollwertiges Glied der Genossenschaftsbewegung anerkannt. Solches Umdenken ist insbesondere in den Ländern unerlässlich, in denen sich der Staat die Aufgabe gestellt hat, mit Hilfe des Genossenschaftswesens die ganze Gesellschaft neu zu ordnen, wie z.B. in Indien und Indonesien.

Die ablehnende Haltung vieler westeuropäischer Genossenschaftler gegenüber der Staatspartnerschaft ist damit zu erklären, dass ihnen die rechte Vorstellung davon fehlt, in welcher starkem Masse sich die Unkenntnis der Bevölkerung und die Kapitalarmut neben vielen anderen sozialen und wirtschaftlichen Faktoren hemmend auf die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Entwicklungsländern wie Pakistan auswirkt.

Da die Idee der Wirtschaftsplanung in Pakistan bereits anerkannt ist, ist die Planung der Genossenschaften eine zwangsläufige Forderung. Die Genossenschaftsplanung darf allerdings nicht den Genossen die Freiheit der persönlichen Initiative und des persönlichen Handelns nehmen. Sie soll nur - self originated action - durch - free acceptance of cooperative idea - ersetzen. Aus eigener Kraft wird es der pakistanischen Genossenschaftsbewegung nicht gelingen, das für die Neugestaltung unerlässliche Kapital zu beschaffen. Deshalb bietet sich die Staatspartnerschaft als einzige Lösung an. Im folgenden soll gezeigt werden, wie gross der Kapitalbedarf der Genossenschaften ist, den der Staat durch seine Beteiligung decken muss.

Von den ländlichen Kreditgenossenschaften wird erwartet, dass sie den Bedarf an kurzfristigen Krediten für die Landwirtschaft in Pakistan decken. Da eine statistische Übersicht über diesen Kreditbedarf in Pakistan nicht vorliegt, müssen wir eine rohe Schätzung vornehmen. Wir ziehen daher auch Angaben über die landwirtschaftliche Kreditgewährung in anderen Ländern heran, um zu einer Schätzung für Pakistan zu gelangen.

U.S. \$ pro ha

Indien	1,2	
Indonesien	2,6	
Malaya	7,1	
Ceylon	7,7	
Philippinen	34,0	
Japan	187,5	1)

Diese Zahlen beziehen sich auf die derzeitigen kurz-, mittel- und langfristigen Kredite je Hektar. Wenn wir die sehr niedrige Schätzung des Credit Enquiry Commission Report übernehmen, in dem der Mindestbedarf an kurzfristigem Kredit für Pakistan mit Rs. 20/- je Acre veranschlagt wird, so kommen wir bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 50 Millionen Acres zu einer Summe von 1 Milliarde Rupien. Dieser schon relativ hohe Betrag stellt jedoch nur einen kleinen Teil des Gesamtkreditbedarfs der Landwirtschaft dar. Da die pakistanische Landwirtschaft erst eine ziemlich niedrige Entwicklungsstufe erreicht hat, dürfte der Bedarf an mittel- und langfristigen Krediten ein Vielfaches des kurzfristigen Kreditbedarfs ausmachen. Wie schwer es sein wird, nur den kurzfristigen Kreditbedarf zu befriedigen, zeigt folgende Überlegung:

Der erste Fünf-Jahres-Plan für Pakistan schätzt die volkswirtschaftliche Gesamtersparnis für die Planungsperiode auf 5,6 Millionen Rupien.²⁾ Über die Struktur dieser Globalgrösse gibt der Plan keinen Aufschluss. Der Anteil der Spareinlagen, die den ländlichen Kreditgenossenschaften zufließen, dürfte sehr klein sein, da ein grosser Teil der Ersparnisse von den Sparern in ihren eigenen Betrieben angelegt werden und die Sparfähigkeit der dörflichen Bevölkerung im Verhältnis zu der städtischen gering ist.

Ausser dem Bedarf der Landwirte selbst haben wir den Kreditbedarf der Absatzgenossenschaften zu berücksichtigen, Sie können nur dann lei-

1) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of the Center on the Agricultural Financing and Credit, a.a.O., S. 162

2) Vgl. Government of Pakistan: First Five Year Plan, a.a.O., S. 22

stungsfähig werden, wenn sie Lagerhäuser erhalten. Die eigenen genossenschaftlichen Mittel reichen zum Bau von Lagerhäusern nicht aus.

Eine wichtige Aufgabe der Absatzgenossenschaften besteht darin, stabilisierend auf das Preisniveau der landwirtschaftlichen Produkte einzuwirken. Dazu benötigen sie neben Lagerhäusern vor allem Betriebskapital für die Lagerhaltung. Eine erfolgreiche Preispolitik ist ausserdem nur dann möglich, wenn der Marktanteil der Absatzgenossenschaften so gross ist, dass sie das Angebot beeinflussen können. Auch für die so erforderliche Steigerung des bisher noch geringen Marktanteils wird Kapital benötigt. Das zeigt deutlich das Beispiel der Juteabsatzgenossenschaften in Ost-Pakistan, die aus Kapitalmangel ihren geringen Marktanteil nicht vergrössern können und deshalb keinen Einfluss auf die Jute-Preisbildung ausüben.¹⁾

Zwar ist auch die Treue der Genossen zu ihrer Genossenschaft für eine erfolgreiche Preispolitik unerlässlich, sie ist aber, wenigstens zum Teil, abhängig von der Kapitalkraft der Absatzgenossenschaften. Denn nur dann, wenn die Absatzgenossenschaften jederzeit in der Lage sind, die ihnen von ihren Genossen angebotenen Produkte abzunehmen, werden die Genossen treu zu ihrer Genossenschaft stehen.

Obwohl aus den dargelegten Gründen die Partnerschaft im Genossenschaftswesen gegenwärtig als eine dringende Notwendigkeit erscheint, sind damit doch auch viele Gefahren verbunden. Die grösste Gefahr liegt in der Möglichkeit einer "easy credit" Politik. Die einzelnen Genossenschaftsmitglieder erhalten Kredite, die sich nicht mit ihrer Kreditwürdigkeit vereinbaren lassen. So kann es dazu kommen, dass Kredite entweder nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht zurückgezahlt werden. In Indien z.B., wo die Idee der Staatspartnerschaft bereits verwirklicht wird, haben die überfälligen Kreditforderungen stark zugenommen und zwar:²⁾

1) Vgl. S. 55

2) Vgl. Darling, M.L.: Report on Certain aspects of Cooperative Movement in India, Delhi, 1957, S. 5

Von 1950 - 1951	um	18 %
Von 1951 - 1952	um	25 %
Von 1952 - 1953	um	28 %
Von 1953 - 1954	um	31 %
Von 1954 - 1955	um	38 %

Am Ende des Jahres 1954/55 waren 32 % der Zinsbeträge, die bei den genossenschaftlichen Zentralbanken Indiens eingehen sollten, noch nicht beglichen.¹⁾

Dies sind die Gefahren, deren sich die Vertreter der Staatspartnerschaft bewusst sein sollten. Sie bilden jedoch keinen Grund für die Ablehnung der Staatspartnerschaft. Die folgenden Statistiken aus einigen Provinzen Indiens zeigen uns deutlich, dass es möglich ist, die aus einer Staatspartnerschaft erwachsenden Gefahren erfolgreich zu vermeiden.²⁾

Gegenüberstellung der prozentualen Zunahme
bei Krediten und Rückzahlungen 1955/56

	<u>Kredite</u>	<u>Rückzahlungen</u>
Rajistan	111 %	87 %
Kerola	56 %	54 %
West-Bengalen	58 %	52 %

Die Regierungspolitik Pakistans scheint der Idee der Staatspartnerschaft zurückhaltend gegenüberzustehen. Die Vertreter des Finanzministeriums und der Notenbank von Pakistan waren bei der abschliessenden Plenarsitzung der "First All-Pakistan Conference in Cooperative Marketing and Credit" der Auffassung, dass eine Staatspartnerschaft im Genossenschaftswesen nicht durchführbar sei, dass sie auch nicht den Genossenschaften liege.³⁾ Entgegen dieser offiziellen Ansicht erklärte die Konferenz der "Deputy Registrars of Cooperative Societies, West-

1) Vgl. Darling, M.L.: a.a.O., S. 6

2) Vgl. Darling, M.L.: a.a.O., S. 5

3) Vgl. Government of Pakistan: "Report of Final Plenary Session of the First All-Pakistan Conference in Cooperative Marketing and Credit", Karachi, 1957, S. 2

Pakistan", dass die wichtige Besonderheit der kürzlich organisierten ländlichen Kreditgenossenschaften die Beteiligung der Regierung am Kapital dieser Genossenschaften bis zur Höhe von Rs. 10.000/- sei.¹⁾ Auch schlägt das Cooperative Department in West-Pakistan in seinem Entwurf für die Entwicklung der Genossenschaften vor, dass die Regierung sich an dem Kapital der Absatzgenossenschaften bis zur Höhe von Rs. 25.000/- beteiligt. Zusätzlich solle die Regierung einen Betrag von Rs. 40.000/- für den Bau von Lagerhäusern zur Verfügung stellen, die eine Hälfte als Subvention, die andere als langfristigen Kredit. Ausserdem sollen die gesamten Personalkosten in den ersten fünf Jahren von der Regierung getragen werden.²⁾ Das alles zeigt, dass die Idee der Staatspartnerschaft im Genossenschaftswesen auch in Pakistan an Boden gewinnt und dass in naher Zukunft Staat und Genossenschaften im ländlichen Bereich Partner sein werden.

d) Die Stellungnahme des Internationalen Genossenschaftsbundes zu den Genossenschaften mit Staatspartnerschaft

Für ein Land wie Pakistan, dessen Genossenschaftswesen noch wenig entwickelt ist, ist die Mitgliedschaft beim Internationalen Genossenschaftsbund besonders wichtig, da es sich u.a. die Erfahrungen der entwickelten Länder zunutze machen kann, z.B. durch die Ausbildung des genossenschaftlichen Personals im Ausland. Der IGB andererseits hat ein grosses Interesse daran, alle Länder, in denen es Genossenschaften gibt, zu seinen Mitgliedern zu zählen, um das Genossenschaftswesen überall auf der Welt fördern zu können. Der IGB versteht das Genossenschaftswesen in seinen traditionellen Grundsätzen. Gegenwärtig steht er unter dem Einfluss derjenigen Genossenschaftler, die uneingeschränkt das Prinzip der Selbsthilfe vertreten.³⁾

1) Vgl. Cooperativ Department: Proceedings of the Conference of Deputy Registrars of Cooperative societies Department - West-Pakistan, 1958, S. 13

2) Vgl. Cooperative Department: Konzept des "Programme of Development of Service Cooperatives in West-Pakistan", der bei der Union of Cooperative societies, West-Pakistan, freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde, S. 6

3) Beispielsweise Bonsow aus Schweden, der vor dem 21. Kongress des Internationalen Genossenschaftsbundes in Lausanne ein Memorandum über die Fragen der Mitgliedschaft vorlegte.

Vgl. Capek, Mikulas: Cooperatives and The State, Prague, 1960, S.10

Die Auslegung des Prinzips der Selbsthilfe in Verbindung mit einer Staatspartnerschaft ist nicht mit den ursprünglichen Ideen der Pioniere des Genossenschaftswesens vereinbar. Selbsthilfe setzt Selbstinitiative voraus. Man wird in Pakistan, wenn überhaupt, auf eine nachhaltige Initiative der gesamten Dorfbevölkerung vergeblich warten. Nach der Auffassung Billerbecks werden die Dorfbewohner in den Entwicklungsländern überfordert, wenn man von ihnen erwartet, dass sie plötzlich aktiv werden und durch eigene Initiative Aufgaben übernehmen, die meistens zu ihrem herkömmlichen Denken in diametralem Gegensatz stehen.¹⁾ Die Selbstinitiative liegt in dem ländlichen Leben Pakistans bei traditioneller Führerschaft, die selbst keine Wandlung der Verhältnisse anstrebt, da das eine Gefahr für ihre Position bedeuten kann. Angesichts dieser Tatsache ist in der Staatspartnerschaft die Staatsinitiative zur Erweckung der Selbstinitiative in der Bevölkerung zugrunde gelegt. Der Staat übernimmt die Initialzündung.²⁾

Den genossenschaftlichen Organisationen in den Ostblockländern ist der Beitritt zum IGB verweigert worden, da sie den traditionellen Grundsätzen des Genossenschaftswesens nicht entsprechen.³⁾ Sie sind nur als "assoziierte" Mitglieder aufgenommen worden. Artikel 14 Paragraph 3b der Satzung des IGB besagt: "Associates shall have the right to nominate an observer to meetings of the central committee without the right to speak or vote".⁴⁾ So könnte man dazu neigen, dass die Genossenschaften in denjenigen Ländern, in denen der Staat beteiligt

1) Vgl. Billerbeck, Klaus: Mobilisierung des Arbeitskräfte-Potentials, in Asien und Afrika, Hamburg, 1961, S. 90

2) Valko ist der Meinung, dass staatliche unterstützte und gelenkte Genossenschaften niedriger einzustufen sind, da er sie als Wohlfahrtsgenossenschaften im Sinne der staatlichen Einrichtungen bezeichnet.

Vgl. Valko, Laszlo: Recent Developments in Cooperative Science, Washington, 1960, S. 679

3) Ungarn ist von der Mitgliedschaft ausgeschlossen worden, weil nach der Feststellung des Internationalen Genossenschaftsbundes Ungarn nicht mehr die traditionellen Grundsätze in seinem Genossenschaftswesen enthält.

4) Vgl. Capek, Mikulas: Cooperatives and The State, Prauge, 1960, S.10

ist, generell von der Vollmitgliedschaft in dem IGB ausgeschlossen werden.¹⁾ Es erscheint uns unrichtig. Man sollte zwischen der Staatspartnerschaft, wie man sie in Pakistan vorsieht, und den staatlichen Genossenschaften in den Ostblockstaaten unterscheiden.

In den Ostblockstaaten bilden die Genossenschaften einen Bestandteil des Gesamtplanes zur Errichtung des Sozialismus und daher ein Mittel zur Überleitung der Bauern von Privateigentum zu den Kollektivwirtschaften. Lenin sieht die Genossenschaften als ein Übergangsstadium vom Kapitalismus zum Sozialismus.²⁾ Dagegen stellt die Staatspartnerschaft im Genossenschaftswesen Pakistans ein Übergangsstadium von einer sehr niedrigen Entwicklungsstufe zur Demokratie und Selbstverwaltung dar.

Die Genossenschaften des Sozialismus verfolgen das Ziel, von individueller Bauernwirtschaft zur gesellschaftlichen Grosswirtschaft überzugehen und so die Bauernwirtschaft an die Gepflogenheiten der kollektiven Wirtschaft zu gewöhnen.³⁾ Hier stellt man fest, dass die Ostblockgenossenschaften den Kollektivismus bis zur letzten Konsequenz durchführen und fördern. Dagegen verfolgt die Staatspartnerschaft das Ziel, Einzel- und Gesamtinteresse zu harmonisieren. Der einzelne kann freiwillig in eine Genossenschaft eintreten, soll für die Genossenschaft wirken, aber nicht in ihr aufgehen.⁴⁾ Daneben verbleibt ihm sein eigener wirtschaftlicher Bereich. Der einzelne kann aus der Genossenschaft austreten, wenn sie seine Interessen nicht mehr wahrt.

Die Genossenschaften in den Ostblockländern arbeiten gemäss dem globalen Staatsplan. Sie sind ein organischer, aber untergeordneter Zweig

1) Kürzlich ist Ghana von dem Internationalen Genossenschaftsbund ausgeschlossen worden.

2) Vgl. Valko, Laszlo: a.a.O., S. 677

3) Vgl. Akademie der Wissenschaften der UdSSR: Politische Ökonomie, Berlin, 1960, S. 443

4) Vgl. Faust, Helmut: Ursprung und Aufgabe der Genossenschaftsbewegung, Neuwied, 1958, S. 11

einer mächtigen Staatswirtschaft.¹⁾ Die Ostblockgenossenschaften haben durch die Norm festgesetzte Leistungen hervorzubringen. Der Staat versorgt sie mit notwendigen Produktionsmitteln. Sie erhalten z.B. Saatgut, Maschinen, Düngemittel etc. entsprechend der Staatsplanung. Der Staat nimmt das Erzeugnis ab. Auch haben die Genossenschaften Wettbewerb weder innerhalb ihres Genossenschaftsbereiches durch andere Genossenschaften noch von Dritten. Nicht die Erfüllung von Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber leitet ihre Handlungsweise, sondern sie unterwerfen sich in allen Handlungen der Staatsautorität. Sinn der Staatspartnerschaft ist bei diesem System die Durchsetzung der Norm. Demgegenüber ist die Staatspartnerschaft in vielen Entwicklungsländern, und zu ihnen gehört Pakistan, in ihren Arbeitsmethoden grundverschieden. Hier setzt der Staat keine Leistungsnorm. Vielmehr fügt sich die genossenschaftliche Leistung in den Markt ein, dem sie sich anpassen muss. Staatspartnerschaft hilft hier den Mitgliedern der Genossenschaften, ihre Arbeitskraft und die Produktivität ihres Bodens besser und voll zu ihrem eigenen Vorteil unter freiwilliger Mitarbeit auszunutzen.

Wegen dieser grundlegenden Unterscheidung kann die Tatsache, dass in einem bestimmten Land der Staat an den Genossenschaften beteiligt ist, nicht in jedem Fall dazu führen, dass eine Mitgliedschaft im IGB nicht erwerbbar werden kann. Man muss unterscheiden, aus welchen Gründen Staatspartnerschaft besteht: entweder gemäss des Anspruchs des betreffenden Staates auf umfassende Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Belange oder im Interesse seiner Staatsbürger zur Förderung der genossenschaftlichen Initiative.

In einer Reihe von Berichten und Übersichten der ILO, FAO und der Horace Plunkett Foundation über asiatische Länder und besonders im All-India Rural Credit Survey Report wird gezeigt, dass unter den herrschenden sozialen und ökonomischen Bedingungen sich eine Umwandlung der genossenschaftlichen Grundsätze vollzogen hat, ohne dass

1) Vgl. Dahrendorf, Gustav: Forderungen an uns und die Zeit, Hamburg, 1949, S. 12

dadurch der genossenschaftliche Geist verletzt worden ist. Daher sollte die Haltung des IGB gegenüber den Genossenschaftsländern mit Staatspartnerschaft nicht zurückhaltend sein. Er soll sich vielmehr dazu entscheiden, diese Länder aufzunehmen und sich die Auffassung zu eigen machen, dass bei ihnen die Staatspartnerschaft nur als eine Übergangslösung angesehen wird und das letzte Ziel auch bei ihnen die Verwirklichung der traditionellen Grundsätze des Genossenschaftswesens bleibt. Dadurch wird die internationale Verständigung auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens verstärkt.

V. Die Richtlinien einer zukünftigen genossenschaftlichen Kreditpolitik

1. Die Unterscheidung zwischen produktivem und unproduktivem Kredit

Der Kreditbedarf in der Landwirtschaft Pakistans besteht sowohl für Produktions- als auch für Verbrauchszwecke. Unter Krediten für Produktionszwecke versteht man Anlage- und Investitionskredite, aber auch Betriebskredite. Von den Produktiv- oder Produktionskrediten unterscheidet sich der Verbrauchskredit durch den anderen Personenkreis der Kreditnehmer, aber auch dadurch, dass der Verbrauchskredit oft ein Kleinkredit ist, der gewährt wird, wenn der Kreditnehmer das von dem Kredit Gekaufte selbst ver- oder gebraucht.¹⁾ Diese Unterscheidung zwischen Produktions- und Verbrauchskredit ist im Kreditwesen nicht neu. Allgemein wird mit Recht gefordert, dass ein gesundes Kreditsystem nur die produktiven Kredite fördern soll, da nur produktive Kredite ihrem Charakter nach die Kreditrückzahlung ermöglichen. Deshalb verlangt man auch in Pakistan von den Kreditgenossenschaften die Gewährung rein produktiver Kredite. Diese Ansicht erscheint uns nicht ohne weiteres annehmbar, deshalb wollen wir den Charakter des Kredites in der Landwirtschaft Pakistans näher betrachten, um darzulegen, welche Arten von produktiven oder nicht produktiven Krediten die Kreditgenossenschaften gewähren sollen.

1) Vgl. Staats-Lexikon: Recht Wirtschaft Gesellschaft, Auflage 6, Band 5, Freiburg/Br., 1960, S. 1

Der pakistanische Landwirt bewirtschaftet seinen Betrieb zusammen mit allen seinen Familienmitgliedern. Deswegen ist zunächst auch die Landwirtschaftsfamilie als Produzent und Konsument zugleich ins Auge zu fassen. Ein Produzent braucht Betriebskredit, um Löhne an seine Arbeitskräfte zahlen zu können, was einem produktiven Kredit entspricht. Analog braucht der Landwirt einen Kredit, nur an Stelle der zu zahlenden Löhne für die Familienmitglieder, um deren produktive Kraft zu erhalten und zu verbessern. Dieser Kredit ist kein Konsumkredit, er ist ein reiner Betriebskredit. Man kann ihn nur insofern als Verbrauchskredit bezeichnen, als ein Teil davon der Erziehung der Kinder, für die ärztliche Betreuung und die Gesundheitspflege verwendet wird und somit nicht unmittelbar der betrieblichen Produktion zur Verfügung steht. Das ist wiederum vergleichbar mit dem Teil des Arbeitslohnes, der für die einzelnen Zwecke verwendet wird.

Nun gibt es aber auch einen weiteren Aspekt des Kreditbedarfs sozialer oder zeremonieller Art, der auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung und Religionsgemeinschaft vorliegt. Im ländlichen Leben bilden die sozialen und zeremoniellen Ausgaben einen Teil der Lebenshaltungskosten der Landwirtschaftsfamilien. F.F. Hill von der Cornell-Universität beschreibt diese Ausgaben als die "wahre Hypothek" eines Landbesitzes.¹⁾ Aus einem ECAFE-Paper, das dem All-India-Rural-Credit-Survey zugrunde liegt, gewinnen wir die tatsächlichen Zahlen, die die verschiedenen Aspekte des ländlichen Kreditbedarfs erläutern.

47 % des gesamten Kredites dienen Familienausgaben,
10 % sind für laufende Betriebsausgaben, und
30 % für Investitionen

verwendet worden.²⁾ Eine Befragung in Pakistan würde eine ähnliche Bedarfsstruktur herausstellen.

1) Vgl. Binns, Bernhardt: a.a.O., S. 7

2) Vgl. Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report of the Center on Agricultural Financing and Credit, a.a.O., S. 19

Diese Zahlen zeigen uns, dass die Kreditwünsche der Landwirte vielfach unproduktiven Charakter besitzen, obwohl manche Kreditbedürfnisse produktiven Zwecken dienen. Die Tatsache, dass der pakistanische Landwirt rückständig ist, ist der Grund dafür, dass seine Handlungen kaum geschäftsmässigen Charakter haben. Deshalb ist er nicht in der Lage, seine produktiven Bedürfnisse von den unproduktiven zu unterscheiden. Auch wenn er dazu in der Lage wäre, sind seine unproduktiven Bedürfnisse so dringend, dass er den produktiven Kredit für die Befriedigung unproduktiver Bedürfnisse verwenden wird. Tatsache ist, dass der pakistanische Landwirt berechtigten Kreditbedarf sowohl für Verbrauchszwecke als auch für Produktionszwecke hat und dass er beide aus dem Kredit, den er erhält, befriedigt. Allein die Dringlichkeit der Bedürfnisse scheint bei ihm Massstab für die Kreditverwendung zu sein.

Der "Cooperative Committee Report" nimmt deshalb Rücksicht auf diese unproduktiven Bedürfnisse und empfiehlt, dass künftige Kredite der Kreditgenossenschaften auf produktive und notwendige unproduktive Zwecke ausgedehnt werden sollen.¹⁾

Wenn die Notwendigkeit des Verbrauchskredits von den Genossenschaften nicht beachtet wird, treibt man den pakistanischen Landwirt in die Hände nicht-institutioneller Kreditgeber.²⁾ Solche Kredite sind nicht nur das grösste Übel für den Kreditnehmer, sondern auch eine Gefahr für die Entwicklung der Genossenschaften überhaupt. Der nicht-institutionelle Kreditgeber leiht sein Geld zu ungünstigen Bedingungen aus. Der hohe Zinssatz vermindert die Rückzahlungsfähigkeit der Schuldner. Da auch Absatzgeschäfte der Schuldner vom Kreditgeber übernommen werden, erzielt letzterer auf Kosten des ersteren einen weiteren Gewinn. Diese Abwicklung ist für die Kreditgenossenschaften ebenso nachteilig

1) Vgl. Government of West Pakistan: The Cooperative Inquiry Committee Report, Lahore, 1955, S. 46

2) Die Flucht der Hindu-Geldleiher und Hindu-Händler aus Pakistan hat den Nicht-institutionellen Kredit beachtlich vermindert, insbesondere in West Pakistan. Es besteht aber die grosse Gefahr, dass neue Nicht-institutionelle Kreditquellen auftauchen. Im Norden Pakistans betätigt sich schon ein Stamm nebenberuflich als Privat-Geldleiher, in kleinen Summen und zu hohen Zinssätzen.

wie für die Absatzgenossenschaften, da der produktive Kredit der Kreditgenossenschaften durch die verminderte Rückzahlungsfähigkeit der Schuldner den Gefahren des unproduktiven Kredits unterliegt. Die Gewinnung solcher Landwirte, die mit nicht-institutionellem Kredit arbeiten, ist für die Absatzgenossenschaften schwer, so dass deren Rückzahlungsfähigkeit nicht durch bessere Preise erhöht werden kann, weil sie unter dem Einfluss des nicht-institutionellen Kreditgebers stehen und ihre Produktion durch ihn verkaufen. Das macht deutlich, dass die Kreditgenossenschaften auch den Kreditbedarf für unproduktive Zwecke zu befriedigen haben.

Der unproduktive Kredit ist aus zwei Gesichtspunkten zu betrachten. Einmal soll er die Kosten der Lebenshaltung decken, d.h. die Arbeitskraft der Familien erhalten und verbessern. Andererseits soll der unproduktive Kredit die Ausgaben decken, die aus dem Zusammenleben mit einer ländlichen Gemeinschaft oder Religion entstehen. Dieser unproduktive Kredit soll deshalb als "notwendiger" unproduktiver Kredit aufgefasst werden, worauf der "Cooperative Committee Report" hinweist. Die Kreditgenossenschaften haben allerdings die Rückzahlungsfähigkeit der Kreditnehmer stets zu beachten.

Der Grundsatz der unproduktiven Kreditgewährung und auch deren Zinssatz soll die Minderung des künftigen Bedarfs an Krediten zu dem gleichen Zwecke sein.

Die Befriedigung des produktiven Kreditbedarfs ist die erste Aufgabe der Kreditgenossenschaften. Aber auch Kredite können auf Grund der Kreditbedingungen zu unproduktiven Krediten werden. Das geschieht dann, wenn Kreditbedarf und gewährter Kredit nicht übereinstimmen. Auch hohe Zinssätze können die Rückzahlungsfähigkeit der Kreditnehmer beeinträchtigen. Beispielsweise ist die Benutzung eines Traktors vorteilhaft. Ein Kredit für die Beschaffung eines Traktors wäre

anscheinend als "produktiver" Kredit zu bezeichnen. Wenn aber der Zinssatz für den Kredit im Verhältnis zur Rentabilität der Traktorverwendung zu hoch ist, so wird dieser Kredit zu einem unproduktiven¹⁾. Nicht allein die Zinskosten, auch die verschiedenen bankmässigen Belastungen wie z.B. Bearbeitungs- und Aufsichtsgebühren, Kapitalbeschaffungskosten usw. können Kredite unrentabel machen. Da die Kreditnachfrage das Angebot an Krediten übersteigt, können die Kreditgenossenschaften dazu kommen, die Bankgebühren zu erhöhen, um Verluste auszugleichen, die durch eigene Unfähigkeit oder schlechte Geschäftsführung entstehen.

Um diese Gefahren, die den Kreditcharakter umwandeln, zu beseitigen, sind bestimmte Massnahmen notwendig. Es sollte Aufgabe der Notenbank Pakistans sein, die Zinssätze für landwirtschaftliche Kredite in einen solchen Rahmen zu zwingen, dass die Zweckmässigkeit der Kredite (produktiv) nicht verloren geht.²⁾ Auch die bankmässigen Gebühren sollen mit Hilfe von Verordnungen festgelegt sein.

Das bietet uns nur einen Rahmen für die Kreditpolitik der Kreditgenossenschaften. In diesem Rahmen sollten Richtlinien für die Gewährung von unproduktiven Krediten durch die Zentralstelle festgelegt werden, nach denen die Kreditgenossenschaften handeln können. Ein willkürliches Verhalten der Ortsgenossenschaften bei der Gewährung der unproduktiven Kredite ist zu vermeiden, weil die Gefahr besteht, dass die Mitglieder durch ihren Einfluss auf den Geschäftsführer unproduktive Kredite nach ihren eigenen Vorstellungen erhalten.

1) Klaus Billerbeck äussert in ähnlichem Zusammenhang, dass in den ersten Stadien der Entwicklung die Sparrate der Kleinbetriebe in den Dörfern so gering ist, dass die erforderlichen technischen Einrichtungen praktisch nur über zinslose Darlehen durch die Regierung beschafft werden könne.
Vgl. Billerbeck, Klaus: a.a.O., S. 41

2) Es wäre an dieser Stelle auf ein Soll- und Habenzinsabkommen, wie in der Bundesrepublik Deutschland, hinzuweisen. Der Sinn dieses Abkommens soll nicht etwa eine Beschränkung der Konkurrenz innerhalb des Bankensystems sein, sondern ein Schutz der Kreditnehmer.

2. "Soft credit drives out good credit"

Die Kreditgenossenschaften sehen in dem nicht-institutionellen Kredit ihren gefährlichsten Gegner. Der nicht-institutionelle Kredit wird als "soft" bezeichnet, da er leicht (im negativen Sinne) erhältlich ist. Seine Geber verfolgen mit ihm kein volkswirtschaftliches Ziel und legen ihm oft nur fiktive Sicherheit zugrunde.¹⁾ Seine Verbreitung verdankt der "soft" Kredit den Gewährungsmethoden, die von jeder Formalität frei und in den Kreditbedingungen flexibel sind. Vor allem sind aber alle seine Transaktionen privater Natur. Die nicht-institutionellen Kreditgeber sind auch weniger umständlich in bezug auf mögliche sachliche Sicherheiten. Hier sei das Beispiel von Triwan zitiert, wo 1951/52 71 % der Kredite von Geldleihern gewährt wurden, von denen 64,97 % nicht gesichert waren.²⁾

Die Tatsache, dass der Genossenschaftskredit billiger ist als der nicht-institutionelle Kredit ist keine Garantie dafür, dass der Landwirt den Genossenschaftskredit in Anspruch nimmt. Der Genossenschaftskredit kann einmal nur nach den Grundsätzen der Kreditpolitik gewährt werden. Ausserdem ist er einem bestimmten Abwicklungsmodus unterworfen. Daher wird der Genossenschaftskredit als "hard" Kredit bezeichnet. So wie schlechtes Geld das gute verdrängt, so verdrängt in Pakistan der nicht-institutionelle Kredit den Genossenschaftskredit. Daraus erwächst der Kreditpolitik der Genossenschaften die ernsthafte Frage, wie dem "soft" Kredit begegnet werden kann. Passen sich die Kreditgenossenschaften in ihrer Kreditpolitik dem "soft" Kredit an, dann entfernen sie sich von den Grundsätzen des Genossenschaftswesens. Sie geben ihre soziale und volkswirtschaftliche Zielsetzung auf. Eine solche kreditpolitische Linie würde den Genossenschaften kaum den erwarteten Erfolg bringen, denn es ist ihnen nicht gestattet, auch in der Kreditüberwachung die Methode der nicht-institutionellen Kredit-

- 1) Mit fiktiver Sicherheit ist gesellschaftliches Ansehen gemeint. Dieses Ansehen beruht auf der Tradition und dem Ruf der Familie in der Gesellschaft, was selbst keinen sachlichen Wert darstellt. Es besitzt aber einen gesellschaftlichen Wert. Der nicht-institutionelle Kredit ist oft dazu da, diesen gesellschaftlichen Wert zu bewahren. Daraus kann man die Schlussfolgerung ziehen, dass in solchen Fällen der Kredit für die Bewahrung des gesellschaftlichen Wertes gefragt wird; denn dieser gesellschaftliche Wert bildet auch die Sicherheit für den Kredit.
- 2) Vgl. Report of the Center on Agricultural Financing and Credit for Asia and The Far East, a.a.O., S. 24

geber anzuwenden, nämlich die Erpressung der Schuldner durch den Grundbesitzer, die Schädigung des gesellschaftlichen Ansehens durch öffentliche Bekanntgabe der Schuldner usw. Soweit können die Genossenschaften dem "soft" Kredit nur durch Aufklärung und Kreditbereitstellung entgegentreten. Aufklärung und Kreditbereitstellung sind ohnehin die wesentlichen Aufgaben des Kreditgenossenschaftswesens. Den Kreditgenossenschaften bleibt nichts anderes übrig, als ihre "hard"-Kreditpolitik weiter zu verfolgen, bis diese eines Tages durch intensive Aufklärungsarbeit in der Anschauung der Kreditnehmer die richtige Kreditpolitik ist.

3. Genossenschaftskredit und seine Sicherung

Die pakistanischen ländlichen Kreditgenossenschaften und ihre Zentralbanken verstossen insofern gegen einen Grundsatz der Bankpolitik, als sie nicht allein kurzfristige, sondern auch mittel- und langfristige Kredite gewähren, die sie zum grössten Teil aus Spareinlagen finanzieren, während ihre Geschäftsanteile, die gesetzlichen Rücklagen und sonstigen Reserven nur den geringsten Teil ihrer Passiven ausmachen. Infolge ihres kurzfristigen labilen Charakters können Spareinlagen nur die Grundlage für das kurzfristige Kreditgeschäft bilden. Der mittel- und langfristige Kreditbedarf der Landwirtschaft müsste von anderen geeigneten Kreditinstitutionen befriedigt werden. Wenn die Kreditgenossenschaften und genossenschaftlichen Zentralbanken das mittel- oder langfristige Kreditgeschäft überhaupt betreiben wollen, dann nur, wenn den ungenügenden Einlagen eine höhere Eigenkapitalbildung zur Seite steht. Das heisst, dass mittel- und langfristigen Krediten entsprechend befristete Einlagen gegenüberstehen müssen. Um dies zu erreichen, erscheint uns eine gesetzliche Regelung oder eine Verordnung des Kommissars des Cooperative Department von grösster Wichtigkeit. Es könnte das Beispiel der Desjardin's Banken in Kanada und den Vereinigten Staaten ins Auge gefasst werden: diesen Banken war es nicht gestattet, sich in mittel- und langfristige Kreditgeschäfte einzulassen, solange nicht ihre eigenen Reserven

im Durchschnitt die doppelte Höhe ihres Aktienkapitals und ihrer Depositen erreicht hatten.¹⁾

Für pakistanische Verhältnisse wäre jedoch eine Regelung wie die bei den Dejaridin's Banken unrealistisch. Eine Lösung wäre ein Gesetz über die Kapitalbildung der Kreditgenossenschaften und genossenschaftlichen Zentralbanken, in dem ein festes Verhältnis zwischen den Posten der Aktivseite und den Posten der Passivseite vorgeschrieben ist. Hierin wäre auch der Umfang des lang- und mittelfristigen Kreditgeschäftes entsprechend der Grösse des Institutes festzulegen.

Ein Gesetz, wie die Kreditrichtlinien der Bundesbank in Deutschland, ist in Pakistan nicht vorhanden.

Die Sicherung der kurzfristigen Genossenschaftskredite bedarf besonderer Aufmerksamkeit, da hier ein charakteristischer Unterschied zu genossenschaftsfremden Kreditinstitutionen in Pakistan besteht. Die Sicherungsgrundsätze, die für das normale Bankgeschäft gelten, sind auf die ländlichen Kreditgenossenschaften in Pakistan nicht anwendbar. Das Sicherungsproblem ist mit der Bemerkung von D.M. Karve beleuchtet. Er sagte wörtlich: "Der kleine Bauer hat keinen (institutionellen) Kredit, da er keine Sicherheit leisten kann, er kann aber auch seine Sicherheit nicht erhöhen, weil er keinen Kredit erhält."²⁾

Das schwierige Problem sollte dadurch gelöst werden, dass man die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft als grundsätzliche Sicherheit anerkennt, und aus diesem Grunde Kredite nur an Mitglieder gewährt werden.³⁾ Nur dadurch wird man dem wirtschaftlichen Interesse der Mitglieder dienen.

1) Vgl. Report on the Asian Regional Seminar on Cooperation, Rangoon, 1958, S. 58

2) Zitiert bei: Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Report on the Center of Agricultural Financing and Credit for Asia and The Far East, a.a.O., S. 70

3) In der Bundesrepublik Deutschland heisst es im Genossenschaftsgesetz, dass die Kreditgenossenschaften ihre Aktivgeschäfte nur mit Mitgliedern tätigen sollen. - Vgl. Paragraph 18, Abs. 2 Gen.G.

An zweiter Stelle in der Rangordnung der Sicherheiten muss die Rückzahlungsfähigkeit des Kreditnehmers stehen. Die Rückzahlungsfähigkeit ist in der Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit gegeben. Letschert sieht die Kreditwürdigkeit in der Person des Kreditnehmers, seines Charakters, seines Lebenswandels und in seinen persönlichen Fähigkeiten wie etwa Mächtigkeit, Sparsamkeit und Betriebskenntnisse.¹⁾ Unter Kreditfähigkeit verstehen wir, was Hendrikson unter Kreditwürdigkeit versteht: eine Kreditwürdigkeitsuntersuchung bezeichnet er als eine prüfende, Zahlen aufbreitende und auswertende Tätigkeit, die einerseits die Vermögens- und Ertragslage, andererseits die Einnahmen und Ausgaben des Kreditsuchenden Unternehmens in der Gegenwart und Zukunft zum Gegenstand hat und den Zweck verfolgt, eine wirtschaftlich befriedigende Tilgungsweise des beantragten Kredites zu ermitteln.²⁾ In einer solchen Kreditwürdigkeitsuntersuchung müsse man, bezogen auf die Landwirte Pakistans, die 'Vermögen' durch 'Familienarbeitskraft und deren Leistungsfähigkeit' ersetzen, da die Landwirte keine Vermögen besitzen.

Die Prüfung der Kreditwürdigkeit genügt nicht, die Kredite sicherzustellen. Darüberhinaus ist die Kreditüberwachung zur Kreditsicherung ausserordentlich wichtig. "Bei der Kreditüberwachung ist darauf zu achten, ob der Kredit die richtige Verwendung fand."³⁾ Zur Kreditüberwachung gehört ausserdem die ständige Beobachtung des Verhaltens des Kreditnehmers, das in der Planung seiner Einnahmen und Ausgaben und rechtzeitiger Zahlung der Tilgungs- und Zinsbeträge zum Ausdruck kommt. Hagen Müller bezeichnet die Kreditüberwachung als eine laufende Kreditwürdigkeitsprüfung.⁴⁾

Begnügt man sich mit der Rückzahlungsfähigkeit im hier dargelegten Sinne als dem einzigen Kriterium für die Kreditsicherung, so wird ein Kreis der Landwirte in Pakistan, die Genossenschaftskredite in Anspruch nehmen können, grösser, obwohl sie nicht über bankmässige Sicherheiten verfügen.

1) Vgl. Letschert, Reinhold: Kreditgenossenschaften und Handwerk, in: Genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen, Berlin, 1934, S. 17

2) Vgl. Hendrikson, H.H.: Die Technik der Kreditwürdigkeitsprüfung, Wiesbaden, 1956, S. 18

3)4) Vgl. Hagermüller, K.F.: Bankbetrieb und Bankpolitik, Wiesbaden, 1959, S. 108

Die Rückzahlungsfähigkeit als Sicherungsgrundlage für Genossenschaftskredite steht in einem sehr engen Zusammenhang zum Kreditvolumen. Sobald der Kreditbedarf das verfügbare Kreditvolumen übersteigt, wird mangelnde Produktivitätssteigerung die Rückzahlungsfähigkeit beeinträchtigen. Andererseits werden, wenn das verfügbare Kreditvolumen den Kreditbedarf übersteigt, die zu hohen Zinskosten die Rentabilität und damit ebenfalls die Rückzahlungsfähigkeit einengen. Daher kann gesagt werden, dass nur die Deckung des echten Kreditbedarfs die Rückzahlungsfähigkeit und damit die Kreditsicherung gewährleistet.

Die Konferenz der Staatsminister für Genossenschaftswesen in Indien, die 1959 in Mysore stattfand, schlug vor, dass die Höhe des Kreditbedarfs von einem speziellen Produktionsprogramm abhängen soll.¹⁾ Eine derartige Kreditbasis würde zwar erhöhte Produktion zur Folge haben. Erhöhte Produktion ist aber nicht immer mit wirtschaftlicher Produktion und einer erhöhten Rückzahlungsfähigkeit der Schuldner der Kreditgenossenschaften verbunden. Es lässt sich anhand des Gesetzes der "decreasing returns" in der Landwirtschaft nachweisen, dass zwar die Gesamtproduktion steigt, aber der relative Ertragszuwachs sich vermindert. Die Einsatzkosten steigen und der Erlös wird immer geringer. Deshalb wird sich die Ansicht als falsch erweisen, dass das Produktionsprogramm die Grundlage für die Kreditgewährung bilden und daher auch das Produktionsprogramm als genügende Sicherheit aufgefasst werden soll. Für eine sorgfältige Entwicklung der Kreditgenossenschaften ist nur die Anwendung des Prinzips der Rückzahlungsfähigkeit als Grundsatz für die Kreditgewährung und Kreditsicherung erfolversprechend.

Die Rückzahlungsfähigkeit des Kreditnehmers ist ein Faktor, der der Kreditsicherung dient. Aber auch die Kreditgenossenschaften tragen ihrerseits zur Sicherung der Kredite bei und zwar mittelbar durch die Art und Weise der Kreditgewährung. Auf welche Merkmale es hierbei besonders ankommt, ist im folgenden herausgestellt:

1) Vgl. International Labour Office: Cooperative Information, Geneva, Nr. 1, 1960, S. 2

1. Da die Nachfrage nach landwirtschaftlichem Kredit in Pakistan bei weitem das Angebot übersteigt, ist der Landwirt geneigt, jeden Kredit aufzunehmen, den er auf ehrliche oder unehrliche Weise erhalten kann. Deshalb neigt er auch dazu, einen Kredit zu beantragen, der über seinem Bedarf liegt. Daraus wiederum resultiert das Verhalten der Kreditgeber, jeden genannten Kreditbedarf als überhöht zu betrachten und eine niedrige Kreditsumme zu gewähren. So sind 2 Tendenzen zu prüfen: die Tendenz der Kreditnehmer, Kredite über den effektiven Bedarf hinaus zu fordern und die Tendenz der Kreditgeber, weniger zu gewähren als gefordert und oftmals benötigt wird.

Um mögliche Benachteiligungen zu vermeiden, darf die Kreditgewährung künftig im Verhältnis zum Kreditbedarf weder zu hoch noch zu niedrig sein. Ausserdem soll der Kredit rechtzeitig gegeben und getilgt werden. Falls die Bedingungen nicht zu erfüllen sind, sollte man auf die Kreditgewährung verzichten, da sonst die Kreditrückzahlung nicht gesichert ist.¹⁾

Die Gefahr einer zu reichlichen oder zu knappen Kreditgewährung wird am besten dadurch ausgeschaltet, dass die Kredite zweckgebunden gegeben werden. Auf diese Weise ist die Ermittlung des Kreditbedarfs immer möglich. Auch wird der Landwirt dazu erzogen, sein Kreditverlangen auf den tatsächlichen Zweck und damit Bedarf auszurichten.

2. Die Kreditlaufzeit bildet einen anderen Faktor für die Kredit-sicherung. Deshalb soll die Laufzeit eines Kredites weder ungewöhnlich lang noch ungewöhnlich kurz sein.²⁾ Ist die Laufzeit zu lang, so fühlt sich der Landwirt nicht veranlasst, maximal zu produzieren und maximal zu sparen. Ist die Laufzeit zu kurz, und der Landwirt kann den Kredit innerhalb der festgelegten Frist nicht

1) Vgl. Ballendix, A.H.-Harper, R.K.: a.a.O., S. 16

2) Dies wirkt auch erzieherisch, da der Landwirt durch eine angemessene Laufzeit zu grösserer Sparsamkeit gezwungen wird.

zurückzahlen, so muss er seine Kraft darauf konzentrieren, eine Fristverlängerung zu erhalten. Wenn die Laufzeit der Kredite häufig zu kurz festgelegt und auf Antrag der Kreditnehmer verlängert werden muss, dann besteht die Gefahr, dass die Kreditnehmer immer die Laufzeit als zu kurz betrachten und eine Verlängerung als Selbstverständlichkeit voraussetzen. Auch die Kreditgenossenschaften als Kreditgeber gewöhnen sich leicht daran, die Kredite ständig zu verlängern. Diese Art der Abwicklung ist für die Kreditsicherung ungeeignet.

Die Aufstellung eines Tilgungsplanes¹⁾ für die Rückzahlung wird dazu beitragen, die Kreditrückzahlung zu sichern, da dann Kreditnehmer und Kreditgeber stets Fälligkeit und Höhe der Tilgungsraten kennen. Dadurch ist die Kreditkontrolle erleichtert und die Rückzahlungen werden sinnvoller. Der Kreditnehmer wird zu pünktlichen und regelmäßigen Leistungen erzogen. Allerdings ist auch die Festlegung von Höhe und Zeitpunkt der Tilgungsraten ebenso sorgfältig zu planen, wie die Laufzeit selbst. In bestimmten Kreditfällen wird es erforderlich sein, den Tilgungsplan nicht über die ganze Laufzeit hindurch mit gleich hohen Tilgungsraten auszustatten. Vielmehr sind die Tilgungsbeträge auf den Produktionsplan des Kreditnehmers abzustimmen. Mit anderen Worten: Es sind die Ernteerträge und damit die Rückzahlungsfähigkeit in Betracht zu ziehen. Ferner sind die Tilgungsraten auf den Zeitpunkt der Einkommensbildung beim Kreditnehmer abzustimmen. Da damit gerechnet werden muss, dass die Erträge der Landwirte niedriger sind als erwartet, müssen die Kreditgenossenschaften bereit sein, die Kreditlaufzeit und Tilgungspläne entsprechend zu ändern. Helferich führt zu Recht an, dass es für einen blühenden Betrieb schwer ist, sich zur Zahlung bestimmter Geldsummen an ganz bestimmten, nicht verrückbaren Terminen zu verpflichten.²⁾

1) Ein System des Tilgungsplanes, wie es in Deutschland vorhanden ist, gibt es in Pakistan nicht.

2) Helferich, Hans: Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften für die Kreditversorgung der Bauernwirtschaft, in: Beiträge zum Genossenschaftskunde, Heft 3, Leipzig, 1936, S. 58

Abschliessend kann man sagen, dass die Kredite einmal durch das Verhalten des Kreditnehmers, ein andermal durch das Verhalten des Kreditgebers gesichert sind.

4. Die Zusammenarbeit der ländlichen Kreditgenossenschaften mit anderen mittel- und langfristige Kredite gewährenden Institutionen

Die kurzfristige Kredite gewährenden Kreditgenossenschaften bedürfen der Koordinierung mit den Stellen, die den mittel- und langfristigen Kreditbedarf der Landwirtschaft decken. Dabei wird vorausgesetzt, dass derartige Stellen bestehen oder gegründet werden. In Pakistan haben die "Agricultural Bank"¹⁾ und andere Institute die Hingabe mittel- und langfristiger Kredite zu übernehmen, da sonst die Gefahr besteht, dass die kurzfristigen Kredite der Kreditgenossenschaften für mittel- und langfristige Investitionen verwendet werden. Die Kreditgenossenschaften erleichtern die Verbindung der Institute für den mittel- und langfristigen Kredit zu dem Kreditnehmer (Landwirt) in den entfernt liegenden Dörfern. Sie ermöglichen dadurch eine dezentrale Verwaltung der von den genannten Stellen fliessenden Mittel und beanspruchen für die von ihnen geleisteten Dienste nur eine besondere Provision. Um das Kreditrisiko der mittel- und langfristigen Kreditinstitute zu vermindern, können die Ortskreditgenossenschaften verpflichtet werden, die

-
- 1) Die "Agricultural Bank" ist bereits gegründet worden. Ihr Aufgabenbereich umfasst kurz-, mittel- und langfristige Kredite. Wir sind der Meinung, dass die "Agricultural Bank" sich nicht mit der Direktvergabe von kurzfristigen Krediten befassen soll, sondern allein die Kreditgenossenschaften. Nur dadurch wird eine Konkurrenz im kurzfristigen Kreditgeschäft zwischen beiden vermieden. Die "Agricultural Bank" hat erklärt, dass sie nicht mit den Kreditgenossenschaften konkurrieren wird, vielmehr mit ihnen zusammenarbeiten will. Deshalb ist es notwendig, dass diese Mitarbeit institutionell festgelegt wird, sonst besteht die Gefahr der Konkurrenz immer. Als andere Institute kämen auch die Abteilungen des Landwirtschaftsministeriums infrage, die bestimmte Kreditprogramme finanzieren, die nicht von anderen Kreditanstalten übernommen werden.
- In der Bundesrepublik Deutschland werden die mittel- und langfristigen Kredite durch die Landwirtschaftliche Rentenbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Land- und Pachtbank, Lastenausgleichsbank und Landeswirtschaftsministerien in Zusammenarbeit mit den Kreditgenossenschaften an die Landwirtschaft gegeben.

Ausfallbürgschaft zu übernehmen. Auf diese Art würden die Kreditgenossenschaften zu sehr wichtigen und unbedingt notwendigen Institutionen der landwirtschaftlichen Kreditgewährung in Pakistan werden. Die Kreditgenossenschaften hätten in ihrer Zusammenarbeit mit den anderen Geldinstitutionen stets zu beachten, dass sie lediglich die Verantwortung für die Verwaltung der ausgeliehenen Mittel tragen. Aus diesem Grund sollte die Kreditgewährung nicht in ihren Händen liegen; die letzte Verantwortung müsste vielmehr bei den Institutionen bleiben, die die Gelder ausgeliehen haben. Diese Institutionen können sich auch Kreditanträge durch die Ortsgenossenschaften einreichen lassen, dazu auch die Beurteilung durch sie erbitten; aber die letzte Entscheidung über die Kreditgewährung sollte bei den kreditgewährenden Institutionen liegen, die jedenfalls an Ort und Stelle in Zusammenarbeit mit den Ortskreditgenossenschaften zu prüfen hätten. Sie hätten auch die Rückzahlungsfähigkeit der Schuldner u.a. zu erörtern. Durch diesen Vorgang würden die Kreditgenossenschaften eine zusätzliche Ausbildung in Kreditangelegenheiten erhalten.

5. Die genossenschaftliche Erziehung durch die Kreditgewährung

Der Nicholson Report von 1895 besagt, dass der Genossenschaftskredit nur an diejenigen zu gewähren wäre, die denken, planen und sparen gelernt haben.¹⁾ Diese Notwendigkeit, die Nicholson für die Kreditgewährung voraussetzt, erweist den Kreditnehmer als ökonomisch denkenden Menschen. Der ihm gewährte Kredit erscheint bereits durch die Persönlichkeit des Kreditnehmers als sicher. Wir finden aber in der Genossenschaftsgeschichte Pakistans keine Anzeichen dafür, dass nach dieser Maxime bereits Kredite gewährt werden konnten. Wirtschaftliches Denken, Sparsamkeit und rationelles Planen sind heute dem pakistanischen Landwirt noch fremd. Deshalb wird es die Aufgabe der Kreditgenossenschaften sein, die Kredite an die Landwirte so zu gewähren, dass sie dadurch denken, planen und sparen lernen; d.h., dass die Kreditgewährung er-sicherisch sein sollte.

1) Vgl. Hough, E.M.: a.a.O., S. 75

Wir finden beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland das Verfahren der Kreditgewährung zur Gründung selbständiger Existenzen von Nachwuchskräften des gewerblichen Mittelstandes.¹⁾ Durch dieses Verfahren sollen die erwähnten "values" bei den Kreditnehmern entwickelt und gepflegt werden. Ein solches "pädagogisches" Kreditvorhaben unterscheidet sich vom herkömmlichen dadurch, dass dem Kreditgeschäft ein Sparabkommen zugrunde liegt. Der Kreditanwärter schliesst mit der Kreditgenossenschaft ein Sparabkommen, in dem er sich verpflichtet, einen bestimmten Betrag innerhalb einer festgesetzten Zeit aus seinem Verdienst regelmässig anzusparen. Die Kreditgenossenschaft sagt ihm einen zweckgebundenen Kredit zu, unter der Bedingung, dass er verträglich die Leistungen erbringt.

Die Regelmässigkeit des Sparens in der vergangenen Periode gibt der Genossenschaft Grund zu der Annahme, dass der Sparer bzw. Kreditanwärter sein Verhalten weiterhin beibehalten wird. Dies bildet die Grundlage für die Sicherheit der Kreditgewährung. Gewöhnlich übersteigt die Höhe des Kredites die der Ersparnisse um ein Vielfaches. Ein Sparabkommen, das sich über einen längeren Zeitraum erstreckt, bietet der Kreditgenossenschaft die Möglichkeit, Charakter und wirtschaftliche Verhältnisse des Sparers zu beurteilen. Auch führt das regelmässige Sparen zu einem engeren Kontakt zwischen den Vertragspartnern.

In diesem Verfahren hat der Kreditnehmer in der vergangenen Periode gespart, um einen Kredit zu erhalten, aber er muss weiterhin regelmässig sparen, um den Kredit zurückzuzahlen. Das ganze wird über eine Reihe von Jahren hinauslaufen und dadurch eine Gewöhnung an Denken, Planen und Sparen zur Folge haben. Auf die lange Sicht gesehen bildet diese Gewöhnung an das Sparen ein wertvolles Aktivum für die Kreditgenossenschaft.

Nicht allein das Verfahren einer Kreditgewährung ist es, das die Möglichkeit für die Erziehung der Kreditnehmer anbietet, sondern auch die

1) Vgl. Rundschreiben des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V., Bonn, in: Geld-Kredit Nr. 167/189 vom 5.8.1960

Kreditverwaltung. Die Kreditgenossenschaft kann sehen, ob der Kreditnehmer seine Tilgungsraten regelmässig bezahlt. Beim Ablauf des Kreditkontos kann es abgelesen werden, ob er seine Ausgaben überlegt und Ersparnisse erzielt.

In einem solchen Verfahren kann man dem Kreditnehmer noch andere Vorteile anbieten, um seine Planung und Sparfähigkeit auf ein Maximum zu stellen. Beispielsweise kann dem Kreditnehmer eine besondere Konzession gewährt werden. Unterlässt er aber die Ratenzahlungen, so soll er durch eine Erhöhung des Zinssatzes oder die Rücknahme von Vergünstigungen bestraft werden. Auch im Falle einer Kreditgewährung zum Kauf von Waren oder gewerblichen Leistungen, die durch andere Zweige des Genossenschaftswesens angeboten werden, sollte der Kreditnehmer veranlasst werden, von genossenschaftlichen Einrichtungen Gebrauch zu machen. Auf diese Art und Weise würde das ganze Netz des Handels einer Kreditgenossenschaft so sinnreich gelenkt werden, dass die Kreditnehmer sich der kooperativen Werte bewusst und zu ihnen erzogen werden.

An dieser Stelle darf nicht vergessen werden, dass es nicht allein die Mitglieder der Genossenschaften sind, die im Sinne einer besseren eigenen Hauswirtschaft erzogen werden sollen, sondern auch die Ortsgenossenschaften, die im Sinne einer besseren Befähigung zur Erfüllung ihrer genossenschaftlichen Ausgaben angeleitet werden müssen. Deshalb sollen die genossenschaftlichen Zentralbanken und andere Spitzeninstitutionen ihrerseits ihre Kreditpolitik in ähnlicher Weise führen wie die Kreditgenossenschaften.¹⁾

1) Beispielsweise kann angeführt werden, dass die Zentralbanken den Ortsgenossenschaften Kreditmittel im Verhältnis zu ihren Ersparnissen oder sonstigem Geschäftsvolumen zur Verfügung stellen. Auch sie sollen bei frühzeitiger Rückzahlung Konzessionen erhalten und für Unterlassungen bestraft werden.

6. Das Zusammenwirken des "Supervised Credit System" und des
genossenschaftlichen Kreditsystems

Auf dem landwirtschaftlichen Sektor haben wir die Bezeichnung "Supervised Credit System" wie folgt zu verstehen:

"Um die betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse wirksam werden zu lassen und um je acre einen erhöhten Ertrag zu erzielen, ist es erforderlich, die Faktoren des Kredites und einer technisch-landwirtschaftlichen Führung zu kombinieren und sie in den Brennpunkt der betreffenden Farm zu bringen, und auch in Beziehung zu den Bedürfnissen und Fähigkeiten der betreffenden Bauern-Familie. Dies ist der genaue Begriff für den "Supervised Credit": Kredit und Schulung - vereint für den einzelnen Landwirt."¹⁾

Wie es sich aus der Definition des "Supervised Credit" ergibt, kann die Anwendung dieses Systems nur in solchen Ländern erfolgen, wo die Geldwirtschaft noch nicht voll entwickelt wurde, die Landwirte Analphabeten sind und unerfahren in geschäftlichen und finanziellen Dingen. Ebenso sind das Fernmeldewesen und das Verkehrsnetz noch nicht entsprechend ausgebaut, so dass aus diesen Gründen Absatzmöglichkeiten fehlen. In diesen Ländern ist die landwirtschaftliche Struktur mehr oder weniger dem Feudalsystem ähnlich, unter welchem die Betriebsgrösse, die Besitzverhältnisse und die Einkommenshöhe der Bauern gewöhnlich derart sind, dass keine bankmässige Sicherheit für Kredite erreicht werden kann. Unter diesen Umständen ist das Problem des kleinen Bauern, der ja die Hauptstütze der Landwirtschaft darstellt, ein sehr schwieriges; eine einfache Lösung gibt es dafür nicht. Es umfasst nicht nur Kredit oder Schulung (im betriebswirtschaftlichen Sinne), vielmehr ist beides - und dazu noch vieles andere - zu koordinieren. Diese Lage verlangt nach einem System landwirtschaftlicher Kredite, dass die Bedürfnisse des Bauern erfüllt werden, unter Ausserachtlassung des jeweiligen sozialen Status und - in gewissem Masse - der Betriebsgrösse.

1) The Indian Cooperative Union Ltd.: Seminar on Planned Production Credit, New Delhi, 1959, S. 19

Daher kann gesagt werden, dass das "Supervised Credit System" das A und O eines integrierten Entwicklungs-Programms darstellt, um die Verhältnisse der kleinen Farmer zu verbessern, die die Grundlage der Landbevölkerung in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern bieten. Der Gedanke des "Supervised Credit Systems" scheint in Lateinamerika durchaus populär zu sein. Bisher arbeiten Brasilien, Honduras, Paraguay und Venezuela schon nach diesem Kreditsystem, wobei in Guatemala, Panama, Peru und vielen anderen Ländern die Möglichkeit einer Anwendung studiert wird.¹⁾

Die Hauptmerkmale eines "Supervised Credit" sind die Betriebs- und Haushaltsplanung und eine kontinuierliche Überwachung der Schuldenbetriebe. Die Betriebs- und Haushaltsplanung bedeutet eine Berechnung der maximalen Produktivität des Hofes unter bester Anwendung von Arbeitskraft und Kapital des Bauern und seiner Familie. Die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Technisierung wird auch erwogen, und zwar in Angleichung an die Kenntnisse des Bauern, die er schon erworben hat, und diejenigen, die er in einem entsprechenden Zeitraum sich aneignen kann. Ebenso wird eine kurz-, mittel- und langfristige Kreditgewährung für die Bedürfnisse des Farmers entsprechend zu berücksichtigen sein. Die Planung bezieht auch die Schulung des Bauern in der Bodenbearbeitung und im Fruchtwechsel ein; dazu gehört auch die sinnvolle Kreditverwendung und die Rückzahlung des Kredites. Auf diese Weise wird das Fehlen realer Sicherheiten ersetzt durch die Betriebs- und Haushaltsplanung und deren Überwachung.

Eine erfolgreiche Durchführung dieser Funktionen setzt allerdings an erster Stelle voraus, dass der Farmer seinerseits willig und bemüht ist, diesen "Supervised Credit" zum Erfolg zu führen. An zweiter Stelle bedürfen die Betriebs- und Haushaltsplanung und deren Überwachung entsprechend vorgebildeten Personals. Ein solcher Stab steht an der ersten Stelle innerhalb eines "Supervised Credit Programms".

1) Vgl. Brossard, Dario, B.: Manual of Supervised Agricultural Credit in Latin America, Rome, 1955, S. V

"Nichts schmälert den Ruf einer Organisation mehr, als wenn sie unqualifizierte Angestellte beschäftigt, und nichts zerstört die Moral einer Organisation schneller, als der Einsatz von Personen an Schlüsselstellungen, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind."¹⁾ Ein hochqualifizierter Stab würde zu hohe Personalkosten erfordern, die von der unterentwickelten Wirtschaft des Bauern nicht getragen werden könnte. Deshalb schliesst das Programm des "Supervised Credit" ein, dass ein hoher Kostenanteil von der Regierung getragen werden muss.

Nun gibt es aber einige Auffassungen, die den Gedanken des "Supervised Credit" falsch auffassen und daher der Meinung sind, dass der "Genossenschaftskredit" in der gegenwärtigen Wirtschaft Pakistans ersetzt werden sollte durch einen "Supervised Credit". Natürlich besteht eine gewisse Verwandtschaft zwischen beiden, sie sind aber nicht ein und dasselbe. Der Genossenschaftskredit, der sich unter einem "Controlled Credit System" entwickelte, hat mehrere Kennzeichen des "Supervised Credit Systems", und zwar:

1. er bezieht sich auf die Erntefinanzierung,
2. die Gewähr, dass der Kredit die richtige Anwendung findet durch Lieferung landwirtschaftlicher Güter in Natur,
3. die Überwachung durch örtliche Komitee-Mitglieder und
4. Sicherstellung, dass die Kreditrückzahlungen aus den Ernteerträgen erfolgen können.

Beide sind aber insofern nicht identisch, als der "Supervised Credit" das zweckmässige Planen, die technische Erfahrung und die betriebswirtschaftliche Beratung dem Bauern bis an die Haustüre bringt. Im Falle des Genossenschaftskredites müssen die Bauern selbst planen und sich betriebswirtschaftliche und technische Kenntnisse aneignen. Die Genossenschaften stellen zwar dem Bauern ihre Kraft und ihre Erfahrungen zur Verfügung, aber der Bauer muss selbst davon Gebrauch machen. Im Genossenschaftswesen ist der Erfolg abhängig von der aktiven Zusammenarbeit der Bauern, während beim "Supervised Credit System" die

1) Brassard, Dario: Manual of Supervised Agricultural Credit in Latin America, Rome, 1955, S. 20

Bauern aufgefordert werden, genau nach dem Plan vorzugehen, der ihnen von den Experten der Dienststelle des "Supervised Credit" Programms vorgelegt worden ist.

Die Art und Weise, in welcher das "Supervised Credit System" arbeitet, verursacht, dass seine Kosten zwangsläufig hoch sind. Die Verluste an ausgeliehenem Geld an kreditunwürdige Bauern (für kreditwürdige Zwecke) mögen auf Grund gemachter Erfahrungen nicht unter 15 bis 20 % der Gesamtausleihungen liegen.¹⁾ Die hohen Kosten und unvermeidbaren Verluste werden der Regierung zur Last fallen. Die Art, in dieser Weise zu arbeiten und eine solche Kreditpolitik zu treiben, ist der Genossenschaftsidee ganz fremd. Dem Genossenschaftswesen liegen die Grundprinzipien der Selbsthilfe zu Grunde, Deckung der Selbstkosten und die Selbstverwaltung. Demnach können dort keine Arbeitsmethoden und keine Kreditpolitik Platz finden, die hohe Arbeitskosten und Verluste aufweist. So sehen wir erneut, wie die beiden Systeme trotz mancher Gemeinsamkeit unterschiedlich aufgebaut sind.

Die Anwendbarkeit des "Supervised Credit Systems" lässt sich dann nicht umgehen, wenn es sich um Bauern handelt, die über keinerlei Vermögen verfügen. Man schätzt die Zahl solcher Bauernfamilien in Indien auf 20 Millionen mit einem monatlichen Einkommen von Rs. 14,50 und einer Beschäftigung für nur ca. 100 Tage im Jahr.²⁾

Da die Bedingungen in Pakistan ungefähr die gleichen sind, kann angenommen werden, dass eine statistische Untersuchung ein ebenso überraschendes Ergebnis erbringen würde. Um die ökonomischen und sozialen Aussichten solcher Bauern zu bessern, erscheint eine Beschäftigung für 300 Tage im Jahr sehr wichtig. Dies würde intensive Bewirtschaftung bedeuten sowie die Entwicklung der kleinen und grossen Be- und Verarbeitungsindustrie für landwirtschaftliche Produkte, wo diese Schicht einen Nebenverdienst findet.

1) Vgl. The Indian Cooperative Union Ltd., a.a.O., S. 16

2) Vgl. ebd., S. 6

Für das Aufsteigen aus einem so tiefen Stand sind nicht nur die sinnvolle Kreditverwendung, sondern auch technische Beratungsdienste, Initiative und Führungskraft von aussen wesentlich. In den Kreditgenossenschaften findet aber technische Beratung, Initiative und Führung Aussenstehender wenig Platz. Daher ist das "Supervised Credit System" am besten geeignet, diesen Bauern zu helfen.

Gemäss Warren werden mehr Farmer zahlungsunfähig wegen schlechter Geschäftsführung als wegen unzureichender Produktion.¹⁾ Das "Supervised Credit System" bietet nun dem Bauern beides an: bessere Geschäftsführung und höhere Produktion. Tatsächlich sind also das "Supervised Credit System" und das Genossenschaftskredit-System kein gegenseitiger Ersatz. Sie stellen verschiedene Phasen der landwirtschaftlichen Kreditentwicklung dar. Sie schliessen also einander nicht aus, sondern ergänzen sich. In einer bestimmten Entwicklungsphase sollte das "Supervised Credit System" abgelöst werden, und es sollten normale Beziehungen zwischen dem Bauern und seiner Genossenschaft geschaffen werden.

In manchen Ländern neigte das eingeführte "Supervised Credit System" zunächst dazu, die Errichtung und das Wachstum der Genossenschaften einzuschränken, während man in anderen Gebieten von Anfang an beobachtet werden konnte, dass die Genossenschaften bei der Verwirklichung der regierungsseitig angeordneten Massnahmen wesentliche Hilfeleistung leisten können.²⁾ Eine erfolgreiche Genossenschaft kann die Mehrzahl der laufenden Funktionen des "Supervised Credit Systems" übernehmen, besonders die Kreditbereitstellung und deren Verwendung usw.; aber für die anderen Aufgaben ist die Betreuung durch technisches Beratungspersonal von besonderer Bedeutung. In der Bundesrepublik z.B. erteilen Landwirtschaftsschulen und ein Ring der Landwirtschaftsberater den Landwirten ihren Rat in allen technischen Angelegenheiten.

1) Vgl. Qureshi, Anwar, Iqbal: a.a.O., S. 151

2) Vgl. United Nations: Rural Progress through Cooperation, New York, 1954, S. 49

Nach den vorstehenden Darlegungen kommen wir zu dem Ergebnis, dass Pakistan nicht die Wahl zu treffen hat zwischen dem "Supervised Credit" und dem Genossenschaftskredit. Das Land kann keine der beiden Arten entbehren. Daher wird man den Erfordernissen Pakistans am besten dienen, wenn man beide Systeme koordiniert. Der "Supervised Credit" sollte bei der an Hilfsmitteln armen Klasse der Bauern zur Anwendung kommen, das System sollte aber so gestaltet sein, dass später der genossenschaftliche Kredit anstelle des "Supervised Credit" treten kann.¹⁾

Der Genossenschaftskredit kann den "Supervised Credit" sehr gut zu einem viel früheren Zeitpunkt ersetzen, wenn ein "Ring von Landwirtschaftsberatern" in Pakistan besteht.²⁾ Das Genossenschaftskredit-System und das "Supervised Credit System" können sehr gut Hand in Hand arbeiten, wie dies das weiter unten angegebene indische Experiment zeigt.

- 1) Schiller erkannte diese Notwendigkeit ebenfalls und vertritt die Auffassung, dass die genossenschaftlichen Einrichtungen in den Entwicklungsländern durch die systematische Hilfe eines vom Staat geförderten Kreditwesens ergänzt werden müssen. Er weist auf "Überwachten Produktionskredit" in einigen asiatischen Entwicklungsländern hin.

Vgl. Schiller, Otto: Probleme der Landwirtschaft und Agrarstruktur, in: Die wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder UND Wir, Stuttgart, 1961, S. 207

- 2) Pakistan besitzt bereits eine "Agricultural Department" Organisation. Diese unterhält in den grossen Städten des Landes ihre Zweigstellen. Allerdings ist es den dort eingesetzten Beamten nicht gelungen, ihre ursprüngliche Aufgabe, nämlich eine individuelle Beratung in Fragen der Bodenkultur und Bebauungsmethoden, zu erfüllen. Das Misslingen dieser Aufgabe ist darauf zurückzuführen, dass die Beamten in ihren städtischen Büros sassen, und es ihnen deshalb nicht gelang, den geringsten Kontakt und das Vertrauen der Bauernschaft in den Dörfern zu gewinnen. Sie beschäftigten sich vielmehr mit theoretischen Arbeiten, nämlich statistischen Erhebungen und wissenschaftlichen Untersuchungen. Damit war jedoch den notleidenden Bauern nicht geholfen.

Das System der Ringberater unter der Land- und Forstwirtschaftskammer in der Bundesrepublik Deutschland könnte deshalb für Pakistan äusserst lehrreich werden. Dabei sollte man aber von vornherein dafür Sorge tragen, dass die Beamten nicht nur Experten auf dem Gebiet der Bodenkultur und der landwirtschaftlichen Technik sind (wie es in der Bundesrepublik Deutschland noch oft der Fall ist),

(Forts. dieser Fussnote auf der nächsten Seite)

Zu Beginn des Jahres 1957 stellten der Registrar der "Cooperative Societies" und der Agricultural Development Officer of Bombay einen Plan auf zur Finanzierung des gesamten Bedarfs einschliesslich des Konsumbedarfs der Landwirte. Dieser Plan umfasste sowohl die kreditwürdigen als auch die kreditunwürdigen Grenzproduzenten.¹⁾ Viele unter diesen Landwirten hatten früher erhaltene Kredite noch nicht zurückbezahlt, obwohl sie schon lange fällig waren. Dieser Plan beruhte auf der Einführung einer neuen Methode des Reisanbaues nach einem japanischen Vorbild. Die für die neue Methode des Reisanbaues erforderlichen zusätzlichen finanziellen Mittel waren ebenfalls eingeplant.

Anfangs umfasste dieser Plan 1052 Dörfer, 45 000 Bauern und ein Gebiet von 40 700 acres. Die Kredite wurden durch 56 Hauptgenossenschaften (grosse Universalgenossenschaften) und 244 Ortsgenossenschaften bereitgestellt. Ende Juni 1959 umfasste dieser Plan 3612 Dörfer, 93 805 Bauern und 131 531 acres. Die Anzahl der Hauptgenossenschaften hatte sich gleichfalls auf 154 erhöht und die der Ortsgenossenschaften auf 516. Die Finanzierung erfolgte durch die Haupt- und Ortsgenossenschaften über die Notenbank (Reserve Bank of India).

Der Höchstbetrag für den kurzfristigen Genossenschaftskredit wurde auf Rs. 125/- je acre festgelegt, davon konnten Rs. 85/- in Natur bezogen werden (Düngemittel und Saatgut), die restlichen 40/- Rupien waren bereitgestellt für Unterhalt und Lohnzahlungen. Die Genossenschaften leisteten ihre normalen Dienste, indem sie fällige Tilgungs-

(Forts. der Fussnote ²⁾ von der vorhergehenden Seite):

sondern dass sie gleichzeitig auch Experten auf dem Gebiet der Agrarökonomie sind. Damit würde auch der Forderung des Noell-Planes Genüge getan, den ökonomischen Gesichtspunkten (betriebswirtschaftliche Organisationen, Rentabilitätsberechnung, Marktauffassung) neben der Bodenkultur und landwirtschaftlichen Technik Gewicht beizumessen.

Vgl. Kubel, Alfred: Der Noell-Plan auf dem Prüfstand, in: Deutsche Bauernzeitung vom 17.8.1961, S. 3

1) Vgl. The Indian Cooperative Union Ltd.: a.a.O., S. 24-26

beträge anforderten und über den jeweiligen Kontostand Auszüge ausstellten. Das technische Personal des Agricultural Department wurde zur besseren Verwendung des Saatgutes, des Düngers und der Kultivierungsmethoden und Durchführung des Anbauplanes usw. eingesetzt. Das Ergebnis dieser Bemühungen war eine Erhöhung des Netto-Einkommens um Rs. 108,58 je acre für alle beteiligten Bauern. Die Regierung kam dabei für folgende Kosten auf:

I. Personalkosten der genossenschaftlichen und landwirtschaftlichen Unternehmen mit	Rs. 488,000/-
II. Abschreibungen auf Maschinen	Rs. 26,000/-
III. Sonstiges	Rs. 87,000/-.

Auf diese Weise betrugen die Gesamtkosten der Regierung je acre nur Rs. 15/-.

Es gibt noch viele weitere Beispiele derartiger Massnahmen in Indien, wo "Supervised Credit System" und "Genossenschaftskredit System" koordiniert worden sind. Dieses enge Zusammenwirken über mehrere Jahre ist sehr wesentlich für eine Beurteilung des tatsächlichen Erfolges. Diese Erfahrungen in Indien sollten für die pakistanische Regierung im Rahmen des Village Aid Programmes ausgewertet werden. Eine schematische Übertragung des indischen Beispiels auf die pakistanische Landwirtschaft ist aber schon deshalb nicht möglich, weil das vorgenannte indische Beispiel nur ein Teil des gesamten indischen Wirtschaftsplanes ist, der auf einem genossenschaftlichen Wirtschaftssystem beruht. Dem gegenüber muss ein pakistanisches Experiment das hier verwirklichte Wirtschaftssystem, nämlich das der freien Marktwirtschaft, berücksichtigen.

Schlussbetrachtung

Es wurde in dieser Arbeit versucht, im weiteren Sinne einen institutionellen Rahmen für den finanziellen Aufbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und Richtlinien für seine zukünftige Tätigkeit zu entwickeln. Voraussetzung für den Ausbau des landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Kreditwesens ist, dass eine Übersicht über den kurz-, mittel- und langfristigen Kreditbedarf der Landwirtschaft aufgestellt wird, und zwar distriktweise unter voller Berücksichtigung der jeweiligen besonderen örtlichen Verhältnisse und des Bedarfs der Bauern. Ebenso wichtig wäre es, eine ähnliche Übersicht auch über die bei den Bauern vorhandenen Produktionsmittel aufzustellen, wobei sich dieser Begriff sowohl auf die menschlichen als auch auf die materiellen Grundlagen bezieht; er umfasst also die Zahl der männlichen und weiblichen Arbeitskräfte, die mögliche Zahl an Arbeitsstunden, das erzielbare Einkommen, die Höhe des möglichen Sparens, den Grad landwirtschaftlicher Ausbildung, das Mass an vorhandener Initiative, die Art der örtlichen Führung und dergleichen mehr. Der All-India Rural Credit Survey wäre ein wertvolles Vorbild bei einem derartigen Unterfangen.

Mit einer solchen Übersicht über den Kreditbedarf und die menschlichen und materiellen Voraussetzungen schaffen wir uns einen brauchbaren Masstab für den in den einzelnen Distrikten erreichten Grad an Staatspartnerschaft in Finanzierungsangelegenheiten, Selbstverwaltung und Selbst-Initiative. Es lässt sich ferner danach beurteilen, wie weit es den Genossenschaften gelungen ist, alle in ihrem Bereiche verfügbaren Mittel und Möglichkeiten auszuschöpfen. Ferner würde auf diese Weise die Bereitstellung des notwendigen Minimums an mittel- und langfristigen Krediten festgelegt, die ein komplementärer Faktor zum kurzfristigen Kredit bei dessen erfolgreichem Einsatz sind. Auf diese Weise würde es sich zeigen, dass der Grad an Staatspartnerschaft, Selbst-Initiative, Selbstverwaltung, die Methoden und Prinzipien der Genossenschaften von Distrikt zu Distrikt verschieden sein können. Dieser

elastische Weg zur Entwicklung des Genossenschaftswesens bietet die Möglichkeit der bestmöglichen Entfaltung der Genossenschaften gemäss den Gegebenheiten des jeweiligen Distrikts. Die regelmässige Feststellung und grössermässige Bestimmung des Fortschrittes in der Entfaltung des Genossenschaftswesens in den einzelnen Distrikten würde zur Verbesserung einzelner lokaler Verfahrensweisen führen und zu den nütigen institutionellen Verbesserungen in ganz Pakistan. Ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch ergäbe sich auf regelmässigen Zusammenkünften der Genossenschafter aus allen Distrikten.

Erfolg und Wirksamkeit genossenschaftlicher Kredite ist eng verbunden mit der Bildung von Institutionen für mittel- und langfristigen landwirtschaftlichen Kredit. Die dringlichste Aufgabe des landwirtschaftlichen Kreditwesens in Pakistan ist die Modernisierung der überkommenen Wirtschaftsformen, der Landwirtschaft. Auf der anderen Seite ist es gerade die fortschrittliche Form einer Landwirtschaft, die die Wirksamkeit der Kredite garantiert. Sie ihrerseits setzt u.a. auch die Entwicklung anderer Genossenschaftszweige (Einkaufs-, Absatz-, Verarbeitungs-, Maschinen- und Versicherungsgenossenschaften) voraus, die Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen in der Landwirtschaft, die Schulung der Bauern, die Einrichtung eines Ringes landwirtschaftlicher Berater, Reformen in der Landwirtschaft (der Bodenbesitzverfassung, der Pachtverhältnisse, der Landwirtschaftsgesetze usw.). Es besteht also eine weitgehende Interdependenz zwischen der Entwicklung des genossenschaftlichen Kreditwesens und der der Landwirtschaft insgesamt; die Frage des genossenschaftlichen Kreditwesens ist lediglich ein Ausschnitt aus dem komplexen Gesamtproblem.

Es wurden oben regelmässige Zusammenkünfte von Genossenschaftsvertretern der einzelnen Distrikte zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch vorgeschlagen. Für das pakistanische Genossenschaftswesen wäre es eine wirksame Unterstützung, wenn dieses Prinzip auf eine internationale Ebene ausgedehnt würde, d.h. auf die Länder der Welt, in denen das Genossenschaftswesen überhaupt eine Rolle spielt. Freilich haben

einige internationale Organisationen bereits einen Anfang in dieser Richtung gemacht, aber bedauerlicherweise haben die Teilnehmer meist mehr die die Genossenschaften betreffende Politik ihrer Regierungen vertreten als Ziele und Methoden der von ihnen vertretenen genossenschaftlichen Organisationen (wenn sie nicht ohnehin staatliche Institutionen vertreten haben, was vor allem bei Entwicklungsländern viel zu häufig der Fall ist). Ausserdem bieten derartige Tagungen zwar Gelegenheit zum Meinungs-, aber weniger zum Erfahrungsaustausch, da die Teilnehmer vorwiegend Theoretiker sind und nur selten aus der Praxis kommen.

Weit fruchtbarer könnte sich eine gegenseitige Partnerschaft zwischen genossenschaftlichen Organisationen verschiedener wirtschaftlich mehr oder weniger entwickelter Länder auswirken. Den Genossenschaften mit solider Grundlage würde dabei die Aufgabe zufallen, vor allem die Initiative zu entwickeln und auch weitere Verantwortung zu übernehmen. Den Kern einer solchen Partnerschaft sollte aber das gegenseitige Angebot von Praktikantenstellen bilden. Darüberhinaus sollten weitere Punkte, besonders die Fortbildung in allem, was das Genossenschaftswesen betrifft, einbezogen werden, so etwa die Versorgung mit Unterrichtsmaterial, die Veranstaltung von Fernkursen, aber auch der Austausch von Geschenken in Form von nutzbringenden Gegenständen an für das Genossenschaftswesen bedeutungsvollen Tagen wie etwa dem Geburtstag Raiffeisens oder den Gründungstagen der beteiligten Organisationen.

Diese Ausführungen zeigen, dass noch vieles getan werden muss, um den Erfolg des genossenschaftlichen Kreditwesens in Pakistan zu sichern. Dazu ist auch noch Forschungsarbeit in angrenzenden Bereichen nötig, um die Entwicklung des genossenschaftlichen Kredits mit der der Wirtschaft Pakistans insgesamt in Einklang zu bringen.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

- Abel, Wilhelm: Agrarpolitik, Göttingen, 1957
- Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Politische Ökonomie, Berlin, 1960
- Akhtar, S.M.: Economics of Pakistan, 1. Teil, Lahore, 1956
- Antoine, Kurt: Die genossenschaftliche Haftpflicht, Heidelberg, 1957
- Ballendux, A.H. Harper, R.K.: A Survey of the Cooperative Movement,
in East-Pakistan, Dacca, 1959
- Belshaw, Horace: Agricultural Credit in Economically underdeveloped
Countries, Rome, 1959
- Billerbeck, Klaus: Mobilisierung des Arbeitskräfte-Potentials in
Asien und Afrika, Hamburg, 1961
- Binns, Bernhard, O.: Agricultural Credit for Small Farmers, Rome, 1952
- Brassard, Dario: Manual of Supervised Agricultural Credit in Latin
America, Rome, 1955
- Buchanan, N.S. - Ellis, H.S.: Approaches to Economic Development,
New York, 1955
- Calvert, Hubert: Wealth and welfare in the Punjab, Lahore, 1922
- Campbell, W.K.H.: Practical cooperation in Asia and Africa, Cambridge,
1951
- Capek, Mikulas: Cooperatives and the State, Prague, 1960
- Dahrendorf, Gustav: Forderung an uns und die Zeit, Hamburg, 1949
- Darling, M.L.: Report on certain Aspects of Cooperative Movement in
India, Delhi, 1957
- Report on Labour Conditions in Agriculture in Pakistan, Karachi,
1955
- Department of Cooperation: Conference of the Deputy Registrars of
Cooperative Societies Department, West-Pakistan, Lahore, 1958
- Programme for Development of Service-Cooperatives in West-Pakistan
(Manuscript), Lahore, 1960
 - West-Pakistan and Cooperative Movement, Lahore, 1959
- Deumer, Robert: Das Deutsche Genossenschaftswesen, 1. Teil, Leipzig-
Berlin, 1959
- Deutscher Raiffeisenverband e.V.: Presse-Auszüge, Nr. 118, Bonn, 1961
- Raiffeisen-Rundschau, Bonn, 1959
 - Jahrbuch, XIII. Jahrgang, Bonn, 1960
- Digby, Margaret: Agricultural Cooperation in the Commonwealth, Oxford,
1956
- Draheim, Georg: Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen, 1952
- Dülfer, Eberhard: Typencharakter und Größenentwicklung der gewerblichen
Kreditgenossenschaften, Marburg/Lahn, 1957

Enger, E.: Wirtschaftliches Wachstum in Peru und seine Widerstände,
in: Untersuchungen in einzelnen Entwicklungsländern, Peru-Tunesien-
Ägypten und Syrien, Berlin, 1960

Farooqui, Hammed M.: More Money for Farmers, in: Agrifin, Karachi, 1960

Faust, Helmut: Ursprung und Aufbruch der Genossenschaftsbewegung,
Neuried, 1958

Food and Agricultural Organisation of the United Nations: Cooperative
Thrift, Credit and Marketing in Economically underdeveloped
Countries, Rome, 1953

- Report of Technical Meeting on Cooperatives in Asia and The Far East,
Washington, Nr. 49/1533, o.J.
- Technical Meeting on Cooperatives in The Caribbeau, Washington, 1951
- Report of the First Technical Meeting on Cooperatives in Lucknow,
Washington, 1949
- Report of the Center on Agricultural Finance and Credit for Asia
and Far-East, Lahore, 1956

Government of Pakistan: Credit Enquiry Commission Report, Karachi, 1960

- Brief No. Coop, 58 (3)/59 des 'Cooperative and Marketing Adviser',
Karachi, 1961
- First Five Year Plan of Pakistan, Karachi
- Pakistan Statistical Year-Book, Central Statistical Office, Karachi,
1955
- Report of the Final Session of the First All Pakistan Conference in
Cooperative Marketing and Credit, Karachi, 1957

Government of East-Pakistan: Cooperative Directorate: Annual Reports
and Statements on the working of cooperative societies in East-
Pakistan for the Year 1957/58, Dacca, 1960

Government of India: The Cooperative Societies Act, Lahore, 1955

- Report of the Agricultural Finance Subcommittee, New Delhi, 1945
- Report of the Royal Agricultural Commission, Delhi, 1928

Government of West-Pakistan: Statistics of West-Pakistan Cooperative
Societies, Lahore, 1960

- Report on the Working of the Cooperative Societies in West-Pakistan
for the year 1957/58, Lahore, 1960
- The Cooperative Inquiry Committee Report, Lahore, 1956

Hagenmüller, K.F.: Bankbetrieb und Bankpolitik, Wiesbaden, 1959

Hatta, Mohammed: The Cooperative Movement in Indonesia, New York, 1957

Hasselmann, Erwin: Partnerschaft von Staat und Genossenschaft in den
Entwicklungsländern, Hamburg, 1960

- Hallermann, Hermann: Zur genossenschaftlichen Haftung, in: Zur Reform des Genossenschaftsrechtes, Band 1, Bern, 1956
- Helfferich, Hans: Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften für die Kreditversorgung der Bauernwirtschaft, in: Beiträge zur Genossenschaftskunde, Heft 3, Leipzig, 1936
- Hendrikson, H.H.: Die Technik der Kreditwürdigkeitsprüfung, Wiesbaden, 1958
- Henzler, Reinhold: Genossenschaften als Unternehmungstyp, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1955
- Hildebrand, Karl: Die Finanzierung eingetragener Genossenschaften, Berlin-Leipzig, 1921
- Horace, Plunkett Foundation: Year Book of Agricultural Cooperation, London, 1953
- Hough, E.M.: The Cooperative Movement in India, London-Bombay, 1959
- Hussain, M.: Agricultural Marketing in Northern India, London, 1937
- International Labour Office: Cooperative Management and Administration, Geneva, 1960
- Internationale genossenschaftliche Rundschau, Geneva, 1961
 - The Development of Cooperative Movement in Asia, London-Geneva, 1954
- Jather, J.B. - Jather, K.G.: Indian Economics, London, 1957
- Jones, T.G.: Efficiency and Finance in Agricultural Cooperation, Oxford, 1951
- Kamal, Mahmut: A village in Anatolia, London, 1954
- Karve, D.G.: Genossenschaften in einer sich entwickelnden Volkswirtschaft, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Band 2, Göttingen, 1961
- Khan, M.A.-Rasul, K.: Farm Accounts and family budgets of cultivators in the Punjab, Board of Economic Enquiry, Lahore, 1954
- Krebs, W.: Staatshilfe, in: Internationales Handwörterbuch des Genossenschaftswesens, Berlin, 1928
- Kubel, Alfred: Der Noell-Plan auf dem Prüfstand, in: Deutsche Bauernzeitung, 1961
- Kulkarni, K.R.: Theory and Practice of Cooperation in India and Abroad, Band 1 und 3, Bombay, 1958
- Kuznets, Simon: Economic Growth: Brazil, Indian and Japan, Durham, 1955
- Ländlicher Genossenschaftsverband: Jahresbericht 1960, Frankfurt/M
- Lala, M.D.: Cooperation and Cooperative Law in Pakistan, Hyderabad, 1951
- Letschert, Reinhold: Kreditgenossenschaften und Handwerk, in: Genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen, Berlin, 1934

- Malik, Shoukat M.: Role of Credit in Agricultural Development, in: Agrifin, Karachi, 1961
- Marshall, Alfred: Principles of Economics, London, 1956
- Mukerjee, B.B.: Cooperation and Rural Welfare in India, Calcutta-Simla, 1929
- Mukerjee, Radhakamal: Economic Problems of Modern India, London, 1939
- Muslim, Sh. Mohammed: Basic Democracy and Cooperative Movement, Lahore, 1960
- Nanavati, Manilal. B.-Anjaria. J.J.: Indian Rural Problems, Bombay, 1947
- Nell-Breuning, Oswald von: Dienst am bedürftenden Menschen, Hamburg, 1958
- Zum Grössenmass der Genossenschaften: Stilwandel oder Wesensentfremdung, in: Archiv für Öffentliche und Gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Band 2, Göttingen, 1955
- Peach, W.N.-Uzair, M.-Rucker, G.W.: Basic Data of the Economy of Pakistan, Karachi, 1959
- Peterson, Günter: Genossenschaften in Britisch-Indien und Tropisch-Afrika, Hamburg, 1934
- Qureshi, Anwar Iqbal: The Future of Cooperative Movement in India, Madras, 1947
- Raiffeisen, F.W.: Der Darlehnskassen-Verein, als Mittel zur Abhilfe der Not der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Handwerker und Arbeiter, Neuwied, 1951
- Reinhardt, Rudolf: Ordnungsprobleme im heutigen Genossenschaftsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Grossgenossenschaften, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Göttingen, 1955, Band V
- Reserve Bank Of India: All India Rural-Credit Survey, Band 2, Bombay, 1954
- Shah, M.H.: Report on the working of Cooperative societies in West-Pakistan for 1957/58, Lahore, o.J.
- Seraphim, Hans-Jürgen: Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen, Karlsruhe, 1956
- Über einige wirtschaftliche und soziologische Probleme, in: Aktuelle Probleme des Genossenschaftswesens, Band 4, Göttingen, 1957
- South Pacific Commission: Technical Meeting on Cooperatives, Noumea, 1958

- Scherer, Adolf: Genossenschaftliche Haftung, in: Zur Reform des Genossenschaftsrechtes, Band 1, Bonn, 1956
- Schiller, Otto: Probleme der Landwirtschaft und Agrarstruktur, in: Die Wirtschaftlich und gesellschaftlich unterentwickelten Länder und WIR, Stuttgart, 1961
- Die Agrarfrage in den Ländern Süd- und Ostasiens, in: Studien zur Entwicklung in Südost- und Ostasien, Band 2, Frankfurt/M-Berlin, 1958
 - Cooperative Farming, Lahore, 1953
 - The Reorganisation of Individual Farming on Cooperative Lines, Lahore, 1955
- Schiller, Karl: Die Rolle der Selbsthilfeorganisationen bei der Entwicklung einer freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsordnung, Hamburg, 1953
- Schneider, Erich: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil 2, Auflage 7, Tübingen, 1961
- Schumacher, Carl: Das Problem der Grossgenossenschaften in praktischer Sicht, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Band V, Göttingen, 1955
- Staats-Lexikon: Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, Band V, Auflage 6, Freiburg/Breisgau, 1960
- State Bank of Pakistan: Bulletin, Karachi, August 1955
- Tautscher, Anton: Einkommenspolitik und Genossenschaftswesen, Wiener Studien des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen, Band 3, Göttingen, 1955
- The Indian Cooperative Union Ltd: Seminar on Planned Production Credit, New-Delhi, 1959
- Seminar on Cooperation, New Delhi, 1959
- Thomas, Albert: Le Mouvement Coopératif et les Problèmes actuels, Band 1, Montreal, 1945
- Thorwart, Friedrich, Schulze-Delitzschs Schriften und Reden, Band 1, Berlin, 1909
- Totomianz, V.: Die Weltanschauung William Kings, in: Konsumgenossenschaftliche Rundschau, 24. Jahrgang, Hamburg, 1927
- United Nations: Rural Progress through Cooperation, New York, 1954
- Valko, László: Recent Developments in Cooperative Science, Washington, 1960

- Watkins, W.P.: Statisches und Dynamisches Denken im Genossenschaftswesen, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Band 1, Göttingen, 1951
- Die Förderung des Genossenschaftswesens in den unterentwickelten Ländern, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Band 5, 1955
- Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Hinduismus und Buddhismus, Band 2, Tübingen, 1921
- Grundrisse der Sozialökonomie, III. Abteilung, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen, 1925
- Wehrle, Emil: Das Genossenschaftswesen in Entwicklungsländern, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Band 10, Göttingen, 1960
- Das Deutsche Genossenschaftswesen, Hamburg, 1937
- Weippert, Georg: Genossenschaftswesen und soziale Marktwirtschaft, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Band 1: Göttingen, 1951
- Wengen, G.D. van: Social Aspects of the Cooperative Movement in Ceylon and Southern India, Amsterdam, 1957
- Winkler, Hans-Joachim: Die Entwicklungsländer, Berlin, 1961
- Wolf, H.W.: Cooperation in India, London, 1955
- Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften: Jahresbuch, Jahrgang 1951, Hamburg, 1952

Lebenslauf

Am 16.9.1932 wurde ich als Sohn des Ch. Sikandar Ali Khan und seiner Ehefrau Intullah Begum in Kapurthala (Indien) geboren. Ich wurde im Jahre 1942 in die Randhir High School, Kapurthala, eingeschult und bestand im Jahre 1947 an dieser Schule die Abschlussprüfung. Danach studierte ich an folgenden Colleges in Pakistan:

1. Government College, Lyallpur (1947-1948)
2. Forman Christian College, Lahore (1948-1949)
3. Hailey College of Commerce, Lahore (1949-1952)

Auf der letztgenannten Hochschule bestand ich Ende 1952 mein B. Com Examen. Von 1953 bis 1958 war ich in The Australasia Bank Ltd; tätig. Ausserdem besuchte ich in den Jahren 1956 bis 1958 die Punjab University in Lahore, auf der ich im Jahre 1957 das M. Com (Part I) Examen mit Erfolg ablegte.

1958 erhielt ich vom Deutschen Akademischen Austauschdienst ein Stipendium und setzte mein Studium an der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt/M fort. Nach 4 Semestern wechselte ich zur Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn über, wo ich im Sommer 1960 mein Diplom-Examen mit Erfolg ablegte. Anschliessend kehrte ich nach Frankfurt/M zurück und immatrikulierte mich zum Sommersemester 1961 wieder an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt/M.

Während meines Aufenthaltes in Deutschland war ich für insgesamt 10 Monate in folgenden landwirtschaftlichen Kredit- und bzw. Absatzorganisationen als Volontär tätig:

1. Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt/M
2. Raiffeisen-Zentralbank, Ludwigshafen/Rh
3. Coöperatieve Centrale Raiffeisen-Bank, Utrecht (Holland)
4. Genossenschaftliche Zentralbank, Frankfurt/M
5. Bäuerliche Hauptgenossenschaft, Frankfurt/M

Am 6./7. November 1962 promovierte ich zum Dr. rer.pol.

